

VERGEISELUNG UND DINGLICHE SICHERUNGSRECHTE IM
CHINESISCHEN TRADITIONELLEN PRIVATRECHT

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

L I N Pen-Tien
aus Taipei, Taiwan
1976



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Vergeiselung und dingliche Sicherungsrechte im
chinesischen traditionellen Privatrecht

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



vorgelegt von

L I N Pen-Tien
aus Taipei, Taiwan
1976



Referent: Prof. Dr.jur., Dr.phil.h.c., Dr.jur.h.c.,
hon.D.C.L. (Oxon) Wolfgang Kunkel
Korreferent: Prof. Dr.phil., Dr.jur. Herbert Franke
Tag der mündlichen Prüfung: 15. Juli 1976

in Dankbarkeit gewidmet

GLIEDERUNG

Einleitung	1
1. Teil: Allgemeine Kennzeichnung, Quellen und Literatur des chinesischen traditionellen Privatrechts	3
§ 1. Rechtshistorischer Charakter des chinesischen traditionellen Privatrechts	3
1. Corpus Juris Civilis als Nicht-existierendes in der chinesischen traditionellen Rechtsgeschichte	3
2. Gewohnheitsrecht als die einzige Quelle in dem chinesischen traditionellen Privatrecht	14
§ 2. Materialien zum chinesischen traditionellen Privatrecht	23
§ 3. Stand der Forschung über die Rechtsgeschichte Chinas	33
2. Teil: Die Vergeiselung freier Personen zur Sicherung einer Verbindlichkeit	63
§ 4. Von der Chou-Zeit bis zum Beginn der T'ang-Zeit	63
§ 5. In der T'ang- und Sung-Zeit	83
§ 6. In der Yüan-, Ming- und Ch'ing-Zeit	88
3. Teil: Dingliche Sicherungsrechte	109
1. Abschnitt: Das Pfandrecht an beweglichen Sachen	109
§ 7. Von der Han-Zeit bis zum Beginn der T'ang-Zeit	109
§ 8. In der T'ang- und Sung-Zeit	113
§ 9. In der Yüan-, Ming- und Ch'ing-Zeit	119
2. Abschnitt: Das Besitzpfandrecht an Grundstücke	138
§ 10. Vor der T'ang-Zeit	138
§ 11. In der T'ang- und Sung-Zeit	141
§ 12. In der Yüan-, Ming- und Ch'ing-Zeit	158
3. Abschnitt: Das besitzlose Pfandrecht an Grundstücken	185
§ 13. Vor der T'ang-Zeit	185
§ 14. In der T'ang- und Sung-Zeit	186
§ 15. In der Yüan-, Ming- und Ch'ing-Zeit	189

4. Teil: Das Nachleben der Sicherungsrechte des traditionellen
chinesischen Privatrechts im heutigen chinesischen

Recht

194

Anhang

I. Zeittafel der chinesischen Geschichte	1 - 2
II. Chinesische Texte von Vertragmustern	I - XXXVI
III. Schriftumsverzeichnis	1 - 10
1. Nachschlagswerke	1
2. Materialien	2 - 5
3. Monographien und Aufsätze	6 - 10

Einleitung

Gegenstand der vorliegenden Abhandlung ist die Geschichte von Rechtsinstituten des chinesischen traditionellen Privatrechts, die von der kontinentaleuropäischen Systematik her betrachtet zunächst als grundverschieden empfunden werden könnten. Die Vergeiselung des Schuldners oder seiner Angehörigen verschafft dem Gläubiger ein Sicherungsrecht eigener Art, als dessen Gegenstand die vergeiselte Person betrachtet wird, ohne daß sie jedoch Sklave des Gläubigers würde. Ihr stehen die Sicherungsrechte gegenüber, die der Schuldner dem Gläubiger an Sachen (Fahrnis, Grundstücken, Sklaven) einräumt. In der Rechtsterminologie des chinesischen traditionellen Privatrechts bilden Vergeiselung und dingliche Sicherungsrechte jedoch zunächst jedenfalls eine Einheit, die auf dem Begriff "Chih" beruht. Von den Sicherungsrechten des Gläubigers fiel lediglich die Bürgschaft (Pao-cheng) außerhalb des Begriffes "Chih". Der erste Teil dieser Abhandlung enthält zunächst einen Abriß der Rechtsquellenlehre des traditionellen chinesischen Privatrechts, die eine Voraussetzung für das Verständnis der Entwicklung der Vergeiselung und der dinglichen Sicherungsrechte bildet. Ihm folgt ein Überblick über die Materialien zum chinesischen traditionellen Privatrecht und eine Darstellung des Standes der Forschung über die Rechtsgeschichte Chinas.

Der zweite Teil ist der Vergeiselung freier Personen zur Sicherung einer Verbindlichkeit gewidmet. Im dritten Teil befassen wir uns zunächst mit dem Pfandrecht an beweglichen Sachen, wozu auch das Pfandrecht an Sklaven gehört. Danach wenden wir uns dem Besitzpfandrecht an Grundstücken zu. Schließlich folgt eine Darstellung des besitzlosen Pfandrechts an Grundstücken, das in China in erstaunlich früher Zeit schon weit verbreitet war. Im Schlußteil der Arbeit gehen wir auf das Nachleben der Sicherungsrechte des traditionellen chinesischen Privatrechts im modernen chinesischen Recht, insbesondere nach Erlaß des chinesischen BGB ein.

Bei der Untersuchung des jeweiligen Fragenkomplexes gehen wir zunächst von den historisch vorhandenen chinesischen Termini *technici* aus. Bei der darauf folgenden Analyse der einzelnen Rechtsverhältnisse

beschränken wir uns nicht etwa in konfuzianischer Manier auf die Auslegung der Kodizes, die privatrechtliche Rechtsverhältnisse nur unter dem Gesichtspunkt des Strafrechts betrachten, sondern ziehen sämtliche Quellen heran, die direkte oder indirekte Informationen über das jeweils geltende Gewohnheitsrecht liefern, insbesondere auch literarische Quellen. Die herangezogenen Vertragsmuster sollen einen Einblick in die Rechtspraxis der jeweiligen Periode gewähren.

3

1. Teil: Allgemeine Kennzeichnung, Quellen und Literatur des chinesischen traditionellen Privatrechts

§ 1. Rechtshistorischer Charakter des chinesischen traditionellen Privatrechts

1. Nichtvorhandensein eines Corpus Juris Civilis im eigentlichen Sinne

"Zivilrecht" heißt im Chinesischen "Min-fa". Dies ist die direkte Übertragung des japanischen "Minpō", was wiederum eine Übersetzung von "droit civil" ins Japanische ist. Der Begriff des Zivilrechts wurde von den japanischen Juristen im 19. Jahrhundert und von den chinesischen erst während der Rechtsreform in der späteren Ch'ing-Dynastie übernommen und hat sich seitdem in China eingebürgert¹⁾. Zwar ist der Ausdruck "Min-fa" schon im Shang-shu k'ung-chuan (die überlieferten Texte vom Shang-shu, Buch der Schriften, kompiliert von K'ung An-kuo, einem Nachkömmling in der 12. Generation von Konfuzius, und einem Zeitgenossen des Han-Kaisers Wu, genannt Liu Ch'e, 188 - 141 v. Chr.) erwähnt²⁾. Eine Kodifizierung des Obligationen-, Sachen-, Familien- und Erbrechts hat es jedoch nicht gegeben³⁾. Das gesetzte Recht im alten China ist zum überwiegenden Teil Verwaltungsrecht, der Rest Strafrecht⁴⁾. Privatrechtliche Rechtsbeziehungen sind im Zusammenhang mit vermögensrechtlichen und statusrechtlichen Delikten im Kodex, d. h. im Strafgesetzbuch, ganz am Rande erwähnt. Das chinesische Rechtssystem stieß daher sofort auf die heftige Kritik des Auslandes, als der Einbruch des Westens in China aus Anlaß des Opiumkrieges (1839 - 1842) begann⁵⁾. Erst als China im sino-japanischen Krieg im Jahre 1895 eine Niederlage erlitt und die politische Lage sich verschlechterte, nahm der kaiserliche Hof die Reform des Rechts-

(1). Mei Chung-hsieh, Min-fa yao-i, Taipei 1954, S. 9.

(2). Hsieh Cheng-min, Chung-hua min-kuo li-fa-shih, Shanghai 1937, S. 899, und Hsu Ch'ien, Min-fa tsung-lun, Shanghai 1949, S. 30.

(3). Herbert Franke, Sinologie, Bern 1953, S. 151.

(4). J. Escarra übertreibt, wenn er sagt, der überwiegende Teil der Gesetze im alten China sei Strafrecht. Siehe: J. Escarra, Le Droit Chinois, Peiping & Paris 1936, S. 3.

(5). Karl Büniger, Die Rezeption des europäischen Rechts in China, in: Beiträge zur Rechtsforschung (Hrsg. v. Ernst Wolf. Sonderveröffentlichung der Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht), Berlin 1950, S. 169.

wesens ernsthaft in Angriff¹⁾. Dies geschah jedoch nicht, weil er die Reform im Interesse des Volkes für notwendig hielt, sondern weil er in ihr ein unumgängliches Mittel zur Befreiung vom lästigen territorialen Recht der Ausländer sah, auf Grund dessen diese ein Imperium in Imperio bildeten²⁾. Es war aber eigentlich ein Ausländer, und zwar der britische Gesandte R. Alcock, der zum ersten Mal die Idee eines neuen Gesetzbuches konzipierte, und schon im Jahre 1870 mit der Bitte um Erlaß eines Handelsgesetzbuches an den kaiserlichen Hof herantrat, wobei sicherlich die britischen Handelsinteressen in China eine entscheidende Rolle spielten³⁾. Die Bemühungen der Ch'ing-Regierung um die Reform des Rechtswesens wurden von den ausländischen Mächten mit großer Aufmerksamkeit verfolgt⁴⁾. Im Jahre 1902 wurden Shen Chia-pen, Wu T'ing-fang, Yü Lien-san und Ying Tuan vom kaiserlichen Hof mit der Aufgabe betraut, die Rechtsverhältnisse neu zu ordnen. Zugleich wurden japanische Juristen wie Matsuoka Yoshitada, Shida Kōtarō und Okada Asatarō eingeladen, um u. a. bei der Vorbereitungen zu einem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch und einem neuen Handelsgesetzbuch mitzuwirken⁵⁾. Am 15. Mai, 1903 wurde das Kodifikationskomitee "Hsiu-ting fa-lü-kuan" ins Leben gerufen, wobei die ausländischen Gesetzgeber, vornehmlich Strafgesetzbücher und Gesetze über die Prozedurordnungen, ins Chinesische übersetzt wurden. Im gleichen Jahre wurde das Handelsgesetzbuch "Ta-Ch'ing shang-lü" veröffentlicht. Dabei handelte es sich um "die allgemeinen Bestimmungen über Kaufleute" (Shang-jen t'ung-li, neun Artikel) und "das Gesellschaftsrecht" (Kung-ssu-lü, 121 Artikel). Zum ersten Mal in der chinesischen Rechtsgeschichte trat in diesem Gesetzgebungswerk der Gedanke der Haftungsbeschränkung in Erscheinung⁶⁾. Man orientiert sich

(1). M. E. Cameron, The Reform Movement in China 1898 - 1912. Stanford 1931, S. 199 ff.

(2). Wang Ch'ung-hui, Law Reform in China, London 1919, S. 9.

(3). K. Binger, a.a.O., S. 169, Anm. 3.

(4). J. M. Eduard Kroker, Die amtliche Sammlung chinesischer Rechtsgewohnheiten. Band I, Frankfurt/M. 1965. S. 62 und J. V. A. Mac Murray, Treaties and agreements with and concerning China 1894 - 1919. New York 1921. Vol. I, S. 351.

(5). Über die Verdienste der japanischen Juristen bei der Rechtsreform in China am Ende der Ch'ing-Dynastie siehe auch zwei Abhandlungen jeweils von Shimada Masao und Miyasaki Hiroshi, aufgenommen in: Lim Pun-Tiam, Bibliographie zur Rechtsgeschichte Chinas, Nos. 0364 und 0684.

(6). Yang Yu-chiung, Chin-tai chung-kuo li-fa-shih, Taipei 1966, SS. 73 - 74.

hierbei zwar auch am englischen Recht, hält sich aber in erster Linie, wie auch in allen späteren privatrechtlichen Entwürfen und Gesetzbüchern, vornehmlich an das deutsche Vorbild¹⁾.

In der autoritären Gesellschaft des traditionellen China haben Recht und Moral die gleiche Geltung, sowohl formell als auch materiell. Die ethischen Normen der Familien bzw. der Clans gelten als Rechtsnormen und sind rechtlich durchsetzbar. Zwischen öffentlich-rechtlichem und privatrechtlichem Bereich besteht keine klare Grenze²⁾. Wer eine Norm der Sittlichkeit übertritt, begeht eine Straftat (ch'u-li ju-hsing). Die kaiserlichen Kodifikationen stellen inhaltlich betrachtet eher ethische als rechtliche Normen dar, und zeichnen sich durch literarische Gelehrsamkeit aus³⁾. Privatrechtliche Bestimmungen, die gerade für den Alltag in unserem Sinne die wichtigsten Regelungen bedeuten, erscheinen nur hier und da ganz indirekt, vorausgesetzt sie dienen zugleich dem Schutz der öffentlichen Ordnung. Im Vergleich zum europäischen Recht, welches sich aus dem Schutz der Menschenrechte entwickelte, blieb das chinesische traditionelle Recht beim Pönalcodex, nur um die öffentliche Autorität zu wahren. Wirklich garantierte Freiheitsrechte des einzelnen fehlten im Kodex im Grunde gänzlich⁴⁾. Die Justiz blieb weitgehend Kadi- und Kabinettsjustiz. Denn die Verwaltung und die Rechtsfindung waren in der Wirklichkeit, d. h. in der Art ihrer Ausübung, nicht getrennt. Die ganze kaiserliche Verwaltung stand unter dem Einfluß einer Literatenbehörde: der sog. Han-lin Akademie (Han-lin-yüan), der Hüterin der reinen konfuzianischen Orthodoxie⁵⁾. Die Entscheidungen der chinesischen Richter wurden in erster Linie durch die konfuzianische Ethik bestimmt, die ein gutes Verhalten der Menschen in der Gesellschaft verlangt; das einer

(1). K. Büniger, a.a.O., S. 170.

J. Escarra, a.a.O., S. 108.

Über die weitere Entwicklung der Rechtsreform siehe:

Yang Yu-chiung, a.a.O., S. 75 ff. und

Yang Hung-lieh, Chung-kuo fa-lü fa-ta-shih, Shanghai 1930, Bd. II, S. 868 ff.

(2). Niida Noboru, Chügoku hōseishi kenkyū, hō to kanshū, hō to dōtoku, Tokyo 1964, S. 497.

(3). Max Weber, Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie (Photomechanisch gedruckte Auflage), Tübingen 1963, S. 392.

(4). Vgl. Max Weber, a.a.O., S. 391 und

Liang Ch'i-ch'ao, Chung-kuo ch'eng-wen-fa pien-chih chih yen-ko, Shanghai 1936, S. 53.

(5). Max Weber, a.a.O., SS. 392 - 393.

guter Sozialordnung der universeller Harmonie entsprechen muß¹⁾. Das Recht in China hat im Grunde genommen nur eine sekundäre, subsidiäre Geltung²⁾. Es ist daher leicht zu verstehen, warum die Bestimmungen des Statusrechts in der chinesischen traditionellen Terrargesellschaft mit Rücksicht auf die öffentlichen Ordnungsinteressen im Strafkodex geregelt sind.

China ist zwar durch seine Kodifizierung seit der Antike bekannt, hat aber in seiner Mißachtung des Gesetzes auch eine längere Tradition³⁾. Die Chinesen sind den Beamten gegenüber mißtrauisch. Dieses Mißtrauen hat in zahlreichen Rechtssprichwörtern seinen Niederschlag gefunden. "Drei mittelmäßige Leute können einen Beamten ersetzen" (san-ko chung-jen tang i-kuan). "Drei dumme Leute zusammen gelten soviel wie ein kluger Mann, und drei kluge Leute zusammen gelten soviel wie ein Freisprecher" (san-ko yü-jen tang ko ming-jen, san-ko ming-jen tang ko chin-hsien). "Drei stinkende Schuhmacher sind zusammen so fähig wie Yu-ko Liang" (181 - 234, ein brillanter Strateg und Diplomat voll von List und Weisheit) (san-ko ch'ou-p'i-chiang cheng-ju Yu-ko Liang)⁴⁾. Es wird daraus ersichtlich, daß die Chinesen von Tradition her den Beamten überhaupt mißtrauen und sie auch verachten. Diese Vergleiche spiegeln in volkstümlicher Art die Mißbilligung der amtlichen Korruption wider. Ein anderes Sprichwort sagt: da das Yamen unter dem Himmel wie das chinesische Zeichen "pa" geöffnet ist, ist es ratsam, was man auch für Anliegen hat, nicht hineinzugehen, wenn man schon kein Geld besitzt (T'ien-hsia ya-men pa-tzu k'ai, yü-shih wu-ch'ien mo-chin-lai. Bildlich sieht das Zeichen 'pa' so aus: der Eingang ist zwar sehr eng, der Hintergrund ist aber bodenlos!). Daher kann man sich vorstellen, warum die Chinesen, insbesondere die chinesischen Bauern, die Gesetze fürchten. Denn im Grunde genommen sind die Gesetze in gar nicht ihre Freunde. Sie sind ausschließlich von

- (1). Vgl. J. Escurra, a.a.O., S. 16, Feng Yu-lan, A History of Chinese Philosophy, Vol. I, (Übersetzt v. D. Bodde), Peking 1937, S. 337 und M. Granet, La pensée chinoise, Paris 1950, SS. 341 u. 389.
- (2). Vgl. Lone Liang, Die Entwicklung des Rechtswesens in China in den letzten 30 Jahren, in: Sinica, VI. Jahrgang 1931, S. 201 und Adolf F. Schnitzer, Vergleichende Rechtslehre, Basel 1961, Bd. I, S. 380.
- (3). Nida Noboru, a.a.O., S. 585. Vgl. auch M. Granet, a.a.O., SS. 586 u. 590.
- (4). Nida Noboru, a.a.O., S. 582.

den Oberschichten für die Oberschichten gemacht¹⁾. Andererseits haben die Konfuzianer von ihrer Ideologie her die Gesetze mißachtet. Der Universalist Su Tung-p'o (Su Shih, 1036 - 1101) zum Beispiel sagt einmal mit Stolz, daß er zwar zehntausend Bücher gelesen habe, aber keins über Gesetze (tu-shu wan-chüan pu-tu lü)²⁾. Und die anderen gewissenhaften Gelehrten wagten bedauerlicherweise nicht, angesichts der autoritären Herrschaft irgendein Programm gegen sie auszuarbeiten. Sie konnten, ja mußten sogar schließlich ihr ganzes Leben wie "Nonkonformisten" verbringen. Deswegen gibt es in der historischen Literatur auch viele K'o-shih chuan (Biographien über "Nonkonformisten"). In der konfuzianischen Terminologie wurden solche Gelehrten als die vergessenen Tugenden außerhalb des politischen Lebens (yeh-chih i-hsien) bezeichnet³⁾. Schließlich sind die einfachen Leute, die shu-min, die sowohl von Konfuzianern als auch von Legalisten⁴⁾ als dummes Volk behandelt wurden, vor der politischen Macht nur mei-fa-tzu, d. h. ohnmächtig und hoffnungslos⁵⁾. Dies spiegelt im juristisch-gesellschaftlichen Leben die Tatsache wider, daß die absolute Bindung an Gesetze den Chinesen vollkommen fremd ist⁶⁾. Man kann sagen, in China sind die Gesetze nur Modelle⁷⁾. Sie werden nicht unter allen Umständen angewandt⁸⁾. Wenigstens im traditionellen China war es so, daß der chinesische Richter nicht in der gleichen Weise wie sein europäischer Kollege an das Gesetz gebunden war. In seinen Entscheidungen zitierte er auch kaum Rechtsquellen. Für

(1). Niida Noboru, a.a.O., S. 514.

Vgl. Imabori Seiji, Tōyō keizaishi josetsu, Tokyo 1963, Kap. 4.

(2). Der ganze Satz lautet: tu-shu wan-chüan pu-tu lü, chih-chün yao-shun chih wu-shu. Es war entstanden in einem Brief an seinen Sohn, als er in der Verbannung lebte.

(3). Niida Noboru, a.a.O., S. 503.

(4). Über die Legalisten siehe: Herbert Franke/Rolf Trauzettel, Das Chinesische Kaiserreich, Fischer Weltgeschichte Band 19, Frankfurt/M. 1968, S. 66 ff.

(5). Niida Noboru, a.a.O., S. 499.

(6). So auch Klaus Mading, Chinesisches traditionelles Erbrecht, Berlin 1966, S. 7 und Heinrich Betz (unter Mitwirkung von Heinz Lautenschlager), Länderbericht China, in: Rechtsvergleichendes Handwörterbuch für das Zivil- und Handelsrecht des In- und Auslandes (hrsg. v. F. Schlegelberger) Bd. I, Teil 2, S. 329.

(7). Vgl. J. Escarra, a.a.O., S. 70 u. 74, M. Granet, a.a.O., S. 241, 338, 416, 586 u. 590, sowie E. Balazs, Le droit chinois, in: Aspects de la Chine, Bd. I, Paris 1959, S. 197.

(8). J. Escarra, a.a.O., S. 20, 62 u. 74.

Beamte gab es sogar ein spöttisches Sprichwort, "Man liest das Gesetzbuch nicht"¹⁾. Für die Herausbildung eines Anwaltsstandes fehlte es daher an den Voraussetzungen. Als Anwälte fungierten für die Mitternachten etwaige literarisch gebildete Fichtelstier; sonst fertigte ein Winkelkonsulent die Schriftsätze²⁾. Diese Epoche ist auch das Mißtrauen der Chinesen gegen die Gesetze. "Wenn ein Gesetz eingerichtet ist, wird auch zugleich ein Buchen da sein" (Mi i-fa, sheng i-pi)³⁾. Die ablehnende Haltung der Chinesen gegen Gesetze ist das Volk geht schon auf das Jahr 544 v. Chr. zurück (199 - 549) in Nan-pei-ch'ao (Zeit staatlicher Verfassungen, 199 - 549) zur Zeit: "Was das Volk lösen kann, wird es seine Fesseln abwerfen". Das Verwaltungs- bzw. Strafrecht anbelangt, d. h. was den Schutz der öffentlichen Ordnung angeht, gibt es sehr viele Regeln und Anordnungen in Gesetzen, Regulationen, Dekreten und Kaiserlichen Erlassen, die sogenannten Mi ling, ko, shih⁴⁾. Der Kampf um das Recht ist den Chinesen vollkommen fremd. Was ihre politisch-sozialologischen Verhältnisse betrifft, so ist dies der Kampf um die Macht. Sowohl dann lex sed lex; summum jus, summa injuria, als auch fiat justitia, quia sedes haben bei der Sache keine Bedeutung⁵⁾.

Die wirtschaftlich-gesellschaftliche Struktur im traditionellen China hat sich von der Han- bis zur Ch'ing-Zeit in ihren Grundzügen nicht geändert. Die fundamentalen Bedingungen, die die Struktur der chinesischen Gesellschaft bestimmten, sind somit bis zur Gründung der Volksrepublik unverändert geblieben. Die Grundlage der Wirtschafts-

- (1). R. H. van Gulik, *T'ang-yin-p'ien-shih*. "Parallel Cases from under the Pear-tree", a 13th-century manual of jurisprudence and detection. Leiden 1956, S. VII.
- (2). Max Weber, a.a.O., S. 391.
- (3). Joseph Needham, *Science and Civilisation in China*. Volume 4. History of Scientific Thought. Cambridge 1956. S. 522.
- (4). Max Weber, a.a.O., S. 392.
- (5). Vgl. Karl Binger, *Quellen zur Rechtsgeschichte der T'ang-Zeit*, Peiping 1946, 3. Kap., SS. 21 - 46, und M. H. van der Valk, *Le statut des étrangers en Chine*, in: *L'étranger, recueil de la société Jean Rodin*, IX, première partie. Bruxelles 1958. SS. 267 - 304.
- (6). Siehe das brillante Vorwort von C. Padoux zu Leang Ki-tchao, *Conception de la Loi et les Théories des Légistes à la Veille des Tsin* (übersetzt v. J. Escarra u. R. Germain), Peiping 1926.
- (7). Vgl. Chü T'ung-tsu, *Law and Society in Traditional China*, Paris and The Hague 1961.

struktur des traditionellen China war das Eigentum an Grund und Boden. Ein Sprichwort sagt, wer Grundstücke besitzt, hat Reichtum bei sich (yu-t'u oh'ih yu-ts'ai). Alle vier Klassen der konfuzianischen Gesellschaft, shih, nung, kung und shang (Akademiker, Bauer, Handwerker und Kaufleute), strebten danach, Grundbesitz zu erwerben. Das hat uns der Historiker Ssu-ma Ch'ien (145 - etwa 90 v. Chr.) schon in seinen Shih-chi (Aufzeichnungen der Historiker) bestätigt¹⁾. Das ist auch der Grund, warum die Landreform als solche ständig ein aktuelles Problem der Politik in der chinesischen Gesellschaft gewesen ist. In der Ch'un-oh'iu-Zeit (722 - 481 v. Chr.), insbesondere in der Chan-kuo-Zeit (481 - 221 v. Chr., Zeit der Konkurrenz der Einzelstaaten um die politische Macht), haben zwar die Geldgeber bzw. die Wucherer, die den in Patrimonialstaaten politisch bedingten Kapitalismus betrieben, und die Lieferanten der Fürsten erhebliche Bedeutung gehabt und auch mit ziemlich hohen Profitraten gearbeitet. Jedoch trat seit der Ch'in-Dynastie (221 - 207 v. Chr., dem ersten Kaiserreich Chinas) eine radikale Änderung ein, so daß die Vereinheitlichung zum Weltreich offenbar einen Rückgang dieses ganz wesentlich am Staat und seiner Konkurrenz mit anderen Staaten orientierten Kapitalismus zur Folge gehabt hat²⁾. Seither konnte sich ein Bürgertum okzidentalten Gepräges nicht entwickeln³⁾.

In China fehlten bis in die Neuzeit die Rechtsformen und auch die entsprechenden soziologischen Unterlagen eines kapitalistischen Betriebes mit einer rationalen Versachlichung der Wirtschaft, wie sie zum Beispiel in dem Handelsrecht der italienischen Städte schon früh in unverkennbaren Ansätzen vorhanden waren⁴⁾. In der konfuzianischen Gesellschaft hatten die Beamten immer die besten Chancen, um Vermögen anzuhäufen. Was sie im Amt mehr oder minder legal erworben hatten, legten sie privat in Grundbesitz an. Dadurch verschafften sie sich die finanzielle

(1). Ssu-ma Ch'ien, Shih-chi, Kap. 129, Huo-chih lieh-chuan, S. 1a - 19b. (Pona, SS. 1219 - 1229).

(2). Max Weber, a.a.O., S. 373.
Vgl. a. H. Franke, Max Webers Soziologie der ostasiatischen Religionen, in: Max Weber, Gedächtnisschrift der Ludwig-Maximilians-Universität München zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages 1964. (hrsg. v. K. Engisch, B. Pfister u. J. Winkelmann), Berlin 1966, SS. 115 - 130.

(3). Max Weber, a.a.O., S. 390.

(4). Max Weber, a.a.O., S. 374.

Grundlage für ihre soziale Machtstellung. Um diese zu erhalten machten sie einerseits ihre Söhne nur zu Gönnern und brachten andererseits die Mittel auf, um wieder einige Mitglieder der Familie studieren zu lassen und um ihnen die Möglichkeiten zu verschaffen, in die einträglichen Ämter zu gelangen und dadurch wiederum ihre Erbzugsfamilie zu bereichern und ihren Sippenangehörigen Ämter zu verschaffen. Es hatte sich so auf der Basis der politischen Besitzakkumulation ein lahiles Patriziat und ein Bodenmagnatentum entwickelt, welches auf Chancen im Grunde rein politischer Ämterausbeutung spezialisierte, das aber auch neben dem Handel zur Geldanlage Landerwerb betrieb. Außerdem machten die Beamten ihr Vermögen auch als Steuereinzahler. Daher ist es klar, daß diese Art auf die Familienzugehörigkeit gegründeter Erbzugsfamilie Entwicklung nach ökonomischen Gesichtspunkten ausgerichteter Betriebsfamilie im Wege lag¹⁾. Mit anderen Worten, es fehlten die rationalisierbaren Funktionen der Verwaltung und der Rechtspflege und deren sozio-ökonomische Grundlage, ein zum rationalen Betrieb sich entwickelndes Gewerbe.

In China galt — worauf wir noch ausführlich zu sprechen kommen — der Vorrang der partikularen (lokalen) Normen²⁾. Er konnte der Entwicklung kapitalistischer Rechtsinstitute nicht zuzute kommen, wie er es im okzidentalen Mittelalter tat, weil einerseits die korporative Autonomie der Städte als politische Einheit und andererseits die privilegiertmäßig garantierte und fixierte Festlegung der entscheidenden Rechtsinstitutionen fehlten. Die Entwicklung des kapitalistischen, am freien Marktanbau orientierten Kapitalismus hielt sich so sehr beschränkt³⁾. Privatkapitalistische Großmanufakturen sind anscheinend historisch kaum nachweisbar, für Massenartikel auch unwahrscheinlich, da der stetige Markt fehlte⁴⁾. China hatte außerdem keine Übersee- oder Kolonialbesitzungen. Das bedeutete ein Hemmnis für die Entfaltung aller Arten von Kapitalismus, was teils auf der geographischen Lage eines großen Binnen-

(1). Max Weber, a.a.O., SS. 174 - 175.

(2). Max Weber benutzt für den Vorrang der lokalen Normen in China den Ausdruck: Willkür bricht Landrecht. In Anlehnung an Stadtrecht bricht Landrecht, Landrecht bricht Reichrecht, Reichrecht bricht Gemeines Recht. Siehe: Max Weber, a.a.O., S. 391.

(3). Max Weber, a.a.O., S. 173.

(4). Max Weber, a.a.O., S. 187.

reichs, teils auf den umgekehrten Folgeerscheinungen des allgemeinen politischen und ökonomischen Charakters der chinesischen Gesellschaft beruhte¹⁾. Abgesehen davon waren die Kaufleute immer die vierte und zugleich die letzte Klasse in der konfuzianischen Gesellschaft, weshalb der rationale Betriebskapitalismus auch durch das Fehlen einer gewissen gesinnungsmäßigen Grundlage gehemmt wurde²⁾.

Im traditionellen China war das Volk, shu-min, von dem Gegenstand der politischen Philosophie nach übereinstimmender Meinung aller Schulen von vornherein ausgeschlossen³⁾. Konfuzius (551 - 479 v. Chr.) hat erklärt, "Das Volk kann man zur Folgsamkeit anleiten, aber es darf keineswegs belehrt werden (min k'o shih yu-ohih, pu-k'o shih ohih-ohih)"⁴⁾. Und Menzius (371 - 289 v. Chr.) lehrt, "Wer geistig arbeitet, regiert; wer aber körperlich arbeitet, wird regiert (lao-hsin-ohi ohih-jen, lao-li-ohi ohih-yü-jen)"⁵⁾. Das heißt, was politisch ist, ist ein Vorrecht der konfuzianischen Gentry. Die fünffache gesellschaftliche Ordnungsspekulation des Konfuzianismus (wu-lun), die sich auf die Lehre von der angeborenen Güte der menschlichen Natur stützt, wobei die Pietät als grundlegend gilt, behauptet, dem Willen des Himmels und zugleich der Natur des Menschen harmonisch zu entsprechen, und läßt dabei das Individuum nicht selbst entscheiden⁶⁾. Der Konfuzianismus wird erst in der geistigen Welt der früheren Han-Zeit (206 v. Chr. bis 8 n. Chr.) vorherrschend durch das Werk des Tung Chung-shu (Konfuzianer etwa 170 bis etwa 100 v. Chr.). Seither ist der Konfuzianismus eine Art Ziviltheologie in China geworden und zugleich auch eine wichtige Säule des autoritären Staates⁷⁾. Folgenreich für die Begründung des autoritären Staates war auch die an und für sich nicht konfuzianische Lehre von dem

(1). Max Weber, a.a.O., S. 394.

(2). Max Weber, a.a.O., S. 394 - 395.

(3). Niida Noboru, Chūgoku hōseishi kenkyū, hō to kanshū, hō to dōtoku, Tokyo 1964, S. 498.

(4). Lun-yü, Kap. 8, T'ai-no. S. 33. (TPCKHSMC, Bd. 11).

J. Legge, The Chinese Classics, Vol. I, S. 211.

(5). Meng-tzu, Kap. 5, T'ien-wen-kung, sheng. S. 39. (TPCKHSMC, Bd. 11).

J. Legge, a.a.O., Vol. II, SS. 249 - 250.

(6). Niida Noboru, a.a.O., S. 500.

(7). Niida Noboru, a.a.O., S. 500.

Vgl. a. H. H. Dubs, The Victory of Han Confucianism, in: JAOS, LVIII (1936), S. 435 ff. sowie dessen, The History of the Former Han Dynasty by Pan Ku. Vol. II. Baltimore 1944. S. 341 ff.

angeborenen Räder in der menschlichen Natur. Sie sowohl der Letztere ist Han Fei-tzu (gest. 233 v. Chr.) als auch der spätere Konfuzianer Hsün-tzu (18 - 218 v. Chr.) vertraten. Ist die Lehre des Taoisten Lao-tzu, sowohl die der Wu-wei (Nicht-Handeln oder Nicht-Ingreifen), als auch die der tzu-jan (Ungebundenheit oder Spontaneität), ist zwar einerseits autoritäts- und staatsfeindlich, verbirgt aber andererseits in sich eine umgekehrte Folgerung, und ist deshalb sogar eine Vorläuferin des autoritären Staates¹⁾. Sowohl Konfuzius²⁾ und seine Anhänger z. B. Menzius³⁾, Hsün-tzu⁴⁾, als auch die Legalisten wie Shang Yang (gest. 338 v. Chr.)⁵⁾ u. a. haben betont, auf die Volkmeinung, die Sitten, die Gebräuche und die Gewohnheiten Rücksicht zu nehmen⁶⁾. Aber sie gehen alle von der Überlegung aus, wie die Herrschenden am leichtesten und am besten regieren können.

Der Gedanke des autoritären Staates steht auch im Neokonfuzianismus der Sung-Zeit nach dem elften Jahrhundert (nördliche Sung-Dynastie 960 - 1126, südliche Sung-Dynastie 1127 - 1279) im Vordergrund, als dessen Anführer Han Tu (Politiker und Dichter, 768 - 824) gilt, und zu dessen Haupt in der erneuerten Orthodoxie Chu Hsi (Politiker und Philosoph, 1130 - 1200) in der südlichen Sung-Dynastie geworden ist⁷⁾. Chu Hsi lehnt sogar die Lehre von der — durch Menzius für legitim gehaltenen — Sittenrevolution ab⁸⁾. Theorie und Praxis des Neokonfuzianismus haben sowohl der Zentra-

-
- (1). Niida Noboru, a.a.O., S. 499.
Vgl. a. H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 61 - 62.
 - (2). Vgl. J. Legge, a.a.O., I. (Ta Hsüeh X, 3), S. 336.
 - (3). Vgl. J. Legge, a.a.O., II. (Meng-tzu IV, A. 1, 4), S. 688 und Fung Yu-lan, a.a.O., S. 283.
 - (4). Vgl. A. Forke, Gedankenwelt des chinesischen Kulturkreises, Berlin 1927, S. 185.
 - (5). Vgl. J. J. L. Duyvendak, The Book of Lord Shang, London 1928, SS. 170 - 172.
 - (6). Deber ist es klar, daß Hegel sich geirrt hat, als er meint, daß in China die Gesetze und die Moral nur für die Legalisten geeignet seien. Vgl. G. W. F. Hegel, Geschichte der Philosophie, (hrsg. v. Alfred Baillmer) München 1923, Kap. Orientalische Philosophie, SS. 111 - 114, und J. Needham, a.a.O., S. 530.
 - (7). Niida Noboru, a.a.O., S. 501 und H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 201 - 205.
 - (8). Niida Noboru, a.a.O., S. 502.
Vgl. a. O. Franke, Das Tse Tschü T'ung Kien und das T'ung Kien Kung-mu, ihr Wesen, ihr Verhältnis zueinander und ihr Quellenwert, in: Sitzungsberichte der preussischen Akademie der Wissenschaft, Berlin 1930, III-V, insbesondere SS. 138 - 139.

lismus und den Absolutismus seit dem Mitte der T'ang-Dynastie (618 - 906) gefestigt als auch die Abhängigkeit der Bauernsklaven von ihren Grundherren gestärkt¹⁾. Auch die Lehre von Wang Yang-ming (Philosoph, 1472 - 1529) bildet keine Ausnahme. Seine Intuitionsphilosophie, die sogenannte Liang chih-Lehre, ist ein philosophischer Reflex des Absolutismus. Sie gründet sich hauptsächlich auf die Lehre von Chu Hsi, knüpft aber auch an den Meditationsbuddhismus an²⁾.

Die konfuzianische Staats- und Gesellschaftsauffassung beherrschte seit der Han-Zeit (frühere Han-Dynastie 206 v. Chr. bis 8 n. Chr.; spätere Han-Dynastie 25 - 220) fast die ganze chinesische Gesetzgebung³⁾. Besonders deutlich läßt sich ihr Einfluß an den Aufforderungen ablesen, die im 'allgemeinen Teil' der Strafgesetze des traditionellen China und in autorisierten Kommentaren enthalten sind, wie z. B. jenen, daß die Menschen ihre Pflichten erfüllen, die gesellschaftliche Ordnung bewahren, in den zwischenmenschlichen Beziehungen sich nach den guten Sitten richten sollen. Vermögen oder Personen zu schützen war kein unmittelbares Anliegen des Gesetzgebers im traditionellen China⁴⁾. Die privatrechtlichen Beziehungen regelten sich nach den Normen des Gewohnheitsrechts.

(1). Niida Noboru, a.a.O., S. 501.

(2). Niida Noboru, a.a.O., SS. 503 - 504 und
H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., S. 268.

(3). Vgl. Chü T'ung-tsu, a.a.O., S. 276,
Ch'en Ku-yüan, Chung-kuo fa-chih-shih, Shanghai 1934, Kap. 2 u. 3,
und MS Vol. XXII. 1963, S. 535 (M. H. van der Valk).

(4). Vgl. J. Escarra, a.a.O., S. 17,
Hellmut Wilhelm, Gesellschaft und Staat in China, Peiping 1944,
SS. 65 ff. Das gleiche Buch in Rowohlt's Deutscher Enzyklopädie,
Nr. 102, Hamburg 1960, S. 52 und
J. Needham, a.a.O., S. 529 u. 545.

2. Gewohnheitsrecht als die einzige Rechtsquelle im chinesischen traditionellen Privatrecht

Das Gewohnheitsrecht ist -- sowohl in China als auch anderswo -- eine originäre Rechtsquelle, deren Entstehung in ihrem Ursprung mit der Staatsmacht nichts zu tun hat. In Ti-wang shih-chi (Geschichte der Monarchen in der Antike, verfaßt im Jahre 270 v. Chr. von Huang-fu Mi (215 - 280, einem berühmten Gelehrten der westlichen Chin-Dynastie, 265 - 216) klingt diese Vorstellung an: "(Zur Zeit des Urkaisers Yao, angeblich 2333 - 2234 v. Chr., singt ein 80-90-jähriger alter Mann ein Lied.) Ich gehe zur Arbeit, wenn die Sonne aufgeht; ich habe Feierabend, wenn die Sonne untergeht. Den Brunnen grabe ich, und davon trinke ich. Den Acker bebaue ich und davon lebe ich. Was geht die Macht des Kaisers nicht an?"¹⁾ Im Lieh-tzu, dem Buch des Meisters Lieh Yi-k'ou, (Philosoph in der Chan-kuo-Zeit, 481 - 221), das Texte vom 5. bis 1. Jh. v. Chr. umfasst und dessen überlieferter Text im Jahr 380 n. Chr. kompiliert wurde, lesen wir: "Seit fünfzig Jahren regiert der Urkaiser Yao den Staat. Er weiß aber nicht, ob der Staat gut regiert ist oder nicht. Er weiß auch nicht, ob tausend Millionen Leute ihn mögen oder nicht. Daraufhin fragt er seine Umgebung. Seine Umgebung weiß es nicht. Er fragt seine Verwaltungsbeamten außerhalb des Hofes. Sie wissen es auch nicht. Dann fragt er die Leute ohne Amt. Auch sie wissen es nicht. Daher wandert er in einfachen Kleidern zum Marktplatz. Da hört er ein Kind ein Gassenlied singen: "Unser zahlreiches Volk kommt ohne Arg zum Ziele. Ohne das er davon wüßte, entspricht es des Kaisers Willen!"²⁾ Die Beispiele zeigen zugleich, wie das Volk bei allen seinen Angelegenheiten die Einmischung der Beamten vermeiden will.³⁾ Die geltende Rechtsordnung des zivilrechtlichen Verkehrs wird daher vom Gewohnheitsrecht getragen, wobei der Respekt vor der Tradition im Recht so groß ist, daß es fast kaum Leute gibt, die es wagen, sie außer Acht zu lassen.⁴⁾ Daher ist das Gewohn-

(1). Huang-fu Mi, Ti-wang shih-chi, S. 114. (CH Bd. 23, PPTS Nr. 54).

(2). Lieh-tzu, Kap. 4 (Chung-yi), S. 40. (TTU-KHONG Bd. 11).

Vgl. Ernst Faber, Der Naturalismus bei der alten Chinesen, Elberfeld 1877, S. 99 und

Richard Wilhelm, Liä Tsai, Das Wahre Buch vom Quellenden Ursprung, Düsseldorf-Köln 1968, S. 95.

(3). Nida Woburn, a.a.O., S. 350.

(4). Vgl. MS Vol. XXII 1947, S. 303 (L. Ladany S. J.).

heitsrecht die Offenbarung der Rechtsidee der Chinesen¹⁾. Nach der Ansicht von Larenz setzt die Entstehung von Gewohnheitsrecht zweierlei voraus: 1), (langdauernde) Übung; 2), allgemeine Überzeugung einer rechtsethischen Richtigkeit (opinio necessitatis)²⁾. Das chinesische Gewohnheitsrecht bildet einen schlagenden Beweis für die Adäquatheit dieser Gewohnheitsrechtsauffassung. Denn es ist — ohne daß man die Übertreibungen der Volksgeistlehre Puchta akzeptieren müßte — ein Volksrecht. Außerdem zeigt sich am chinesischen Gewohnheitsrecht, das Recht und Moral unter dem einheitlichen Begriff 'Li' betrachtet, besonders deutlich die ethische Komponente der das Gewohnheitsrecht tragenden Rechtsüberzeugung.

Neues Gewohnheitsrecht stammt häufig von einem neuartigen Handeln, welches zu einem Bedeutungswandel des geltenden Rechts oder zur Neuschaffung von Recht führt. Aber auch ganz ohne solche Neuorientierungen des Handelns können veränderte Existenzbedingungen Änderungen im Gesamtzustand des Gemeinschaftshandelns eintreten³⁾. Einmal entsteht durch lokal bedingte Messysteme differenziertes, bzw. neues ihren entsprechendes Gewohnheitsrecht⁴⁾. Das Pu-nung-shu (Ergänzung zur Abhandlung über die Landwirtschaft) von Chang Lü-hsiang (1611 - 1674) enthält mehr als zehn Fälle zum neuen Gewohnheitsrecht bei Pachtverträgen, das sich während des Wechsels zwischen Ming- (1368 - 1644) und Ch'ing-Dynastie (1644 - 1911) auf Grund gewisser Strukturänderungen der Agrargesellschaft im Gebiet des Yang-tzu Deltas und der Mündung des Kaiserkanals entwickelt hat. Die Verpächter haben dabei ihre bisherige einseitig günstige Position verloren, und die Pächter allmählich eine günstigere Rechtsposition erlangt⁵⁾. Die zahlreichen Bauernaufstände führten nur ausnahmsweise zur dauernden Beseitigung als ungerecht empfundenen Gewohnheitsrechts. Der Bauernaufstand im Jahr 1448 unter der Führung von Teng Mao-ch'i (Chef einer

(1). Vgl. F. Wieacker, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, Göttingen 1952, S. 233 - 234.

(2). Karl Larenz, Lehrbuch zum allgemeinen Teil des deutschen Bürgerlichen Rechts. 3. Aufl. Verlag C. H. Beck, München 1975, S. 10.

(3). Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft (Studienausgabe, hrsg. v. Johannes Winkelmann), Köln - Berlin 1964, S. 564.

(4). Niida Noboru, a.a.O., S. 361 - 362.

(5). Niida Noboru, a.a.O., S. 362 - 363.

lokalen Kommandantur des Distrikts Yen-p'ing in der Provinz Fu-chien) im süd-östlichen China ist ein gutes Beispiel¹⁾. Obwohl dieser Aufstand niedergeschlagen wurde, war es doch später das Ziel, für das die Aufständischen gekämpft hatten, nämlich die Abschaffung der außerordentlichen Abgabe, die die Pächter am Ende eines jeden Jahres über den Pachtzins hinaus an die Grundherren bezahlen mußten, in der Praxis anerkannt und verwirklicht²⁾.

Neben dem Gewohnheitsrecht — seitdem sich der Konfuzianismus in der Han-Zeit (frühere Han-Dynastie, 206 v. Chr. bis 220 n. Chr.; spätere Han-Dynastie, 25 - 220) durchgesetzt hat — sind die konfuzianischen Schriften eine Rechtsquelle für das traditionelle chinesische Privatrecht. allerdings ~~61~~ auch eine Erkenntnisquelle für das Gewohnheitsrecht. Die konfuzianischen Schriften zielen allerdings in erster Linie darauf die Gesellschaftsordnung als ganze zu erhalten. Nur diejenigen Normen, die den privatrechtlichen Verkehr betreffen, gelten in unserem Sinn als eine Quelle des Privatrechts, wobei es sich zum größten Teil um Statusrecht handelt, das seit der Han-Zeit meist im Zusammenhang mit statutenrechtlichen Delikten behandelt ist. Natürlich kann man im Rahmen des chinesischen traditionellen Erbrechts auch die an sich stehenden vermögensrechtlichen Normen erfassen³⁾, die aber im Vergleich mit den gesamten vermögensrechtlichen Normen im traditionellen Gewohnheitsrecht ganz gering sind. Die konfuzianischen Normen, die sich mit dem Privatrecht befassen, werden spätestens seit der Han-Zeit zu einem Bestandteil des chinesischen Gewohnheitsrechts und damit zu Rechtsnormen. Es ist daher fragwürdig zu sagen, daß das Gewohnheitsrecht, weil es sich außerhalb der staatlichen Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit ganz aus dem Volk entwickelt hat, im "rechtsfreien" Gebiet liege⁴⁾. Denn eine solche Meinung führt falsch-

(1). Niida Noboru, a.a.O., S. 360.

(2). Um welches Verhältnis der gesellschaftlichen Dynamik von soziologischer Seite her zu erklären geht es in der Theorie von dem Japaner Suehiro Itsutaro (1888 - 1951). Vgl. auch Niida Noboru, a.a.O., S. 358, Anm. 2 und S. 359 - 361.

(3). Vgl. Klaus Mähding, a.a.O., S. 2 u. 8, K. Büniger, a.a.O., S. 61 ff., J. Escarra, a.a.O., S. 282, BSOAS 1955, S. 536 (H. McAllevy), und O. Franke, Die Rechtsverhältnisse am Grundeigentum in China, Leipzig 1903, S. 45.

(4). K. Büniger, a.a.O., S. 56 - 57, und auch dessen, Die Quellen des chinesischen Privatrechts, BfIP, 4 (1929), S. 196 ff.

licherweise zu der Vorstellung, daß nur das öffentliche bzw. Strafrecht das Gebiet des Rechts wäre. Bei dieser Behauptung bleibt ferner der Unterschied zwischen "rechtsfreiem" Gebiet und Moral im Unklaren. Das Gewohnheitsrecht hat in seiner Realisierung die Funktion, sich wie ein Zwangsapparat durchzusetzen¹⁾. Im übrigen scheint uns das Problem der Abgrenzung zwischen rein moralischen und gewohnheitsrechtlichen Normen nicht schon dadurch gelöst zu sein, daß man Gewohnheitsrecht als Rechtsgewohnheit kennzeichnet²⁾, ohne zu fragen, ob diese und die konfuzianischen Normen sich ihrer Funktion nach im Rahmen des chinesischen Gewohnheitsrechts differenzieren lassen. Im Grunde genommen sind sie beide ihrer Funktion nach gleichwertig. Wir sind der Auffassung, daß das (einzelne) Gewohnheitsrecht, die konfuzianischen Normen, — sowohl die in den konfuzianischen Klassikern vorhandenen als auch ihre Varianten, die im Strafgesetz nebenbei zu finden sind, — und die Rechtssprichwörter Quellen des chinesischen traditionellen Privatrechts und zugleich des gesamten Gewohnheitsrechts sind. Und das Gewohnheitsrecht als Ganzes ist die einzige Quelle im chinesischen traditionellen Privatrecht.

Im traditionellen China erscheint das Gewohnheitsrecht als das vom Volk geschaffene Verhaltensmodell im privatrechtlichen Verkehr. Es ist zugleich ein sehr verlässliches Mittel der Rechtsanthropologie. Es zeigt, welche Vorstellungen sich das Volk von Recht und Gerechtigkeit macht. Andererseits ist die gewohnheitsrechtliche Norm eingebettet in die raum- und zeitbedingten Umstände der konkreten Situation. In China, wo die Tradition als unantastbar gilt, honoriert die Gesellschaft nur jene Handlungen, die das Siegel des Gewohnheitsrechts gleichsam an der Stirn tragen. Der Einzelne wird ihm gehorchen müssen, wenn ihm an der Anerkennung seines Tuns durch die Gesellschaft gelegen ist, und wenn er überhaupt in seinem Handeln den angestrebten Zweck erreichen will. Das Gewohnheitsrecht ist demnach in der traditionellen chinesischen Gesellschaft eine gemeinschaftstragende Kraft, die sich selbst erhält³⁾. Die konfuzianischen Normen, die als einheitliche, sozial. grundlegende Normen bzw. Wertvorstellungen gelten, haben einen Geltungsbereich, der

(1). Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O., S. 241.

(2). E. J. M. Kroker, Sammlung, a.a.O.

(3). Vgl. E. J. M. Kroker, a.a.O., SS. 69 — 71.

ganz China umfaßt, und lassen sich demzufolge als gemeines Recht auffassen¹⁾. Die sonstigen zahlreichen wichtigsten gewohnheitsrechtlichen Normen sind beeinflußt durch geschichtliche, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Gegebenheiten der jeweiligen Lokalität und dementsprechend verschieden. Hierin liegt eine Eigenart des chinesischen traditioneller Privatrechts, die zum allgemeinen Problem des Regionalismus in China gehört²⁾.

Das Li-chi (die Aufzeichnungen über das Alter, ein literarisches Chou, 11. Jh. - 221 v. Chr., -zeitliches Werk), das seine heutige Gestalt erst in der Han-Zeit (206 v. Chr. bis 8 n. Chr. und 25 - 220) erhielt, spricht bereits die Vielfalt des lokalen Gewohnheitsrechts in folgender Weise an: "Beim Überschreiten der Grenze muß man nach den Verboten fragen. Beim Besuch eines fremden Landes muß man dessen Sitte beachten." (Ju-chi-erh wen-chin, ju-kong erh wen-shu)³⁾. Nach zeitlicher Kraft sind die Sprichwörtern zum Ausdruck: "Fünf Li (ein Li = ca. 1/10 Me.) weiter differenziert sich schon die Gewohnheit, und zehn Li weiter ändert sich die Sitte völlig." (Wu-li i-feng, shih-li kai-shu, aus der Provinz Ho-bei.) "Nach zehn Li gibt es keine gemeinsame Sitte; nach fünf Li ändern sich die Gewohnheiten." (Shih-li i-feng, wu-li kai-shu, aus der Provinz Ho-nan.) "Geht man in ein Dorf, so fügt man sich ein. Kommt man in die Stadt P'eng, so muß man die Töpferei lernen." (Tao-hsiang sui-hsiang, tao p'eng-oh'eng hsiieh nieh-kang, aus den Provinzen Ho-pei und Ho-nan.) "Kommt man in ein Dorf, so folgt man seinen Gewohnheiten. Trifft man in einem Hafen ein, so paßt man sich den Verhältnissen an." (Ju-hsiang ts'ung-hsiang, ju-kang ts'ung-wen, aus der Provinz Fu-chien

(1). Vgl. Harald Kiefel, Das Gewohnheitsrecht bei Erbfund Verkauf von Immobilien in China und Manchukuo, Dissertation Bonn 1940 und dessen, Das Gewohnheitsrecht in China, in: Sinologica, Bd. III (1951), S. 52 ff.

(2). Vgl. O. Franke, a.a.O., S. 314, Schille v. d. Sorenkel, Legal Institutions in Manchu China, London 1962, S. 103, H. Betz, a.a.O., S. 368, E. J. M. Kroker, Sammlung, a.a.O., S. 73 ff., K. Mading, a.a.O., S. 14 ff. und Suen Peng-hien, Les principes généraux du droit de succession en Chine, (Jusqu'à la fin du premier quart du XX^e siècle), thèse, Nancy 1921, S. 18.

(3). Li-chi, Kap. 1. Ch'ü-li, S. 17b. (SPY). Vgl. ... a.a.O., S. 349 u. 352.

und Taiwan.)¹⁾ Und "In hundert Li Entfernung herrschen schon andere Sitten." (Pai-li pa-t'ung-feng, aus Taiwan.)²⁾ Aber, es muß nicht unbedingt so sein, daß jede Provinz ihre eigenen Gebräuche hat. Gegebenenfalls gelten einige gewohnheitsrechtlichen Normen auch in mehreren Provinzen als gemeinsames Recht³⁾.

Der Regionalismus ist ein Ergebnis der gefelgschaftlich-korporativen Struktur der traditionellen chinesischen Gesellschaft⁴⁾. In der traditionellen Gesellschaft gibt es Verbände von Sippen, von Landsmannschaften, von Schulkameraden, von Glaubensgenossen und von Berufskollegen. Und nicht nur die Polizisten haben ihre Verbände, sondern sogar die Bettler. Die Verbände bieten ihren Angehörigen Schutz vor der Verfolgung durch Mitglieder anderer Sippen oder Verbänden, in Notfällen sorgen sie sogar für die Versorgung mit Lebensmitteln⁵⁾. Somit ist die Lösung der meisten zivilrechtlichen Fragen zwangsläufig eine Sache der Sippenverbände, Dorfgemeinschaften, und Gilden, deren Forderungen der Einzelne viel stärker ausgesetzt ist als denen des Staates. Den Verbänden wird von Seiten der Staatsführung stillschweigend eine weitgehende Autonomie in der Gestaltung des privatrechtlichen Lebens zugewilligt⁶⁾. Die Verbände dehnen die Kontrolle über ihre Mitglieder schließlich bis zu polizeiähnlicher Überwachung aus. Die Gewohnheiten solcher Verbände, aber nicht die staatlichen Gesetze, sind die Verhaltensnormen, nach denen die Chinesen in Wirklichkeit leben⁷⁾. Gerade weil die Gewohnheiten die dominante Macht in der Gesellschaft sind, werden die Gesetze und die Verordnungen der Zentralregierung entweder in die Gewohnheiten integriert oder als unverträglich abgelehnt, wobei der Konservatismus im chinesischen Gewohnheitsrecht eine entscheidende Rolle spielt. Gegebenenfalls können die gewohnheitsrechtlichen Normen ins Gesetzesrecht re-

(1). Vgl. Niida Noboru, a.a.O., S. 352.

(2). Taiwan shihō, Anhang, S. 349 f.

(3). Vgl. MS 1955, S. 220. (E. J. M. Kroker.)

(4). Vgl. Niida Noboru, a.a.O., S. 520 ff.

(5). Vgl. Niida Noboru, a.a.O. S. 521 - 522.

(6). Harald Kirfel, Das Gewohnheitsrecht in China, a.a.O., S. 55, Niida Noboru, a.a.O., SS. 349 - 350, und MS 1961, S. 448. (Imabori Seiji).

(7). Vgl. A. Karl A. Wittfogel, "Chinese Society. A Historical Survey." in: JOAS, Bd. XVI, No. 3, Mai 1957, und eine deutsche Fassung vom Autor selbst, "Die chinesische Gesellschaft, eine historische Übersicht." in: "Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B XIX, 1958, SS. 230 - 239.

ziniert werden. So sind die Freibeiten, die die Bauern in den letzten Jahren der Ming-Dynastie (1368 - 1644) erkauft haben, schließlich durch staatliches Gesetz sanktioniert worden¹⁾.

Der Konservatismus im Gewohnheitsrecht ist historisch-philosophisch zu belegen. Die Meinung, daß das Brauchtum eine mächteschränkende Funktion hat, ist sowohl bei der Obrigkeit als auch beim Volk immer sehr stark vorhanden. Chu Hsi (Politiker und Philosoph, 1130 - 1200) schreibt: "Wenn der Herrscher das Neue begünstigt und das Alte verwirft, dann wird natürlich sein willkürliches und parteiliches Empfinden und seine engherzige und beschränkte Urteilsweise im Volk sofort Beunruhigung und einen Geist des Widerstandes hervorrufen."²⁾ Der Sturz der Monarchie im Jahre 1911 hat auf das traditionelle private Gewohnheitsrecht kaum irgendeinen nennenswerten Einfluß gehabt.³⁾ Das Bürgerliche Gesetzbuch der Republik China, das erst am 5. Mai 1931 voll in Kraft trat, war eine radikale, westlich orientierte Neuschöpfung, die weit von der sozialen Realität in China entfernt war und der chinesischen Tradition wenig entsprach. In vieler Hinsicht, insbesondere im Bezug auf Statusrecht, blieb es bloßes Papier ohne tatsächliche Wirkung. Selbst nach der Errichtung der Volksrepublik konnte der Gesetzgeber die gewohnheitsrechtlichen verankerten Rechtsvorstellungen besonders auf dem Gebiet des Ehe- und Familienrechts durch legislative Maßnahmen nur schwer beeinflussen. Als das neue Ehegesetz der Volksrepublik China am 1. Mai 1950 in Kraft trat, stieß es sofort auf heftige Kritik von beiden Seiten.

(1). MS 1964, SS. 415 - 416 (Imahori Saito).

(2). Vgl. Günther Dehio und Werner Roßner, Chinesische Geisteswelt, Baden-Baden, 1957, S. 222.

(3). Vgl. H. Betz, a.a.O., S. 331.

(4). Vgl. Nida Noboru, a.a.O., S. 353.

Wang Po-ch'i, Chin-tai fa-lü ssu-oh'ao yü' ohung-kuo ko-yü wen-hua, Taipei, 1956,

E. J. M. Kroker, Sammlung, a.a.O., SS. 76 - 77,

K. Mäding, a.a.O., SS. 3 - 4,

K. Büniger, Das Ehegesetz der Volksrepublik China von 1950, in: ZAIP 16. Jhrg. (1951), S. 119, sowie dessen, Religiöse Bindungen im chinesischen Recht, in: Religiöse Bindungen in frühen und in orientalischen Rechten. (Hrsg. v. K. Büniger u. H. Trimborn), S. 67, H. McIlvay, Certain Aspects of Chinese Customary Law in the Light of Japanese Scholarship, in: BSOAS, Bd. XVII (1955), S. 535, E. Balazs, Le droit Chinois, a.a.O., S. 200 und Fr. Thery, Les coutumes Chinoises relatives au mariage, in: Bulletin de l'université de L'Aurore, No. 36, S. 368.

Es hat sogar Leben gekostet. Eine Frau aus einem Dorf im Distrikt Yü in der Provinz Ho-nan erhob auf Grund des neuen Ehegesetzes Scheidungsklage gegen ihren Mann, den sie nach dem Willen ihrer Eltern hatte heiraten müssen. Es wurde eine Dorfversammlung einberufen, bei der auch die Sippe von Seiten des Mannes anwesend war. Diese Dorfversammlung beschloß als Vergeltungsmaßnahme für die Tat der Frau, sie zu prügeln. Sie wurde geschlagen, wobei sie zu bluten begann und mehrmals ohnmächtig wurde. Man goß Wasser auf sie und brachte sie wieder zur Besinnung. Dann wurde sie wieder geschlagen. Dieser Vorgang wiederholte sich mehrmals bis sie schließlich am nächsten Morgen starb. Das Volksgericht verhängte über die Täter statt der im Normalfall vorgesehenen Todesstrafe nur eine Freiheitsstrafe¹⁾. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in der Provinz Shan-tung²⁾. Selbst die Parteifunktionäre beklagten vor den Massen, das neue Ehegesetz sei ein Frauengesetz, mit dem die Frauen die Männer manipulieren könnten. Das Ehegesetz sei nur ein Scheidungsgesetz. Und es sei ein großer Mißerfolg der Regierung, u.s.w.³⁾ Hier stößt man die äußerste Zählbarkeit des Konservatismus im chinesischen Gewohnheitsrecht⁴⁾. Das chinesische traditionelle Gewohnheitsrecht besteht auch heute noch fort. In der Volksrepublik China gelten Teile des Gewohnheitsrechts im Bereich des traditionellen Erbrechts fort, soweit sie von der kommunistischen Doktrin, wenn auch widerwillig geduldet werden⁵⁾.

Das chinesische traditionelle Gewohnheitsrecht war in Korea, Japan, der Mongolei, Vietnam und anderen fernöstlichen Ländern rezipiert worden⁶⁾.

-
- (1). Siehe: Jin-min jih-pao (Ren-Min Ri-Bao), Peking, 6. 12. 1951. Vgl. Niida Noboru, a.a.O., SS. 355 - 357 u. S. 591 ff.
 - (2). Siehe: Jin-min jih-pao, Peking, 1. 9. 1951.
 - (3). Vgl. Niida Noboru, a.a.O., S. 357.
 - (4). Vgl. M. H. v. d. Valk, Conservatism in Modern Chinese Family Law, Leiden 1956.
 - (5). E. J. M. Kroker, Sachenrechtliche Gewohnheiten in der Provinz "Feng-tien" (China), in: ZfVR 62, Bd. (1960), S. 4, und D. A. Toebe, Das Erbrecht in der Volksrepublik China, in: OER 5. Jahrg. (1959), SS. 122 - 126.
 - (6). Vgl. Niida Noboru, a.a.O., Kap. 2 u. 3, SS. 45 - 64, K. Bünker, Das neue chinesische EGR, seine Entstehungsgeschichte und Systematik, in: BfEP, 6. Jahrg. (1931), Spalte 257, V. A. Riasanovsky, Fundamental Principles of Mongol Law, Bloomington and the Hague 1965, Kap. III, weiter vgl. a. Niida Noboru, Chügoku hōseishi kenkyū, tochiō teribikihō, Tokyo 1960, Tochiō, Kap. 2 und Teribikihō, Kap. 6 u. 8.

China war das einzige Land der Welt, das seine Eroberer zwang, sein Rechtssystem zu übernehmen¹⁾. Heute noch lebt das chinesische traditionelle Gewohnheitsrecht in einigen dieser Länder in wechselnder Gestalt fort²⁾. In Taiwan, der britischen Kronkolonie Hongkong, und anderen Städten Südostasiens, wie zum Beispiel in Singapur, und anderswo, wo die Übersee-Chinesen sich niederließen, gilt das traditionelle Gewohnheitsrecht immer noch³⁾. Das chinesische traditionelle Gewohnheitsrecht hat in Asien eine ähnliche Rolle gespielt wie das römische Recht in Europa^{4) 5)}.

-
- (1). Das ist ein Wort von Voltaire. Siehe: Dictionnaire philosophique, 1764, de la Chine, S. 273.
Ferner siehe auch: Niida Noboru, Chūgoku hōseishi kenkyū, keihō, Tokyo 1959, Kap. 10, 11 u. 12.
 - (2). Vgl. Niida Noboru, Chūgoku hōseishi kenkyū, hō to kanshū, hō to dōtoku, a.a.O., Kap. 2 u. 3.
 - (3). Vgl. Hongkong Government (hrsg.), Chinese Law and Custom in Hong Kong, Report of a Committee appointed by the Governor in October, 1948, Hongkong February 1953, und
H. MacLeavy, a.a.O., in: BSOAS, S. 535.
 - (4). Über die Rolle des chinesischen traditionellen Strafrechtssystems in Asien siehe: Niida Noboru, Chūgoku hōseishi kenkyū, keihō, a.a.O., III. Teil, S. 301 ff.
 - (5). Ferner über die Einflüsse chinesischen Rechtsdenkens in Asien siehe: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0114, 0407, 0425, 0457, 0526, 0559, 0561 - 0563, 0579, 0494, 0600, 0603, 0617, 0628, 0860, 0936, 1063 - 1065, 1072, 1160, 1161, 1182, 1201, 1205 - 1211, 1389, 1390, 1398.

§ 2. Materialien zum chinesischen traditionellen Privatrecht

Die Materialien für das chinesische Gewohnheitsrecht sind sehr umfangreich und in der chinesischen Literatur sehr verstreut. Man findet sie in kaum bekannten Teilen chinesischer Biographien, Romane, Theaterstücke usw. Diese Quellen können uns aber neue Einsichten in die Funktion des lebendigen Rechts der Vergangenheit geben. Die uns am besten bekannten Materialien sind die Klassiker, die Strafkodizes und die Annalen der verschiedenen Dynastien. Wie wir oben schon erwähnt haben¹⁾, gelten für uns diejenigen Klassiker, die über privatrechtliche Normen berichten, als eine unserer Quellen. Wenn auch im traditionellen China es kein privatrechtliches Gesetzbuch in unserem Sinne gab²⁾, finden wir gelegentlich privatrechtliche Normen in denjenigen Kapiteln der Strafkodizes, in denen die vermögensrechtlichen und statusrechtlichen Delikte geregelt werden³⁾. Leider sind nicht alle Strafkodizes sämtlicher Dynastien seit der Ch'in-Zeit (221 - 206 v. Chr.) bis heute erhalten geblieben. Die Kodizes von der Ch'in - (221 - 206 v. Chr.), der Han- (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.), der Wei- (220 - 265), der Chin-Dynastie (265 - 420), der Nan-pei-ch'ao (386 - 589), der Sui- (589 - 618), der Liao- (907 - 1125) und der Chin-Dynastie (1115 - 1234) sind längst verlorengegangen. Der älteste und zugleich auch vollständigste Kodex, den wir heute haben, ist T'ang-lü shu-i⁴⁾ von der T'ang-Dynastie (618 - 906). Die anderen sind Sung-hsing-t'ung von der Sung-Dynastie (960 - 1279)⁵⁾, T'ung-chih t'iao-ko und Yian-tien-chang (Gerichtsprotokolle) von der Yian-Dynastie (1260 - 1368), Ta-Ming-ling und Ta-Ming lü-li (kodifiziert im Jahre 1374) von der Ming-Dynastie (1368 - 1644), und Ta-Ch'ing lü-li (kodifiziert im Jahre 1646) und

(1). Vgl. S. 16 - 17.

(2). Der erste Entwurf zum Zivilrecht in China, Ta-Ch'ing min-lü ts'ao-an, wurde im Jahre 1911 vom Hsiu-ting fa-lü kuan, der kaiserlichen Behörde für Gesetzentwürfe, vorgelegt.

(3). Vgl. S. 17.

(4). Der erste amtliche Kommentar dazu wurde im Jahre 737 verfaßt. Siehe ferner: Niida Noboru, Chūgoku hōseishi kenkyū, hō to kansū, hō to dōtoku, Tokyo 1964, 2. Teil, Kap. 4 & 5, SS. 65 - 102.

(5). Das Sung-lü-wen (kodifiziert 1029) ist verlorengegangen. Heute sind nur gewisse Fragmente davon zu haben, die von Shen Chia-pen kompiliert und in Chen-pi-lou ts'ung-shu zu finden sind.

T'ang-h'ing heien-h'ing h'ing-shi (vorgelegt von Hsien-cheng nien-ch'ia kuan, der kaiserlichen Behörde für Gesetzentwürfe, im Jahre 1010, einem Jahr vor der Abschaffung der Monarchie) von der Ch'ing-Dynastie (1644 - 1911)¹⁾. Gerade da die Kodizes vor der T'ang-Zeit (618 - 906) schon lange verlorengegangen sind und deren Rekonstruktion durch die Wissenschaft noch unzulänglich ist²⁾, gelten für uns die Kapitel Hsing-fa-chih (Aufzeichnungen über das Strafrecht) in der Annalen auch als wichtige Quellen. Noch wichtiger sind die Kapitel Shih-huo-chih (Aufzeichnungen über Essen und Währung)³⁾ in der Annalen, weil sie uns vor allem das wirtschaftlich-gesellschaftliche Leben der betreffenden Dynastie schildern. Gelegentlich dienen uns auch die verschiedenen lieh-chuan (die Biographien der historischen Persönlichkeiten) in der Annalen als Material. Das Leben und die Leistungen berühmter Persönlichkeiten gelten als Bestandteile der stereotypen Geschichtsschreibung im alten China, insbesondere wenn die geschilderten Personen sich im Leben nach konfuzianischer Ethik verhalten und dadurch Vorbildliches leisten konnten⁴⁾. Aus diesem Grunde liefern sie uns manche Berichte, die auch rechts-historisch interessant sind. Die gleichen Kapitel Hsing-fa-chih, Shih-huo-chih, und lieh-chuan in den Dynastie-Annalen nach der T'ang-Zeit haben für uns eine ähnliche Bedeutung. Außerdem dienen uns die Verwaltungsbücher in den verschiedenen Dynastien als Quellen, wie etwa T'ang-liu-tien (die in sechs Abteilungen angeordnete Verwaltungsvorschriften der T'ang-Dynastie) vom T'ang-Kaiser Hsüan-tsung (li lun-chi, 685 - 762), T'ang-hui-yao (Abriß der Verwaltungsvorschriften von der T'ang-Dynastie) von Wang P'u (922 - 980), Sung-hui-yao (Abriß der Verwaltungsvorschriften von der Sung-Dynastie, nördliche Sung: 960 - 1126; südliche Sung: 1127 - 1279) von Hsi' Sung (Kompilator, 1131 - 1181), Ch'ing-yüan

- (1). Vgl. T'ung-tsu Ch'ü, *Law and Society in traditional China*, Paris & The Hague 1961, S. 12.
- (2). Die bis jetzt bekannten Rekonstruktionen sind nur Shen Chia-pen, Han-lü shih-i, Peking 1912, ders. Han-lü-k'ao, Peking 1918, und Sung-lü-wen k'ao, Peking 1929; Ch'eng Shu-te, Chiu-ch'ao li-k'ao, Shanghai 1927; Hsi' Te-yüan/Sun Ta-neng, Chung-kuo li-tai fa-chih k'ao, Shanghai 1912, und siehe auch: A. F. P. Hulsewé, *Remnants of Han Law*, Vol. I, Leiden 1955.
- (3). In Shih-chi von Shen-ch'ao, s. h'ei t'ao P'ing-chü, etc.
- (4). Über die Geschichtsschreibung im alten China siehe: E. Haenisch, *Das Ethos der chinesischen Geschichtsschreibung*, in: *SASCHUM*, Bd. 1 (1950), SS. 111 - 123, und P. Olbricht, *Die Biographie in China*, in: *SASCHUM*, Bd. 8 (1957), SS. 224 - 235.

t'iao-fa shih-lei (die nach Sachgebieten klassifizierten Vorschriften von der Regierungsdevise Ch'ing-yüan, 1195 - 1200, in der Sung-Dynastie) von Hsieh Shen-fu (im 12. Jh.)¹⁾, Ming-hui-tien (Abriß der Verwaltungsvorschriften von der Ming-Dynastie, 1368 - 1644) von Li Tung-yüan (1447 - 1516). Ferner ist noch das paläographische Lexikon Shuo-wen zu erwähnen, ein Werk der späteren Han-Zeit (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.), das ungefähr im 2. Jahrhundert n. Chr. angeblich von Hsü Shen verfaßt wurde²⁾, und im wesentlichen die Entstehungsgeschichte der chinesischen Wörter behandelt. Im Shuo-wen findet man noch vereinzelt juristischen Materialien aus der Han-Zeit und sogar aus noch früherer Zeit, die nirgendwo sonst erhalten sind³⁾.

In Bezug auf das privatrechtliche Leben in der T'ang- (618 - 906) und Sung-Zeit (960 - 1279) sind für uns die Dokumente und die Manuskripte, die am Anfang dieses Jahrhunderts im Nordwesten China zunächst (im Jahre 1899) durch Zufall bekannt wurden und später durch mehrfache Forschungsreisen gefunden worden waren, die wichtigsten. Solche Expeditionen sind von Ländern wie den Vereinigten Staaten von Amerika, England, Frankreich, Deutschland bzw. Preußen, Ungarn, Schweden, Rußland, Japan und auch von China selbst unterstützt worden. Die Führer waren u. a. Leute wie Sir Aurel Stein, Paul Pelliot, Albert von Le Coq, Sven Anders von Hedin, P. K. Kozlow, Otani Kozui und Hsü Ping-ch'ang. Ihre Forschungsstätten waren vor allem Tunhuang, Turfan, Khotan, Chotscho, Alte-Kutscha, Kara Khoto, Balkh, Kokand, Talixkan und auch einige andere Stätte in Turkistan, dem Nordwesten von China, wobei Tunhuang und Turfan die wichtigsten waren⁴⁾. Die bei den Ausgrabungen gefundenen Dokumente und Manuskripte sind seit den Zwanziger Jahren nach und nach veröffent-

-
- (1). Über das Werk Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei siehe: die Einleitung von W. Eichhorn in dessen 'Beitrag zur rechtlichen Stellung des Buddhismus und Taoismus im Sung-Staat, Übersetzung der Sektion "Taoismus und Buddhismus" aus dem Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei', Monographies du T'oung-pao volume VII, Leiden 1968, SS. VII - X.
 - (2). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., S. 24 u. 102.
 - (3). Vgl. A. F. P. Hulsewé, The Shuo-wen Dictionary as a Source for Ancient Chinese Law, in: Studia Serica, Bernhard Karlgren Dedicata, Copenhagen 1959, SS. 239 - 258. Leider beschränkt sich Hulsewé fast ausschließlich auf das Gebiet des Verwaltungsrechts im alten China.
 - (4). Vgl. Tun-huang i-shu tsung-mu so-yin, Peking 1963, S. II, und Ku Chieh-kang, Tang-tai chung-kuo shih-hsieh, Nanking 1947, Hongkong 1964, Kap. 4, SS. 64 - 78.

licht worden¹⁾. Was uns interessiert und der unsere Untersuchung wichtig ist, ist die Tatsache, daß viele solcher Dokumente gerade von Leuten aus niedrigen Gesellschaftsschichten verfaßt worden sind. Sie bilden einen Materialkomplex, der fast alle Arten gemischter und persönlicher Verhältnisse zwischen den Individuen behandelt, wie zum Beispiel Kauf und Verkauf; Verpflichtung und Bürgschaft; Erbschaft, Heirat und Scheidung; Dienstvertrag usw. Die Urkunden geben uns einen Einblick in die Rechtspraxis und einen Begriff vom bürgerlichen Recht, wie es in der Gesellschaft tatsächlich gehandhabt wurde, und wie man es aus der historischen Literatur nicht entnehmen könnte²⁾. Die japaner Masao Tsunoo (1907 -) und Makino Tatsumi (1905 -) sind die Pioniere, die diese Dokumente als rechtshistorische Materialien bearbeitet und gewürdigt haben. Die erste systematische Untersuchung der Tenbun-Zeit stammt von Wata Noboru (1904 - 1945). Seine hochschätzende Arbeit, Tō-Sō Shōritsu Tenbun no Kenkyū (Studien über die juristischen Dokumente der T'ang-, 11^{ter} - 12^{ter}, und Sung-Zeit, 960 - 1279, Tokyo 1937), die er im Alter von 33 Jahren geschrieben hat, gilt für uns, trotz gewisser Unvollkommenheiten, doch als wichtige Quelle³⁾.

Wertvolles Material vor allem für die Zeit nach der Sung-Dynastie findet man in den verschiedenen Chia-p'u (Familien-Register), Tzu-p'u (Clan-Register)⁴⁾, Shu-p'u chih (Aufzeichnungen der Klanten), Hui-t'ang chih (Aufzeichnungen der Gilden), Shu-t'ang chih (Aufzeichnungen der philantropischen Vereine) und den in chinesische Gesellschaft beschreibenden Romanen. Wichtig sind auch die in der chinesischen Artar-

- (1). Die in westlicher Sprachen veröffentlichten Dokumentensammlungen sind u. a. P. K. Kozlow, Mongolei, Amdo und die tote Stadt Chara-Choto, Berlin 1925, August Conraty, Die chinesischen Handschriften und sonstigen Klein-funde Sven Hedins in Lou-lan, Stockholm 1920, Edward Chavannes, Les Documents Chinois de la troisième Expédition de Sir Aurel Stein en Asie Centrale, London 1953, und Tun-huang i-shu tsung-mu so-yin, Peking 1963. Das letzte erwähnte Buch enthält einen fast vollständigen Index der Urkunden, die man in Tunhuang gefunden hat.
- (2). D. Twitchett, a.a.O., S. 222, und H. Franke, Sinologie, a.a.O., S. 153 u. 155.
- (3). Vgl. D. Twitchett, a.a.O., S. 222.
- (4). Darüber siehe auch: Lo Hsiang-lin, Chung-kuo tsu-p'u chih hsüeh-shu ti-wei, in: Tung-fang tsu-chih (fu-k'an), Vol. 4, No. 5, vom 1. Nov. 1970, Taipei, SS. 16 - 22.

Gesellschaft tagtäglich von den einfachen Leuten benutzten Enzyklopädien. Die Enzyklopädien, die uns heute erhalten sind, entstanden erst nach der Yuan-Dynastie (1280 - 1367). Davon sind zwei Werke am wichtigsten, nämlich Hsin-pien shih-wen lei-vao ch'i-cha ch'ing-ch'ien (datiert vom ersten Jahr der Regierungsdevise T'ai-ting, 1324)¹⁾ und Hsin-pien shih-wen lei-chü ch'i-cha ch'ing-ch'ien (Regierungsdevise Ching-t'ai, 1450 - 1456)²⁾. Nach Niida Kohoru (1904 - 1965) sind heute noch mehr als vierzig Enzyklopädien, die nach der Ming-Zeit (1368 - 1644) entstanden sind, erhalten geblieben³⁾. Gelegentlich dienen uns schließlich auch die Grabinschriften als Material⁴⁾.

Im alten China haben die richterlichen Urteile zwar keine Verbindlichkeit für vergleichbare spätere Fälle⁵⁾. Aber in der Praxis dienen sie trotz formeller Unverbindlichkeit doch ständig als Muster und sind von prominenten Richtern in den verschiedenen Dynastien gesammelt worden. Die ältesten Fallsammlungen, die heute bekannt und noch erhalten sind, sind das in der T'ang-Zeit (618 - 906) von Chang Tzu kompilierte Werk Iung-chin feng-sui p'ian und das in der Wu-tai-Zeit (Fünf-Dynastien, 907 - 960) von Ho Ming und seinem Sohn (Ho) Mong kompilierte Werk I-yüan-chi. In der Sung-Zeit (960 - 1279) entstanden folgende Werke: Che-nieh kuei-chien (kompiliert von Cheng K'ao), Hsi-yüan-lu (von Sung Tz'u), T'ang-yin pi-shih (von Kuei Wan-jung)⁶⁾ und Ming-kung shu-p'ian.

-
- (1). Dazu gibt es einen fotomechanischen Nachdruck von Koten kerkyu-kai (Hrsg.). Verlag Taian, Tokyo 1963.
 - (2). Diese Enzyklopädie ist in zwei Fragmenten in der Bibliothek der Universität Peking vorhanden; ein Exemplar ist im Besitz der Naikaku burko (Japan). Die zwei Fragmente findet man unter den Nummern 1536 u. 1537 der "Rare Books of the National Library of Peiping." Eine komplette Serie der gesamten Mikrofilme darüber gibt es in der Bayerischen Staatsbibliothek München. Ein nach den Autoren und den Titeln sortierter Katalog unter meiner Bearbeitung ist vorgesehen.
 - (3). Vgl. Niida Kohoru, Chüokoku hōseishi kankyū, dorei nōdo hō, kazoku sōraku hō. Tokyo 1962, III. Teil. Kap. 13 & 14, S. 741 ff.
 - (4). Vgl. etwa Ti-ch'ian cheng-ch'un (ein Katalog über Kaufverträge aus Grabsteinen), gesammelt von Lo Chen-yü, oa. 1918, o.O.
 - (5). Vgl. S. 7 - 8.
 - (6). Es umfasst Fälle von 300 v. Chr. bis 1100 n. Chr. und gilt als Muster für die Urteile bei strafrechtlichen und zivilrechtlichen Fällen in dieser Zeit. In der Ming-Zeit wurde es von Wu Na ergänzt. Es gibt eine Übersetzung ins Englische von R. H. van Gulik, T'ang-yin-pi-shih, Parallel cases from under the Pear-tree, a 13th century manual of jurisprudence and detection. Leiden 1956.

ch'ing-ming-chi. Das letzte Buch wurde in der Yuan-Zeit (1280 - 1367) ergänzt. Es ist eine Sammlung von Gerichtsprotokollen und Urteilen von verschiedenen bekannten Autoren der Sung- und Yuan-Zeit. Von diesem Buch ist nur noch ein Teil, nämlich die Abteilung über Ehe und Familie (Hu-hun-meng) erhalten geblieben. Trotzdem ist es eine wichtige Grundlage für die Erforschung der Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der Sung- und Yuan-Zeit¹⁾. In der Yuan-Zeit wurden noch zwei weitere Werke verfaßt: Cheng-hsing lei-yao (kompiliert von P'eng T'ien-tzu) und Hu-yüeh-lü (Verf. unbekannt). Aus der Ming-Zeit (1368 - 1644) sind drei Werke erhalten: Wang Kung-i po-kao (gesammelt von Wang K'ai), Pa-chia p'ou-chi (Verf. unbekannt) und Chün-oh'uan po-kao chi (von Wang T'ing-hsiang). Aus der Ch'ing-Zeit (1644 - 1911) sind folgende Werke zu erwähnen: Che-yüeh chih-yen (gesammelt von Ch'ien Shih-k'uang), Tu-li p'ai-hsi (von Wang Ming-te), I-wieh-chien (von Ch'ien Fan-sheng), Lu-chou kung-an (von Lan Ting-yüan, 1680 - 1733), Pan-an yao-lüeh (von Wang Fu-hsi), Chia-k'uei 1 (von Yen K'o-chün, 1762 - 1843), Che-yüeh chin-chen (von Wu Chia-kuei), San-an shih-mo (von Pao Shih-ch'ien, 1775 - 1855), Hsüeh-chih i-te n'ien (von Ho Ker-sheng), Ming-hsing K'ar-chien-li (von Wu Han), Shuan-chiu yao-lu (von Chiang Shiao-po), Wang-yü yao-lüeh (Verf. unbekannt), Che-yüeh pien-lu (Verf. unbekannt), Li-shih (von Liu Tseng-lu), T'i-lao suo-chi (von P'u Wen-hsien), Che-yüeh hsin-yü (von Li Ch'ing, 1602 - 1683), Hsi Yü-feng chung-ch'ien k'ian-chi (von Hsi Shih-lin), Wu-chung p'an-tu (von K'ao Te-mo), und Yü-chung p'an-yü (von Tung P'ei, 1828 - 1895). Kurz nach Abschluß der Monarchie entstand die Sammlung Shen-p'an k'ao (von Wei Yüan-k'uang)²⁾. Nach Gründung der Republik errichtete man einen obersten Gerichtshof, der anfangs weiter Ta-li Yuan genannt wurde³⁾, mit der Funktion, durch seine Urteile die Einheitlichkeit der Rechtsprechung der unteren

(1). Vgl. Nida Noboru, Chüchoku hōseichi kōkō, hō to kōshū, hō to dōtoku, Tokyo 1944, S. 371.

Eine Dissertation von Burns, Ian R., die auf dem Material Ming-kung shu-p'an ch'ing-ming-chi basiert, ist vorbereitet unter dem Titel "Private Law in traditional China - Southern-Sung", in der Oxford University.

(2). Vgl. T'ung-tsu Ch'ü, a.a.O., SS. 292 - 93.

(3). Der oberste kaiserliche Gerichtshof der Ch'ing-Dynastie, der sich nur mit Strafsachen befaßte, wurde im Jahre 1907 von Ta-li-shih in Ta-li-yüan umbenannt, und dieser Name wurde von der Republik weiter geführt bis zum Jahre 1927. Im Jahre 1928 wurde T'ai-ko fa-yüan errichtet.

Gerichte zu gewährleisten. Bei der Ausgestaltung der Befugnisse dieser obersten Instanz richtete man sich nicht nach dem romanischen System (Kasation), sondern übernahm die deutsche Einrichtung einer Revisionsinstanz. Von den Urteilen des obersten Gerichtshofes der Republik gibt es sowohl amtliche Urteilsammlungen wie: Ta-li-yüan p'an-li yao-chih hui-lan (Peking 1919)¹⁾, Ta-li-yüan p'an-li yao-chih hui-lan tsü-pien (Peking 1924)²⁾, Ta-li-yüan chieh-shih-li yao-chih hui-lan (3 Bände, Peking 1919)³⁾, als auch privat kompilierte Werke wie: Ta-li-yüan fa-lü chieh-shih lei-pien (gesammelt von Yü Chüeh, Peking 1919), Ta-li-yüan chieh-shih-li ch'üan-wen (von Kuo Wei, Shanghai 1930), und Ta-li-yüan p'an-ch'ieh-li ch'üan-shu (von Kuo Wei, Shanghai 1931). Obwohl die Rechtsprechung des Ta-li-yüan die überlieferten Rechtsanschauungen vielfach mit Hilfe moderner, von Westen rezipierter Rechtsgrundsätze zurückzudrängen versuchte, sind seine Urteile für das Privatrecht in der Ch'ing-Dynastie (1644 - 1911) sehr informativ.

Über die gewohnheitsrechtlichen Normen in den verschiedenen P r o v i n z e n geben vor allem die Untersuchungen der zivil- und handelsrechtlichen Gewohnheiten Aufschluß, die am Ende der Ch'ing-Dynastie und am Anfang der Republik erstellt wurden⁴⁾. China war gerade im Begriff, sich wirtschaftlich, sozial, geistig, vor allem aber politisch in einen neuen Staat zu verwandeln. Berichte dieser Art sind leider nicht immer veröffentlicht worden. Einige sind in seltenen Manuskripten zu finden⁵⁾.

-
- (1). Übersetzungen: F. T. Chang, *The Chinese Supreme Court Decisions, First Instalment Translations Relating to General Principles of Civil and Commercial Law* (1912 - 1918), Supreme Court, Peking 1920, und J. Escarra et al., *Recueil des Sommaires de la jurisprudence de la Cour Suprême de la Republique de Chine* (1912 - 1918), Peking 1924 - 25.
 - (2). Übersetzung: J. Escarra et al., *Recueil des Sommaires de la jurisprudence de la Cour Suprême de la Republique de Chine, Supplement* (1919 - 1923), Peking 1926.
 - (3). Teilweise ins Englische übersetzt von M. H. van der Valk, *Interpretations of the Supreme Court at Peking, Years 1915 and 1916*, Batavia 1949.
 - (4). Historisch gesehen hat es schon in der Han-Zeit einen ähnlichen Bericht gegeben, und zwar Han-i (die Gewohnheiten in der Han-Zeit) von Ying Shao (? - 195 n. Chr.), der im Jahre 195 auf den Thron gelangt ist. Leider ist dieser Bericht längst verlorengegangen. Vgl. Hou-Han shu, Kap. 48 und J. Needham, a.a.O., Vol. 2, S. 525.
 - (5). Wie zum Beispiel, die einzelnen Berichte von den Distrikten Hsi-an

Das Ergebnis derjenigen Untersuchung, die im Jahre 1918 — fast in ganz China — durchgeführt wurde¹⁾, sowie 1932²⁾ vom chinesischen Justizministerium in Nanking unter dem Titel Min-shang-shih kai-kuan tiao-ch'ia pao-kao-lu (Bericht über die Untersuchung der zivil- und handelsrechtlichen Gewohnheiten in der Provinz Mandschurei)³⁾. Dieses Werk ist das Produkt einer Beamtenklasse, die die jeweils rechtlich bedeutsamen Gewohnheiten schriftlich fixierte und ihnen eine formelle Gestalt gab. Dabei war nicht zu vernachlässigen, daß die Rechtsgewohnheiten meist nicht ganz objektiv, sondern aus der Sicht der Verfasser festgehalten worden sind. Es ist daher nicht feststellbar, inwieweit die Berichterstattung die ursprünglichen Rechtsgewohnheiten unverändert überliefert hat⁴⁾. Außerdem beruht diese Sammlung auf Einzelberichten der Justizbeamten in den verschiedenen Präfekturen. Die oberste Gerichtsbehörde von Nanking hat in einer Entscheidung vom 19. Sept. 1932 ihr daher keine Verbindlichkeit zuerkannt⁵⁾. Dennoch ist sie eine wichtige Informationsquelle über die Rechtsgewohnheiten um die Jahrhundertwende.

(in der Mandschurei), Ch'ang-shan und Chiang-shan (beide in der Provinz Che-chiang), Lung-yu (in der Provinz Ssu-ch'uan) sowie von den Provinzen Yün-nan, Chiang-hsi, An-hui und von der Mongolei. Über die Einzelheiten siehe: Kyoto shinkwa shi-shi kenkyūjo kansenki bunrui seironsu, Kyoto 1933, Bd. 1, S. 100f.

- (1). Es liegt nahe anzunehmen, die Anordnung dieser Untersuchung sei von dem Japaner Matsuo Yoshiada ausgegangen. Vgl. a. H. Wilhelm, Gesellschaft und Staat in China, Peiping 1944, S. 161, J. Escarra, Das chinesische Familienrecht in der alten Gesetzgebung und in der neuen Kodifikation, in: Sinica, VIII, 1933, S. 105, E. J. M. Kroker, Sammlung, a.a.O., Bd. 1, S. 9, und Shimada Masao, Shimatsu ni okeru keiritsu sōan no kensan ni tsuite — Okada Asatarō bakase no gyōseki o shinonde —, in: Hōritsu ronshū, Vol. 39, Nov. 1, 2, 3, 13 (Seritsū 55 shūnen kinen ronbunshū), SS. 629 — 644. Siehe auch S. 2, Fußnote (5).
- (2). Ein Teil dieses Ergebnisses wurde schon 1921 veröffentlicht von einer wissenschaftlichen Gesellschaft: Pa-cheng ts'ieh-she, Chung-kuo min-shih kai-kuan ta-ch'ian, Nanking 1923, Reprint Taipei, 1962. Gleichfalls eine Zusammenfassung der handelsrechtlichen Gewohnheiten von: Chou Pung-pai, Chung-kuo shang-yeh kai-kuan ta-ch'ian. Siehe a. E. J. M. Kroker, Sammlung, a.a.O., S. 11 u. S. 253 Anm. 8.
- (3). Teile dieses Werkes sind von E. J. M. Kroker übersetzt in seinem Werk Sammlung chinesischer Rechtsgewohnheiten, 3 Bde, Frankfurt a.M. 1965. Ferner siehe a. ein Werk vom Japaner Shimizu Kinjiro, Shina minji kansū chōsa hōkoku, Tokyo 1943.
- (4). Vgl. E. J. M. Kroker, Sachenrechtliche Gewohnheiten in der Provinz Feng-tien (China), in: ZfVRw. Bd. 62, 1960, S. 5.
- (5). Vgl. F. Théry, L'année judiciaire chinoise, L'année 1933, S. 640, Appel Nr. 2131.

Besser erfaßt wurde das Gewohnheitsrecht in den Gebieten Chinas, die in den Einflußbereich oder unter die direkte Herrschaft Japans geraten waren. Die japanische Kolonialregierung in Taiwan richtete am Anfang dieses Jahrhunderts unter der Leitung von Okamatsu Santaro und der Mitarbeit von Asai Torao, Higashigawa Tokuji und Kato Shigeshi u. a. ein provisorisches Komitee (Rinri Taiwan kyūkar chōsakai) ein, um die dortigen Gewohnheiten systematisch zu untersuchen. Dieses Komitee hat unter anderem¹⁾ ein hervorragendes Werk über die privatrechtlichen Gewohnheiten in Taiwan unter dem Titel Taiwan shihō (das Privatrecht in Taiwan, Tokyo u. Kobe 1910 - 11, 6 + 7 Bände) veröffentlicht²⁾. Es ist die bedeutendste Materialsammlung über das Gewohnheitsrecht in Taiwan bzw. auch in südöstlichen Teil Chinas im letzten Jahrhundert³⁾. Die South Manchurian Railway Company⁴⁾, die die japanische Regierung 1906 nach dem russisch-japanischen Krieg (1904 - 05) in ihrem neu gewonnenen Einflußbereich Süd-Mandschurei aus politisch-militärischen Interesse eingerichtet hat, hat zunächst einen Bericht über die Gewohnheiten in der Mandschurei herausgegeben (Manshū kyūkan chōsa hokoku, Tokyo, 1913 - 15, 9 Bände). Nach 1938 dehnte sie ihr Forschungsgebiet auf Nord-China aus. Die praktische Forschungsarbeit leisteten Mitarbeiter des 1938 in Tokyo gegründeten Instituts für Ostasienkunde (Tōa kenkyūjo), darunter insbesondere Niida Noboru. Durch die Verwirrung, die die Niederlage Japans im Jahre 1945 begleitete, wurden die Ergebnisse der Forschungsarbeiten der South Manchurian Company, die zunächst als Geheimsdokumente aufbewahrt wurden, zerstreut. Ein Teil des Materials wurde von ausländischen Regierungen beschlagnahmt, ein Teil wurde den einzelnen Forschern in private Verwahrung genommen und der Rest ging

(1). Zu seiner sonstigen Tätigkeit siehe S. 58.

(2). Eine kurze Zusammenfassung in Englisch gibt Okamatsu Santaro, Provisional Report of Investigation of Law and Customs in the Island of Formosa, Tokyo 1902. Dieser Report wurde besprochen in Tōyō bunka (Oriental Culture), Nr. 25, März 1958, S. 26. Weitere Dokumente im Taiwan shihō sind auch in Chinesisch unter dem Titel Tai-wan ssu-fa (Taipei, 1960 - 61 - 63, 2 + 5 + 9 Bände) von der Bank of Taiwan herausgegeben worden. Siehe a. S. 58 - 59.

(3). Eine Kölner Dissertation von Klaus Neding, Chinesisches traditionelles Erbrecht (Berlin 1966), basiert hauptsächlich auf dem Taiwan Shihō. Vgl. auch die Buchbesprechung von M. H. van der Valk in TP 1967, SS. 203 - 211.

(4). Über ihre beinahe 40jährige Forschungstätigkeit siehe: John Young, The Research Activities of the South Manchurian

verloren¹⁾. Niida Noboru, der kurz vor dem Krieg und während des Krieges drei Forschungsreisen (1935, 1941 und 1944) nach Nord-China unternommen hatte, veröffentlichte kurz nach dem Krieg seine Studien sowie die Studien seiner damaligen Mitarbeiter in sechs umfangreichen Bänden mit dem Titel Chūgoku nōson kanko chōsa (Untersuchung über die Gewohnheiten in chinesischen Dörfern, Tokyo 1953 - 59)²⁾. Zusammen mit seinen anderen Arbeiten Chūgoku no nōson kazoku (Familien und Sippen in der chinesischen Agrargesellschaft, Tokyo 1952) und Chūgoku no shakai to girudo (die Gilden und die chinesische Gesellschaft, Tokyo 1951) sind sie die wichtigsten Materialien über das privatrechtliche Leben in China in den letzten hundert Jahren bis zum Vorabend der kommunistischen Revolution³⁾.

Nur in den Umrißen unterrichtet sind wir schließlich über die Fort-
 geitung chinesischen Gewohnheitsrechts in Hong Kong. Im Oktober 1948
 rief der Gouverneur in Hong Kong ein Komitee ins Leben, das die Rechts-
 gewohnheiten in der Kronkolonie untersuchen sollte. Der Bericht dieses
 Komitee (bekannt als "Strickland Report") wurde im Februar 1953 ver-
 öffentlicht⁴⁾. Dieser Report hat trotz seiner wissenschaftlichen Un-
 zulänglichkeit immerhin darauf aufmerksam gemacht, daß das traditionelle
 Familienrecht in China trotz der geringen Anerkennung bei den Gerichten
 in Hong Kong einen beträchtlichen Einfluß auf das Leben der chinesischen
 Einwohner hat und auch in anderen Gebieten des British Commonwealth in
 Südostasien fortlebt⁵⁾.

Railway Company, 1907 - 1945. A History and Bibliography,
 New York 1966.

- (1). Siehe Vorwort von James William zu John Young, a.a.O.
- (2). Siehe auch S. 61.
- (3). Über die gesamten hervorragenden Leistungen von Niida Noboru
 siehe: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0107, 0194,
 0302, 0383, 0406 - 0622, 0856 - 0859, 1475.
- (4). Genauer Titel ist: Hong Kong Government, Chinese Law and Custom
 in Hong Kong Report of a Committee appointed by the Governor in
 October 1948, Hong Kong 1953. Ferner siehe auch: Lim Pun-Tiam,
 a.a.O., Nos 1205 - 1209.
- (5). Singapur war von 1819 bis 1957 britische Kronkolonie und ist jetzt
 Mitgliedsland des Commonwealth. Die chinesischen Sitten und Gebräuche
 haben auf das dortige Gesellschaftsleben nach wie vor einen entschei-
 denden Einfluß. Über das Verhältnis des chinesischen Gewohnheitsrechts
 zum Common Law in Singapur liegen bereits zwei Artikel von M. B.
 Hooker vor. (Vgl. Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 1210 - 1211.)

§ 3. Der Stand der Forschung über die Rechtsgeschichte Chinas

Im alten China widmen sich nicht nur die Legalisten der Erforschung des Rechts, sondern auch die Konfuzianer, zum mindesten im weiteren Sinne. Das zeigt zum Beispiel das Chou-li (Riten der Chou-Dynastie), das ein Kanon der konfuzianischen Klassiker ist; seine rechtshistorische Bedeutung ist bereits im letzten Abschnitt hervorgehoben worden¹⁾. Das Lü-hsing, das Strafgesetzbuch von Lü Hou (einem Ssu-k'ou, Justizminister, beim König Mu, ? - 946 v. Chr., der Chou-Dynastie), hat laut Shu-ching (Buch der Schriften) mit den Legalisten nichts zu tun. Es wurde von den konfuzianern jedenfalls mit konfuzianischem Gedankengut angereichert²⁾. Bis zur Ch'un-ch'iu Zeit (722 - 481 v. Chr.) waren für die Ausbildung der Richter wie auch der anderen Beamten allein die Beamten am Königshof zuständig. Das Rechtsleben wurde von den Li (Riten) beherrscht. Da die Beamten am Königshof sämtliche Staatsangelegenheiten verwalteten, war es für die Legalisten von vornherein nicht möglich, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Erst nachdem im Kleinstaat Cheng (? - 375 v. Chr.) während der Amtszeit des ministers Tzu-ch'an (Kun-sun Ch'iao, 581 - 521 v. Chr.) ein Strafgesetzbuch auf bronzenen Dreifüßen inschriftlich festgehalten und dadurch bekanntgemacht wurde, verloren allmählich die höfischen Beamten ihr bisheriges Machtmonopol. Zugleich ist ein schrittweises Vordringen der Legalisten zu beobachten.³⁾ Ein Lehensstaat nach dem anderen ging zur Kodifizierung des Strafrechts über. Außerdem gab es inzwischen auch einige private Entwürfe, wie zum Beispiel das Chu-hsing (das auf Bambusstreifen aufgeschriebene und bekanntgemachte Strafgesetzbuch) von Teng Hsi (einem Minister in dem Lehensstaat Cheng in der Ch'un-ch'iu Zeit)⁴⁾, und das Fa-ching (das Strafgesetzbuch) von Li K'uei (einem Minister des Lehensstaats Wei), dessen in sechs Teile gegliedertes System, nämlich Tao (der Raub), Tse (der Diebstahl), Ch'iu (die Gefangenschaft), Pu (die Verhaftung), Tsa (die sonstigen verschiedenen Verbrechen), und Chü (die allgemeinen Regelungen über die Strafe), für die strafrechtliche

(1). Vgl. S. 18 - 19.

(2). Ch'en Ku-yüan, Chung-kuo fa-chih-shih, Shanghai 1934, Taipei 1964, S. 41.

(3). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 66 - 69.

(4). Es ist aber leider längst verlorengegangen.

Kodifizierung in den nachfolgenden Dynastien als grundlegend galt¹⁾. Bis in die Chan-kuo Zeit (481 - 221, Zeit der kämpfenden Staaten) wurden, bedingt durch die politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb eines Lehenstaates, die rechtspolitischen, gelegentlich auch die rechtsphilosophischen Probleme intensiv diskutiert. Die Diskussion blieb jedoch immer im Schatten des Li K'ueischen Schemas. Das Hauptgewicht lag fast ausschließlich auf den Arten und Anwendungen der Strafe im Dienst des Herrschers, besonders im Lehenstaat Ch'in, der später das erste Kaiserreich China (221 - 207) wurde. Politisch-historisch gesehen war es eine Ironie, daß die beiden namhaften Legalisten, nämlich Wei Yang (? - 338 v. Chr.), der die Li K'ueischen Schemata in der Praxis bis zur äußersten Rücksichtslosigkeit verwirklicht hatte, als er das Kanzleramt beim Lehenfürsten Hsiao von Ch'in innehatte²⁾, und Li Shu (280 ? - 208 v. Chr.), der als Kanzler des ersten Kaisers Shih Huang-ti (259 - 210 v. Chr.) von Ch'in der Verfechter einer grausamen Justiz war³⁾, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit von ihren Gegnern verdrängt und nach dem von ihnen beiden selbst geschaffenen Strafsystem bestraft wurden, wobei sie nicht nur ihr eigenes Leben einbüßten, sondern auch ihre Sippen ausgerettet wurden. Diese Beispiele dienen seit eh und je den Konfuzianern als Vorwand gegen jegliche förmliche Institutionalisierung des Rechts. In dieser konfuzianischen Grundeinstellung wird man die Hauptursache dafür sehen können, daß das Zivilrecht bis in die jüngste Zeit von der Gesetzgebung völlig ausgeklammert worden ist. Und das alles überschattet die Entwicklung des chinesischen Rechtswesens bis in die Neuzeit hinein⁴⁾.

Die Chan-kuo Periode (481 - 221) war die goldene Zeit des Legalismus

-
- (1). Allerdings ist das historische Werk von Li K'uei in seiner originalen Gestalt längst verlorengegangen, obwohl Li K'uei als Person quellenmäßig gut belegt ist und sein Werk als historisch gegebenes auch von Shin-shu hsiang-fa-chih und T'ang-lü shu-i anerkannt und erwähnt worden war, dennoch ist heutzutage die Glaubwürdigkeit des Li K'ueischen Systems von den Wissenschaftlern in Frage gestellt. Vgl. H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., S. 96 und A. F. P. Hulswé, Remnants of Han Law, a.a.O., S. 29.
 - (2). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 66 - 69 und Ssu-ma Ch'ien, Shih-chi, Kap. 68.
 - (3). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 74 - 78 und Ssu-ma Ch'ien, a.a.O., Kap. 87.
 - (4). Ch'en Ku-yüan, a.a.O., SS. 41 - 45.

in China¹⁾. In der Han-shu I-wen-chih (Aufzeichnung über die Kunst und Literatur in der Dynastie-Geschichte der Han, verfaßt von Pan Ku, 32 - 92 n. Chr.) sind 217 Abhandlungen von 10 Legalisten erwähnt²⁾. Davon sind nur 30 Abhandlungen von Ch'ao Ts'o (? - 155 v. Chr.)³⁾ als rein Hanzeitliche Werke zu kennzeichnen. Sicherlich sind auch die sonstigen Abhandlungen von Han-Gelehrten in gewisser Weise verfärbt oder sogar ergänzt. Heute kann man jedoch nur sehr schwer feststellen, inwieweit sie von den Originalen abweichen. In der Han-Zeit (206 v. Chr. - 220 n. Chr.) war es anfangs wie in der früheren Zeit üblich, daß man nur beim Richter bzw. Justizbeamten das Gesetz studieren konnte. Erwähnenswerte Beispiele sind Hsiao Ho (? - 193 v. Chr.)⁴⁾, Ts'ao Shen (? - 190 v. Chr.)⁵⁾ und Ch'ao Ts'o (? - 155 v. Chr.)⁶⁾. Hsiao Ho war zunächst als Justizbeamter während der Ch'in-Dynastie (221 - 207) tätig gewesen. Als er mit Liu Pang, der später der erste Kaiser der Han-Dynastie (Han Kao-tsu, 247 - 195 v. Chr.) wurde, Hsien-yang, die Hauptstadt der Ch'in (in der heutigen Provinz Shan-hai), eroberte, sammelte er planmäßig u. a. die Ch'in-Gesetze, wobei er die Li K'ueischen Schemata von Wei Yang (? - 338 v. Chr.) und Li Ssu (280 ? - 208 v. Chr.) zugrunde legte⁷⁾. Als Liu Pang zum ersten Kaiser der Han-Dynastie wurde, machte er ihn zum Kanzler. Da erweiterte er die gesammelten Ch'in-Gesetze zum Chiu-chang-lü (dem in neun Abschnitte gegliederten Strafgesetzbuch). Der Beruf des Juristen war in der hanzeitlichen Gesellschaft sehr angesehen. Er wurde keineswegs wie von den Konfuzianern in späterer Zeit verächtlich als "kleiner Weg" (hsiao-tao) betrachtet. In der Zeit gab es einige Familien, bei denen mehrere Generationen als Juristen beruflich tätig waren, so zum Beispiel Tu Chou und sein Sohn Tu Yen-nien⁸⁾,

(1). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 66 - 68.

(2). Pan Ku, Han-shu, Kap. 30, I-wen-chih.

(3). Vgl. Pan Ku, a.a.O., Kap. 49.

(4). Ssu-ma Ch'ien, a.a.O., Kap. 53, und Pan Ku, a.a.O., Kap. 39.

(5). Ssu-ma Ch'ien, a.a.O., Kap. 54 und Pan Ku, a.a.O., Kap. 39.

(6). Pan Ku, a.a.O., Kap. 49.

(7). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., S. 96, Ssu-ma Ch'ien, a.a.O., Kap. 53 und Pan Ku, a.a.O., Kap. 39.

(8). Ssu-ma Ch'ien, a.a.O., Kap. 122 und Pan Ku, a.a.O., Kap. 60.

Cheng Ch'ang und sein Bruder Cheng Hung (? - 86 v. Chr.)¹⁾, Yü Kung und sein Sohn Yü Ting-kuo²⁾, Kuo Hung, sein Sohn Kuo Kung, sein Enkel Kuo Chih, der Schüler von Kuo Kung, Chen, und dessen Söhne Ho und Chen, der andere Schüler Hsi und dessen Sohn Hung³⁾, Wu Hsiung und sein Sohn Wu Su und sein Enkel Wu Kung⁴⁾, Ch'en Ch'eng, sein Enkel Ch'en Kung, sein Ur-Enkel Ch'en Ch'ung (? - 106 n. Chr.), und sein Ur-ur-Enkel Ch'en Chung⁵⁾. Die juristischen Bildungsanstalten, die in dieser Zeit im allgemeinen Privatschulen waren, wurden ständig von hundert und mehr Schülern besucht⁶⁾. Zu den Gesetzen war kein ausschließlich autorisierter Kommentar vorhanden. Nicht nur die oben genannten Legalisten, sondern auch die Konfuzianer wie Tung Chung-shu (etwa 170 - et. 100 v. Chr.), Yüan T'an (? - 56 v. Chr.), Chang Min, Shu Sun-hsian, Kuo Ling-ch'ing, Ma Yung (79 - 166) und Cheng Hsüan (127 - 200) schrieben Kommentare bzw. Bücher über die geltenden Gesetze⁷⁾. In dem Sui-shu Ching-chi-chih (Aufzeichnungen über die Klassiker und Literatur in der Dynastie-Geschichte der Sui, 581 - 617, verfaßt von Wei Cheng, 580 - 643) sind folgende Abhandlungen von Han-Autoren erwähnt⁸⁾: Hsin-shu (die neuen Schriften) von Ch'ao Ts'o (? - 155 v. Chr.), Cheng-lun (über die Gerechtigkeit) von Ts'ui Shih, Fa-lun (über die Gesetze) von Liu Shao, Cheng-lun (über die Gerechtigkeit) von Liu Kuang, Cheng-lun (über die Gerechtigkeit) von Juan Wu, Shih-yao-lun (über das Wichtigste in der Welt) von Yüan Fan, und Yao-yen (kurzes Traktat) von Ch'en Yung. In der T'ang-shu I-wei-chih (Aufzeichnung über Kunst und Literatur in der Dynastie-Geschichte der Tang, 618 - 907, verfaßt von Ou-yang Hsiu, 1007 - 1072) sind außerdem noch folgende Werke aus der Han-Zeit erwähnt⁹⁾: Ch'un-ch'iu ch'ieh-yieh (Strafrechtliche Entscheidungen nach den Grundprinzipien des Ch'un-ch'iu) von Tung Chung-shu (etwa 170 - etwa 100 v. Chr.), Chih-lao-chi (über den Weg zu regieren) von Li Wen-po, Cheng-lun (über die Gerechtigkeit) von Li Shing-hsian und Kuan-shih chih-man (Wegweiser

(1). Pan Ku, a.a.O., Kap. 77.

(2). Pan Ku, a.a.O., Kap. 71.

(3). Fan Yeh (398 - 444), Hsi-Han-shu, Kap. 76 (Kuo Kung chuan).

(4). Fan Yeh, a.a.O., Kap. 76 (fu-chi).

(5). Fan Yeh, a.a.O., Kap. 76 (Ch'en Chung chuan).

(6). Hsiao Tzu-hsien (489 - 537), Nan-Ch'i-shu, Kap. 28 (Ts'ui Tsu-shu chuan).

(7). Vgl. T'ang T'ai-tsung (Li Shih-min, 599 - 649), Chin-shu, Kap. 20, Hsing-fa-chih. Die Kommentare selbst sind uns nicht erhalten.

(8). Wei Cheng, Sui-shu, Kap. 33, Ching-chi-chih.

(9). Ou-yang Hsiu, Hsi-T'ang-shu, Kap. 48, I-wei-chih.

für Kuans Lehre) von Tu Yu¹⁾. Ein Ausdruck der blühenden Rechtswissenschaft der Han-Zeit ist die häufige Verwendung der Analogie. Die Konfuzianer haben hierbei auf Normen der konfuzianischen Ethik, die Legalisten auf Ordnungsprinzipien zurückgegriffen, um vom positiven Recht (Strafrecht) nicht erfasste Fälle zu beurteilen. Von der Analogie wurde sowohl zu Gunsten als auch --- in insoweit bedenklicher Weise --- zu Ungunsten des Angeklagten Gebrauch gemacht. Die Notwendigkeit der Analogie (infolge Lückenhaftigkeit des Gesetzes) wird bereits durch Hsün-tzu (313 - 238 v. Chr.) hervorgehoben. Er behauptet, "Wenn ein Gesetz (Strafrecht) vorhanden ist, muß man nach dem Gesetz verurteilen; wenn aber kein Gesetz vorhanden ist, muß man nach Ähnlichen Bestimmungen ein Urteil fällen. (ch'i yu-fa i fa-hsing, wu-fa che i lei-chü)"²⁾. Ein Beispiel für die Analogie zu Gunsten des Angeklagten ist etwa das bereits erwähnte Ch'un-ch'iu chüeh-yüeh von Tung Chung-shu³⁾. Aber diese Zeit blühender Rechtswissenschaft blieb in China einmalig. In der Wei-Dynastie (220 - 263) von der San-kuo-Zeit (Zeit der Drei-Reiche, 221 - 280) war gemäß kaiserlichen Erlasses nur der Kommentar des Konfuzianers Cheng Hsüan (127 - 200) amtlich zugelassen. Und zu dieser Zeit lebten nur drei berühmte Juristen, nämlich Liu Shao, Liu I und Ting I⁴⁾. Diese Entwicklung setzte sich in der westlichen Chin-Dynastie (265 - 316) fort. Zu erwähnen sind die Juristen Chia Ch'ung (217 - 282), Yang Yu (221 - 278), Tu Yü (222 - 284) und Chang P'ei⁵⁾. Als die Chin-Herrschaft infolge der Einfälle der Grenzvölker im Norden und Nordwesten im Jahre 317 n. Chr. ihre neue Hauptstadt in Chien-yeh (heute Nanking) errichten mußte, fing, laut autorisierter Historiographie, eine neue Epoche, nämlich die 'Östliche Chin' an - im Unterschied zu der ursprünglichen Gründung 'Westlicher Chin'. In Nordchina begann eine politische Zersplitterung: ein chaotischer Zustand, die sogenannte Barbarisierung Chinas, die

(1). Vgl. Ch'en Ku-yüan, a.a.O., S. 47.

(2). Hsün-tzu, Kap. 26, Ta-lüeh-pien, (Index: 26/9/13).

(3). Siehe: Tung Chung-shu, Ch'un-ch'iu chüeh-yüeh (ein Kapitel). Es ist eine Fragmentensammlung zusammengestellt von Ma Kuo-han (1794 - 1857), und aufgenommen in dessen Sammlung Yü-han shan-fang chi-i-shu, Band 41.

(4). P'ei Sung-chih (372 - 451), San-kuo-chih, Kap. 21, Liu Shao chuan und Liu I chuan.

(5). T'ang T'ai-tsung, Chin-shu, a.a.O., Kap. 34, Tu Yü chuan, P'ei Sung-chih, a.a.O., Kap. 16, und vgl. a. Ch'en Ku-yüan, a.a.O., S. 48.

von fremden Volksgruppen herbeigeführt wurde, deren ethnische und linguistische Zugehörigkeit bis heute noch nicht völlig geklärt werden konnte. Mit Sicherheit weiß man nur, daß sie Hirtennomaden waren. Im Süden dagegen erhoben sich Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Adelscliquen, verbunden mit Intrigen, Proklamationen und politischen Schlächtereien¹⁾. Der Nonkonformismus behauptete sich als die beste Lehre für die Intellektuellen, die vor der sozialen Realität fliehen wollten oder mußten. Das Ch'ing-t'an ('reines Gespräch'), das in einer Gesellschaft voll von Geist und Witz gepflegt wurde, stand hoch im Kurs²⁾. Um den politischen Wirrwarr kümmerte sich ebensowenig jemand wie um den Zustand der Rechtspflege. "Leute, die die konfuzianischen Kanones im Munde führen, sind niedrige Eiferer, über Gesetzesvorschriften erzählen nur Justizbeamte" (lun ching-li che wei-chih shu-sheng, shuo fa-li che ming-wei shu-li)³⁾. Die Voraussetzungen für wissenschaftliche Bemühungen um das Recht waren nun endgültig entfallen. Die Kommentare zum Gesetzbuch der Chin-Dynastie (265 - 419) von Tu Yü und Chang P'ei wurden in den späteren Dynastien nicht übertroffen. Der Verfasser des Gesetzbuchs der Süd-Ch'i (479 - 501), Wang Chih-chih, hat praktisch nur diese zwei Kommentare zu einem Buch zusammengefaßt. Und Ts'ai Fa-tu, der in der Amtszeit des Kaisers Wu (Hsiao Yen, 464 - 549) das Gesetzbuch der Liang-Dynastie (502 - 556) verfaßte, legte das Werk von Wang Chih-chih zugrunde. Auch das Gesetzbuch Lin-chih-ko der östlichen Wei-Dynastie (534 - 549), verfaßt von Feng Shu, hielt sich an den Kodex der Süd-Ch'i. Als das K'ai-huang-lü (das Gesetzbuch von der Regierungsdevise K'ai-huang, 581 - 600, in der Sui-Dynastie, 589 - 618) in Kraft trat, wurde eine Ausbildungstätte für die Justizbeamten (Po-shih ti-tzu yüan, "Unterrichtsanstalt für umfassendes Wissen") geschaffen. Eine Rechtswissenschaft konnte sich jedoch aus dem auf konfuzianische Werke und Verwaltungsvorschriften beschränkten Rechtsunterricht nicht entwickeln⁴⁾.

(1). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 122 - 128.

(2). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., S. 133 ff.

(3). Kan Pao, Chin-chi tsung-lun, aufgenommen in (T'ang) Liu-ch'eng (Komm.), Wen-hsüan, Kap. 49, S. 4b.

(4). Ch'en Ku-yüan, a.a.O., SS. 48 - 49.

In der T'ang-Dynastie (618 - 906) nahm die Macht des Kaisers sehr zu¹⁾. Das T'ang-lü shu-i (das Gesetzbuch der T'ang mit Kommentar) war ein kaiserlich autorisiertes Werk, vorgelegt von Ch'ang-sun Wu-chi (? - 659 n. Chr.). Zu dem Kommentar durfte niemand eine andere Meinung äußern. Der gesamte Inhalt mußte als richtig betrachtet werden. Man sollte sich nur an das Gesetzbuch und den Kommentar halten. Diese Einstellung ist mindestens bis in die Ch'ing-Dynastie (1644 - 1911) hinein erhalten geblieben. Die Intelligenz beschäftigte sich eifrig mit Lyrik und Prosa, nicht mit Rechtswissenschaft²⁾. In der Sung-Dynastie (nördliche Sung; 960 - 1126; südliche Sung: 1127 - 1279) kam es zwar in der Philosophie zu einer Erneuerung des Konfuzianismus. Für die Literatur dieser Zeit sind die Essays (Ku-wen), die Lieder (Tz'u) charakteristisch. In der Kunst erreichten Keramik und Malerei einen Höhepunkt. Naturwissenschaften und Mathematik wurden im Geist des Rationalismus dieser Epoche systematisiert³⁾. Aber es gab auch in der Sung-Zeit keinen Platz für die Rechtswissenschaft. Die Beschäftigung mit dem Recht stand ganz im Zeichen des Gesetzbuchs Sung-hsing-t'ung⁴⁾. Sie wurde durch die Tatsache relativiert, daß der Kaiser sich über geltende Gesetze jederzeit durch neue Erlasse hinwegsetzen konnte⁵⁾. Von dem Reformpolitiker Wang An-shih (1021 - 1086) wurden zwar in seiner Amtszeit (1069 - 1076) als Kanzler in der T'ai-hsüeh (Hochschule) vier Lehrstühle für das Rechtsstudium errichtet. Sie wurden aber ständig von der Zentralregierung überwacht. Auch wurden sie mit seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt im Jahre 1076 wieder abgeschafft. Die nationale Katastrophe in China von 1126/27 brachte in Nordchina in der Geschichte zum zweiten Male eine sogenannte Barbarisierung⁶⁾. Der Sitz der Sung-Regierung wurde infolge dessen zunächst nach Nanking, dann 1138 weiter südlich nach Hang-chou verlegt. Im Vordergrund des konfuzianischen Denkens dieser Zeit standen Hsing (Natur) und Li (das Ordnungsprinzip). Sie beherrschten die zahlreichen Redesammlungen (Yü-lu) aus der Zeit der südlichen Sung. Um die vielen Werke aus früheren Zeiten, die aus Anlaß der nomadischen Eroberung Nordchinas verlorengingen, kümmerte sich niemand. In der T'ang-shu I-wen-chih (Aufzeichnung über Kunst und

(1). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 164 - 170.

(2). Über die T'ang-Kultur siehe: H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 164 ff.

(3). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 217 - 222.

(4). Vgl. a. den letzten Abschnitt.

(5). Ch'en Ku-yüan, a.a.O., S. 50.

(6). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 207 - 213.

Literatur in der Dynastie-Geschichte der T'ang, 618 - 907, verfaßt von Ou-yang Hsiu, 1007 - 1072) sind, was die Werke der Legalisten der früheren Zeit angeht, noch mehr als zehn Arbeiten erwähnt. Aber in der Sung-shih I-wen-chih (Aufzeichnung über Kunst und Literatur in der Dynastie-Geschichte der Sung, 960 - 1279, verfaßt von dem Mongolen Toqto, 1313 - 1355) bleiben die Werke der Legalisten aus früherer Zeit bis zur T'ang-Zeit unberücksichtigt.

In der mongolischen Yüan-Dynastie (1280 - 1367), der ersten Fremdherrschaft über ganz China, sind die Gesetzbücher Yüan-tien-chang und T'ung-chih t'iao-ko zu erwähnen¹⁾. Für die chinesische Intelligenz blieb nur übrig, sich der Literatur oder Kunst zu widmen. Daher trat während der Yüan-Zeit eine Verbürgerlichung der Literatur ein²⁾. Als Chu Yüan-chang (1328 - 1398) die Ming-Dynastie (1368 - 1644) gründete, hat er in seiner Amtszeit (Regierungsdevise Hung-wu, 1368 - 1398) den Absolutismus in China bis zur höchsten Stufe - abgesehen von der Zeit der Fremdherrschaft der Yüan und Ch'ing (1644 - 1911) - getrieben³⁾. Er legte zwar auch großen Wert auf das (Straf-) Gesetzbuch und hat nach dem Vorbild des T'ang-Kodexes den Ming-Kodex Ta-Ming Lü-li im Jahre 1374 kompilieren und zugleich der konfuzianischen Ideologie entsprechend kommentieren lassen. Aber er erlaubte niemandem - selbst die späteren Kaiser seiner Sippe wagten es nicht - das Gesetzbuch und den Kommentar irgendwie zu ändern. Eine ähnliche Situation gab es auch in der Ch'ing-Dynastie (1644 - 1911)⁴⁾. Die gebildete Schicht flüchtete zu K'ao-chü (Text-Kritik), um unter der Fremdherrschaft zu überleben. So entstand die Textkritische Schule (K'ao-cheng-hsüeh)⁵⁾.

In der Ming-shih I-wen-chih (Aufzeichnung über Kunst und Literatur in der Dynastie-Geschichte der Ming, 1368 - 1644, verfaßt von Chang T'ing-yü, 1672 - 1755) wurden die Werke der Legalisten zu der Literaturgattung Tsa-chia (Miscellanea) gezählt. In der vom Ch'ing-Kaiser Ch'ien-lung (1711 - 1799) autorisierten Bibliographie der Hofbibliothek Ssu-

(1). Siehe auch den letzten Abschnitt insbesondere S. 23.

(2). Vgl. H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 233 - 235.

(3). Siehe H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 245 - 255 und S. 275 ff.

(4). Ch'en Ku-yüan, a.a.O., SS. 50 - 51.

(5). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., S. 305 ff.

k'u ch'üan-shu (Sämtliche Schriften der vier Literaturgattungen)¹⁾ schreibt Chi Yün (1724 - 1805), der beauftragt war, dieses Unternehmen von 1773 bis 1782 zu leiten, u. a. folgendes: "Die Strafe als solche kann zwar in dem Sheng-shih (Zeitalter der ausgezeichneten Regierung) auch nicht abgeschafft werden, dennoch ist sie zugleich unerwünscht. Daher sind nur einige (juristische) Werke Überblickartig aufgezeichnet, keineswegs ist beabsichtigt, eine vollständige Bibliographie anzubieten." Insgesamt sind lediglich zwei der angegebenen Werke mit genauer Inhaltsangabe versehen und fünf Werke nur mit dem Titel verzeichnet²⁾.

Weshalb die Beschäftigung mit dem Recht so schnell verfiel und erst nach dem ersten Opiumkrieg (1839 - 1842) langsam den chinesischen Gelehrten als Problem bewußt wurde, ist unter anderem³⁾ aus folgenden Gründen zu verstehen: Erstens, der Legalismus ist seit der Han-Zeit (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) von den Konfuzianern ständig angegriffen worden. Die Strafkodizes der späteren Dynastien sind zwar nach dem legalistischen Schema aufgebaut, dennoch sind sie in ihrem Wesen und ihrem Inhalt mindestens seit der T'ang-Zeit (618 - 906) zum größten Teil schon konfuzianisiert. Obwohl uns auch nach der Han-Zeit noch gelegentlich Kommentatoren und sogar Rechtskritiker begegnen, sind sie im Grunde genommen in der konfuzianischen Ideologie befangen. Zweitens, die Regel 'Kaiserlicher Erlaß bricht das Landesrecht' wurde bei den chinesischen Kaisern bis zur krankhaften Leidenschaft praktiziert. Drittens wurde der Kommentar zum T'ang-Gesetzbuch T'ang-lü shu-i, was die Interpretation des Gesetzes angeht, das Paradigma für die Gesetzbücher der späteren Dynastien, nicht auf Grund seiner wissenschaftlichen Überlegenheit, sondern durch die Mitwirkung kaiserlicher Autorität⁴⁾. Wenn wir die Rechtsgeschichte Chinas insgesamt betrachten, dann fehlten in China überhaupt — und fehlt auch heute noch — eine Tradition von Juristen, die Jahrhunderte lang durch ihre Meinungen, in kritischer Distanz zum positiven Recht, zu ihrer eigenen Theorie gelangt wären. In China gab es nichts einem Institutionensystem Vergleichbares. Die Werke einiger oben erwähnter Persönlichkeiten wie Tung Chung-shu (etwa

(1). H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., SS. 307 - 308.

(2). Ch'en Ku-yüan, a.a.O., SS. 48 - 51.

(3). Vgl. auch § 1: 2 und § 2. S. 14 ff. und S. 23 ff.

(4). Ch'en Ku-yüan, a.a.O., SS. 50 - 51.

170 - et. 100 v. Chr.), Tu Chou, Tu Yen-nien und Ch'ang-sun Wu-chi (? - 659 n. Chr.) hatten nicht die gleiche Bedeutung für die chinesische Rechtsgeschichte wie die Institutionen des Gaius in Europa¹⁾.

Nach dem ersten Opiumkrieg (1839 - 1842) entstand ein gewisses Interesse an der Rechtsgeschichte, als es galt einen modernen Kodex für China zu erstellen. Als Ergebnis wurden bis zur Abschaffung der Monarchie (1911) einige Kodizes von früheren Dynastien neu herausgegeben, wie zum Beispiel das Sung-hsing-t'ung und das Yüan-tien-chang; und die Fragmente der längst verlorenen vort'angzeitlichen Kodizes rekonstruiert, wie zum Beispiel Tu Kuei-ch'ih, Han-lü chi-cheng (gesammelte Nachweise über Han-Gesetze, Hrsg. Hsiu-ting fa-lü-kuan, 1903). Rekonstruktionen dieser Art wurden in der Republik-Zeit bis in die zwanziger Jahre von einigen Gelehrten fortgesetzt. Ferner wurde im Jahre 1903 das Ta-Ch'ing shang-lü (Das Handelsgesetz der Ch'ing-Dynastie) verabschiedet²⁾ und im Jahre 1911 das Ta-Ch'ing min-lü ts'ao-an (Entwurf zum zivilrechtlichen Gesetzbuch der Ch'ing-Dynastie) vom Hsiu-ting fa-lü-kuan vorgelegt³⁾. Zu den Leistungen dieser Zeit zählt auch Hsüeh Yun-sheng, Tu-li ts'un-i (Stellungnahmen zu ungeklärten Fragen der Gesetze, Hrsg. Han-mao-chai, 1905). In der juristischen Ausbildung wurden die rechtshistorischen Werke von Japanern, allerdings schon ins Chinesische übersetzt, als Lehrbücher benutzt. So erschien das Buch von Asai Torao, Shina hōseishi, übersetzt von Shao Hsiu-wen und Wang Yung-pin unter dem Titel Chung-kuo li-tai fa-chih-shi (Peking 1906). Ein anderes Buch des gleichen Verfassers wurde übersetzt von Ch'en Ch'ung-min unter dem Titel Chung-kuo fa-tien pien-ch'uan yen-ko shih (Peking, 1919). Diese Situation im Universitätsbetrieb hat bis in die zwanziger Jahre angehalten⁴⁾. Neben Rekonstruktionen der verlorenen Kodizes, zum Beispiel Han-lü ts'ao-i (die Reste der Han-Gesetze, Peking 1912) und Han-lü k'iao (über die Han-Gesetze, Peking 1915, von Shen Chia-pen, sowie Chiu-ch'ao-lü k'iao (über die Gesetze der neun Dynastien, Peking 1920) von Ch'eng Shu-te erschienen auch Dokumentensammlungen,

(1). Vgl. J. Escarra, *Le Droit Chinois*, a.a.O., S. 359, und J. Needham, a.a.O., Vol. II, 33. 524 - 525.

(2). Siehe auch S. 4.

(3). Siehe auch S. 4.

(4). Ch'en Ku-yüan, a.a.O., Vorwort. Vgl. auch Lim Pun-Tiam, *Bibliographie*, a.a.O., Nos. 0042, 0086.

so Ti-ch'üan cheng-ts'un (Sammlung erhaltener Dokumente über das Bodenrecht, ca. 1918 ohne Ortsangabe) von Lo Cheng-yü. Die Ergebnisse der amtlichen Untersuchungen über die Rechtsgewohnheiten in China um die Jahrhundertwende wurde 1930 unter dem Titel Min-shang-shih hsi-kuan tiao-ch'a pao-kao-lu (Bericht über die Untersuchung der zivil- und handelsrechtlichen Gewohnheiten) vom Justizministerium veröffentlicht¹⁾. An offiziellen Sammlungen der Urteile des obersten Gerichtshofes der Republik sind zu nennen: Ta-li-yüan p'an-li yao-chih hui-lan (Peking, 1919), Ta-li-yüan p'an-li yao-chih hui-lan hsi-pien (Peking, 1924), Ta-li-yüan chieh-shih-li yao-chih hui-pien (3 Bände Peking, 1919). Daneben gab es auch private Urteilssammlungen²⁾. Als namhafte Rechtshistoriker in den dreißiger Jahren galten Ch'en Ku-yüan, Yang Hung-lieh, Hsü Ch'ao-yang, Liang Ch'i-ch'ao, Cheng Ching-i, T'ao Hsi-sheng und Mi Kung-kan³⁾. Besonders anerkannt war ein dreibändiges juristisches Lexikon von Cheng Ching-i⁴⁾. In den vierziger Jahren befand sich China zwar sowohl im Sino-japanischen Krieg als auch im verschleierte Bürgerkrieg. Dennoch gingen die Bemühungen um die Rechtsgeschichte Chinas weiter, wobei insbesondere die Namen von Ch'ü T'ung-tsu, Hsü Tao-lin, Tung K'ang und Weng Tu-chien zu nennen sind⁵⁾.

Etwa in der Hälfte der in der Zeit von 1911 bis 1949 veröffentlichten Arbeiten finden wir eine allgemeine Schilderung der chinesischen Rechtsgeschichte. Etwa ein Fünftel von ihnen behandelt die Ch'in-Dynastie (221 - 207 v. Chr.) bzw. Vor-Ch'in-Zeit. Ein anderes Fünftel beschäftigt sich mit der Anfangsperiode der Republik-Zeit. Ungefähr ein Zehntel

(1). Darüber ist bereits gesprochen worden. Siehe SS. 29 - 30.

(2). Zum Beispiel, Ta-li-yüan fa-lü chieh-shih lei-pien (Peking, 1919) von Yü Ch'ieh sowie Ta-li-yüan chieh-shih-li ch'üan-wen (Shanghai, 1930) und Ta-li-yüan p'an-ch'ieh-li ch'üan-wen (Shanghai, 1931) beides von Kuo Wei. Die Urteilssammlungen der obersten Gerichtshöfe in Peking und Nanking wurden auch übersetzt ins Französische bzw. Englische von Jean Escarra, Francois Théry und M. H. van der Valk. Siehe Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0073, 0074, 0096 - 0098, 0117, 1096, 1453, 1462, 1468. Vgl. auch S. 27.

(3). Einzelheiten siehe: Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0039 - 0119.

(4). Siehe: Lim Pun-Tiam, a.a.O., No. 0049. In dem 3. Band des Werkes (SS. 132 - 148) sind auch die bekannten Juristen in der chinesischen Geschichte mit kurze Sachangaben vorgestellt.

(5). Einzelheiten siehe: Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0039 - 0119.

von ihnen behandelt die Han- (206 v. Chr. bis 8 n. Chr.; 9 - 23; 25 - 220), Sui- (589 - 618), T'ang- (618 - 906), Sung- (960 - 1126; 1127 - 1279), Ming- (1368 - 1644) oder Ch'ing-Dynastie (1644 - 1911). Speziell über die Wei-Dynastie bzw. die Drei Reiche (221 - 280), Chin-Dynastie (265 - 316; 317 - 419), Nan-pei-ch'ao (386 - 588), oder die Fünf-Dynastien (907 - 960) gab es so gut wie kaum eine Untersuchung. Nur eine einzige Arbeit ist rechtsgeschichtlichen Problemen der Yüan-Dynastie (1280 - 1367) gewidmet. Etwa die Hälfte der Arbeiten aus der Zeit von 1911 bis 1949 enthält hauptsächlich allgemeine Erörterungen zur chinesischen Rechtsgeschichte. Ungefähr ein Drittel behandelt das Strafrecht und sonstiges öffentliches Recht. Etwas weniger als ein Viertel befaßt sich mit dem Zivilrecht, wobei es sich mit Ausnahme von zwei Abhandlungen um das Statusrecht geht.¹⁾

Die chinesischen Rechtshistoriker dieser Zeit hatten gehofft, sich mit den Kenntnissen der von den japanischen Rechtshistorikern angewandten Methode²⁾ von der traditionellen Methode loslösen und zugleich damit die chinesische Rechtsgeschichte rekonstruieren und sie in einem neuen Bild präsentieren zu können. Sie konnten jedoch an das historische Material nicht kritisch herangehen³⁾. Sie benutzten nur konfuzianische Kanones, autoritative Geschichtswerke der Dynastien, sowie die Kodizes. Die Pinselaufzeichnungen (Pi-chi), gesellschaftliche Romane (Hsiao-shuo), Enzyklopädien (Lei-shu), Familien- bzw. Sippenchroniken (Chia-p'u, Tsu-p'u), Aufzeichnungen der philanthropischen Gesellschaften (Shan-t'ang-chih), sowie die Aufzeichnungen über die Sitten und Gebräuche in den verschiedenen Lokalchroniken (Ti-fang feng-shu-chih) haben sie in der Regel nicht beachtet⁴⁾. Dies waren die Gründe, warum die meisten von ihnen dazu neigten, ein allgemeines Werk zu schreiben. Über die rechtsphilosophischen Leistungen der Antike bis zu der Ch'in-Dynastie (221 - 207 v. Chr.) zu erzählen, die goldenen Epochen der Han- (206

(1). Über die Einzelheiten siehe: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0039 - 0119.

(2). Vgl. Ch'en Ku-yüan, a.a.O., Vorwort, und auch H. McAleavy, BSOAS, 1955, S. 537.

(3). Vgl. Imabori Seiji, MS. 1961, S. 451. Siehe auch: Denis C. Twitchett, Niida Noboru and Chinese Legal History, AM, XIII, 1 - 2, (218 - 228), Dez. 1967, insbesondere S. 221.

(4). Der wissenschaftliche Wert solcher Materialien wurde erst von japanischen Gelehrten, vor allem von Niida Noboru in den dreißiger Jahren entdeckt und richtig bewertet.

v. Chr. bis 8 n. Chr.; 25 - 220), und T'ang-Dynastie (618 - 906) zu schildern, die Kodizes der verschiedenen Dynastien zu loben, oder das chinesische Familiensystem darzustellen¹⁾. Sie konnten dabei zwar die westlichen Termini technici benutzen, und so die chinesische Rechtsgeschichte mit den Kodizes verschiedener Dynastien und konfuzianischer Kanones und dgl. wiedergeben. So großartig ihre Abhandlungen einzelne Epochen und die Rechtsgeschichte überhaupt auch zu schildern vermochten, boten sie objektiv gesehen mehr eine Art Sammlung und Aufbereitung des Materials und nicht so sehr systematische Untersuchungen²⁾. Wissenschaftlich gesehen, gerieten die chinesischen Gelehrten in eine geistige Anämie³⁾.

Seit der Gründung der Volksrepublik wurden einige wichtige Werke der früheren Dynastien mit neuer Interpunktion wieder herausgegeben, wie zum Beispiel, Ch'eng Shu-te, Chiu-ch'ao-lü k'ao, Hsi-yüan chi-lu, und Sung ta-shao-ling chi. Das Hsing-fa-chih, das strafrechtliche Kapitel des Ch'ing-shih kao (Dynastiegeschichte der Ch'ing, 1644 - 1911, ein Entwurf) wurde von einem Autoren-Kollektiv, darunter Ts'ai Shu-heng u. a. kommentiert und unter dem Titel Ch'ing-shih-kao hsing-fa-chih chu-shih herausgegeben⁴⁾. In diesen zwei Dekaden haben an die dreißig Rechtshistoriker wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht⁵⁾. Von

-
- (1). Das chinesische Familiensystem galt als eine der drei Unveränderlichkeiten im traditionellen China. Die anderen zwei waren die Geographie und das Klima in China.
 - (2). Vgl. F. Jäger, ZDMG, 100 (1950), S. 385.
 - (3). Selbst das viel geschätzte Werk von Ch'ü T'ung-tsu, *Law and Society in Traditional China*, Paris and the Hague 1961, hat der Autor erst im Ausland anfertigen können. Es basiert zwar auf sei dem gleichen Titel auf Chinesisch geschriebenen Werk, Chung-kuo fa-lü yü chung-kuo she-hui, Shanghai 1947. Dennoch wurde es erheblich verbessert und erweitert. Hier ist noch etwas zu vermerken: Seit den sechziger Jahren zitieren die Juristen in Taiwan immer nur das Werk von Ch'ü in chinesischer Fassung, ohne zugleich das Werk in englischer Sprache zu berücksichtigen, geschweige denn beides mit den jeweiligen Zitaten zu vergleichen, als ob das englische Werk nicht existiere, und die Meinung des Autors sich nicht geändert hätte. Siehe auch: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0054, 0824.
 - (4). Zwei chinesische Wissenschaftler in U. S. A., Kenneth Wang und Hsia Tao-tai, planen, an Hand dieses Kommentars eine englische Übersetzung herauszugeben.
 - (5). Über die Einzelheiten siehe: Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0120 - 0151.

ihnen sind die Abhandlungen von Feng Chia-sheng, Fu I-ling, Liu Chung-jih und Shih I-k'uei besonders zu würdigen. Sie haben neue Materialien zur Rechtsgeschichte der Yüan- (1280 - 1367) und Ming-Dynastie (1368 - 1644) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht¹⁾. Etwa ein Viertel der seit 1949 erschienenen Werke sind allgemeine Darstellungen. Der Rest behandelt jeweils die verschiedenen Dynastien. Dabei wurde die Ch'in-Dynastie (221 - 207 v. Chr.) bzw. die Vor-Ch'in-Zeit und der Anfang der Republik-Zeit verhältnismäßig oft behandelt. Ansonsten sind fast alle Dynastien gleichmäßig bearbeitet worden. Wenn wir die Arbeiten über die Rechtsgeschichte der Sung- (960 - 1126; 1127 - 1279), Yüan- und Ming-Dynastie in diesen zwei Dekaden mit Abhandlungen der vergangenen Kuomintang-Epoche vergleichen, dann fällt das Ergebnis zuungunsten der Kuomintang-Zeit aus²⁾. Das früher vernachlässigte Vermögensrecht ist in der rechtshistorischen Forschung seit 1949 — wie vom marxistischen Ansatz auch nicht anders zu erwarten war — in den Vordergrund getreten³⁾. Daneben bemüht man sich die marxistischen Kategorien auch für die Analyse der statusrechtlichen Verhältnisse nutzbar zu machen.

Unter den Rechtshistorikern in Taiwan seit 1949 ist Tai Yen-hui am bekanntesten⁴⁾. Seine Arbeiten sind durch starke, vielfach auch unkritische Anlehnung an die Forschungen japanischer Rechtshistoriker zur chinesischen Rechtsgeschichte gekennzeichnet⁵⁾. Freilich ist zu berücksichtigen, daß die ganze Forschungsatmosphäre unter dem schwerem Druck der veralteten konfuzianischen Denkart und der verstaubten Kuomintang-Ideologie steht. Die Fessel der unzeitgemäßen Tradition ist

(1). Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0127, 0128, 0129, 0130.

(2). Vgl. auch die Abhandlung von Mukata Naokichi und Fukushima Masao, in: Lim Pun-Tiam, a.a.O., No. 0752.

Die chinesischen Publikationen sind im Ausland nach wie vor sehr schwer zu erhalten. Daher ist es zu verstehen, daß Josef Needham in seinem 1956 veröffentlichten Buch "Science and Civilisation in China", Vol. II, S. 529 folgendes schreibt: "No study of law in China since the establishment of the People's Republic has yet become available."

(3). Vgl. auch eine sehr nützliche Arbeit von Hsia Tao-tai, Chinese Legal Publication: An Appraisal. Osteuropa-Recht, 19. Jg., H. 3, Sept. 1969, SS. 234 - 281, insbesondere SS. 257 - 261.

(4). Über die bibliographische Verarbeitung bezüglich juristischer Abhandlungen in Taiwan siehe drei Werke, jeweils zusammengestellt von Wang Tse-yeu, Yüan K'un-hsiang und Sheng Tzu-liang, aufgenommen in: Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0004 - 0006.

(5). Über die sonstigen Rechtshistoriker in Taiwan und ihre Publikationen siehe: Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0152 - 0227.

nach wie vor sehr groß. 1968 fand in Taiwan zum ersten Mal eine Konferenz zur Erforschung der chinesischen Rechtsgeschichte statt. Jedoch waren die Ergebnisse dieser Konferenz nicht allzu bemerkenswert. Denn sie war unter dem Zwang der Kulturrevolution unter der Fahne der sogenannten "Anti-Kulturrevolution", einer anachronistischen Wunschvorstellung der sogenannten konfuzianischen Kultur-Renaissance, einberufen worden¹⁾. 1969 hat das Justizministerium (Ssu-fa hsing-cheng-pu) in Taipei ein Werk T'ai-wan min-shih hsi-kuan tiao-ch'a pao-kao (Bericht über die Untersuchungen zivilrechtlicher Gewohnheiten in Taiwan) veröffentlicht. Leider ist von diesen Untersuchungen bis jetzt in der Öffentlichkeit kaum Notiz genommen worden. Ein U. S.-Amerikaner, Walter Johnson, hat in Taiwan unter dem chinesischen Namen Chuang Wei-ssu einen Index zum T'ang-Kodex mit dem Titel T'ang-lü shu-i yin-te veröffentlicht, wobei er von ähnlichen Arbeiten japanischer Gelehrter profitieren konnte²⁾. Einige taiwanesischen Rechtshistoriker, wie zum Beispiel Tai Yen-hui und Yeh Chien-chao, haben auf Grund ihrer Studien in Japan gelegentlich ihre wissenschaftlichen Beiträge³⁾ in japanischen Fachzeitschriften publiziert⁴⁾.

Die Kulturbeziehungen zwischen China und Korea, seinem nordöstlichen Nachbarn, umfassen einen Zeitraum von über zweitausend Jahren. In der Geschichte der koreanischen Gesetzgebung ist der Einfluß des chinesischen Rechtsdenkens, wie Niida Noboru gezeigt hat⁵⁾, allenthalben spürbar. Daher ist es verständlich, daß in letzter Zeit das Interesse der (süd-) koreanischen Rechtshistoriker an der chinesischen Rechtsgeschichte erwacht ist⁶⁾.

Die intensiven Bemühungen der japanischen Rechtshistoriker um die

-
- (1). Die gesamten Papiere, die in der Konferenz vorgetragen wurden, sind später in einem Band veröffentlicht worden. Einzelheiten siehe: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0166 - 0184, sowie 0790.
 - (2). Über die Indizes zum T'ang-Kodex von japanischen Gelehrten siehe: Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0030 - 0031.
 - (3). Einzelheiten siehe: Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0711 - 0713, 0784.
 - (4). Über die Bemühungen um das traditionelle chinesische Privatrecht in Hongkong und Singapur siehe S. 32 mit Anm. (5).
 - (5). Siehe: Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0407, 0457, 0559, 0561, 0562, 0579, 0594, 0602, 0603, und 0617.
 - (6). Vgl. Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0242, 0245 - 0246. Die unter 0242 angeführte Arbeit von Yun Chae-su ist eine an der National Taiwan University entstandene Magisterarbeit.

Rechtsgeschichte Chinas sind ein Widerschein des jahrhundertalten Einflusses, den die chinesische Kultur auf Japan ausgeübt hat¹⁾. Am Anfang des achten Jahrhunderts galt der T'ang-Kodex (T'ang-lü shu-i) in Nara (damalige Hauptstadt) als ein Handbuch der Verwaltung und Muster für die Gesetzgebung²⁾. Der Taihō ritsu (Taihō-Kodex, 702) und der Yōrō ritsu (Yōrō-Kodex, 718) sind nach der Vorlage des T'ang-Kodexes gestaltet worden. Die japanische Gesellschaft dieser Zeit (Ritsuryō-Zeitalter)³⁾ war aristokratisch aufgebaut. In der Mitte des neunten Jahrhunderts und danach kam es in Japan zu politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich tiefgreifenden Veränderungen. T'ang-China hatte auch eine innenpolitische Umwälzung vor sich. China und Japan entfremdeten sich allmählich voneinander. Der Taihō-Kodex wurde in der Praxis nicht mehr angewandt⁴⁾. Vom Ausbruch des Ōnin-Krieges (1467) bis zum Einzug Nobunagas in Kyōto im Jahre 1568 befand sich Japan in der Zeit der Sengoku jidai (Zeit der "Kämpfenden Provinzen"). Der Taihō- und der Yōrō-Kodex gingen während des Ōnin-Krieges (1467 - 1468) und den großen Unruhen in der Bumei Periode (1469 - 1486) verloren. Bis in die Edo-Zeit (1600 - 1868) erhielten sich Fragmente von vier Kapiteln des Taihō-Kodexes, nämlich Myōrei ritsu (allgemeiner Teil), Shikisei (Verwaltung), Eikin ritsu (Hofsbewachung) und Zokutō (Dieb und Raub)⁵⁾. Vom Ende des neunten Jahrhunderts bis zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts, als Japan zum zweiten Mal ein fremdes Rechtssystem - das kontinental-europäische Rechtssystem - rezipieren sollte, war das japanische Recht zum überwiegenden Teil einheimisches ungeschriebenes Gewohnheitsrecht gewesen.⁶⁾

(1). Seit 645. Vgl. John Whitney Hall, Das Japanische Kaiserreich, Fischer Weltgeschichte Bd. 10, Frankfurt/M., 1969, S. 41 ff.

(2). Siehe die Abhandlung von Miyagi Eiichi, in: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., No. 0362.

(3). John Whitney Hall, a.a.O., SS. 55 - 56.

(4). John Whitney Hall, a.a.O., S. 71.

(5). Takigawa Masajiro, Kobayashi Hiroshi und Eikō Mitano, Ritsuryō kenkyūshi (Geschichte der Erforschung der Ritsuryō-Gesetze), in: Hōmeishū kenkyū (Legal History Review), No. 1 (1965), S. 122. Als Tokugawa Ieyasu (1542 - 1616) im Jahre 1615 mit List und Blut seinen Rivalen Toyotomi endgültig besiegt und mit dem Einzug in Osaka die Herrschaft über das Land an sich gerissen hatte, veranlaßte er zugleich, nach den verlorenen Kodizes zu forschen. Man hat jedoch im ganzen Land nur Fragmente von vier Kapiteln des Taihō-Kodexes ausfindig machen können.

(6). Dan Penno Henderson, Chinese Legal Studies in Early 18th Century Japan: Scholars and Sources, in: JOAS, Vol. XXX, No. 1, Nov. 1970, S. 21, aufgenommen auch in: Lim Pun-Tiam, a.a.O., No. 1201.

Während der Tokugawa-Zeit jedoch hatten das Shogunat und die verschiedenen Daimyate aus innenpolitischer Notwendigkeit heraus das chinesische Rechtssystem, insbesondere den Ming-Kodex mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Der Einfluß des chinesischen Rechtsdenkens blieb dadurch im Japan weiterhin erhalten¹⁾. Im achtzehnten Jahrhundert kam es sogar, um mit Henderson zu sprechen²⁾, zu einer Art "Mini-Rezeption" des Ming-Kodexes.

Mit dem Shogunat des Tokugawa Ieyasu begann zwar die Zeit des großen Friedens (Taihei), Japan trat jedoch zugleich in eine 250jährige Isolation, das Sakoku jidai (Zeitalter der Abschließungspolitik, 1615 - 1868). 1639 wurde die Verordnung der Abschließung des Landes (Sakokurei) verkündet. 1640 wurde das bereits vorher verfolgte Christentum ganz verboten. Das Betreten Japans durch Ausländer wurde untersagt. Nur Holländer und Chinesen durften einmal im Jahr in Nagasaki als einzigem Hafen Geschäfte treiben. Die Art der Waren und das Handelsvolumen wurde außerdem vom Shogunat bzw. dem Daimyat (Provinz), zu dem Nagasaki gehörte, je nach dem tatsächlichen Bedarf im voraus festgelegt³⁾. Mit dem durch die lange Friedenszeit bedingten Aufschwung der Wirtschaft nahm die Kriminalität zu. Das Shogunat konnte im achtzehnten Jahrhundert der Lage nicht mehr Herr werden. Mit den mühsam ausfindig gemachten Fragmenten des alten Kodexes konnte man die veränderte Situation nicht mehr bewältigen. Angesichts dieser politischen und juristischen Probleme hatte das Shogunat im 18. Jahrhundert schließlich den Vorschlag der japanischen konfuzianischen Gelehrten (Juka) akzeptieren müssen, aus dem Ming-Kodex Lösungsmodelle zu entwickeln. Daraufhin wurde über Nagasaki chinesische juristische Literatur, vor allem über den Ming-Kodex importiert. Das Ergebnis war, daß die Gesetzgebung des Shogunats und die Daimyatverordnungen sehr stark vom chinesischen Rechtsdenken

(1). Vgl. die Artikel von Kobayakawa Kigo und Matsushita Chū, aufgenommen in: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0334 und 0359. Ferner siehe auch die Artikel von Maki Kenji, Kaneta Heiichiro, Tezuka Yutaka und Inoue Kaoru, zitiert in: Dan Fenno Henderson, a.a.O., S. 21, Fußnote (2).

(2). a.a.O., S. 22.

(3). Dan Fenno Henderson, a.a.O., S. 24, und John Whitney Hall, a.a.O., S. 161 ff.

geprägt wurden¹⁾.

Tokugawa Ieyasu hatte auch das Studium der alten Kodizes, das sogenannten "Ritsuryōgaku" gefördert. So kam auch ihr chinesisches Muster, der T'ang-Kodex, erneut in den Blick²⁾. Am Ende des 17. Jahrhunderts, insbesondere im 18. Jahrhundert, wurde neben dem weiterhin grundlegenden Ming-Kodex, auch noch der Ch'ing-Kodex herangezogen. Es ist längst eine Tradition bei den japanischen Rechtshistorikern: wenn jemand ein Kenner des "Ritsuryōgaku" ist, ist er zugleich auch ein Experte der chinesischen Rechtsgeschichte; und umgekehrt ist es auch genau so. Diese zwei Eigenschaften sind in der Tat untrennbar³⁾. Weshalb man sich in der Tokugawa-Zeit, vor allem im 18. Jahrhundert, statt des T'ang-Kodexes oder des zeitgenössischen Ch'ing-Kodexes, überwiegend dem Ming-Kodex

- (1). Dan Fenno Henderson, a.a.O., S. 22 und 3. 36. Nach Seite 22, Fußnote (5) hat der Autor über die Einflüsse chinesischen Rechtsdenkens auf die Tokugawa Gesetzgebung eine Abhandlung: "Chinese Influences in 18th Century Tokugawa Codes" verfasst und am 7. Aug. 1969 bei der "Conference on the History of Chinese Law", in Villa Serbelloni, Bellagio, Como See, Italien vorgetragen.
- (2). Während der Genroku-Periode (1688 - 1704) hat Matsushita Kenrin (1637 - 1703) anhand des T'ang-lü shu-i (Tōritsu sogi) speziell die darin enthaltenen Verordnungen der T'ang-Dynastie untersucht und dazu ein Werk unter dem Titel Tōryō (die Verordnungen der T'ang-Dynastie) zusammengestellt. Dieses Werk wird heute in der Bibliothek der Seikado-Stiftung aufbewahrt. Aus wesentlich späterer Zeit, nämlich aus der Meiwa- (1764 - 1772) und An-ei- (1772 - 1781) Periode stammt das Werk Shū Tōryō (Sammlung von Verordnungen der T'ang-Dynastie) von Sogabe Yōshō (1738 - 1787).
- (3). Es hat allerdings während der Kyōhō-Periode (1774 - 1779) innerhalb der Gelehrten des "Ritsuryōgaku" eine methodologische Auseinandersetzung zwischen der "japanischen Schule" (koku shusha) und der "chinesischen Schule" (chin shusha) gegeben. Die eine wollte sich bei der Forschung nur auf die japanischen Quellen beschränken, die andere wollte darüberhinaus noch die chinesischen Quellen, wie zum Beispiel T'ang-Kodex (T'ang-lü shu-i) u. a. einbeziehen. Die "chinesische Schule" (Karyakusha Keitō) hat Vorküferin der vergleichenden Rechtsgeschichte in Japan geworden. Itō Tōgai (1670 - 1736) und Ogyū Kan zählten zu den zwei bedeutendsten Gelehrten dieser Schule. Ogyū Kan hat in seinem Werk Waritsu to hikiau aōkō kōsho (Einige Bemerkungen über miteinander übereinstimmende Stellen im japanischen Kodex und im T'ang-Kodex) die japanische Gesetzgebung mit dem T'ang-Kodex verglichen. Itō Tōgai, der Verfasser des Werkes Seido tsū (Betrachtungen zum Regierungssystem, 1748), hat die Wen-hsien t'ung-k'ao (Allgemeine Studien über die amtlichen Dokumente) von Ma Tuan-lin (? - ?, 13. Jh.) benutzt. Außerdem hat er auch das Tōkan shō (Peantensystem der T'ang-Dynastie) verfasst. Siehe: Takiyama Masajiro, Kobayashi Hiroshi, und Rikō Mitsuo, a.a.O., 3. 153 und 3. 164.

zuwandte, hat mehrere Gründe. Als Tokugawa Ieyasu im Jahre 1615 in Japan an die Macht kam, herrschte in China noch (bis 1644) die Ming-Dynastie. Die erste Fassung des Ch'ing-Kodexes wurde zwar im Jahre 1646 verabschiedet. Es war aber praktisch eine Kopie des Ming-Kodexes. Daher hatte er bei dem Tokugawa-Shogunat und seinen Gelehrten keine besondere Aufmerksamkeit erregen können. Der Unterschied des Ch'ing-Kodexes zum Ming-Kodex lag hauptsächlich in den Ausführungsbestimmungen sowie den Kommentaren. Die Kommentare zum Ch'ing-Kodex entstanden jedoch erst zwischen 1695 und 1740. Nach Japan gelangten sie vermutlich erst nach der Kompilation des Gesetzbuches Kujitaka Osamegaki im Jahre 1742 durch den achten Shogun Yoshimune (1648 - 1751, Amtszeit 1716 - 1745) nach der Kyōhō Reform. Das erste Exemplar des bloßen Textes des Ch'ing-Kodexes wurde erst im Jahre 1712 nach Japan importiert. Im Jahre 1723 wurde der Ch'ing-Kodex erstmals ins Japanische übersetzt. Entscheidend für die Rezeption gerade des Ming-Kodexes war jedoch wohl der Umstand, daß viele der Ming-Loyalisten nach Japan flüchten. Unter ihnen befanden sich einige namhafte Gelehrte, wie zum Beispiel der Zenbuddhist Huang Po-tsung, und die Ming-Konfuzianer Chu Shun-shui und Wu Jen-hsien. Sie haben die "China-Kunde", insbesondere die konfuzianische Literatur, in Japan weiter verbreitet. Sie waren als Lehrer des Shoguns oder der japanischen Gelehrten tätig. Sie wurden vom Shogunat und den Daimyatsregierungen wohlwollend behandelt und sehr hoch geschätzt. Die koreanischen China-Kenner, Yi Chin-yong, sein Sohn Yi Mae-gye und der von seinem Sohn adoptierte Enkel Yi Ir-yang, die von Toyotomi Hideyoshi (1536 - 1598, Feldherr und Staatsmann) während der ersten Invasion in Korea (1492) gefangengenommen und nach Japan gebracht worden waren, haben ebenfalls zur Verbreitung des Ming-Kodexes beigetragen¹⁾. Hauptsächlich interessierten sich die Tokugawa-Gesetzgeber und ihre Rechtsberater für bestimmte Aspekte des Strafrechts, insbesondere die Vorschriften über die Urteilsfindung und die Vollstreckung der Strafe. Die Straftatbestände wurden nach den Gewohnheiten der Gesellschaft festgesetzt. Die Schuldbekennnisse der Angeklagten wurden in der Regel durch Folterungen erpreßt. Die Strafzumessung war sehr stark vom konfuzianischen Rechtsdenken beeinflusst²⁾.

(1). Dan Fenno Henderson, a.a.O., S. 25 und S. 28.

(2). Dan Fenno Henderson, a.a.O., S. 26.

Einen Wendepunkt in der Benutzung des Ming-Kodexes in der Tokugawa-Zeit brachte die Kyōhō-Reform (1716 - 1745). Im Zuge dieser Reform kam es infolge der Maßnahmen des Shoguns Yoshimune zu einem Aufschwung der japanischen Kommentarliteratur zum Ming-Kodex. Immerhin konnte sie auch an einige Kommentare aus der Zeit vor 1716 anknüpfen¹⁾. Sogleich nach seinem Amtsantritt hat er in teilweiser Abkehr von der Abschließungspolitik seiner Vorgänger das Studium der konfuzianischen Kanones intensiviert und auf eine neue Grundlage gestellt, indem er konfuzianische Gelehrte wie Hayashi Hōkō (Nobuatsu), Muro Kyūsō, Ogyū Kan, und Kinoshita Eisaburō gewonnen hat. Er hat ein berühmtes Werk des ersten Kaisers der Ming-Dynastie, Ming T'ai-tsu (Chu Yüan-chang, 1328 - 1398), nämlich Liu-yü yen-i (Auslegung der sechs kaiserlichen Ermahnungen), im Jahre 1721 von Muro Kyūsō und 1723 von Ogyū Sōrai ins Japanische unter dem gleichen Titel Rikuyu engi übersetzen lassen und zugleich im ganzen Land als Erziehungsunterlage in der Schule verbreitet. Muro Kyūsō hat es ins einfache Japanisch übersetzt (wakun). Ogyū Sōrai hat es mit

- (1). Sakakibara Kōshū (1656 - 1706), Rechtsberater des damaligen Daimyo und späteren Shoguns Yoshimune, hat folgende Kommentare zum Ming-Kodex verfasst: Min-ritsu yakkaï (Übersetzung und Kommentar zum Ming-Kodex); Min-ritsu yakkaï hoi (Übersetzung und Kommentar zum Ming-Kodex, eine Ergänzung); Min-ritsu genkai taisho (Umfassender Kommentar zum Ming-Kodex in der Umgangssprache); und Dai Min-ritsurei genkai (Kommentar zum großen Ming-Kodex und dessen Ausführungsbestimmungen in der Umgangssprache — der erste japanische Kommentar zum Ming-Kodex). Sein Nachfolger Sakakibara Kōshū hat im Jahre 1713 den zuletzt genannten Kommentar neu aufgelegt und in einem Anhang eine Liste der Bücher zusammengestellt, die im Kommentar zum großen Ming-Kodex und dessen Ausführungsbestimmungen in der Umgangssprache zitiert worden sind, (Dai Min-ritsurei genkai ityo shomoku). Diese Liste umfasst mehr als hundert chinesische Schriften. Die meisten davon betreffen den Ming-Kodex, einige wenige den T'ang-Kodex. Es gibt darüber keine einzige über den Ming-Kodex. Die Tätigkeit eines anderen Kommentators des Ming-Kodexes, des Takase Kikoku (1668 - 1749) reicht bereits in das Jahrzehnt des Yoshimune hinein. Von ihm stammen Min-ryō ko (Gedanken über die Verwaltungsvorschriften der Ming-Dynastie); Min-ritsu shōrai dōho (Ausführlicher Kommentar zum Ming-Kodex, mit Ergänzungen); Min-ritsurei shakugi (Kommentar zum Ming-Kodex und dessen Ausführungsbestimmungen); Min-ritsurai shakugi zōshaku (Kommentar zum Ming-Kodex und dessen Ausführungsbestimmungen mit Ergänzungen — veröffentlicht im Jahre 1740); Dai Min-ritsu shōrai shakugi (Kommentar zum großen Ming-Kodex); Min-ritsu shōrai dō shui (private Gedanken über den Ming-Kodex mit Ergänzungen); Min-ritsu shakugi (Kommentar zum Ming-Kodex). Außerdem hat er auch Kommentare zum T'ang-Kodex verfasst: Tōritsu kai (Kommentar zum T'ang-Kodex) und Tōritsu genkai (Kommentar zum T'ang-Kodex in der Umgangssprache). Vgl. Dan Ferno Henderson, a.a.O., SS. 23 - 34 und 55 - 56.

chinesischen Zeichen (kanji) übertragen (kunen)¹⁾. Yoshimune hat die Einföhr chinesischer Bücher über Nagasaki liberalisiert. Er hat Rechtsgelehrte wie Fukami Hisadayu Yūrin, Fukami Shinuemon, Hayashi Mataemon, Hitomi Matabe, Hitomi Shiohiroemon, Muro Kyūsō, Narushima Dōshiku (Nobuhiro) und die Brüder Ogyū Kan und Ogyū Sōrai um sich versammelt. Der Schwerpunkt der Arbeit dieses Kreises von Experten lag zunächst beim Ming-Kodex. Später wurden auch der T'ang-Kodex und der Ch'ing-Kodex herangezogen²⁾. Ogyū Kan hat zwei Kommentare zum Ming-Kodex von Liu Wei-lien³⁾, die "Vorschriften über die Befragung der Verbrecher und die Strafzumessung" (Wen-hsing t'iao-li, veröffentlicht 1588) von Shu Hua, die "Ermahnungen zu angemessener Strafzumessung" (Hsiang-hsing ping-chien, veröffentlicht 1599) von Tung Yü, und das "Verwaltungshandbuch der Ming-Dynastie" (Ta Ming hui-tien) von Li Tung-yang (1447 - 1516) u. a. als Materialien benutzt und auf Grund dieser Materialien einen Kommentar zum Ming-Kodex unter dem Titel Min-ritsu kyōhō kankō (Ming-Kodex, Kyōhō Ausgabe) im Jahre 1723 veröffentlicht⁴⁾. Unabhängig von ihm hat Ogyū Sōrai einen Kommentar zum Ming-Kodex unter dem Titel Min-ritsu kokujī kai (Kommentar zum Ming-Kodex in nationaler Schrift) verfasst und 1725 veröffentlicht⁵⁾. Er stützte sich hierbei auf die Hsiang-hsing ping-chien von Tung Yü, das Ta Ming hui-tien von Li Tung-yang u. a., und die Tu-lü so-yen (kleine Anmerkungen für das Lesen des

-
- (1). Die Sechs Ermahnungen des Ming-Kaisers T'ai-tsu sind während der Ch'ing-Zeit mehrfach unter ähnlichen Titeln neu aufgelegt worden. Die Ausgabe vom Jahre 1652 heißt Liu-yü (Sechs Ermahnungen); die von 1670 Sheng-yü (Kaiserliche Ermahnungen); die von 1724 Sheng-yü kuang-hsün (Umfassende Interpretation der kaiserlichen Ermahnungen). Die Ausgabe von 1670 war vom Ch'ing-Kaiser K'ang-hsi (1654 - 1722) herausgegeben und vom Ch'ing-Gelehrten Fa Hung kommentiert. Tei Junsoku, ein Gelehrter auf den Ryukyu-Insel, (in Chinesisch: Ch'eng Shun-tse), hat diese Ausgabe neu aufgelegt. Ein Exemplar davon hatte Yoshimune über Shimazu Yoshitaka (1675 - 1744) erhalten. Und dieses hat er übersetzen lassen. Siehe: Dan Fenno Henderson, a.a.O., SS. 36 - 37.
 - (2). Dan Fenno Henderson, a.a.O., SS. 34 - 35.
 - (3). Veröffentlicht 1374 bzw. 1397.
 - (4). Dan Fenno Henderson, a.a.O., S. 38.
 - (5). Dan Fenno Henderson, a.a.O., SS. 38 - 39.
- Saeki Tomi hat zu diesem Werk von Ogyū Sōrai einen Index zusammengestellt und im Jahre 1949 veröffentlicht. Dazu siehe: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., No. 0035.
- Uchida Tomoo und Hihara Toshikuni haben gemeinsam in diesem Werk die Texte kritisch verbessert und 1966 erneut herausgegeben. Dazu siehe: Lim Pun-Tiam, a.a.O., No. 0641.

Gesetzes) von Lei Meng-lin¹⁾.

Die Beschäftigung mit dem T'ang-Kodex während des Shogunats des Yoshimune ist mit den Namen von Konoe Iehiro und Ogyū Kan untrennbar verknüpft. Konoe Iehiro, Kanzler während der Hōei-Periode (1704 - 1711), hat das T'ang-liu-tien (Handbuch der Verwaltungsvorschriften der T'ang-Dynastie, verfasst vom T'ang-Kaiser Hsüan-tsung, Li Lung-chi, 685 - 762), und zwar eine Ausgabe aus der Cheng-te Periode (1506 - 1522) der Ming-Dynastie, revidiert. Er hat dabei folgende Werke benutzt: eine andere Auflage des T'ang-liu-tien aus der Chia-ching Periode (1522 - 1567) der Ming-Dynastie; den T'ai-p'ing yü-lan (vom Kaiser genehmigter Überblick des großen Friedens — gemeint ist die Gründung der Sung-Dynastie —, im Jahre 982 verfasst von Li Fang, 924 - 995, u. a., im Auftrag des Sung-Kaisers T'ai-tsung, Chao K'uang-yin, 939 - 997), den Tzu-chih t'ung-ohien (Durchgehender Spiegel zur Hilfe der Regierung, verfasst von Ssu-ma Kuang, 1019 - 1086); einen Kommentar dazu von Hu San-hsing (1230 - 1287) unter dem Titel Tzu-chih t'ung-ohien shih-wen pien-wu (kritischer Kommentar zum Tzu-chih t'ung-ohien); die Chiu T'ang-shu (Dynastie-Geschichte der T'ang, 618 - 906, alte Auffassung, verfasst von Liu Hsün, 887 - 946), und die Hsin T'ang-shu (Dynastie-Geschichte der T'ang, neue Auffassung, verfasst von Ou-yang Hsiu, 1007 - 1077). Um das T'ang-liu-tien zu revidieren, hat er insgesamt zwanzig Jahre benötigt. Den verbesserten Text hat er im Jahre 1704 veröffentlicht. Das ist das berühmte Konoe-Keibon rishū (Handbuch der Verwaltungsvorschriften der T'ang-Dynastie, Auflage der Konoe-Familie)²⁾. Ogyū Kan hat einen

- (1). An Literatur zum Ming-Kodex in der Tokugawa-Zeit sind noch zu erwähnen: Hirakawa Tōi, Min-ritsu shōshi (Kürzer Kommentar zum Ming-Gesetz); Kuroki Kiyonaki, Min-ritsu tai (Kommentar zum Ming-Kodex); Miura Yoshitaka, Shōretsu Min-ritsu tai (ausführlicher Kommentar zum Ming-Kodex); Ogyū Tōan, Min-ritsu tai (Früherer Kommentar zum Ming-Kodex); Ogyū Kan, Min-ritsu tai (Ming-Kodex, eine Übersetzung); Ogyū Jōrai, Min-ritsu kō (einfache Erklärung zum Ming-Kodex); Oka Hakuo, Min-ritsu yōmei (Übersetzung und Kommentar zum Ming-Kodex); Okumura Yōmei, Min-ritsu kyōshi (mündlicher Unterricht des Ming-Kodexes); Shibushi Takamuro, Min-ritsu shōgi (ausführlicher Kommentar zum Ming-Kodex); und Wajima Ioshikazu, Min-ritsu meimoku tai (Zusammenfassung der Titel und Stichwörter im Ming-Kodex). Vgl. auch die Abhandlung von Niida Noboru, in: Wm Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., No. 0448.
- (2). Im Zusammenhang mit Yoshimune gibt es dazu noch eine Anekdote. Siehe Dan Fenno Henderson, a.a.O., S. 40. Dieser revidierte Text ist 1935 erneut aufgelegt worden. Siehe: Takigawa Masajiro, Kobayashi Hiroshi und Riko Mitsue, a.a.O., S. 152.

T'ang-Kodex, der sich damals in der Schloß-Bibliothek in Edo befand, unter Heranziehung zahlreicher chinesischer historischer Werke sorgfältig revidiert¹⁾ und 1725 den verbesserten Text unter dem Titel Tōritsu sogi teisel jōsho (verbesserter Text des Tōritsu sogi, zu überreichen an den Thron) dem Shogun Yoshimune überreicht. Die Handschrift dieses Werkes wird heute in der Bibliothek des kaiserlichen Hofes unter dem Titel Bukkanhon Tōritsu sogi aufbewahrt²⁾. Die von Ogyū Kan revidierte Fassung des T'ang-Kodexes wurde 1730 von Shen Hsieh-an, einem Ch'ing-Kaufmann in Nagasaki, abermals überprüft³⁾. Shen Hsieh-an legte eine Abschrift dem damaligen chinesischen Justizminister Li T'ing-i vor. Li T'ing-i schätzte das Werk so sehr, daß er es 1735 in China veröffentlichen ließ.

Der Ch'ing-Kodex war erst im Jahre 1712 in Japan eingeführt worden, als seinerzeit Arai Hakuseki über Nagasaki einige chinesische juristische Bücher bezogen hatte. Darunter befand sich ein Exemplar des Ta-Ch'ing hui-tien (Abriß der Verwaltungsvorschriften der Ch'ing-Dynastie). Als Anhang dazu war ein Exemplar des Ch'ing-Kodexes beigelegt und zwar eine Auflage von 1646. Yoshimune hat 1723 Fukami Shinuemon und seinen Sohn Fukami Hisadayu Yūrin beauftragt, dieses Werk ins Japanische zu übersetzen⁴⁾. Ogyū Kan hat auch an einigen Stellen auf den Ch'ing-Kodex zurückgegriffen, als er das oben erwähnte Werk Min-ritsu kyōhō kankō verfasst hatte⁵⁾. Jedoch hat der Ch'ing-Kodex erst nach der Yoshimune-Zeit in einigen Daimyaten Beachtung gefunden und am Anfang der Meiji-Zeit (1868 - 1871) die große Aufmerksamkeit der Gelehrten gewinnen können. In den späteren Jahren der Tempō-Periode (1830 - 1844) hat Hosokawa Narimori (1804 - 1860), Daimyo in Kumamoto, seinen konfuzianischen Gelehrten (Juka) beauftragt, den Ch'ing-Kodex mit Erläuterungen zu versehen. So entstand der Zōshū kunte Shin-ritsu isan

-
- (1). Eine Liste der von ihm verwendeten chinesischen Werke hat Dan Fenne Henderson zusammengestellt. (a.a.O., S. 54.)
 - (2). Der Text ist bequem zugänglich in Shiseki shūran (Sammlung historischer Werke zur Übersicht), Band 17. Siehe: Takigawa Masajiro, Kobayashi Hiroshi und Rikō Mitsuo, a.a.O., S. 151.
 - (3). Die Veröffentlichung erfolgte 80 Jahre später (1805) unter dem Titel Kanpan Tōritsu sogi (T'ang-Kodex, amtliche Auflage). Leider enthält diese Ausgabe trotzdem sehr viele Druckfehler. Außerdem ist manches versehentlich nicht gedruckt worden. Siehe: Takigawa Masajiro, Kobayashi Hiroshi und Rikō Mitsuo, a.a.O., S. 151.
 - (4). Zur (chinesischen) Herkunft der Familie Fukami vgl. Dan Fenne Henderson, a.a.O., S. 41.
 - (5). Siehe auch: S. 51. Vgl. auch: Dan Fenne Henderson, a.a.O., S. 38.

(Kommentar zum Ch'ing-Kodex mit Ergänzung)¹⁾. Kaiser Meiji (1853 - 1912, Amtszeit: 1868 - 1912) hat das erste Gesetzeswerk seiner Regierung (Shinritsu kōryō, "neue Rechtsgrundsätze") nach dem Vorbild des Ch'ing-Kodexes ausgerichtet. Mizumoto Narumi war einer der wichtigsten Mitarbeiter bei dem Entwurf dieses Gesetzes. Als der oben zitierte Kommentar zum Ch'ing-Kodex Zōshū kuntei Shin-ritsu isan 1874 vom Justizministerium (Hōmusho) in Tokyo veröffentlicht wurde, hat Mizumoto Narumi dazu ein Vorwort geschrieben. Unter anderem hat er dabei bemerkt; ohne diesen Kommentar zum Ch'ing-Kodex nachzuschlagen, werde man das neue Gesetz Shinritsu kōryō nicht völlig verstehen können²⁾.

Vor der Rezeption des kontinental-europäischen Rechtssystems in Japan vollzog sich die Beschäftigung mit chinesischen Rechtstexten nach dem Vorbild des Kommentars zum T'ang-Kodex von Ch'ang-sun Wu-chi (? - 651 n. Chr.), nämlich T'ang-lü shu-i. Von 1860 an befand sich Japan in einem Verwestlichungsprozeß. Dieser Modernisierungsprozeß wurde ab 1877 konsequent mit größtem Eifer beschleunigt. Einerseits hat Japan sehr viele westliche Experten im Verwaltungsapparat als Berater angestellt. Andererseits hat es auch sehr viele Nachwuchstalente in den Westen geschickt³⁾. Im September 1893 wurde in der kaiserlichen Universität Tokyo ein Lehrstuhl für Rechtsgeschichte und vergleichende Rechtsgeschichte errichtet. Miyazaki Michisaburō (1855 - 1928) war sein erster Inhaber. Miyazaki hat von 1893 bis 1897 im Deutschen Reich 'die deutsche Rechtsgeschichte' studiert⁴⁾. Er hat die Methodologie der vergleichenden Rechtsgeschichte auf die japanische und chinesische Rechtsgeschichte übertragen. Von diesem Zeitpunkt an haben sich die japanischen Rechtshistoriker von der seit der Edo-Zeit eingebürgerten Methode des T'ang-lü shu-i abgewandt⁵⁾.

(1). Dan Fenno Henderson, a.a.O., SS. 41 - 42.

(2). Dan Fenno Henderson, a.a.O., S. 41.

(3). John Whitney Hall, a.a.O., S. 278 ff.

(4). Siehe eine Abhandlung von Denis C. Twitchett, aufgenommen in: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., No. 1475, vor allem S. 219.

(5). Miyazaki Michisaburō war an sich ein Experte der japanischen Rechtsgeschichte. Er war zugleich ein Philologe und hat auch die alte japanische Sprache und Koreanisch vergleichen erforscht. Siehe: Takahashi Masajirō, Kobayashi Hiroshi und Rikō Mitsuo, a.a.O., S. 162. Über die Arbeiten von Miyazaki vgl. auch Lim Pun-Tiam, a.a.O., No. 0369.

1895 hat Japan den sino-japanischen Krieg inszeniert und Ch'ing-China besiegt. Als Kriegsbeute mußte China nach dem Shimonoseki-Abkommen Taiwan und P'eng-hu (die Pescadoreen) an Japan abtreten¹⁾. Japan konnte seitdem Taiwan kolonisieren; seine Herrschaft über die Insel endete im Jahre 1945 durch den zweiten Weltkrieg. Izawa Shūji (1851 - 1917), der erste Minister für Schulangelegenheiten (Kyōmu buchō) der Kolonialregierung in Taiwan, forderte bereits 1895 die Regierung auf, die Sitten und Gebräuche in Taiwan zu respektieren. Er schlug auch vor, die dortigen Gewohnheiten zu untersuchen. Drei Jahre später, d. h. 1898 wurde Gotō Shinpei (1857 - 1929) Minister für Zivilverwaltung (Minsei chōkan) der Kolonialregierung in Taiwan. Er ordnete sofort die Untersuchung der Sitten und Gebräuche an. Das Ziel war, Taiwan für immer zu kolonisieren. Daher war es für die koloniale Gesetzgebung von großer Bedeutung, sich eine Übersicht über die Gewohnheiten in Taiwan zu verschaffen²⁾.

1901 wurde das Rinji Taiwan kyūkan chōsakai (Provisorisches Komitee zur Untersuchung alter Gewohnheiten in Taiwan) gegründet³⁾. Seine Mitglieder waren Persönlichkeiten aus der Justiz, der Rechtswissenschaft, und namhafte Politiker. Dieses Komitee stand unter der Aufsicht des Generalgouverneurs in Taiwan. Seine Aufgaben waren, das alte Rechtssystem sowie die herkömmlichen Gewohnheiten in den Bereichen des Acker- und Pflanzenbaus, des Handwerks, des Gewerbes und des Handels in Taiwan zu untersuchen. Außerdem wurde die Taiwan kanshū kenkyukai (Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Sitten und Gebräuche in Taiwan) gegründet⁴⁾. Die Beamten im Generalgouvernement, Justizbehörden und Kommunalverwaltungen, die dienstlich mit Verwaltungs- und Justizangelegenheiten direkt zu tun hatten, wurden aufgefordert, sich in ihrer Freizeit an der Untersuchung und Erforschung der Sitten und Gebräuche aktiv zu beteiligen. Auch Privatleute, die sich dafür interessierten,

-
- (1). Herbert Franke/R. Trauzettel, a.a.O., S. 329 ff. und John Whitney Hall, a.a.O., S. 295 ff.
 - (2). Bai-in-shi (Pseudonym von Inō Kanori, 1867 - 1925), Taiwan kyūkan chōsa jigyo enkaku shiryō (1), in: Taiwan kanshū kiji (Aufzeichnung über die Sitten und Gebräuche in Taiwan), Vol. 4, No. 1, SS. 53 - 54.
 - (3). Matsumoto Yoshiumi, Rinji Taiwan kyūkan chōsakai, in: Asia rekishi jiten (Lexikon zur Geschichte Asien), hrsg. von Shimonaka Kunihiro, Verlag Heibonsha, Tokyo 1959.
 - (4). Tai Kuo-hui, Nihonjin ni yoru Taiwan kenkyū -- Taiwan kyūkan chōsa ni tsuite (Taiwan-Forschung in Japan -- bezüglich der Forschung alter Gewohnheiten in Taiwan), in: Kikan tōa (Fernost, Vierteljahresschrift), Sept. 1968, SS. 67 - 80.

wirkten mit. Diese Arbeitsgemeinschaft gab auch ein Organ Taiwan kanshū kiji (Aufzeichnung über die Sitten und Gebräuche in Taiwan) heraus. Ferner wurden die Justizbeamten in den Amtsgerichten mobilisiert, als Kontaktzentrum einen entsprechenden Arbeitskreis zu bilden. Sie sollten die Landedelleute und Kaufleute vorladen, um sie über die lokalen Sitten und Gebräuche zu befragen. Die Ergebnisse wurden in dem Organ veröffentlicht¹⁾.

Die Tätigkeit des Rinji Taiwan kyūkan chōsakai (Provisorisches Komitee zur Untersuchung alter Gewohnheiten in Taiwan) hat von seiner offiziellen Gründung im April 1901 an bis zum Ende 1915 gedauert. Seine Leistungen waren enorm. Wir wollen an dieser Stelle nur die drei bedeutendsten Werke, die sachlich mit dem Thema dieser Arbeit zu tun haben, nennen; nämlich das Taiwan shihō, das Shinkoku gyōseihō und die Untersuchungen der Sitten der malayischen Ureinwohner. Das Taiwan shihō (Privatrecht in Taiwan) umfasst 13 Hefte. Das Hauptwerk besteht aus 6 Heften in 3 Bänden; der Anhang mit Textwiedergaben aus 7 Heften in 3 Bänden. Es wurde zwischen 1910 und 1911 veröffentlicht. Dieses Werk ist unter der Führung von Okamatsu Santarō (1871 - 1921) zusammengestellt worden²⁾. Die untersuchten Gebiete umfassten fast ganz Taiwan, nämlich

- (1). Das erste Heft vom Taiwan kanshū kiji wurde im Januar 1901 herausgegeben, und das letzte im August 1907. Es umfasst 7 Bände, 80 Hefte. Sein Inhalt ist umfangreich und besteht aus folgenden 12 Kategorien: (1), die Untersuchung des Rechtssystems und die Aufsätze über die Gewohnheiten in der Wirtschaft u. ä.; (2), die Geschichte und die Geographie; (3), Tier- und Pflanzenkunde; (4), Erziehung und Kultur; (5), Religionen; (6), Sitten und Gebräuche; (7), Verhältnisse bei und unter Ureinwohnern; (8), Tätigkeitsberichte der Arbeitsgemeinschaft und Arbeitsskizzen; (9), Einwohner-, Haushalt- und Volkszählungen; (10), historische Dokumente und Bilder; (11), Nachrichten aus der Verlagswelt und Bucherbesprechungen; (12), Tätigkeitsberichte der Mitglieder. Wie genannt Inhaltverzeichnis ist auch zusammengestellt worden von Lai Yung-hsiang unter dem Titel "Taiwan kanshū kiji" (in Chinesisch: Tai-wan kuan-shu chi-shih) lei-mu, veröffentlicht in: Tai-wan feng-wu (Taiwan Folklore), Taipei, Vol. 12, No. 3 (30. 6. 1962), No. 4 (28..8. 1962) und No. 5 (20. 10. 1962).
- (2). Okamatsu Santarō war ein berühmter Privatrechtler in Japan. Er hat von 1896 bis 1898 in Deutschland, Frankreich und Italien speziell Internationales Privatrecht studiert. Zur Würdigung von Okamatsu Santarō siehe auch: Fukuzhima Masao, Okamatsu Santarō hakase no Taiwan kyūkan chōsa to kahoku nōson kankō chōsa ni okeru Suehiro Itautarō hakase (Die Untersuchung über die alten Gewohnheiten in

den Norden, die Mitte und den Süden. Leider wurde die Ostküste von Taiwan nicht ebenfalls untersucht¹⁾. Das Shinkoku gyōseiho (Verwaltungsrecht des Ch'ing-Staates) umfasst 8 Hefte in 6 Bänden. Der allgemeine Teil besteht aus zwei Heften in einem Band; der besondere Teil aus 5 Bänden von je einem Heft. Dazu kommt noch ein Index-Heft²⁾. Das Werk wurde zwischen 1905 und 1914 veröffentlicht. Diese historisch einmalige Arbeit wurde unter der Führung von Oda Yorozu (1868 - 1945) zustande gebracht³⁾. Schließlich sind die beiden Untersuchungen über die Gewohnheiten der Ureinwohner malaischer Abstammung in Taiwan zu erwähnen. Die eine ist: Banzoku kanshū chōsa hōkokusho (Untersuchungsbericht über die Gewohnheiten der Ureinwohner malaischer Abstammung

Taiwan von Okamatsu Santaro und die Untersuchung der Gewohnheiten in den Bauerndörfern in Nord-China von Suehiro Itsutarō), in: Tōyō bunka (Kultur Asiens), No. 25, 20. März, 1958, und Katayama Hidetaro, Okamatsu hakase to Taiwan no rippō (Dr. Okamatsu und die Gesetzgebung in Taiwan), in der Zeitung Taiwan jihō, Februar, 1922. Ein namhafter Mitarbeiter Okamatsus war Higashigawa Tokuji. Higashigawa hat 1915 ein Werk Shina hōseiishi ron (über die Rechtsgeschichte Chinas) verfasst, und 1930 ein juristisches Lexikon zur Rechtsgeschichte Chinas unter dem Titel Denkai kompiliert.

- (1). Matsumoto Yoshiumi hat in seinem oben auf der S. 57, Fußnote (3) erwähnten Artikel fälschlicherweise behauptet, daß man auch die Ostküste mit untersucht habe. Dazu siehe auch: Tai Kuo-hui, a.a.O., S. 80, Fußnote (35). Über das Werk Taiwan shihō siehe auch einen Artikel mit dem gleichen Titel von Niida Noboru, in Ajia rekishi jiten, a.a.O. Ferner siehe S. 29.
- (2). Yamane Yukio hat im November 1967 den Indexband unter dem Titel Shinkoku gyōseiho sakuin von der Buchhandlung Taian in Tokyo wieder auflegen lassen. Als Anhang dazu hat er auch eine ausführliche Erläuterung zu diesem Werk mit dem Titel Shinkoku gyōseiho kaishaku verfasst. Siehe auch: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., No. 0037.
- (3). Andere namhafte Mitarbeiter waren z. B. Katō Shigeshi und Asai Torao. Zur Würdigung von Asai Torao siehe: Katō Shigeshi, Ko Asai Torao kun no gyōseki (der verstorbene Asai Torao und seine Leistungen), in: Shigaku zasshi, Vol. 40, No. 5, Mai 1929. Zur Bewertung Oda Yorozu siehe: Sakano Masataka, Nihonjin no ohōgokukan -- Oda Yorozu hakase no Shinkoku gyōseiho o megutte (Das Bild Chinas in Sicht der Japaner -- bezüglich Oda Yorozu, Verwaltungsrecht des Ch'ing-Staats), in: Shiso, No. 452 (Feb. 1962), und No. 456 (Juni 1962). Über die Schwierigkeiten bei der Untersuchung und Bearbeitung des Shinkoku gyōseiho siehe: Oda Yorozu und Katō Shigeshi, Shinkoku gyōseiho henjutsu ni kansuru kōwa (einige Bemerkungen über die Zusammenstellung des 'Verwaltungsrecht des Ch'ing-staats'), 3. Juni 1940 (Mimeographie), zitiert von Tai Kuo-hui, a.a.O., S. 36, Fußnote (36); und Oda Yorozu, Shinkoku gyōseiho chōsa ni tsuite no kushin (einige Schwierigkeiten bei der Untersuchung über das Verwaltungsrecht des Ch'ing-staats), in Hō to hito (Das Recht und die Menschen), 20. April, 1943. Ferner siehe auch einen Artikel von Nakayama Haohiro, Shinkoku gyōseiho, in: Ajia rekishi jiten, a.a.O. Außerdem siehe auch S. 29.

in Taiwan), 8 Hefte, erschienen 1915. Die zweite ist: Ranzoku chōsa hōkokusho (Untersuchungsbericht über die Ureinwohner malaiischer Abstammung in Taiwan), 8 Hefte erschienen 1916¹⁾.

Im russisch-japanischen Krieg 1904-05 hat Japan das karistische Ru-land geschlagen. Nach dem Frieden von Portsmouth v. S. A. hat Japan: Utschalin (Karafuto) und Pt. Arthur (Lü-shan) gewonnen, hat noch das Protektorat über Korea und die Süd-Mandschurei²⁾. 1906 gründete Japan die South Manchurian Railway Company, um seine Interessen in der Süd-Mandschurei zu sichern, das Gebiet zu bewirtschaften und zu vergrößern. Von 1907 an fing diese Gesellschaft damit an, die Gewohnheiten in der Mandschurei zu untersuchen. Zwischen 1913 und 1915 hat sie ein neunbändiges Werk Manshu kyūkan chōsa hōkoku (Untersuchungsbericht über die alten Gewohnheiten in der Mandschurei) veröffentlicht³⁾. 1931 kam es zum mandschurischen Zwischenfall. 1932 wurde der Scheinstaat Manchukuo gegründet. Schritt für Schritt trieb Japan seine Tairiku seisaku (Festlandspolitik)⁴⁾ voran. 1934 wurde ein weiteres Werk über die zivilrechtlichen Gewohnheiten in der Süd-Mandschurei veröffentlicht⁵⁾. Japan hoffte, in Nord-China einen Vasallenstaat als Pufferzone zu errichten. Am 7. Juli 1937 brach der offene Kampf an der Marco-Polo-Brücke aus⁶⁾. 1938 wurde das Toa kenkyūjo (Institut für Ostasien-Kunde) unter der Leitung von Suehiro Itsutarō (1894 - 1961) und mit zahlreichen namhaften Mitarbeitern wie Niida Noboru (1904 - 1969) u. a. gegründet⁷⁾.

-
- (1). Außerdem hat das provisorische Komitee zur Untersuchung zwei Untersuchungsergebnisse veröffentlicht: Rinji Taiwan kyūkan chōsakai dairibu chōsa: keizai shiryō hōkoku (Bericht über die Materialien zur Wirtschaft in Taiwan, Untersuchungsergebnisse der zweiten Kammer des provisorischen Komitees zur Untersuchung alter Gewohnheiten in Taiwan), 2 Bände, erschienen im März und Mai 1905; Taiwan teiryō kyūkan ippai (Überblick über die Gewohnheiten in der Zuckerindustrie in Taiwan), in einem Band, veröffentlicht im November 1910.
 - (2). John Whitney Hall, a.a.O., S. 299 ff.
 - (3). John Young, The Research Activities of the South Manchurian Railway Company, 1907 - 1945. A History and Bibliography. New York 1966. Vgl. auch S. 31.
 - (4). John Whitney Hall, a.a.O., S. 326.
 - (5). Siehe: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., No. 0251.
 - (6). John Whitney Hall, a.a.O., S. 331.
 - (7). Zur Würdigung Suehiro Itsutarō siehe: Fukushima Masao, Okamatsu Santarō hakase no Taiwan kyūkan chōsa to kaboku nōson kōkō chōsa ni okeru Suehiro Itsutarō hakase, In: Toyo honka, No. 25, 20. März, 1958. Vgl. dazu auch S. 56, Fußnote (2).

Seine Hauptaufgabe war es, die Gewohnheiten der Dörfer in Nord-China zu untersuchen. Ein Teil der durchgeführten Untersuchungen wurde 1943 von dem Institut unter dem Titel Shina nōson kankō chōsa hōkokusho (Untersuchungsbericht über die Gewohnheiten in den Dörfern Chinas) veröffentlicht¹⁾. Nach dem zweiten Weltkrieg haben die Mitarbeiter des Instituts sowie einige junge Rechtshistoriker zusammen eine Gesellschaft unter dem Namen Chūgoku nōson kankō chōsa kankōkai (Gesellschaft zur Herausgabe der Ergebnisse der Untersuchungen über die Gewohnheiten in den Dörfern Chinas) gegründet. Der Vorstand dieser Gesellschaft war Niida Noboru (1904 - 1965)²⁾. Zwischen 1953 und 1959 hat diese Gesellschaft ein sechsbändiges Werk Chūgoku nōson kankō chōsa (Ergebnisse der Untersuchungen über die Gewohnheiten in den Dörfern Chinas) herausgegeben³⁾.

Japan hat bereits seit den dreißiger Jahren hinsichtlich der chinesischen Rechtsgeschichte eine führende Stellung in der internationalen Forschung inne. Die Anwendung soziologisch-ökonomischer Methode hat hierbei bereits vor dem zweiten Weltkrieg Früchte gebracht. Aber erst nach dem Krieg ist sie unentbehrlich — beinahe eine Modeerscheinung — geworden. Für jedes Sachgebiet der chinesischen Rechtsgeschichte gibt es anerkannte Experten. Jede juristische Fakultät besitzt einen besonderen Lehrstuhl für chinesische Rechtsgeschichte. An einigen Universitäten werden auch Seminare zu speziellen Themen der chinesischen Rechtsgeschichte abgehalten, z. B. in der Kyoto-Universität über T'ang-lü shu-i, Yüan-tien-chang, und T'ung-chih t'iao-ko. Diese Seminare haben auch Indizes zu diesen Quellen zusammengestellt. An der Doshisha-Universität hat Uchida Tomoo die Hsing-fa-chih (Aufzeichnungen über

-
- (1). Siehe: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0294 und 0318. Auf welche Art und Weise Japan wegen seiner Festlandspolitik letzten Endes zur bedingungslosen Kapitulation gelangte, ist ein völlig anderes Problem. Darüber siehe: John Whitney Hall, a.a.O., SS. 296 - 342.
 - (2). Andere Mitglieder waren Ando Shizumasa, Fukushima Masao, Hatada Takashi, Honda Etsurō, Konuma Tadashi, Maeda Katsutarō, Ubukata Naokichi, und Uchida Tomoo.
 - (3). Eine kritische Besprechung dieses Werkes bietet ein Artikel von Kojima Toshio, Chūgoku nōson kankō chōsa daiikken o yonue (Einige Bemerkungen bei dem Studium zu dem Werk Chūgoku nōson kankō chōsa, Band 1.), in: Rekishigaku kenkyū (Beiträge zur Geschichtswissenschaft), No. 166. Dieser Artikel ist später auch aufgenommen in das Werk Chūgoku nōson kankō chōsa, Band IV.

das Strafrecht) in den verschiedenen Dynastie-Annalen ins moderne Japanisch übersetzt und kommentiert. In der Tokyo-Universität hat Shiga Shūzō das T'ang-lü shu-i ins Japanische übersetzt und erläutert¹⁾. In den Symposien, die die 1950 gegründete Gesellschaft für Rechtsgeschichte (Hōseishi gakkai) in regelmäßigen Abständen an verschiedenen Universitäten veranstaltet, in der von dieser Gesellschaft herausgegebenen Rechtshistorischen Zeitschrift (Hōseishi kenkyū) hat die Rechtsgeschichte Chinas einen wesentlichen Anteil²⁾. Mit der Vergeiselung und den dinglichen Sicherungsrechten des chinesischen traditionellen Privatrechts hat sich unter den japanischen Rechtshistorikern bisher nur Niida Noboru näher befaßt³⁾. Westliche Arbeiten zu diesem Thema liegen bis jetzt nicht vor.

-
- (1). Derartige sehr nützliche Übersetzungen in die moderne Sprache mit Kommentar haben die chinesischen Gelehrten bis jetzt noch nicht angefertigt. Lediglich in der Volksrepublik China wurde in den fünfziger Jahren die Hsing-fa-shih in der Sh'ing-shih-kao ins moderne Chinesisch übersetzt und kommentiert. Dazu siehe: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., No. 0124. Ferner vgl. auch S. 45.
 - (2). Über die Tätigkeit der japanischen Rechtshistorischen Gesellschaft informiert ein Artikel von Niida Noboru, vgl. Lim Pun-Tiam, a.a.O., No. 0575.
 - (3). Kan Gi Rikuchō ni okeru saiken no tampo (Über die Sicherung der Forderung in der Han-, Wei-, und Liu-ch'ao-Zeit), veröffentlicht in Tōyō gakuhō (Beiträge zur Asien-Forschung), Vol. 21, No. 4, Okt. 1933; Tō- Sō- jidai ni okeru saiken no tampo (Über die Sicherung der Forderung in der T'ang- und Sung-Zeit), erschienen in Shigaku zasshi (Zeitschrift für Geschichtswissenschaft), Vol. 42, No. 10, Okt. 1931; Gen- Min- jidai no shitsu keizoku kenkyū (Untersuchungen zu Pfandverträge in der Yuan- und Ming-Zeit), publiziert in Mōkogaku (Mongolistik), No. 3, Dez. 1938. Diese drei Artikel sind später vom Autor selbst ergänzt und aufgegeben worden in sein Sammelwerk Shigaku kenkyū (Beiträge zur Rechtsgeschichte Chinas), Band II, Tōchō-keizokuken (Forderrecht und Kaufrecht), Tokyo 1940, (Kap. 4, Shih), S. 417 - 534, 571 - 631). Vgl. auch Lim Pun-Tiam, a.a.O., Nos. 0415, 0420, 0425, 0458.

2. Teil: Die Vergeiselung freier Personen zur Sicherung einer Verbindlichkeit

§ 4. Von der Chou-Zeit bis zum Beginn der T'ang-Zeit

Das Wort 'Pfand' heißt auf Chinesisch 'Chih'. Philologisch gesehen findet man dieses Wort bereits im Shih-ching¹⁾, Buch der Lieder, -- das kanonische Buch der Lieder, das die Sitten und Gebräuche der Shang-Dynastie (16 - 11 Jh. v. Chr.) und auch der Chou-Dynastie (11 Jh. - 221 v. Chr.) schildert, -- sowie in den alten Bronzeinschriften²⁾. Das Pfandrecht heißt auf Chinesisch 'Chih-ch'üan'. Die Pfandschuld heißt 'Chih-chai'. Verpfänden heißt 'Chih-ya'; verzinslich ausleihen gegen Sicherung heißt 'Chih-chü', 'Chih-tang', 'Chih-tien', oder 'Chih-oh'ien'. Das Pfandobjekt heißt 'Chih-oh'ai', oder 'Chih-wu'. Der Pfandschein heißt 'Chih-chai', 'Chih-lü', 'Chih-che', 'Chih-yao', oder 'Chih-ohüan'. Das Pfandhaus heißt 'Chih-kuan', 'Chih-k'u', oder 'Chih-wu'; der Pfandleiher 'Chih-yeh-che'.

Die Vergeiselung der Person des Schuldners oder seiner Angehörigen ist ein wesentlicher Bestandteil möglicher Sicherungsrechte des Gläubigers im traditionellen China gewesen. Die Vergeiselung von Personen für eine Forderung heißt auf Chinesisch 'Jen-chih'. 'Jen-chih' bedeutet auch die völkerrechtliche Geiselschaft. Sie wurde besonders in der Chan-kuo-Zeit (Zeit der kämpfenden Staaten, 481 - 221 v. Chr.) oft praktiziert. Da die völkerrechtliche Geiselschaft eine ganz andere Funktion hat, als das Zugriffsrecht des Gläubigers auf die Person des Schuldners oder seiner Angehörigen, braucht auf sie nicht näher eingegangen zu werden.

Die Vergeiselung von Personen wird in der Literatur von der Han-Zeit (206 v. Chr. - 220 n. Chr.) bis zum Beginn der T'ang-Zeit (618 - 906) ständig mit dem chinesischen Zeichen 'Chih' (verpfänden) ausgedrückt³⁾.

-
- (1). Wie zum Beispiel: Shih-ching, Hsiao-ya, Lu-ming-chih-shih, t'ien-pao, 35/166/5, S. 71; Ta-ya, Wen-wang-chih-shih, mien, 60/237/9, S. 123 und Ta-ya, T'ang-chih-shih, yang, 68/256/5, S. 139.
 - (2). Wie zum Beispiel: Fan-hua t'o-pen, ching-jen-chung. Zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 480 Anmerkung (4).
 - (3). In der T'angzeitlichen sowie späteren Literatur ist der Ausdruck etwas anders zu kennzeichnen. Vgl. S. 83 ff. und S. 88 ff.

Im Shuo-wen (dem paläographischen Lexikon der späteren Han-Zeit, etwa 2. Jahrhundert n. Chr.) ist das Wort 'Chih' folgendermaßen definiert: "I-wu hsiang-chui (eine Sache zum gegenseitigen Profit versetzen)". Der Ausdruck 'Chui' ist so bestimmt: "I-wu chih-ch'ien (eine Sache einsetzen um daraus Geld zu schlagen)"¹⁾. Mit anderen Worten handelt es sich um materialen Gewinn, d. h. um die erst durch die in der Sache oder in der Person liegende Sicherheit ermöglichte Herbeiführung der Gewährung eines Darlehens. An dieser Stelle ist es unbedingt notwendig, zunächst über das Darlehen als solches im alten China ganz kurz zu berichten. Der große Konfuzianer Menzius (Meng-tzu, 371 - 289 v. Chr.) hatte zwar zum Beispiel in Bezug auf Kung-fa (das staatliche Abgabegesetz) der Hsia-Dynastie (abgeblich 2205 - 1766 v. Chr.) die Pachtzineneinnahmen des Staates²⁾ mißbilligt³⁾, dennoch hielten fast alle übrigen konfuzianischen Klassiker das Einziehen von Zinsen für legitim. Im Chou-li (Riten der Chou) zum Beispiel finden wir folgende Regeln: "Das Darlehen, das der Bevölkerung gewährt wird, wird von den Behörden verwaltet und ausgegeben. Und die Bevölkerung ist zu entsprechenden Dienstleistungen für den Staat verpflichtet." (min-chih-tai ohe, yü ch'i yü-ssu pan erh shou-chih, i kuo-fu wei-hsi.)⁴⁾ Außerdem existierten bereits am Ende der Chou-Dynastie (1122 - 221 v. Chr.) viele Großgrundbesitzer⁵⁾, die als potentielle Darlehensgeber in Betracht kamen. Das Eigentum der Großgrundbesitzer ließ Wirtschaft und Handel in der antiken Zeit

-
- (1). Das beweist, daß spätestens seit der Han-Zeit das Pfandrecht an beweglichen Sachen schon üblich war. Darauf kommen wir später noch zurück. Siehe den nächsten Abschnitt: das Pfandrecht an beweglichen Sachen, S. 109 ff.
 - (2). Dem Inhalt nach geht es hierbei um eine ständige Abgabe, die in der Hsia-Zeit vorgeschrieben war. Sie bestand in der Forderung des zehnten Teils einer mittleren Ernte. Ob die Jahresernte gut oder schlecht war, spielte dabei keine Rolle.
 - (3). Meng-tzu, T'eng-wan-kung, Shang, S. 34 ff. Siehe auch: James Legge, The Chinese Classics. Hong Kong + London, 1961 - 1972. Rep. Hong Kong 1960, Vol II, Book III, T'eng Wan Kung, Part I, SS. 234 - 260.
 - (4). Chou-li, Kap. 15, Ti-kuan ssu-t'u, hsia, S. 14a. Siehe auch: Edouard Biot, Le Tscheou-li, Paris 1851. Livre XIV. Tshiouen-fou, tresorier de la monnaie. SS. 326 - 328.
 - (5). Vgl. Sa Meng-wu, Chung-kuo she-hui cheng-chih shih, Taipei, 1966. Kap. 1, Abschnitt 2, SS. 17 - 34, Li Chien-nung, Hsien-ch'ien liang-han ching-chi-shih, Peking 1962. II. Teil, S. 37 ff., insbesondere Kap. 1, a. 8, SS. 68 - 101, H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., S. 37 ff., sowie O. Franke, Geschichte des chinesischen Reiches, Bd. 1, Berlin 1930, Zweiter Teil, zweites Kap., SS. 133 ff.

aufblühen, und umgekehrt förderte die Wirtschaft die weitere Vermehrung der Großgrundbesitzer¹⁾. Besonders mit dem Erlös aus Handel und Großgrundbesitz wurde Wucher getrieben. Er wurde an abhängige sowie unabhängige kleine Bauern verliehen, die dafür hohe Zinsen zahlen mußten. So gehörte Tzu-kung (geb. Tuan-mu T'zu, 520 - 456 v. Chr.), einer der bedeutendsten Schüler von Konfuzius und zugleich auch einer seiner bedeutendsten Freunde, zu den bekanntesten Kreditwucherern seiner Zeit. Er hatte sein ganzes Vermögen an Verwandte und Landbewohner verteilt oder ausgeliehen²⁾.

Ein weiteres Beispiel dafür, daß bereits vor der Ch'in-Dynastie (erstes Kaiserreich in China, 221 - 207 v. Chr.) Kreditwucher üblich war, liefert uns folgende Stelle aus dem Shih-chi (Aufzeichnungen der Historiker) von Ssu-ma Ch'ien (145 - etwa 90 v. Chr.)³⁾: "Als Meng-ch'ang-chün (der Prinz Meng-ch'ang, geb. T'ien-wen, ? - 279 v. Chr.) Kanzler vom Staat Ch'i⁴⁾ und gleichzeitig Zehntausendschaftsführer in Hsüeh⁵⁾ war, hatte er ständig dreitausend Klienten (shih-k'o) zu Gast. Da seine jährlichen Einnahmen auf die Dauer nicht ausreichten, um die Gäste zu bewirten, befahl er, den Leuten in Hsüeh Geld auszuleihen. Seit über einem Jahr lag die Wirtschaft in Hsüeh darnieder. Das machte Meng-ch'ang-chün Sorge. Er fragte seine Leute, wen man nach Hsüeh schicken könnte, um dort die Forderungen einzuziehen. Der Hausverwalter (ch'uan-she-chang)

-
- (1). Über das Eigentum im alten China siehe: O. Franke, Die Rechtsverhältnisse am Grundeigentum in China, Leipzig 1903, und W. Bauer, Die Frühgeschichte des Eigentums in China, in: *StvRW*, 63, Bd. 1961, SS. 118 - 184. Beides aufgenommen in: Lim Pun-Tiam, *Bibliographie*, a.a.O., Nos. 0947 u. 1154.
 - (2). Als er krank war, hatte er nichts bei sich, um Arznei zu kaufen. Als er starb, hatte er nichts mehr, um sich beerdigen lassen zu können. Die Landbewohner nahmen sich seiner an, und zahlten ihre Schulden den Hinterbliebenen zurück. Siehe: Ssu-ma Ch'ien, Shih-chi, Kap. 67, Chung-ni ti-tzu lieh-chuan, S. 7a - 12b. (Pona, SS. 780 - 782).
 - (3). Ssu-ma Ch'ien, a.a.O., Kap. 75, Meng-ch'ang-chün chuan, S. 8b - 9b. (Pona, SS. 844 - 845).
 - (4). Ch'i war einer der kämpfenden Staaten zu der Chan-kuo-Zeit (481 - 221 v. Chr.), und lag in der heutigen Provinz Shan-tung und im südöstlichen Teil der Provinz Ho-peï. Siehe: A. Herrmann, *Historical and Commercial Atlas of China*, Cam., Mass. 1935, S. 15.
 - (5). Hsüeh war ursprünglich ein kleiner Staat, wurde von Ch'i erobert und lag im Süden der Provinz Shan-tung. Siehe: Tung Shih-hen, Chung-kuo li-tai chiang-yü hsing-shih t'u, Hong Kong 1966, Bild 3.

sagte, 'Unser Gast Herr Feng.....ist geeignet, diesen Auftrag zu übernehmen.' Darauf wandte sich Meng-ch'ang-chün an Feng Huan, einen seiner Klienten, und sagte bittend, 'Die Gäste glauben zu sehr an meine Fähigkeiten. Zu meinem Glück sind bei mir dreitausend und mehr zu Gast. Weil ich aber mit meinen jährlichen Einnahmen die Gäste nicht ausreichend versorgen kann, habe ich Geld in Hsüeh angelegt. Da die Wirtschaft in Hsüeh seit Jahren nicht floriert, können die Schuldner kaum die Zinsen aufbringen. Nun fürchte ich aber, daß der Unterhalt der Gäste auf die Dauer nicht gewährleistet werden kann, daher erlaube ich mir, Sie zu bitten, den Auftrag zu übernehmen.' Feng Huan willigte ein, nahm Abschied und reiste nach Hsüeh. Als er dort ankam, bestellte er die Schuldner des Meng-ch'ang-chün zu sich. Sie kamen zusammen und es gelang ihm, zehntausend Ch'ien (Geldmünze)¹⁾ Zinsen einzuziehen. Danach brachte er viel Reiswein, kaufte fette Kühe und versammelte die Schuldner noch einmal. Alle diejenigen, die die Zinsen zurückerstatten konnten, waren gekommen. Und alle diejenigen, die die Zinsen nicht zurückzahlen konnten, waren auch gekommen. Jeder trug die Hälfte des chüan-shu (Schuldscheines) bei sich, um diese prüfen zu lassen. Am Tag der Zusammenkunft waren alle vollzählig versammelt. Als die Gäste in weinseliger Stimmung waren, legte er ihnen die Hälfte der Schuldscheine vor, um daran die andere Hälfte, die jeder Schuldner bei sich trug, zu prüfen. Denjenigen, die die Zinsen zurückerstattet hatten, gab er einen neuen Termin. Denjenigen, die die Zinsen nicht zurückzahlen konnten, nahm er ihren Teil des Schuldscheines, verbrannte ihn und sagte, 'Meng-ch'ang-chün leiht deshalb Geld aus, damit die Leute, die kein Geld haben, Kapital besitzen, um damit wirtschaften zu können. Er verlangt Zinsen, da er nicht in der Lage ist, seine Gäste zu versorgen. Die Reichen, die die Zinsen aufbringen konnten, erhalten einen neuen Termin. Die Armen bekommen das Geld geschenkt. Sie alle trinken und essen hier gemächlich. Wir haben einen Herrn (so großzügig) wie Meng-ch'ang-chün. Wer von uns dürfte ihn

(1). Die Währungseinheit in der Chan-kuo-Zeit war nicht einheitlich, obwohl sie im allgemeinen als Ch'ien genannt war. Siehe: Kato Shigeshi, Shina keizaishi kosei, Vol. I, Tokyo 1952 & 1965², SS. 1 - 34, und Lu Seu-mien, Hsien-Ch'ien shih, Hong Kong 1962, SS. 322 - 325, sowie Yang Lien-sheng, Money and Credit in China, Harvard University Press, Cam., Mass., 1952, SS. 20 - 29.

benachteiligen?' Alle im Saal Sitzenden standen auf und verbeugten sich noch einmal."

Diese Geschichte gewährt einen Einblick in die Urkundenpraxis beim Darlehensvertrag in der Chan-kuo-Zeit, an der sich auch in späterer Zeit nicht viel geändert hat. Der Chüan-shu (Schuldschein) wurde in einen linken Chüan und einen rechten Chüan geteilt. Bei jedem angegebenen Termin wurden die zwei Teile des Chüan-shu zusammengestellt und auf ihre Übereinstimmung geprüft. Schuldscheine aus dieser frühen Zeit — sie wurden auf Bambus, Holz bzw. Leinen hergestellt — sind uns nicht erhalten. Die große Bedeutung, die in der Geschichte der Vernichtung der Schuldscheine der armen Schuldner zugemessen wird, scheint darauf hinzudeuten, daß mindestens in dieser Zeit die Ausstellung eines Schuldscheines (in zweifacher Ausfertigung) auch für die Entstehung der Darlehensforderung konstitutiven Charakter gehabt hat.

Wir führen noch einige Beispiele aus der Han-Zeit und danach an. In der Biographie des Fan Hung (? - 51 n. Chr.), eines Onkels des Han-Kaisers Kuang-wu-ti (Liu Hsiu, 5 v. Chr. - 57 n. Chr.), des ersten Kaisers der späteren Han-Dynastie (25 - 220 n. Chr.), in der Hou-Han shu (Dynastie-Geschichte der späteren Han) von Fan Yeh (398 - 445) heißt es: "Fan Hung.....sein Vater (Fan) Chung, mit Beinamen Chün-yün..... Während seines Lebens hat er (gemeint ist sein Vater) den Leuten mehrere Millionen Chu (Geldmünze, die Währungseinheit in der Han-Zeit)¹⁾ geliehen. Er ordnete in seinem Testament an, den Schuldnern die Schulden zu erlassen und die (darüber ausgestellten) Urkunden zu vernichten. Diejenigen Schuldner, die davon erfahren hatten, schämten sich, und eilten herbei, um die Schulden zurückzuzahlen."²⁾

In der Biographie des Wang Hung (379 - ? n. Chr., Konfuzianer und Politiker) in Sung-shu (Dynastie-Geschichte der Sung vom Haus Liu, 420 - 479, in der Nan-pei-ch'ao, 386 - 589) von Shen Yüeh (441 - 513) wird folgendes berichtet: ".....(Wang) Hsün (der Vater von Wang Hung)

-
- (1). Über die Währung in der Han-Zeit siehe: Kato Shigeshi, a.a.O., SS. 184 - 207, und Yang Lien-sheng, a.a.O., S. 30 ff.
 - (2). Fan Yeh, Hou-Han shu, Kap. 62, Fan Hung chuan, S. 2a (Pona,

liebte es sehr, Geld und Vermögen anzusammeln, um es im Lande zu verbreiten (gemeint ist durch Darlehen). Als Hs'in starb, verbrannte Hung alle Schuldscheine und Urkunde. Von keinem wollte er die Forderung einziehen. Die ganze Erbschaft übergab er allen seinen Brüdern."¹⁾

Die Biographie des Li Shih-ch'ien (523 - 588, Konfuzianer, Politiker und Philanthrop) in Sui-shu (Dynastie-Geschichte der Sui, 589 - 618) • von Wei Cheng (580 - 643) u. a. liefert uns ein weiteres Beispiel. Dort heißt es: ".....Später hat er (Li Shih-ch'ien) mehrere tausend Tan (eine Gewichtseinheit, gleich 121 Pfund oder 60 1/2 Kilogramm) Korn den Leuten im Dorf als Darlehen gegeben. Aber gerade in dem Jahr war die Ernte nicht reichlich. Die Schuldner konnten ihre Schuld nicht zurückzahlen. Sie kamen alle um sich zu entschuldigen. Dazu sagte Shih-ch'ien, 'Das übrige Korn meiner Familie ist im Grunde dazu gedacht, den Leuten zum Unterhalt zu dienen, aber keineswegs um daraus Profit zu schlagen!' Darauf lud er alle Schuldner ein und bot ihnen Reiswein und Essen an. Vor ihnen verbrannte er die Schuldscheine und sagte zu ihnen, 'Die Schulden sind erledigt. Sie alle brauchen keine Sorge darüber zu haben.' Alle wurden aufgefordert, nach Hause zu gehen. Im nächsten Jahr gab es eine große Ernte. Die Schuldner wetteiferten miteinander, um ihre Schulden Ch'ien gegenüber zu tilgen. Ch'ien lehnte es aber ab. Kein einziges Geldstück hat er angenommen."²⁾

Die zitierten Texte zeigen, daß es auch nach der Han-Zeit bzw. nach der Chin-Zeit (265 - 419) üblich war, Darlehen gegen Zinsen zu vergeben. Die Konfuzianer versuchen, dies zu legitimieren, in dem sie betonen, daß dieses Kapital nicht nur auszuleihen wäre, um daraus Profit zu schlagen, sondern auch dazu, um den armen Bauern eine Lebensgrundlage zu schaffen. Der Kluge Mann stellt ja keine Forderungen, die nicht erfüllt werden können. Durch diese Großzügigkeit werden sie moralisch -- jedoch nicht auch rechtlich, jedenfalls dann nicht, wenn die Schuldenurkunden vernichtet sind, -- verpflichtet, Zinsen zu zahlen, sobald sie wieder eine gute Ernte haben. Aber dieses konfuzianische Ideal entsprach

-
- (1). Shen Yüeh, Sung-shu, Kap. 42, Wang Hung chuan, S. 13a. (Pona, S. 6599).
 - (2). Wei Cheng, Sui-shu, Kap. 77, Li Shih-ch'ien chuan, S. 3a. (Pona, S. 11947).

oft nicht der Wirklichkeit. In Zeiten politischer Wirren oder bei Naturkatastrophen wurden die armen Bauern gezwungen, ihre Familiengüter zum halben Preis des Wertes zu verkaufen, oder sogar ihre Kinder und Enkel als Knechte zu verdingen. Solche Fälle hat es bis zur Ch'ing-Zeit (1644 - 1911) gegeben¹⁾.

Die Höhe der Zinsen war im alten China, soweit unsere Quellen reichen, zunächst keinen gesetzlichen Beschränkungen unterworfen. Zwar heißt es in der Biographie des Wang Mang (45 v. Chr. - 23 n. Chr., eines Verwandten der Han-Kaiserfamilie Liu, eines Usupators, der sich zum Hsin-Kaiser, 9 - 22 n. Chr., ernannt hatte,) in Han-shu (Dynastie-Geschichte der Han, 206 v. Chr. bis 8 n. Chr.) von Pan Ku (32 - 92) "... (Er, Wang Mang) verordnet, das Handelsamt..... soll den Leuten das Geld mit monatlich drei Prozent Zinsen leihen." Das heißt, der offizielle Zinssatz betrug nur pro Monat 3 %, im Jahr 36 %, jedoch wurden meist viel höhere Zinsen verlangt²⁾. Der Zinssatz ist in der T'ang- (618 - 906) und Sung-Zeit (960 - 1279) gesetzlich beschränkt worden. In der T'ang- bis zum Anfang der Sung-Zeit betrug er nach dem Erlaß vom 25. Jahr (737) der Regierungsdevise K'ai-yüan (713 - 741), der im Sung-hsing-t'ung (Strafgesetzbuch der Sung-Dynastie) erwähnt ist, monatlich 6 %, d. h. jährlich 72 %³⁾. Nach dem 6. Kapitel des T'ang-liu-tien (Verwaltungshandbuch über die sechs Kammern der Zentralregierung der T'ang) vom T'ang-Kaiser Hsüan-tsung (Li Lung-chi, 685 - 762) war der höchste Zinssatz monatlich 5 %, jährlich 60 %⁴⁾. Im Erlaß vom 16. Tag des 2. Monats des 16. Jahres (30. 3. 728) der Regierungsdevise K'ai-yüan (713 - 741), der im Kapitel 88 Tsa-lu (Sammlung verschiedener Erlasse) des T'ang-hui-yao (Abriß der Verwaltungsvorschriften der T'ang) von Wang Fu (922 - 982) erwähnt ist, war

-
- (1). Darüber siehe: Ch'en Wen-shih, Ch'ing-ch'u te nu-p'u mai-mai, in: Shih-huo yüeh-k'an, Vol I, No. 1, April 1971, SS. 29 - 38; und Liu Chia-ohün, Shun-ohih nien-chien te t'ao-jen wen-t'i, in: Chung-yang yen-chiu-yüan li-shih yü-yen yen-chiu-so (Hrsg.), Ch'ing-ohu Li Chi hsien-sheng oh'i-shih sui lun-wen-chi (hsia), Taipei, 1967, aufgenommen auch in: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., No. 0196.
 - (2). Pan Ku, Han-shu, Kap. 99, Wang Mang chuan, S. 15a (Pona, S. 2515); Homer H. Dubs, The History of the Former Han Dynasty by Pan Ku, Baltimore 1955, Vol III, Chap. XCIX. The Memoir of Wang Mang, S. 88 ff.
 - (3). Sung-hsing-t'ung, Kap. 26, Tsa-ling, S. 9a. (GS. Bd. II, S. 875).
 - (4). T'ang Hsüan-tsung, T'ang-liu-tien, Kap. 6.

er monatlich 4 %, jährlich 48 %¹⁾. Den gleichen Zinssatz findet man auch im Abschnitt Ko-ch'ih (Erlasse) des Kapitel 26 Tsa-ling (Gesetze über die verschiedenen Angelegenheiten) im Sung-hsing-t'ung²⁾. Nach Ch'ing-miao-fa (Gesetz über den grünen Sänling, amtliches Darlehensgesetz, praktiziert von Wang An-shih, 1021 - 1086) war der Zinssatz halbjährlich 20-30 %, jährlich 40-60 %. Während der Süd-Sung-Zeit (1127 - 1279) betrug, laut Erlaß Kuan-shih-ling (Erlaß über den Markt), der höchste Zinssatz monatlich 4 % und jährlich 50 %. Dieser Erlaß ist erwähnt im Kapitel 80 Tsa-men (Abteilung der verschiedenen Erlasse) des Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei (sachlich geordnete Sammlung von Gesetzen und Bestimmungen der Regierungsdevise Ch'ing-yüan, 1195 - 1200, zuletzt kompiliert von Hsieh Shen-fu, ? - ?, während der Regierungsdevise Chia-t'ai, 1201 - 1203)⁵⁾. In Wirklichkeit hat der höchste Zinssatz den gesetzlichen weit überschritten. Es gab damals schon den sogenannten "Pei-ch'eng-chih-hsi" (doppelten Zinssatz), ähnlich wie "Chü-ch'ien" in der T'ang-Zeit (618 - 906). Das heißt, wenn man eins leiht, muß man zwei zurückzahlen. Die folgenden zwei alten Urkunden, die in Zentralasien gefunden wurden, geben uns weitere Informationen⁶⁾.

(I). Am 20. Tag des 3. Monats des 16. Jahres (18. 4. 781) der Regierungsdevise Ta-li (766 - 781) hat Frau Yang San-liang von der Apotheke einen Betrag von 1000 Geldmünzen (Wen) geliehen, mit einer Vereinbarung, daß sie monatlich 200 Geldmünzen (Wen) zurückzahlen soll, damit der Betrag und die Zinsen zusammen in 6 Monaten getilgt werden können.

(II). Am 20 Tag des 6. Monats der 16. Jahres (15. 7. 781) der Regierungs-

-
- (1). Wang Fu, T'ang-hui-yao, Kap. 88, Tsa-lu, K'ai-yüan 16 nien 2 yüeh 16 jih shao, S. 1618.
 - (2). Sung-hsing-t'ung, Kap. 26, Tsa-ling, Abschnitt Ko-ch'ih, S. 10a. (GS. Bd. II, S. 877).
 - (3). Toqto, Sung-shih, Kap. 176, Shih-huo, (shang), Ch'ang-p'ing i-ch'ang, S. 14a ff. (Pona, S. 21008 ff.)
 - (4). Hsieh Shen-fu, Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei, Kap. 80, Tsa-men, Kuan-shih-ling.
 - (5). Über das Werk Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei siehe die Einleitung von W. Eichhorn in dessen 'Beitrag zur Stellung des Buddhismus und Taoismus in Sung-Staat. Übersetzung der Sektion "Taoismus und Buddhismus" aus dem Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei', Monographies du T'oung-pao Vol. VII, Leiden 1968, SS. VII - X.
 - (6). Zitiert nach Niida Noboru, a.a.O., S. 490 - 491, u. S. 497 - 498, Fußnote (5) u. (7). Aber Niida Noboru hat an dieser Stelle den Zinssatz falsch berechnet.

devise Ta-li (766 - 781) hat Frau Chu Shih-ssu von der Apotheke einen Betrag von 1000 Geldmünzen (Wen) geliehen, mit einer Vereinbarung, daß sie monatlich 200 Geldmünzen (Wen) zurückzahlen und innerhalb von 6 Monaten.....(die Schulden tilgen) soll.

Sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten oben angeführten Urkunde handelt es sich um ein Darlehen im Betrag von 1000 Geldmünzen (Wen). Der Darlehensbetrag sollte in sechs Raten innerhalb von sechs Monaten, jeweils zu 200 Geldmünzen (Wen) monatlich, zurückgezahlt werden. Das heißt, der Zinssatz war jährlich 40 % und monatlich mehr als $3\frac{1}{3}$ %. Diese höheren Zinssätze zwangen die armen Bauern in der Han-, T'ang- und Sung-Zeit, sich auf die Flucht zu begeben, wenn sie ihre Schulden, sowohl bei Behörden als auch bei privaten Wucherern, nicht tilgen konnten. Sonst mußten sie unter Umständen ihre Kinder und Enkel als Knechte verdingen. Solche Beispiele waren sehr zahlreich. In einem Bericht an den Thron von Ch'ao Ts'o (? - 154 v. Chr., einem Legalisten)⁽¹⁾ an den Han-Kaiser Ching-ti (Liu Ch'i, 188 - 141 v. Chr., seine Amtszeit: 156 - 141 v. Chr.) ist folgendes Beispiel aus Han-shu shih-huo-chih (Kapitel über Essen und Währung in der Dynastie-Geschichte der früheren Han) von Pan Ku (32 - 92) zitiert: "....Hinzu kommen noch die Naturkatastrophen wie Überschwemmung und Dürre. Im politischen Chaos ist die Gesellschaft in Unordnung. Das Verlangen von Sondersteuern ist unter solchen Verhältnissen nicht zeitgemäß. Ferner wurden morgens verkündeten Verordnungen abends schon geändert. Die Besitzer verkaufen ihren Besetz zum halben Preis.....Die Besitzlosen laden zweifache Zinsschuld auf sich.....Infolgedessen gibt es Leute, die ihre Grundstücke sowie ihre Häuser verkaufen und ihre Kinder und Enkel verknechten lassen müssen, um ihre Schulden ablösen zu können. Die großen Händler profitieren von zweifachen Zinsen, und die kleinen Geschäftsleute machen ihre Geschäfte auf dem Markt....Das ist die Wuchereintreibung der Kaufleute gegenüber den Bauern, deren Flucht dadurch verursacht wird."⁽²⁾ Die höheren Zinsforderungen erklären

-
- (1). Ch'ao Ts'o war zuletzt Präsident des Zensorates beim Han-Kaiser Ching-ti. Er wurde wegen des Fürstenaufstandes im Jahre 154 v. Chr. durch die Dummheit vom Kaiser als Opfer in der Hauptstadt enthauptet. Siehe dazu H. Franke/R. Trauzettel, a.a.O., S. 83.
 - (2). Pan Ku, Han-shu, Kap. 34, Shih-huo-chih, shang, Ch'ao Ts'o shang-shu-wen, S. 11a - b. (Pona, S. 1499). Siehe auch: Nancy Lee Swann, Food and Money in Ancient China, Princeton Univ. 1950, SS. 160 - 164.

sich teilweise dadurch, daß sich die Gläubiger auf diese Weise vor Verlust schützen wollten. Wenn die Bauern die Zinsen nicht zahlen konnten, mußten sie den Gläubigern ihre Kinder oder Enkel als Knechte überlassen. Daher entstand die Vergeiselung freier Personen.

Beispiele für die Vergeiselung von Personen gibt es in der Literatur der Han-Zeit (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) bis zur Liu-ch'ao-Zeit (222 - 589) in reichem Maße. Das Kapitel 8 vom Huai-nan-tzu (dem Buch vom Prinzen Huai-nan, einem Kompendium der Natur-Philosophie) von Liu An (179 - 122 v. Chr.) berichtet, wie bei der Politik der Verwirrung das Volk im Armut gerät. "Die Zuhausebleibenden haben nichts zu essen. Die nach draußen Gehenden haben keine Nahrungsmittel bei sich. Die Alten werden nicht gepflegt, und die Verstorbenen können nicht beerdigt werden. Mit Verdingung der Frauen (Chui-ch'i) sowie der Kinder (Yü-tzu) können weder die oben erwähnten Pflichten (gemeint Steuerabgaben) erfüllt noch die eigene Existenz erhalten werden."¹⁾ Es gab auch Beispiele, daß der Schuldner dem Gläubiger ein Zugriffsrecht auf seine eigene Person einräumte. Im Kapitel 19, Hsiu-wu (über Selbstdisziplin) dieses Buches schreibt Liu An weiter, "...Man hat sich am Ufergebiet vom Yang-kan selbst verpfändet."²⁾ (i-sheng chieh yü yang-kan chih ho.)²⁾

Wie die zitierten Texte zeigen, konnte der Schuldner nicht nur sich selbst, sondern auch seine Frau bzw. seine Kinder dem Gläubiger vergeiseln, sicherlich mit der Bedingung, sie später durch Begleichung der Schulden auslösen zu können. Wir finden bereits solche Stellen im Han-shu und Huai-nan-tzu. Das Kapitel 66m Yen Chu chuan Biographie von Yen Chu, ? - ?, Zeitgenosse von Liu An, 179 - 122 v. Chr. des Han-shu von Pan Ku (32 - 92 n. Chr.) berichtet: "...Inzwischen gab es mehrere Jahre lang Missernten. Die Leute waren gezwungen, sowohl ihren Ackerbau zu verkaufen als auch ihre Kinder zu verdingen [Chui-tzu], damit sie sich ihren Lebensunterhalt sichern konnten." Dazu ein Kommentar von Ju Ch'ün (Politiker und Gelehrter im Staat Wei von den Drei-Reichen, 220 - 264, seine Lebenszeit: ? - ?), der meinte: "Es gibt eine Sitte im Huai-nan (Dem Gebiet südlich vom Huai-Fluß). Man verkauft seine Kinder an andere

(1). Liu An, Huai-nan-tzu, Kap. 8, S. 123.

(2). Liu An, a.a.O., Kap. 19, S. 332.

als Hausknechte (zeitweilige Schuldknechtschaft). Das nennt man 'Chui-tzu' (mai tzu yü jen tso nu-p'i, ming wei ohui-tzu). Wenn man sie innerhalb von drei Jahren nicht lösen kann, sind sie Knechte geworden." Ein anderer Kommentar von Yen Shih-ku (581 - 645) befaßt sich mit dem Sonderfall der Vergeiselung von erwachsenen Söhnen als Ersatz für einen materiellen Beitrag zur Eheschließung: "Chui ist eine zeitweilige Schuldknechtschaft (Chui, chih yeh). Es gibt auch die Meinung, daß 'Chui-tzu' zeitweilige Schuldknechtschaft bedeutet, nämlich: ein erwachsener Sohn verläßt sein Elternhaus und geht zum Haus seiner Frau als Chui-hsü. Der Inhalt von Chui-hsü ist bereits im Chia I chuan (Biographie von Chia I, 201 - 169 v. Chr.) (von Yen Shih-ku) erklärt."¹⁾ Darüber werden wir später in einem anderen Zusammenhang sprechen²⁾.

Im ersten Kapitel des Sou-shen-ohi (Aufzeichnungen über die Suche nach den Göttern) von Kan Pao (? - ?, einem Politiker und Historiker in der Chin-Zeit, 265 - 419) wird folgendes berichtet: "Ein Mann in der Han-Zeit, genannt Tung Yung, geboren in Ch'ien-ch'eng (in der heutigen Provinz Shan-tung).....war, als sein Vater gestorben war, finanziell nicht in der Lage, ihn zu beerdigen. Aus diesem Grunde hatte er sich als Schuldknecht verkauft, um die Beerdigungskosten zu tragen. Der Hausherr (der Familie P'ei) kannte seine Tugend und gab ihm zehntausend Geldmünzen (Ch'ien). Mit dem Geld hat Yung drei Jahre Trauer (als Pflicht) erfüllt. Um die Schuld abzuführen, ging er anschließend zu dem Hausherrn, um bei ihm als Schuldknecht zu dienen. Unterwegs begegnete er einer Frau. Sie sagte ihm, 'Ich möchte Deine Frau werden.' Daher gingen die beiden gemeinsam (zum Hausherrn). Der Hausherr sprach zu Yung, 'Ich habe dir das Geld schon geschenkt.' Yung sagte, 'Dank Ihrer Gnade konnte ich die Trauer meines Vaters ablegen. So ein kleiner Mann wie ich auch bin, ich will Ihnen mit meinen besten Kräften dienen, um Ihre verdienstvolle Tugend zu erwidern.' Darauf fragte der Hausherr, 'Was kann die Frau tun?' Yung antwortete, 'Sie kann weben.' 'Na gut! wenn du unbedingt willst, dann laß deine Frau mir hundert P'i (1 P'i = 80 Fuß) Seide weben.' Dies hatte Frau Yung in zehn Tagen vollendet. Als die Frau nun das Haus

(1). Pan Ku, Han-shu, Kap. 64, shang, Yen Chu chuan, S. 3b. (Pona, S. 2038).

(2). Pan Ku, a.a.O., Kap. 48, Chia I chuan, S. 15a. (Pona, S. 1861).
Siehe auch: S. 78.

verlassen wollte, sagte sie dem Yung folgendes, 'Ich bin ein Webermädchen im Himmel. Weil Du äußerst pietätswoll bist, hat der Himmelskaiser mir befohlen, Dir zu helfen, um die Schuld abzulösen.' Als sie zu Ende gesprochen hatte, flog sie hinauf in den Himmel. Man wußte nicht, wo sie sich dann befand."¹⁾

Diese Geschichte von Sou-shen-chi zeigt uns, daß Tung Yung aus der Han-Zeit (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) wegen der Beerdigungskosten für seinen verstorbenen Vater von der reichen Familie P'ei Geld geliehen hat. Nach Ablegung der Trauer hat er als Schuldknecht bei der Familie P'ei gedient, und durch die physische Arbeit - in diesem Fall seiner Frau - hat er das geliehene Geld zurückbezahlt. Dadurch hat er sich als freien Menschen zurückgewonnen. Diese Geschichte kann zwar nicht als direktes Beispiel aus der Han-Zeit anerkannt werden, dennoch gilt sie mindestens als ein typisches Beispiel für die Vergeiselung von Personen in der Liu-ch'ao-Zeit (222 - 589).

Im Kapitel 89, Chung-i lieh-chuan (Biographien in Hinsicht auf Loyalität und Menschlichkeit als Vorbild geltender Persönlichkeiten) des Chin-shu (Dynastie-Geschichte der Chin, 265 - 316 u. 317 - 419) von Fang Hsian-ling (578 - 648) ist u. a. folgendes über Wang Yü (? - ?) berichtet. "Wang Yü, mit Beinamen Po-sh'un, geboren in der Stadt Shing-shao, war von klein auf Waise und arm. Er mußte sich als Schäferknabe seinen Lebensunterhalt verdienen. Jedesmal, wenn er an der Hsiao-nieh (Schule für die Jugend) vorbeiging, seufzte er voll von Tränen. Wenn er während der Arbeit nur ein wenig Zeit fand, dann fing er allein an, Bücher zu lernen. Einmal hatte er aus diesem Grunde die Schafe verloren. Infolgedessen wurde er vom Besitzer getadelt. Er wollte sich zeitweilig verkaufen (Hsiao-nieh), um die Schulden abzubahlen. Ein Landsmann von ihm, Hsu Tsu-chang, ein Gelehrter von Weisheit und Gelassenheit, hatte von dieser Geschichte gehört und ihn voller Achtung gelobt. Für ihn bezahlte er die Schulden für die verlorenen Schafe. Er borgte ihm Kleidung und Essen, und ließ ihn mit seinen Söhnen zusammen lernen. Daher gewann er (Wang Yü) umfassende Kenntnisse über Klassiker und Geschichte."²⁾

(1). Kan Pao, Sou-shen-chi, Kap. 1, S. 10a - b.

(2). Fang Hsian-ling, Chin-shu, Kap. 89, Chung-i lieh-chuan, S. 8b. (Pona, S. 5572).

Im Kapitel 74, Huan I, Ch'ung chuan (Biographien über Huan I, 276 - 328, und seinen Sohn Huan Ch'ung, 328 - 384) des oben erwähnten Buches Chin-shu von Fang Hsüan-ling wird u. a. auch folgendes berichtet: "Als (Huan) I starb (er wurde 328 ermordet), waren alle Brüder von (Huan) Ch'ung noch sehr jung. Die Familie war arm, die Mutter war schwer krank. Um sie zu heilen sollte medizinisch ein Schaf als Mittel benutzt werden. Aber sie (die Söhne) konnten es sich nicht leisten. Daher hat (Huan) Wen (der älteste Bruder, 312 - 373) Ch'ung vergeiselt (wei-chih), damit er ein Schaf kaufen konnte. Der Schafbesitzer war sehr reich und wollte ihn nicht als Schuldknecht einsetzen. Diese ganze Sache hat er als glückliche Angelegenheit betrachtet und ließ ihn ausbilden, und gab ihm einen Rufnamen, Mai-te-lang (der Bursche, der Tugend kauft)." ¹⁾

Im Kapitel 91, Hsiao-i lieh-chuan (Biographien in Hinsicht auf Pietät und Menschlichkeit als Vorbild geltender Persönlichkeiten) des Sung-shu (Dynastie-Geschichte der Sung vom Haus Liu, 420 - 478, in der Liu-ch'ao-Zeit, 222 - 589) von Shen Yüeh (441 - 513) wird folgendes über Kuo Shih-tao (? - ?) und seinen Sohn Kuo Yüan-p'ing (? - ?) berichtet: "Kuo Shih-tao, geboren in der Stadt Yung-hsing bei K'uai-chi (in der heutigen Provinz Che-chiang).....als der Vater starb,.... hat er (gemeint der Sohn) sich als Shih-fu (Diener für alle Angelegenheiten beim Haushalt) vergeiselt, um damit sämtliche Kosten der Beerdigung zu decken. Die Beerdigung hat er sparsam, aber dennoch korrekt und den Riten entsprechend vorgenommen. Er ist ein Mensch von Natürlichkeit und Gelassenheit. Als die Beerdigung vorüber war, meldete er sich beim Hausherrn und nahm den Dienst unverzüglich auf. Bei der Teilung der Arbeiten mit anderen Knechten überließ er den anderen Kameraden die leichteren und übernahm selbst die schwierigen Arbeiten. Der Hausherr konnte das nicht geschehen lassen, und schickte immer Leute, seine Stelle zu übernehmen. Dennoch überließ Yüan-p'ing die Arbeit niemand anderem. Was er durch zusätzliche Arbeit verdient hatte, benutzte er, um damit seine Mutter zu pflegen. Wenn noch dabei etwas übrig blieb, so sammelte er es, um sich damit von den Schulden freizukaufen (tzu shu pen)." ²⁾

-
- (1). Fang Hsüan-ling, a.a.O., Kap. 74, Huan I, Ch'ung chuan, S. 6a. (Pona, S. 5469).
 - (2). Shen Yüeh, Sung-shu, Kap. 91, Hsiao-i lieh-chuan, S. 3a - 5a. (Pona, S. 7133 - 7134).

Aus Kapitel 64, Ho Ch'eng-t'ien chuan (Biographie über Ho Ch'eng-t'ien, 370 - 447) des oben zitierten Sung-shu von Shen Yüeh stammt folgender Bericht: "Ho Ch'eng-t'ien.....wurde zum Verwaltungschef in Nan-man (Süd-Barbaren, in der heutigen Provinz Yün-nan) befördert. Zu der Zeit gab es einen Mann mit Namen Yun Chia. Seine Familie war arm. Die Mutter hatte sich ums Geld verdingt (i-shen t'ieh-ch'ien), damit die Schulden von Chia (ihrem Sohn) getilgt wurden. Dadurch beging er eine Pietätlosigkeit und wurde zum Tode verurteilt. Dazu nahm Ch'eng-t'ien Stellung: 'Bei der Todesstrafe für Yun Chia stützt sich der Justizbeamte auf folgendes: Es ist eine allgemeine Regel, daß, wenn der Sohn wegen Pietätlosigkeit gegenüber der Mutter angeklagt ist, es erlaubt wird, ihn zu töten. Der Sinn des Gesetzes besteht darin daß bei der Übertretung der Pietät und der Familienordnung Grundsätze wie Ehrfurcht und Gehorsam in der Familie (von den Kindern) mißachtet sein müssen. Wenn die Eltern deswegen die Kinder töten mögen, dann ist dies durchaus legitim. In unserem Fall basiert die Anklage nur auf diesem Punkt. Daher sollte der Angeklagte laut Urteil zum Tode verurteilt werden. Mit Vorsichtigkeit versuche ich den Kern der Sache zu begreifen. In der Tat, wie die Mutter von Chia gestanden hat, hat sie sich ums Geld vergewaltigt (tzu-ch'iu chih-ch'ien), damit sie die Schulden des Sohnes tilgen konnte. Sicher hat sich Chia an dem Grundsatz der Pietät vergangen, dennoch gab es keinen ausreichenden Grund, ihn zum Tode verurteilen zu müssen....."¹⁾

Im Kapitel 55, Hsiao-i lieh-chuan (Biographien in Hinsicht auf Pietät und Menschlichkeit als Vorbild geltender Persönlichkeiten) des Nan-Ch'i-shu (Dynastie-Geschichte der Süd-Ch'i, 479 - 501) von Hsiao Tzu-hsien (469 - 537) wird über die folgenden zwei Personen, Kung-sun Sheng-yüan (? - ?) und Wu Ta-chih (? - ?) u. a. berichtet. Zunächst über Kung-sun Sheng-yüan. "Kung-sun Sheng-yüan, geboren in K'uai-ang in der heutigen Provinz Che-chiang).....Im Jahre der Hungersnot war das Korn sehr teuer. Sheng-yüan sparte beim Essen und verminderte die Mahlzeit, damit er die Mutter und den Cousin ernähren konnte. Als seine Mutter starb, konnte er finanziell die Beerdigung nicht bestreiten. Daher vergewaltete er sich bei dem Nachbarn (shen fan-t'ieh yü lin-li), damit er die Beerdigungskosten tragen konnte. Er ging selbst auf das Feld um zu arbeiten. Er pflanzte Kiefern und Eichen.

(1). Denn die Initiative ging von der Mutter aus. Shen Yüeh, Sung-shu, Kap. 64, Ho Ch'eng-t'ien chuan, S. 15a - 16a. (Pona, S. 6824).

Wegen seiner Geschwister, die noch nicht heiraten konnten, hatte er sich vergeiselt, damit sie heiraten konnten. Dadurch wurde er in dem Landkreis bekannt und berühmt. Als der Kaiser T'ai-tsu (Kao-ti, Hsiao Tao-sh'eng, 427 - 482, der erste Kaiser von der Süd-Ch'i-Dynastie, 479 - 501) den Thron bestieg (479), wurde er gleich beauftragt, zwei Ämter zu bekleiden und zwar als kaiserlicher Berater im Staatssekretariat (San-ch'i Ch'ang-szu) und als Sekretär für Forstangelegenheiten im Arbeitsministerium (Yü-yen shih-erh-pu shih).⁽¹⁾ Ferner über Wu Ta-chih: "Wu Ta-chih, geboren in I-hsing (in der heutigen Provinz Chiang-su), hatte aus finanziellen Gründen seine Tante nicht beerdigen können, als sie starb. Er vergeiselte sich (Tzu-mai, 'sich zeitweilig zu verkaufen') als Shih-fu-k'o ('Diener für alle Angelegenheiten im Haushalt'), damit das Grab gepflegt werden konnte. Ein Cousin mit dem Namen Ching-po sowie dessen Frau waren in dem Jahre der schlechten Ernte nach dem Norden vom Yang-tzu-Fluß geschickt und dort 'verkauft' worden. Ta-chih hatte ein Landgut. Er verkaufte sein Landgut, damit er sie beide loskaufen konnte. Er benutzte mit ihnen gemeinsam sein Eigentum und wohnte auch gemeinsam im gleichen Haus. Der Kreisvorsteher bat ihn, das Amt des Kanzleidirektors (Chu-pu) zu übernehmen. Er hat es aber nach ernster Überlegung seinem älteren Bruder übergeben."⁽²⁾

Es ist daher ersichtlich, daß es sowohl während der Chin-Zeit (265 - 419) als auch während der Liu-ch'ao-Zeit (sechs Dynastien, die nacheinander Chien-yeh/Nanking als ihre Hauptstadt gehabt hatten, 222 - 589) in Ch'ien-ch'eng (in der heutigen Provinz Shan-tung), I-hsing (in der heutigen Provinz Chiang-su), K'uai-chi (in der heutigen Provinz Che-chiang), sowie in den Gebieten der Nan-man (Süd-Barbaren, in der heutigen Provinz Yün-nan) die Vergeiselung freier Personen gegeben hat. In der Han- (206 v. Chr. - 220 n. Chr.), Wei- (221 - 280), Chin- sowie Liu-ch'ao-Zeit hat die physische Dienstleistung einen erheblichen Vermögenswert. Je mehr Arbeitskapazität man besitzt, desto größer ist die Sicherheit, die man anzubieten hat. Der Gläubiger nimmt das Angebot vom Dienstleistungsfähigen entgegen, und leiht ihm das Geld. Der in Geldnot geratene Schuldner andererseits benutzt seine Dienstleistung, um seine Schuld abzahlen. Während der Leistung der Dienste ist er der Gewalt

(1). Hsiao Tzu-hsien, Nan-Ch'i shu, Kap. 55, Hsiao-i lieh-chuan, S. 3a. (Pona, S. 7767).

(2). Hsiao Tzu-hsien, a.a.O., S. 88a. (Pona, S. 7769).

des Gläubigers unterworfen.

Über die Vergeiselung erwachsener Söhne 'Chui-hsü', die zusätzlich noch mit dem Statusrecht im alten China zu tun hat, haben wir bereits kurz gesprochen¹⁾. Die Quellen darüber findet man bereits in der Literatur wie in Shih-chi und Han-shu. Im Kapitel 126, Hua-chi lieh-chuan (Beispielhafte Biographien über die Komiker und Sonderlinge) im Shih-chi (Aufzeichnungen der Historiker) von Ssu-ma Ch'ien (145 - 86 v. Chr.) ist folgendes berichtet: "...Shun-yü Kun (der spätere Komiker und Diplomat, ? - ?) ist ein Chui-hsü (Schwiegersohn und zugleich Hausdiener bei der Familie der Frau) in dem Staat Ch'i (einem der sieben kämpfenden Staat der Chan-kuo-Zeit, 481 - 221 v. Chr.)."²⁾

Und im Kapitel 48, Chia I chuan (Biographie über Chia I, 201 - 169 v. Chr.) des Han-shu (Dynastie-Geschichte der früheren Han, 206 v. Chr. - 8 n. Chr.) von Pan Ku (32 - 92) ist auch folgendes berichtet: "...Der Herr von Shang (gemeint Kung-sun-yang, bekannt als Wei Yang oder Shang Yang, Legalist u. Staatsmann, ? - 338 v. Chr.) vernachlässigte die Riten und die Gerechtigkeit, und hob die Menschlichkeit und Werte auf. Gierig strebte er nach Profit und Vorteil. Nachdem er Politik im Staat Ch'in machte, verfielen nach zwei Jahren die Sitten in Ch'in von einem Tag auf den anderen. Seitdem waren die folgenden Gebräuche in Ch'in üblich. Bei den reichen Familien verließen die Söhne das Elternhaus, wenn sie erwachsen waren. Bei den armen Familien verließen die Söhne auch das Elternhaus, wenn sie erwachsen waren, und blieben als Schwiegersohn zugleich Hausdiener bei der Familie der Frau (Chui-hsü)". Dann ein Kommentar von Ying Shao (? - 166 v. Chr., Zeitgenosse von Kaiser Hsien-ti, Liu Hsieh, 181 - 214, der letzten Kaiser der späteren Han, Amtszeit: 139 - 220): "... 'Chui' ist eine seitweilige Schuldverpflichtung. Wenn ein Mann aus einer armen Familie kein Heiratsgut besitzt, benutzt er seine physische Kraft, um sich zu vergeiseln (i-shen wei-chih)."³⁾

Wenn ein Mann bei der Eheschließung kein Heiratsgut anbieten kann, benutzt er als Ersatz dafür seine Dienstleistung bei der Familie der

(1) - Siehe: S. 73.

(2) - Ssu-ma Ch'ien, Shih-chi, Kap. 126, Hua-chi lieh-chuan, 3. 1a. (Pona, S. 1192).

(3) - Pan Ku, Han-shu, Kap. 48, Chia I chuan, S. 15a. (Pona, S. 1361).

Frau. Bei der Familie der Frau lebt er zwar als Ehemann und Schwiegersohn. Doch dient er dort innerhalb einer vereinbarten Zeit als Hausdiener oder Schuldknecht. Durch seine Dienstleistungen kann er den Betrag, der den Wert des Heiratsgutes entspricht, ersatzweise abzahlen. Erst dann kann sein Status als freier Mensch wiederhergestellt werden. Innerhalb dieser vereinbarten Zeit, in der er bei der Familie der Frau lebt und noch nicht mit der Frau zusammen zu seiner eigenen Sippe zurückkehrt, nennt man diesen Zustand 'Nien-hsien'. Wenn er aber nach Ablauf dieser Zeit zu seiner Sippe zurückkehrt, oder inzwischen von der Frau geschieden ist, oder die Frau inzwischen gestorben ist und er dadurch zu seiner Sippe zurückkehrt, heißt dieser Zustand 'Kuei-tzung'. Wenn er innerhalb dieser Zeit von der Familie der Frau getrennt lebt, spricht man von 'Ch'u-she'. Wenn er aber nach Ablauf dieser Zeit bis zu seinem Tod noch bei der Familie der Frau seinen Lebensunterhalt verdient und weiter verdienen will, von 'Yang-lao'¹⁾. Bei dem oben genannten Beispiel aus Shih-chi handelt es sich um eine Sitte, die in der Chan-kuo-Zeit (481 - 221 v. Chr.) üblich war. Sicherlich handelt es sich nicht nur um Heiratsgut, sondern vielmehr um schuldrechtliche zeitweilige Schuldknechtschaft. Daher ist es gerechtfertigt anzunehmen, daß sich bereits am Ende der Chou-Zeit (11 Jh. bis 221 v. Chr.) die zeitweilige Schuldknechtschaft herausgebildet hat. Zweifellos entstand in China ebenso wie auch anderswo, die personale Sicherheitsleistung vor der dinglichen Sicherheitsleistung. Und was das Wort 'Chui' betrifft, wie es im Shuo-wen von Hsü Shen (30 - 125 n. Chr.) entstanden ist, aber auch im Chia I chuan und Yen Chu chuan des Han-shu von Pan Ku (32 - 92), welches von Ying Shao (? - 195 n. Chr.) und Yen Shih-ku (581 - 645) autorisiert und interpretiert wurde, handelt es sich allein um den Einsatz der eigenen Person zu Sicherungszweck, oder anders gesagt, um zeitweilige Schuldknechtschaft. Im übrigen ist das Rechtsinstitut 'Chui-hsü' ein Thema für sich in der Geschichte des chinesischen Statusrechts.

Im Kommentar zum Han-shu führt Ju Ch'un²⁾ aus: im Gebiet Huai-nan (dem Gebiet südlich vom Huai-Fluß, der heutigen Provinz Chiang-su) war es Sitte, daß man seine Kinder verdingte. Das könnte den Eindruck erwecken,

(1). Li-hsüeh chih-nan (aufgenommen in: Chü-chia pi-pei shih-lei ch'üan-chi, hsin-chi), S. 47a.

(2). Siehe: S. 72 - 73.

daß es sich um eine regionale Erscheinung handle. Wie wir jedoch bereits gesehen haben, beschränkte sich das Institut der Schuldknechtschaft keineswegs auf das Gebiet von Huai-nan. In der historischen Literatur sind ähnliche Beispiele über die Schuldknechtschaft in reichem Maße vorhanden. Die armen Leute, die ihre Schulden oder Steuern nicht tilgen konnten, mußten letzten Endes zwangsläufig ihre Familienangehörigen zeitweilig verdingen. Bei der Schuldknechtschaft blieben die Knechte solange Leibeigene, bis sie durch die Arbeitsleistungen ihre Schuld abgetragen hatten. Die Annalen und Kommentare dieser Zeit berichten, daß sich die Kinder und Verwandten häufig nach dem Tod eines Angehörigen oder Freundes als Leibeigene verdingen, um die Beerdigungskosten zahlen zu können. Damit ist diese Handlungsweise moralisch gerechtfertigt. Es handelt sich daher um Beispiele von "Pietät und Brüderlichkeit", die zu den konfuzianischen Tugenden zählen. Die Konfuzianer dieser Epoche versuchten, nicht nur die Zins-einnahmen, sondern auch die Schuldknechtschaft zu rechtfertigen. Die Gläubiger werden im allgemeinen nicht als unmoralische Ausbeuter dargestellt, sondern als großzügige und kluge Herren, die nach konfuzianischem Ethos handeln. Die Leibeigenschaft bedeutet in den Fällen, bei denen man sich ihr aus Pietätsgründen freiwillig unterwirft, einen Gewinn des Ansehens, und wird als tugendhafte Handlung gelobt.

Von den oben angegebenen Beispiele aus den Quellen der Han-, Wei-, und Liu-ch'ao-Zeit, bei solchen Ausdrücken wie "I-shen t'ieh-ch'ieh" (sich ums Geld verdingen)¹⁾, "Shen fan-t'ieh" (sich ums Geld vergeiseln)²⁾ sowie "Tzu-ch'iu chih-ch'ieh" (sich ums Geld vergeiseln)³⁾, handelt es sich ohne Zweifel um die Vergeiselung der eigenen Person oder der Angehörigen des Schuldners. Bei Ausdrücken wie "Yü-oh" (sich zeitweilig verkaufen)⁴⁾, sowie "Tzu-mai" (sich zeitweilig verkaufen)⁵⁾ könnte allerdings der Verdacht entstehen, ob wir es nicht in gewissem Sinne mit Kaufrecht zu tun hätten. Es handelt sich jedoch nur um eine metaphysische Ausdrucksweise. Das Moment der Freiwilligkeit, die beim Sichvergeiseln zugunsten privater Gläubiger wenigstens der Form nach vorhanden sein kann, geht freilich verloren, wenn das Tzu-mai sich infolge der rigorosen Finanzpolitik eines Herrschers schlagartig

(1), (2), u. (3). Siehe: S. 76.

(4). Siehe: S. 74.

(5). Siehe: S. 77.

ausbreitet. Ein illustratives Beispiel hierfür enthält Kapitel 24, Shih-huo-chih (Aufzeichnung über das Essen und Währung) im Sui-shu (Dynastie-Geschichte der Sui, 589 - 618) von Wei Cheng (580 - 643) u. a. Es lautet: "Als der Kaiser Yang-ti (Yang Kuang, 569 - 618) den Thron bestieg (605)...im siebten Jahre (611).....Immer wurde die sofortige Steuerabgabe gefordert. Die Verwaltungschefs in den lokalen Behörden hatten ständig das ^uetreide mit niedrigem Preis zunächst angekauft, dann verkauften sie es ganz offenkundig zu einem viel höheren Preis an die Leute weiter. Innerhalb kurzer Zeit zwischen Morgengrauen und Abendrot wurden die Preise mehrfach erhöht. Eine derartige grausame Ausbeuterei war überall zur Tagesordnung geworden. Daher waren die physisch stärkeren Leute gezwungen, sich als Banditen zusammenzuschließen, und die schwächeren mußten sich als Knechte verkaufen (Tzu-mai wei nu-pei)." ¹⁾

Ju Ch'un hat zum Beispiel in seinem Kommentar zu Han-shu das Wort "Mai" (verkaufen) und das Wort "Chui" (verdingen) gleich interpretiert ²⁾. Auf die Frage, ob die Verpfändung von Sachen vom Verkauf auf Wiederkauf unterschieden wurde, wird noch einzugehen sein. Es ist zu vermuten, daß es im alten China in der Praxis nicht notwendig war, zwischen den beiden begriffmäßig einen klaren Unterschied zu machen. Niida Noboru meint sogar, daß im China jener Zeit Pfandrechte eine Art vom Wiederkaufrecht gewesen sei ³⁾. Der freie Mensch, der sich dem Gläubiger verdingt hatte, war zeitweilig als Schuldknecht oder Hausdiener dem Gläubiger völlig ausgeliefert. Bis zur vollen Tilgung befand er sich in der Gewalt des Gläubigers. In allen angeführten Fällen mit Ausnahme eines Zitates aus dem Kommentar zu Han-shu von Ju Ch'un ⁴⁾ ist die Dauer der abzudienenden Arbeitszeit nicht genau angegeben. Sie muß daher von Fall zu Fall verschieden betrachtet werden. Sicher ist anzunehmen, daß die abzudienende Arbeitszeit so lange dauern mußte, bis sämtliche Schulden getilgt werden konnten. Es wäre nicht angebracht, den Fall aus dem Kommentar von Ju Ch'un diesbezüglich als Muster zu betrachten, und daher eine allgemeine

(1). Wei Cheng, Sui-shu, Kap. 24, Shih-huo-chih, S. 16a - 18b. (Pona, S. 11485 - 11486).

(2). Siehe: S. 72 ff.

(3). a.a.O., S. 584 - 585.

(4). Siehe: S. 72.

Regel für die Dauer der abzudienenden Zeit, nämlich drei Jahre, anzunehmen¹⁾. Denn, im Falle des Kommentars von Ju Ch'un handelt es sich nur um die eigenen Kinder als Sicherungsobjekt. Wenn der Schuldner innerhalb von drei Jahren die Schulden nicht zurückerstatten konnte, dann wurden die Kinder des Schuldners für immer Knechte (Sklaven) des Gläubigers. Allerdings durften dabei nicht nur der Schuldner selbst, sondern auch dritte Personen, die Kinder loskaufen. Ferner gilt die Dienstleistung der eigenen Kinder dabei nur als Leistung auf die Zinsforderung, nicht als Tilgung. In den sonstigen Fällen werden die Dienstleistungen, wie die angegebenen Texte zeigen, auch als Tilgung der Kapitalforderung betrachtet. Insofern ist dies eine Art abdienender Schuldknechtschaft.

-
- (1). Hier hat sich Niida Noboru geirrt. Er hat die drei Jahre als eine allgemeine Regel über die Dauer der abzudienenden Arbeitszeit betrachtet. Siehe: Niida Noboru, a.a.O., SS. 584 - 585.

§ 5. In der T'ang- und Sung-Zeit

In der Literatur der T'ang-Zeit (618 - 906) und auch noch der späteren Zeit ist der Begriff der Vergeiselung von Personen in Chinesisch anders als in der Literatur der Han-Zeit (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) gefaßt¹⁾. Es wird immer mit dem chinesischen Zeichen 'Tien' gekennzeichnet, das ursprünglich nur mit dem Pfandrecht an Grundstücken zu tun hat²⁾. Außerdem tritt es zugleich fast immer mit dem Zeichen 'Ku' zusammen als 'Tien-ku' auf. Solche Fälle kommen auch noch häufig in der Literatur der Yüan-Zeit (1280 - 1367) und danach vor³⁾. Der Begriff 'Tien' bedeutet eine Sicherheitsleistung. Das Wort 'Ku' bedeutet eigentlich 'Dienst leisten'. Das Dienstverhältnis wird normalerweise 'Ku-yung' genannt. 'Ku' hat daher zunächst mit Dienstvertrag zu tun. Aber nach den hervorragenden Untersuchungen japanischer Gelehrter hat es auch einen weiteren Sinn und umfaßt auch den Mietvertrag⁴⁾. Es gibt viele Beispiele in der Literatur, in denen nicht nur kein Unterschied zwischen 'Tien' und 'Ku' bestand, sondern 'Tien' und 'Ku' öfter als 'Tien-ku' zusammen angegeben sind. Dieses Institut ist gesellschaftliche Realität in der T'ang- und Sung-Zeit (960 - 1279). Menschen als Gegenstand der Sicherheitsleistung sind zwar sowohl in der T'ang- als auch in der Sung-Zeit gesetzlich verboten. Die nach dem Konfuzianismus ausgerichtete Gesetzgebung in der T'ang-Zeit geht aber weit über die damalige soziale Realität hinaus. In vieler Hinsicht ist diese Gesetzgebung nur ein Stück Papier geblieben. Die T'ang-Gesetzgebung wurde von der Sung-Dynastie mit der Kopierung des T'ang-Kodexes automatisch weiter geführt. Die Tatsache, daß die Vergeiselung von Personen gewohnheitsrechtlich nach wie vor existierte, blieb bestehen. Die Konfuzianer dieser Zeit wollten allerdings diese Sitte auf Grund ihrer Ideologie nicht anerkennen, und konnten sie daher nicht dulden. Ihre Kapagne dagegen beweist uns aber gerade, daß solche Gewohnheiten weit und breit existierten. Belege über die Vergeiselung von Personen in

(1). Siehe: S. 63.

(2). Darüber siehe: Das Besitzpfandrecht an Grundstücken, S. 138 ff.

(3). Siehe: S. 89 ff.

(4). Nakada Kaoru, Tokugawa jidai ni okeru jinmai oyobi hitojichi no keiyaku, hōkō, in: Kokka gakkai zasshi, Vol. 49, No. 11, SS. 51 u. 75; aufgenommen auch in dessen Sammelwerk, Hōseishi ronshū, Vol 3. Niida Noboru, Tō- Sō hōritsu bunsho no kenkyū, S. 324 ff. Siehe auch: Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0390 u. 0408.

der Sung-Zeit (960 - 1279) sind auch in den Yüan-tien-chang ('Gerichtsprotokolle der Yüan-Dynastie', 1280 - 1367) indirekt zu finden¹⁾. Nur aus technischen Gründen, nämlich um Wiederholungen zu vermeiden, wird dies erst im nächsten Abschnitt im Zusammenhang mit der yüan-zeitlichen Entwicklung behandelt. Die gesellschaftlich-historische Kontinuität dieses Rechtsinstitutes bleibt hiervon unberührt.

Im Tsa-lü (Abteilung über die sonstigen Verbrechen) vom T'ang-lü shu-i (T'ang-Kodex) sagt § 399 Liang-jen wei nu-pei chih-chai (Verwendung von freien Menschen als Schuldknechte) folgendes: "Wer freie Menschen als Schuldknechte für eine Schuld verwendet, wird entsprechend dem Delikt des Menschenhandels (jedoch) um drei Grad niedriger bestraft. Wer trotz seiner bekundeten Kenntnisse sie annimmt, wird noch ein Grad niedriger bestraft. Die dabei schon vollbrachten Arbeitsleistungen werden dem Lohn entsprechend bei der Schuldtilgung berücksichtigt."²⁾ Der gleiche Paragraph mit dem gleichen Wortlaut findet sich auch im Sung-hsing-t'ung (Sung-Kodex)³⁾. Über die Bewertungen der Arbeitsleistungen gab der Kommentar zum T'ang-Kodex folgende autorisierte Regel: "Ein Lohn für einen Tag ist drei Fuß Seide wert. Bei der Rechnung werden alle Löhne zusammen bewertet."⁴⁾ Den gleichen Kommentar findet man auch im Sung-hsing-t'ung⁵⁾.

Ferner findet man im Kapitel 80 Tsa-men (die Abteilung der sonstigen Regeln) des Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei (eine geordnete Sammlung von Gesetzen und Bestimmungen der Regierungsdynastie Ch'ing-yüan, 1125 - 1200, zuletzt kompiliert von Hsieh Shen-fu, ? - ?, während der Regierungs-dynastie Chia-t'ai, 1201 - 1204, in der Süi-Sung Dynastie, 1127 - 1279) in dem Abschnitt Tsa-sh'ih (die sonstigen kaiserlichen Erlasse) folgende Regel: "Wer wegen seiner Schulden Menschen verkauft, wird mit hundert Schlägen bestraft und verbannt. (Das gleiche gilt auch im Fall eines Scheindienstvertrages von Männern oder Frauen.)"⁶⁾

(1). Siehe: S. 94.

(2) u. (4). Ch'ang-sun Wu-chi, T'ang-lü shu-i, Bd. IV, Kap. 26, Tse-lü, § 399, Liang-jen wei nu-pei chih-chai, S. 33.

(3) u. (5). Sung-hsing-t'ung, Kap. 26, S. 12a. (Bd. II, S. 881).

(6). Hsieh Shen-fu, Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei, Kap. 80, Tse-men, Abschnitt Tsa-sh'ih.

So streng das Gesetz auch sein mochte, in der Praxis war es nicht zu verwirklichen. Denn bei dem Elend waren viele Bauern unausweichlich gezwungen, ihre Frauen oder Kinder zu verkaufen oder zu vergeiseln. Folgende Zitate aus der Literatur jener Zeit beweisen uns das. In einem Bericht an den kaiserlichen Thron Ying-so-tsai tien-t'ieh liang-jen nan-nü teng-chuang (Erbitten eines Erlasses, die Vergeiselung der männlichen und weiblichen freien Personen für die jeweiligen zuständigen Behörden zu regeln) von Han Yü (768 - 824), meldet er dem T'ang-Kaiser folgendes: "An sich hat das Gesetz schon verboten, freie Menschen, sowohl männliche als auch weibliche, zu vergeiseln, und über sie als Knechte rücksichtslos zu verfügen. Als ich mein Amt als Gouverneur in Yüan-chou (in der heutigen Provinz Chinag-hsi) übernahm, entdeckte ich innerhalb der Zuständigkeit meines Amtes 731 Menschen, die alle, männlich oder weiblich, freie Menschen (liang-jen nan-nü) gewesen waren. Gemäß dem Gesetz habe ich ihre geleisteten Dienste bewerten lassen und sie alle sofort freigelassen. Sie waren wegen der Überschwemmung, der Dürre, der Mißernte und sonstiger privater Schulden oder wegen Schulden an öffentliche Behörden zwangsläufig in das Verhältnis geraten. Durch die Verbreitung der Vergeiselung ist sie allmählich zur Sitte geworden. Ihre Benennung ist zwar etwas anders als 'Knecht'. Jedoch werden die vergeiselten freien Menschen ohne geringsten Unterschied wie Knechte behandelt. Sie werden geschlagen und zur Arbeit gezwungen, bis sie schließlich sterben. Das wäre doch ein Verstoß gegen den Sinn des Gesetzes und zugleich ein Mißerfolg der Politik überhaupt. Das Yüan-chou ist zwar sehr klein, hat aber trotzdem schon mehr als 700 solcher Fälle. Es läßt sich daher voraussagen, daß alle Fälle zusammen in sämtlichen Provinzen ein beträchtliches Ausmaß annehmen dürften. Aus Anlaß der jetzt fälligen großen feierlichen Angelegenheit bitte ich Eure Majestät, den zuständigen Behörden einen Erlaß zu erteilen, damit das längst in Kraft getretene Gesetz mit vollem Respekt aufrechterhalten wird, und andererseits die schon vergeiselten Menschen alle und ausnahmslos freigelassen werden."¹⁾

Im Liu-chou Lo-ti-miao pei (Steinaufzeichnung des Tempels für die Gottheit der Ortschaft Lo-ch'ih, bzw. des verstorbenen Liu Tsung-yüan,

(1). Han Yü, Han Ch'ang-li ch'üan-chi, Bd. III, Kap. 4, Ying-so-tsai tien-t'ieh liang-jen nan-nü teng-chuang, S. 3b - 4a. (S. 798 - 799).

773 - 819, in Liu-chou, in der heutigen Provinz Chiang-hsi) schilderte Han Yü (768 - 824) die Sitte dort folgendermaßen. ".....Zunächst waren die Bauern sehr arm. Deswegen hatten sie die Männer oder Frauen verpfändet. Wenn sie längere Zeit hinweg nicht losgekauft werden konnten, wurden sie Knechte des Gläubigers."¹⁾

Im Kapitel 160, Han Yü chuan (Biographie über Han Yü, 768 - 824) des Chiu T'ang-shu (Die Dynastie-Geschichte der T'ang, 618 - 906, die alte Auffassung) von Liu Hsü (887 - 946) lesen wir: "....Nach der Sitte durfte man in Yüan-chou (in der heutigen Provinz Chinag-hsi) die Männer oder Frauen an andere verdingen. Erst nach Ablauf des vertraglich festgesetzten Tilgungstermins gehörten sie (als Knechte) zum Haus des Gläubigers."²⁾

Im Liu Tzu-hou mu-chih-ming (Grabsteinaufzeichnung des verstorbenen Liu Tzu-hou, geb. N. Tsung-yüan, 773 - 819) von Han Yü (768 - 824) schilderte er uns folgendes: "....Als Tzu-hou sein Amt (als Gouverneur) in Liu-chou (in der heutigen Provinz Chiang-hsi) übernahm, beklagte er (die Sitte dort) seufzend, 'Wäre es nicht notwendig, dagegen Maßnahmen zu treffen?.....'Es bestand dort die Sitte, daß man die Männer oder Frauen um Geld verpfänden durfte. Wenn sie bis zum Ablauf des im Vertrag vereinbarten Termins noch nicht erlöst waren, wurde das Geld sowie dessen Zinsen nicht mehr verlangt, wobei die verpfändeten Männer oder Frauen als Knechte (im Haus des Gläubigers) behalten wurden. Gegen diese Sitten hatte Tzu-hou einen Plan ausgearbeitet. Er befahl, sie alle loszukaufen und zu ihren eigenen Familien zurückkehren zu lassen. Bei denjenigen, die außerordentlich arm waren, befahl er, zunächst ihre geleisteten Dienste so weit wie möglich zusammenzurechnen, bis der gesamte Betrag die entsprechende Höhe erreichte. Dann sollten sie zum Schuldenbesitzer (zu ihrer eigenen Familie) zurückkehren."³⁾

(1). Han Yü, a.a.O., Bd. III, Kap. 31, Liu-chou lo-ti-miao pei, S. 3b. (S. 692).

(2). Liu Hsü, Chiu T'ang-shu, Kap. 160, Han Yü chuan, S. 5b. (Pona. S. 15442).

(3). Han Yü, a.a.O., Bd. III, Kap. 32, S. 3b. (S. 704).

Aus alledem ist deutlich zu ersehen, daß die Vergeiselung von Personen sowohl in der T'ang-Zeit als auch in der Sung-Zeit weit verbreitet war und zum Bestandteil des täglichen Lebens gehörte. Doch da dieses Rechtsinstitut mit den Vorstellungen der konfuzianischen Ethik dieser Zeit nicht im Einklang stand, konnte es nicht geduldet werden. So schreibt Su Shih (Su Tung-p'o, 1036 - 1101) in einem Bericht an den Thron, Ch'i pu-kei shan ch'ing-miao ch'ien chieh-ohuang (Antrag über die Mängel der Verteilung von grünen Geteidekeimlingen), dem Sung-Kaiser folgendes: ".....Am 4. Tag des 8. Monats des ersten Jahres (15. 9. 1086) der Regierungsdevise Yüan-yü (1086 - 1093) übergibt Euer Majestät der Sekretär im Staatssekretariat, z. Z. im Dienst für Berichterstattung am Hof, Su Shih, diesen Bericht....Aus Mangel von Ch'ing-miao (grünen Getreidekeimlingen) haben die Bauern ihre Landgüter und ihre Häuser verkauft, ihre Frauen mit Dienstverpflichtungen verdingt und ihre Töchter auf Zeit verkauft. Dennoch mußten sie sich schließlich im Wasser ertränken und sich auf diese Weise umbringen. Solche Fälle gibt es in den letzten zwanzig Jahren ohne Zahl. Kann es das Hofkabinett weiterhin zulassen, daß sich diese Zustände noch weiter verschlimmern?"¹⁾

(1). Su Shih (Verf.) u. Lang Yeh (Komm.), Ching-chin Tung-p'o wen-chi shih-lüeh, Kap. 31, S. 524 - 527.

§ 7. In der Yüan-, Ming- und Ch'ing-Zeit

In der Yüan- (1280 - 1367), Ming- (1368 - 1644) und Ch'ing-Zeit (1644 - 1911) ist es wie in der T'ang- (618 - 906) und Sung-Zeit (960 - 1279)¹⁾ im Prinzip dem Ehemann gesetzlich verboten, seine Frau zu vergeiseln oder zu verdingen. Genausowenig dürfen die Eltern ihre Kinder vergeiseln oder verdingen. Die Vergeiselung der Eltern durch ihre Kinder wäre als ein Fall der Beleidigung, Verletzung oder sogar Tötung der Eltern betrachtet und strafrechtlich mit äußerst schweren Maßnahmen verfolgt worden. Die Tötung der unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder durch die eigenen Eltern ist seit der Antike gesetzlich untersagt. Es ist nur ausnahmsweise den Eltern erlaubt, in dürren Jahren ihre Kinder zu vergeiseln. Diese Regel entspricht jedoch nicht der sozialen Realität. Die Eltern bzw. der Ehemann haben die unter elterlicher oder ehemännlicher Gewalt stehenden Frauen, Nebenfrauen sowie Kinder als Sicherungsobjekt für eine schon bestehende Schuld eingesetzt (vergeiselt) oder sie zur Erzielung von Einkünften verdingt. Insbesondere aus der Yüan-Zeit gibt es dafür zahlreiche Beispiele. Daher ist die Schutzvorschrift zu ihren Gunsten eher nur eine Widerspiegelung der gesellschaftlichen Gegebenheit der damaligen Zeit²⁾. Um dies zu belegen, gibt es mehr als genügend Material. Im Paragraph Fang-li i-hsiang yüan-li (die Schulden bei Ausleihung von Korn nach den jeweiligen Ortsbestimmungen) im Kap. 27, Hu-pu, 13 (13. Abschnitt der Abteilung über die Wirtschaft und Steuer) des Yüan-tien-chang ('Gerichtsprotokolle' der Yüan-Dynastie) heißt es u. a.: ".....Daher sind die hilflosen armen Bauern gezwungen gewesen, nachdem sie ihr Land und Häuschen bereits verkauft hatten, ihre Söhne und auch ihre Töchter zu vergeiseln oder zu verdingen."³⁾ Den gleichen Wortlaut findet man auch im Paragraph Wei-li oh'ü-hsi (die gesetzwidrigen Einseinnahmen), Absatz Chih-yüan (Erlaß vom 29. Jahr der Regierungsepoche Chih-yüan, 1294 - 1295) im Kap. 38, Tsa-ling (die verschiedenen Erlasse) des T'ing-chih (1120-1225).

(1). Vgl. den letzten Abschnitt, S. 83 ff.

(2). Arisaka Jwao, Gendai no konin ni kansuru horitau no kenkyu, in: 'Tokyo bunrika daigaku kyo', Vol. X, 3. 57 ff.
Nilda Noboru, a.a.O., S. 618.

(3). Yüan-tien-chang, Kap. 27, Hu-pu, 13. Ch'ien-chai, II. Ssu-chai.
§ Fang-li i-hsiang yüan-li, S. 7a. (G.S. Bd. I, S. 420).

(die allgemeinen Bestimmungen der Gesetze und Erlasse) aus der Yüan-Dynastie¹⁾.

Ferner heißt es im Paragraph Tien-ku ch'i-ch'ieh (Über die Vergeiselung und Verdingung eigener Frauen oder Nebenfrauen) im Kap. 57, Hsing-pu 19 (19. Teil der Abschnitt: Strafe), Chu-chin 2 (2. Abschnitt über die verschiedenen Verbote), Chin tien-ku (Verbot von Vergeiselung und Verdingung) des Yüan-tien-chang: "Im zweiten Monat des ersten Jahres (März/April 1296) der Regierungsdevise Yüan-cheng (1295 - 1296)...(in der Provinz Shan-tung).....Letztes Jahr war die Provinz sehr stark von Naturkatastrophen heimgesucht worden. Infolgedessen werden viele Eltern und die Älteren Brüder der jüngeren Kinder vermisst. Die Frauen sind vergeiselt und die Kinder verkauft worden. Das Verbot konnte sich nicht durchsetzen, und ist in der Praxis wirkungslos.....Im 27. Jahr (1290) der Regierungsdevise Chih-yüan (1264 - 1296)....(Die Zentralregierung hat die Tatsachen zur Kenntnis genommen.)....Es ist durchaus verständlich, daß die Leute in Liang-che (in der heutigen Provinz Che-chiang) auf Grund der Geldnot und des Mangels an Nahrungsmitteln ihre eigenen Söhne und Töchter verkaufen, mit dem Vorwand, daß sie ihre Kinder nur von nahen kinderlosen Verwandten als Stammhalter adoptieren lassen. Es ist aber in der Tat genau wie Warenverkauf. Häufig sind die Kinder als Knechte weiter verkauft worden. Dadurch sind die Eltern der Kinder nicht mehr auffindbar. Das ist so schlimm, daß es verboten werden muß. Das Innenministerium hat darüber beraten und beschlossen, diese Sitte im Gebiet Wu und Yüeh (südlicher Teil des Yang-tzu Deltas bis zum nördlichen Teil der heutigen Provinz Fu-chien), Wo man die Frau vergeiselt und die Kinder verdingt, zu verbieten, obwohl sie dort seit langer Zeit besteht und in früherer Zeit gar nicht verboten war. Noch schlimmer ist es in den Hungerjahren. Da können die engsten Familienangehörigen nicht geschützt zusammenleben. Diese Sitten sind gänzlich unvereinbar mit der Li (Sitte) im Chung-yüan (Zentral-China). Im Fall, daß sie ihre Kinder nur als Stammhalter von nahen kinderlosen Verwandten adoptieren lassen, ist es durchaus menschlich und man kann dem zustimmen. Wenn aber die Kinder als Knechte weiter verkauft werden, dann muß das verboten werden."²⁾ Das Gleiche

-
- (1). T'ung-chih t'iao-ko, Kap. 28, Tsa-ling, § Wei-li ch'ü-hsi, Absatz Chih-yüan 29 nien, S. 18b - 19a.
 (2). Yüan-tien-chang, Kap. 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin tien-ku, § Tien-ku ch'i-ch'ieh, Absatz Yüan-cheng yüan-nien, S. 14b - 15a. (GS. Bd. II, S. 762 - 763).

findet man auch im Paragraph Kuo-fang nan-nü (Adoptierung durch kinderlose Verwandte) im Kap. 4, Hu-ling (Erlasse über die Familienangelegenheiten) des T'ung-chih t'iao-ko. Es heißt: ".....Bekanntlich ist es seit langer Zeit im Gebiet von Wu und Yüeh zur Sitte geworden, daß man die Frau vergeiselt und die Kinder verdingt."¹⁾ Im Paragraph Chia-mai oh'i-ch'ieh (Verkauf von Frauen und Nebenfrauen zum Heiraten) im selben Kapitel lesen wir: ".....Gegen die Vergeiselung oder Verdingung von Frauen kann sich das Gesetz einfach nicht durchsetzen."²⁾

Außerdem können wir auch einige Stellen aus den Romanen der entsprechenden Zeit zitieren. Im Lo-li Lang ta-nao hsiang-kuo shih (Lo-li Lang schlägt großen Krach im Ahnentempel des Kanzlers, verfaßt von Chang Kuo-pin, ? - ?, enthalten im Yüan-ch'ü-hsüan, ausgewählte Theaterstücke während der Yüan-Zeit, kompiliert von Tsang Mou-hsün, ? - ?) sagt Su Wen-shun:

"Großer Bruder, ich sage Dir: Wir (gemeint sind er selbst und Meng Ch'ang-shih) beide sind bei Euch vorbeigekommen, auf dem Weg zur Hauptstadt um am Examen teilzunehmen. Da es uns an Reisegeld noch mangelt, können wir nicht gleich abreisen. Wir haben hier nur die zwei Kinder. Meine Tochter heißt Ting-nu. Der Sohn meines Bruders heißt T'ang-ko. Wir möchten die beiden bei Dir vergeiseln, damit die Reisekosten zur Hauptstadt ein wenig gedeckt werden.

(Cheng-mo sagt:) Also gut, Ihr beiden Brüder wollt zur Hauptstadt gehen, (um am Examen teilzunehmen). Hou-hsing (Namen eines Hausknechtes)! Bring mir zwei Silber-Geldstücke her!

(Hou-hsing sagt:) Hier sind die Silbergeldstücke!

(Cheng-mo sagt:) Brüder, die zwei Silbergeldstücke schenke ich Euch für Eure Reisekosten. Bitte, betrachtet es nicht als unfreudlich!

(Su Wen-shun sagt:) Deine zwei Brüder sollten aber ganz korrekt mit Dir schriftlich einen Vertrag abschließen.

(Cheng-mo sagt:) Es ist rein aus Brüderlichkeit getan. Das Geld kommt ja gar nicht in die Frage, mein Lieber!

(Arie) Das gegenseitige Vertrauen sowie die Brüderliche Liebe sind viel zuverlässiger als ein Stückchen Papier eines Vertrages."³⁾

(1). T'ung-chih t'iao-ko, Kap. 4, Hu-ling, § Kuo-fang nan-nü, S. 17b - 18a.

(2). T'ung-chih t'iao-ko, a.a.O., § Chia-mai oh'i-ch'ieh, S. 19a.

(3). Chang Kuo-pin, Lo-li Lang ta-nao hsiang-kuo shih, aufgeführt in: Tsang Mou-hsün (Komp.), Yüan-ch'ü-hsüan, Bd. 4, S. 1567.

Im Kapitel 2-b, Lu Ta hsia-ta Cheng-kuan-hsi (Wütend schlägt Lu Ta den Cheng-kuan-hsi) des Shui-hu chuan (die Geschichte von Flußufer, verfaßt ca. 1380 von Shih Nai-an, ? - ?) heißt es: ".....Lu Ta fragt: 'Wo seid Ihr beide zu Hause? Und warum weint Ihr denn?' Darauf antwortet die Frau: 'Mein Herr, Sie wissen ja gar nichts davon. Lassen Sie mich gleich bei Ihnen darüber klagen. Ich bin aus Tung-ching (der östlichen Hauptstadt). Mit meinen Eltern bin ich nach Wei-chou (in der heutigen Kan-su Provinz) gekommen, um uns bei unseren Verwandten niederzulassen. Wir wußten nicht, daß sie schon nach Nan-ching (der südlichen Hauptstadt) umgezogen sind. Unglücklicherweise wurde meine Mutter in der Gaststätte krank und ist gestorben. Dadurch gingen mein Vater und ich in ein fremdes Land, um uns den Lebensunterhalt zu verdienen. In dieser Gegend gibt es einen Herrn mit Kapital, bekannt als Cheng-kuan-hsi Cheng Ta-kuan-jen (den großen Mandarin Cheng, der das Gebiet Kuan-hsi, im Westen des Grenztors, beherrscht). Als er mich sah, wollte er mich mit List und Gewalt als Konkubine haben. In betrügerischer Weise hat er mit uns einen Vergeiselungsvertrag abgeschlossen, in dem steht, daß eine Geldsumme von dreitausend Kuan (1 Kuan = 1000 Käsöh) an uns gegeben worden sei. Aber in Wirklichkeit haben wir keine einzige Münze bekommen. Und dadurch hat er mich in seiner Gewalt. Nach weniger als drei Monaten hat seine Frau mich brutal geschlagen und verjagt. Sie ließ mich nicht mehr mit ihm zusammen leben. Der Inhaber der Gaststätte verlangt von uns andererseits dringend sein Geld von diesen dreitausend Kuan'"¹⁾

Kapitel 31, Li T'ai-lang huan-ohin wan-ku-jou (Li T'ai-lang brachte das Geld zurück, damit er seinen eigenen Abkömmling wiedersehen konnte) des Chin-ku oh'i-i-kuan (Kuriositäten von der Antike bis zur Gegenwart, einer Ming-Novelle) von Pao-weng Lao-jen (? - ?) enthält folgende Geschichte: ".....Vor sieben Jahren gab es einen Fremden, der mit einem Kind hierher kam. Er behauptete, seine Frau sei schon gestorben, und er hätte nur diesen Sohn. Nun ginge es ihm mit seinen Geschäften schlecht. Deswegen habe er zu seinen Verwandten in Huai-an (in der heutigen Chiang-su Provinz) gehen wollen. Unterwegs sei er krank geworden und er hätte die Geldsumme, die an sich für die Reise vorgesehen gewesen sei, aus diesem Grunde schon ausgegeben. Er wollte gern diesen Sohn im Wert von drei Liang (1 Liang = 1 Unze) Silber vergeiseln. Erst wenn er in Huan-an seine Verwandten gefunden habe, würde er sofort zurückkehren, um das

(1). Shih Nai-an, Shui-hu chuan, Kap. 2-b, Lu Ta hsia-ta Cheng-kuan-hsi, S.15.

Kind loszukaufen."¹⁾ Es handelt sich zwar in Wahrheit um eine betrügerische Vergeiselung eines fremden Kindes als das eigene zu dem Zweck, Geld zu bekommen, dennoch kann uns auch diese Erzählung als Beweismaterial dafür dienen, das in dieser Epoche die Vergeiselung von Angehörigen üblich war.

In einem Ming-Roman Hsing-shih hung-yen (der chinesische Dekameron) des Feng Meng-lung (? - ?) sagt der Mandarin Liu einer seiner Nebenfrauen: "...Ich habe dich an einen anderen vergeiselt und schon schriftlich unterzeichnet."²⁾

Im Abschnitt Chih-chai che-yung (Tilgung von Schulden durch Dienstleistungen) aus Chih-yüan tsa-ling (den verschiedenen kaiserlichen Erlasse von der Regierungsdevise Chih-yüan, 1264 - 1296, während der Yüan-Zeit)³⁾ finden wir folgende Regel: "...Wer auf Grund der Armut die Schulden nicht tilgen kann, darf mit anderen Familienangehörigen gemeinsam durch Dienstleistungen die Schulden abtragen...Wenn ein freier Mensch stirbt, bevor er die Schuld durch seine Dienstleistung abgetragen hat, wird er von seinen übrigen Schulden entlastet. Wenn eine von mehreren vergeiselten Personen stirbt, wird deren Anteil von der Gesamtschuld abgezogen. (Das Gleiche gilt auch für die Schulden bei Steuerabgaben...."⁴⁾

Abschnitt Tien-ku shen-i (Über Vergeiselung und Verdingung von Personen) des Chih-yüan tsa-ling gibt folgende Regel: "...Wenn ein freier Mensch sich vergeiselt oder verdingt, darf er sich nicht für mehr als fünf Jahre anbieten. Wenn innerhalb dieser Frist die Vertragsdauer schriftlich verlängert werden sollte, ist es dem freien Menschen trotz dieser Verlängerung erlaubt, sich nach seinem Gutdünken davon zu erlösen. Die geschuldeten Sum-

(1). Pao-wang hao-jen, Chin-ku ch'ü-kuan, Kap. 11, in T'ai-fu tzu-chin wan-ku-jou, S. 381.

(2). Feng Meng-lung, Hsing-shih hung-yen, zitiert indirekt von Miida Noboru, a.a.O., S. 625.

(3). Chih-yüan tsa-ling stützt sich hauptsächlich auf das T'ai-ho-lü (das Gesetzbuch von der Regierungsdevise T'ai-ho, 1201 - 1208 von der Chin-Dynastie, 1115 - 1234, und das T'ai-ho-lü ist im ersten Jahre der Regierungsdevise T'ai-ho, 1201, von einem Dschurdalen Kaiser Wan-yen Ching, kanonisiert als Chin Chang-tung (1168 - 1208), autorisiert verfaßt worden.

(4). Aufgenommen in: Shih-lin kuang-chi, jen-chi (Bd. IX), Kap. 1.

darf vom Gläubiger dennoch nicht beansprucht werden. Falls die Frist noch nicht abläuft, ist es erlaubt, nach dem Abzug von schon geleisteten Dienstmonaten bzw. -tagen ihn weiter an andere zu vergeiseln oder zu verdingen. Wenn er nach Ablauf der Frist sich nicht loskaufen kann, hat er die Möglichkeit, weitere Dienste zu leisten, bis er sich entbinden kann. Im Fall, daß mehrere Personen zugleich vergeiselt werden, und einige inzwischen gestorben sind, werden ihre Anteile von der ganzen Vergütung entsprechend abgezogen. Wenn sie aber Knechte sind, wird nichts abgezogen. Für die Verstorbenen müssen beim Loskauf ihre ursprünglichen Vergütungen zurückerstattet werden. Die staatlichen Sklaven sowie privaten Knechte dürfen sich nicht vergeiseln oder verdingen. Die freien Menschen dürfen auch nicht die 'chien-hu' oder 'kuan-hu' vergeiseln oder verdingen¹⁾. Bei Zuwiderhandlung kann die ursprüngliche Vergütung nicht zurückerstattet werden."²⁾

Im Kapitel 103, des Hsing-fa chih (Aufzeichnung über das Strafrecht) im Yüan-shih (Dynastie-Geschichte der Yüan, 1280 - 1367) von Sung Lien (1310 - 1381) wird folgendes berichtet: ".....Die Vergeiselung oder die Verdingung der eigener Tochter an andere sowie die die Vergeiselung oder Verdingung einer fremden Tochter sind verboten. Eine Vergeiselung kann nur zugelassen werden, wenn die Tochter nach ihrer Vergeiselung oder Verdingung vom Gläubiger später als Ehefrau oder Nebenfrau geheiratet wird."³⁾

Außerdem wird im Kapitel 126, dem Lien Hsi-hsien ohuan (Biographie über Lien Hsi-hsien, 1231 - 1280) in demselben Yüan-shih von Sung Lien berichtet: ".....Wer schriftlich einen Vertrag abschließt, die Frau zu vergeiseln oder zu verkaufen, wird schwer bestraft. Die Vergütung wird konfisziert."⁴⁾

Im Kapitel 103, des Hsing-fa chih des Yüan-shih von Sung Lien wird an einer anderen Stelle folgendes berichtet: ".....Vergeiselung und

(1). Über die Bedeutungen von 'chien-hu' und 'kuan-hu' siehe SS. 95 - 96.

(2). Shih-lin kuang-chi, a.a.O.

(3). Sung Lien, Yüan-shih, Kap. 103, Hsing-fa chih, S. 21b. (Pona, S. 27959).

(4). Sung Lien, a.a.O., Kap. 126, Lien Hsi-hsien ohuan, S. 15b. (Pona, S. 28140).

Verdingung der Frau bzw. Nebenfrau gegen Geld sind untersagt. Erlaubt ist nur die Verdingung des Ehemannes und der Ehefrau (bzw. Nebenfrau), die dadurch nicht voneinander getrennt werden."¹⁾ Wörtlich gesehen gilt diese Ausnahme nur für die Verdingung. Wenn wir jedoch Paragraph Chin tien-ku yu-fu fu-ien (Verbot der Vergeiselung und Verdingung von Ehefrauen) im Kapitel 57, Hsing-pu 19 (dem 19. Teil der Abteilung über das Strafwesen), Chu-chin 2 (2. Abschnitt über die verschiedenen Verbote), Chin tien-ku (Verbot der Vergeiselung oder Verdingung) des Yüan-tien-chang²⁾ in die Betrachtung mit einbeziehen, finden wir den Begriff 'Ku' (Verdingung) gleichzeitig mit dem anderen Begriff 'Tien' (Vergeiselung) zusammen. Daher ist es völlig korrekt zu sagen, daß die Ausnahme auch für den Fall gilt, daß der Mann und die Frau zusammen vergeiselt und dadurch nicht voneinander getrennt werden.³⁾

Im Paragraph Tien-ku li chou-sui wen-tzu (beim Vertrag über die Vergeiselung oder Verdingung ist als Fristangabe schriftliche Angabe nach vollen Jahren erforderlich) des Kapitel 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin tien-ku vom Yüan-tien-chang wird ausgeführt: ".....Am 5. Tag des 9. Monats des 22. Jahres (5. Oktober, 1285) der Regierungsdevise Chih-yüan (1264 - 1294)Vergeiselung oder Verdingung von Männern oder Frauen ist eine alte Untugend der vergangenen Sung-Dynastie (960 - 1279). Es schadet den Bräuchen und verdirbt die Sitten. Es ist kein gutes Recht. Im Gebiet Chiang-nan (südlich des Yang-tzu Flusses) hat man die Männer und Frauen vergeiselt oder verdingt. Wenn die Frist solcher Verträge schon abgelaufen ist, müssen sie (die vergeiselten Männer oder Frauen) sofort freigelassen werden, und die Restschuld muß nicht mehr bezahlt werden. Ab heute darf niemand seine eigenen Söhne oder Töchter vergeiseln oder verdingen. Nur die unter Armut und Bedrängnis lebenden Familien, die dringenden Geld und Waren benötigen, und sich zugleich nirgendwo sonst die Mittel beschaffen können, dürfen solche Verträge mit einer nach vollen Jahren bemessenen Frist schriftlich abschließen. Am Tag des Fristablaufes müssen sie (die vergeiselten Personen) sofort freigelassen werden."⁴⁾

(1). Sung Lien, a.a.O., Kap. 103, S. 21a. (Pona, S. 27959).

(2). Über den Wortlaut dieses Paragraphes siehe SS. 99 - 100.

(3). Nida Noboru. a.a.O. S. 631. Fußnote (22).

(4). Yüan-tien-chang, Kap. 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin tien-ku, § Tien-ku li chou-sui wen-tzu, Absatz Chih-yüan erh-nien, S. 13a-b. (GS. Bd.II, S. 762).

Aus oben erwähnten Stellen kann man folgende Schlüsse ziehen:

(I). Der freie Mensch darf sich vergeiseln oder verdingen.

Nur die freien Menschen gelten in China als Rechtssubjekt; sie sind im allgemeinen handlungsfähig, wenn sie zurechnungsfähig sind. Auch ein noch nicht erwachsener freier Mensch kann, wenn er handlungsfähig ist, und wenn er innerhalb des Familienlebens nicht der Gewalt des Hausherrn unterstellt ist, d. h. wenn sein Vater bzw. auch sein Großvater schon gestorben ist, und er zugleich keinen Älteren Bruder hat, sich selbst vergeiseln. Das ist genau so wie es auch in der Han-Zeit (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.) gewesen war.¹⁾

Die Sklaven werden nicht als Menschen bewertet. Sie gelten als bewegliche Sachen, gehören dem Besitzer oder dem Hausherrn. Die Sklaven, seien sie staatlich oder privat, dürfen sich nicht vergeiseln oder verdingen. Sie dürfen jedoch vom Eigentümer verpfändet werden. Nach Ablauf der Vertragsfrist muß sie der Verpfänder mit der ursprünglichen Vergütung vom Gläubiger loskaufen. Das gilt auch für den Fall, daß ein Sklave innerhalb der Vertragsfrist stirbt. Die Verpfändung von Sklaven gehört der Kategorie des Fahrnispfandes an und hat mit der Vergeiselung von Personen sachlich überhaupt nichts zu tun²⁾. Bestimmte Sklaven, nämlich 'Chien-hu' oder 'Kuan-hu', dürfen nicht verpfändet werden. Abschnitt Liang-chien ni-ch'an (über die Nachkömmlinge von freien Menschen und Sklaven) des Li-hsüeh chih-nan (Einführung in die Rechtskunde) enthält folgende Definition der 'Kuan-hu' und 'Chien-hu': "Gemeint sind die Nachkommen solcher Leute, die in einer früheren Dynastie als Dienstleistende einer Behörde zugeteilt worden waren, oder solcher, die in unserer Dynastie (gemeint Yüan-Dynastie) der Behörde der Provinz, oder des Landkreises zugeteilt worden sind, und die nicht auf der Steuerliste registriert und daher auch heimatlos sind.....Staatsklaven, die ursprünglich freie Menschen waren, sind die 'Chien-hu', und Staatsklaven, die ursprünglich private Sklaven waren, die 'Kuan-hu'."³⁾ Hier ist noch zu erwähnen, daß es sowohl in der T'ang-Zeit (618 - 906) wie auch in der Sung-Zeit (960 - 1279) zwischen 'Chien-hu'

(1). Siehe S. 67 ff.

(2). Darüber werden wir im nächsten Abschnitt sprechen.

(3). Li-hsüeh chih-nan, a.a.O., S. 54a.

und 'Kuan-hu' überhaupt keinen Unterschied gab. Im Kommentar zum Paragraph (47) Kuan-hu pu-oh'ü (Über die staatlichen Sklaven und die privaten Sklaven) im ersten Abschnitt Ming-li (Über die allgemeinen Regeln) des T'ang-lü shu-i (T'ang-Kodex mit Kommentar) von Ch'ang-sun Wu-chi (? - 659 n. Chr.) heißt es: "Kuan-hu' sind diejenigen, die ursprünglich nicht auf der Steuerliste der Provinz- bzw. Distrikt-regierung standen, die aber diesen zugehörig sind, und für diese die Äcker bebauen."¹⁾

Die Zulässigkeit der Selbstvergeiselung eines freien Menschen beruht vornehmlich auf zwei Überlegungen: Durch diese außerordentliche Handlung konnte einer in Armut geratenen Familie geholfen werden. Außerdem konnte durch sie die Beerdigung eines verstorbenen Vaters ermöglicht werden. Die Ausführungen im Hsing-fa ohih des Yüan-shih vor Sung Lien sind von diesem Standpunkt aus verständlich²⁾.

(II). Nur die eigengeborenen Kinder dürfen vergeiselt oder verdingt werden.

Der Sinn dieser Bestimmung ist es, den Menschenhandel durch den Mißbrauch fremder Kinder zu verhindern. Die eigengeborene Tochter darf aus Gründen der Sittlichkeit unter der Bedingung vergeiselt oder verdingt werden, daß der Gläubiger sie als Ehefrau oder Nebenfrau heiraten wird. Außerdem ist es in der Yüan-Zeit streng verboten, die Kinder von Mongolen zu vergeiseln. Im Paragraph Chin tien-mai meng-ku tzu-nü (Verbot der Vergeiselung oder des Verkaufes von Söhnen oder Töchtern mongolischer Abstammung) im Kap. 57, Hsing-pu 19 (19. Teil der Abteilung über das Strafwesen), Chu-chia 2 (2. Abschnitt über die verschiedenen Verbote), Chin-tien-ku (Verbot der Vergeiselung oder Verdingung) des Yüan-tien-chang heißt es: "Wenn der i-hui (Moslem), der Han-chen (Nord-Chinese), oder der Nan-chen (Süd-Chinese) die Söhne oder Töchter mongolischer Abstammung vergeiselt oder verkauft....., wird er bestraft."³⁾ Die mongolische Regierung wollte ihr sozialpolitisches Prestige dadurch schützen, daß ihre Sippen-genossen, falls sie in Armut gerieten, ihre Kinder nicht vergeiseln oder verkaufen durften.

(1). Ch'ang-sun Wu-chi, T'ang-lü shu-i, Ming-li. Kap. 3. § (47), Kuan-hu pu-oh'ü, Bd. I, S. 39.

(2). Siehe S. 93 - 94.

(3). Yüan-tien-chang, Kap. 57. Hsing-pu 19, Chu-chia 2. Chin-tien-ku, § Chin tien-mai meng-ku tzu-nü, S. 15b. (GS. Bd. IV. S. 763).

Umgekehrt ist die Vergeiselung von Chinesen an Angehörige fremder Volksgruppen mit besonderem Status häufig vorgekommen. Im Paragraph Tien-ku nan-nü (Vergeiselung oder Verdingung von Männern oder Frauen) im Kapitel 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin-tien-ku, des Yüan-tien-chang wird berichtet: ".....Im 5. Monat des 31. Jahres (Juni/Juli, 1294) der Regierungsdevise Chih-yüan (1263 - 1294).....Die She-mu-jen (die Zentral-asiaten, Personen mit Spezialstatus), die in Nord-China leben, sind entweder Beamte, Kaufleute oder Soldaten. Sie leben seit langer Zeit im Gebiet südlich des Huai-Flusses, und sind mit der dortigen Sitte vertraut. Sie haben männliche und weibliche Süd-Chinesen für Geld zum Schein adoptiert unter dem Vorwand, daß sie sie infolge ihrer Kinderlosigkeit als Stammhalter angenommen haben, oder sie ließen sie sich sogar ganz nach dortiger Sitte vergeiseln oder verdingen. Sobald die Süd-Chinesen bei ihnen im Norden wohnten, haben sie die Süd-Chinesen als Knechte weiterverkauft. Das ist eine Gaunerei, durch die unschuldige freie Menschen ewig zu Sklaven geworden sind und ihren früheren Status nicht wieder erlangen können."¹⁾

Am Anfang der Ch'ing-Dynastie (1644 - 1911), insbesondere in der K'ang-hsi Periode (1662 - 1722), war es parallel zur Vergeiselung freier Personen zunächst den Mandschus, und später auch der privilegierten chinesischen Oberschicht erlaubt, mit Sklaven zu handeln bzw. sie zu besitzen. Die Sklaven waren fast ausschließlich arme Chinesen²⁾. Die Gebräuche sind zwar während der Ch'ien-lung Periode (1736 - 1795) allmählich milder geworden, jedoch wurde es erst im ersten Jahr (1908) der Regierungsdevise Hsüan-t'ung (1908 - 1910) gesetzlich verboten, mit Sklaven zu handeln bzw. sie zu besitzen³⁾.

Hier ist noch zu erwähnen, daß die Vergeiselung freier Personen in der Yüan-Zeit nicht nur in zivilen Bereich, sondern auch beim Militär vorkommt. Im Paragraph Ta-te shih-i nien (Erlaß vom 11. Jahre der Regierungsdevise Ta-te, 1297 - 1307) im Abschnitt 9, Fü chün-shih (Fürsorge für die Soldaten) des Kapitels 2, Sheng-cheng 1 (die heilige Politik, I. Teil) des Yüan-tien-chang heißt es zum Beispiel: " In der kaiserlichen

(1). Yüan-tien-chang, Kap. 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin-tien-ku, § Tien-ku nan-nü, S. 14.a-b. (GS. Bd. II, S. 762).

(2). Siehe: Ta-Ch'ing hui-tien shih-li, Kap. 1118, Pa-ch'i tu-t'ung, Hu-k'ou, § Ch'i-jen mai-mai nu-p'u.

(3). Ch'en Wen-shih. Ch'ing-ch'u te nu-p'u mai-mai, in: Shih-huo yüeh-k'an, Vol. I, No. 1, SS. 29 - 38, (April, 1971, Taipei).

Botschaft aus Anlaß des Wechsels der Regierungsdevise Ta-te (1297 - 1307) zu Chih-ta (1308 - 1311) im 12. Monat des 11. Jahres (Januar/Februar 1307) der Regierungsdevise Ta-te gibt es einen Paragraphen.....Wenn die kaiserliche Botschaft bei den lokalen militärischen Behörden eintrifft, muß die zuständige Militärverwaltung alle diejenigen Familienangehörigen, welche die Soldaten aus Geldnot an Behörden vergeißelt haben, sofort freilassen, damit sie mit ihren Familien zusammengeführt werden können. Außerdem dürfen die geschuldeten Beträge nicht mehr zurückverlangt werden."¹⁾

Im Grenzgebiet wurden teilweise die Familienangehörigen des Pächters vom Grundbesitzer in einer betrügerischen Weise an andere vergeißelt oder verkauft. So wird zum Beispiel im Paragraph Chin chu-hu tien-mai tier-hu lao-hsiao (Verbot der Vergeißelung bzw. des Verkaufs der Familienangehörigen des Pächters durch den Grundstückseigentümer) im Kapitel 57, Hsing-pu 19, (19. Teil der Abteilung über das Strafwesen), Chu-chin 2 (2. Abschnitt über die verschiedenen Verbote), Chin-tien-ku (Verbot der Vergeißelung oder Verdingung) des Yüan-tien-chang ausgeführt: "Wie der Richter Shih Che-shan von der Provinz Chia-chou (entspricht der heutigen Hu-nan Provinz) berichtet, nehmen die Grundstückseigentümer in seinem Verwaltungsgebiet einfach keine Rücksicht auf die Familie des Pächters, indem sie willkürlich die Familienangehörigen des Pächters als Gegenstand behandeln, und sie an andere ohne Angabe der Vertragsdauer vergeißeln oder verkaufen. Dies kommt in der Praxis dem Sklavenhandel gleich. Belegend gibt es solche Pächterfamilien, die man auf ein kleines weitentfernt liegendes Stück Land setzt. Aus Furcht vor dem Gesetz bezeichnet man solche bereits vergeißelte bzw. verkaufte Pächterfamilien als 'Sui-tien k'o-hu' (das Ackerland begleitende Gastpächter).....Wenn die Vergeißelung bzw. der Verkauf der Pächter nicht ganz streng verboten wird, wird es zwangsläufig ständig zu Streitigkeiten kommenDiese Zustände, die an sich ein Ergebnis der korrupten Politik der vorigen Sung-Dynastie sind, konnten bis zum heutigen Tag nicht beseitigt werden. Im Norden wie im Süden sind alle Menschen gleichermaßen Untertanen des Kaisers. Wie kann es geduldet werden, daß der Grundherr seine Pächter wie Sklaven behandelt, sie vergeißelt bzw. verkauft?"²⁾ Den gleichen Wortlaut findet man auch im

- (1). Yüan-tien-chang, Kap. 2, Sheng-cheng 1, Abschnitt 9. Fu chün-shih, § Ta-te shih-i nien, S. 12a. (GS. Bd. I, S. 50).
- (2). Yüan-tien-chang, Kap. 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin-tien-ku, § Chin chu-hu tien-mai tien-hu lao-hsiao, S. 12a - 13a. (GS. Bd. II, SS. 761 - 762).

314

Paragraph Tien-mai tien-hu (Vergeiselung bzw. Verkauf der Pächter) im Kapitel 4, Hu-ling (die Erlasse über die Wirtschafts- und Familienangelegenheiten) des T'ung-chih t'iao-ko¹⁾.

(III). Die verheiratete Frau darf nur mit ihrem Mann zusammen vergeiselt oder verdingt werden.

So lautet es in Yüan-shih und Yüan-tien-chang²⁾. Aber inwieweit sich diese Vorschrift durchsetzen konnte, ist sehr fraglich. Denn die Vergeiselung der Frau ist in der Yüan-Zeit sehr verbreitet, vor allem im Yang-tzu Gebiet. Im Paragraph Chin tien-ku yu-fu fu-jen (Verbot der Vergeiselung und Verdingung von Ehefrauen) im Kapitel 57, Hsing-pu 19, Chu-ohin 2, Chin-tien-ku des Yüan-tien-chang heißt es: "Am 24. Tag des 6. Monats des 29. Jahres (10. Juli 1292) der Regierungsdevise Chih-yüan (1264 - 1294).....!.....Wenn die äußerst verarmten Leute in Chung-yüan (Zentral-China) unter Hungersnot litten, wollten sie sich lieber mit ihren Frauen und Kindern zusammen im Fluß ertränken, als sie an andere vergeiseln oder sogar verkaufen. Obwohl die Gebiete im Süden des Yang-tzu und des Huai-Flusses seit 15 Jahren miteinander in Berührung gekommen sind, sind die Gebräuche immer bedauernswerter und die Sitten verdorbener geworden. Bis heute gibt es noch Entsetzliches, was man kaum für wahr halten kann. Die Frau ist dem Gläubiger vergeiselt und lebt dort mit ihm ganz unverhohlen wie eine Ehefrau oder Nebenfrau zusammen. Häufig hat sie dort Kinder geboren. Nach Ablauf des drei-oder fünfjährigen Termins ist zwar vorgesehen, daß sie zu ihrem Ehemann zurückkehren kann. Dennoch begehrt entweder der Gläubiger die Frau weiterhin und erlaubt sich, sie für mehr Geld weiterhin zu behalten, oder die Frau ist durch den reichlichen und häufig großzügigen Unterhalt seitens des Gläubigers verwöhnt worden und dadurch in ihn verliebt. Daher verachtet sie ihren Ehemann und will ihn im Stich lassen. Im Laufe der Zeit lieben sie und der Gläubiger sich immer mehr,

-
- (1). T'ung-chih t'iao-ko, Kap. 4, § Tien-mai tien-hu, S. 18b - 20b.
Vgl. Aritaka Iwao, Gendai no nomin seikatsu ni tsuite, aufgenommen in: Kuwabara hakase kanreki kinen, toyoshi ronso, S. 979 ff., Shuto Yoshiyuki, So-Gen jidai no tenko ni tsuite, in: Shigaku zasshi, No. 44-10, S. 40 ff., und Niida Noboru, To- So heritsu monsho no kenkyu, S. 379.
- (3). Siehe S. 93 --94.

so daß sich die ganze Geschichte zwangsläufig auf diese Weise entwickeln muß. Im einfacheren Fall ist sie durch den Aufwand von mehr Geld weiterhin vergeiselt. Im schlimmeren Fall ist sie mit dem Gläubiger zusammen weggelaufen. Wenn das Liebesfieber so heftig geworden ist, daß sich die beiden nicht einmal für Sekunden trennen können, passiert es oft, daß eine beteiligte Partei von der anderen aus Eifersucht oder Rache getötet oder verletzt wird. Im Hinblick auf die öffentliche Ordnung wird man auf keinen Fall leicht bestraft, wenn man für Geld seine Frau mit einem anderen Mann schlafen läßt. Die dummen Leute aus dem Süden haben hemmungslos Geld angenommen und vergeiselten ihre Frauen an andere. Mehrere Jahre leben die Frauen mit dem anderen (dem Gläubiger) wie in der Ehe. Ist es nicht viel schlimmer als das Vergehen, daß man seine Frau gelegentlich gegen das Gesetz verstößt? Es muß verboten werden, die Frau, die einen Ehemann hat, zu vergeiseln oder zu verdingen."¹⁾

Von dieser Vorschrift ausgenommen waren die Frauen, die schon wegen eines sittenwidrigen Verhaltens bestraft, oder infolge eines Scheidungsgrundes aus dem Haus des Ehemannes ausgestoßen worden waren, oder Familienangehörige von Schauspielern waren. Zu jener Zeit wurde in China der Schauspieler als einer der niedrigsten Berufe bewertet. Solche Frauen genießen keinen Rechtsschutz. Im Paragraph Ch'ü-fu wei-ch'ang (Zwang der Frauen zur Prostitution) im Kapitel 4, Hu-ling (Erlasse über Wirtschafts- und Familienangelegenheiten) des T'ung-chih t'iao-ko wird dies wie folgt formuliert: "Im 10. Monat des 18. Jahres (Nov. Dez. 1876) der Regierungsdynastie Chih-yüan (1264 - 1294) hat sich das Staatssekretariat beraten und zugleich folgendes beschlossen. Ab heute werden der Ankäufer, der Verkäufer, der Makler sowie jeder Bürge nach dem Gesetz bestraft, wenn er eine Frau zum Zweck der Prostitution auf Wiederkauf verkauft, oder sie vergeiselt oder verdingt.....Die Frau muß den Status eines freien Menschen wiedererlangen.....Ausnahmen gelten für die Frauen, die schon wegen sittenwidrigen Verhaltens bestraft oder infolge eines Scheidungsgrundes aus dem Haus des Ehemannes ausgestoßen worden sind, oder Familienangehörige von Schauspielern sind."²⁾

- (1). Yüan-tien-chang, Kap. 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin-tien-ku, § Chin tien-ku yü-fu fu-jen, S. 13b - 14a. (GS. Bd. II, S. 762).
- (2). T'ung-chih t'iao-ko, Kap. 4, Hu-ling, § Ch'ü-fu wei-ch'ang, S. 21b. Ferner vergleiche auch:
Yüan-tien-chang, Kap. 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin-tien-ku, § Tien-ku yü-fu fu-jen tsang-ch'ao, S. 15b. (GS. Bd. II, S. 762).

Wenn die vergeiselten Nebenfrauen Söhne haben, sind diese mit den adoptierten Söhnen an der Erbschaft gleichberechtigt beteiligt. Das zeigt Paragraph T'ung-tsung kuo-ohi nan-tzu yü shu-sheng-tzu chün-fen chia-ts'ai (der adoptierte Sohn desselben Stammes erbt gleichberechtigt wie der Sohn der Nebenfrau die gesamte Familienerbschaft) im Kapitel 19, Hu-pu 5 (5. Teil der Abteilung über die Wirtschafts- und Familienangelegenheiten), T'ien-tsai 5 (5. Abschnitt über Ackerland und Häuser), Chia-ts'ai (Familieneigentum) des Yüan-tien-chang : "Im 10. Monat des 1. Jahres (Nov./Dez. 1312) der Regierungsdevise Huang-oh'ing (1312 - 1314)..... (In der Provinz Chiang-oh).....T'ang Cheng hat Sorge um seinen Stammhalter. Seine Ehefrau, geborene Wang, hatte ihm einen Sohn geboren. Nach weniger als einem Jahr adoptierte er seinen Neffen T'ang Chu als Sohn. Zwölf Jahre später wurde ihm von einer bei ihm vergeiselten Frau, eine geborene Kê, ein Sohn, genannt T'ang Chen geboren.....Nach mehr als 25 Jahren, im 31. Jahr (1294) der Regierungsdevise Chih-yüan (1264 - 1294) starb T'ang Chengs Ehefrau, geborene Wang. Die Mutter des zweiten Sohnes T'ang Chen, geborene Kê, übernahm den Haushalt.....Als T'ang Cheng noch lebte, hatte er mit dem Siopengenossen T'ang Kang-ta als mitwirkendem Zeugen ein Testament errichtet, wonach seine Erbschaft auf die zwei Söhne gleichberechtigt verteilt werden sollte."¹⁾

(IV). Der Vertrag muß schriftlich niedergelegt und darf nicht für eine längere Zeit als fünf Jahre geschlossen werden.

Fünf Jahre sind die maximale Frist. Innerhalb dieser Frist darf der Vertrag nicht verlängert werden. Die weitere Vergeiselung oder Verdingung ist nur dann gestattet, wenn der neue Vertrag die maximale Frist des ursprünglichen Vertrages nach Abzug des schon geleisteten Zeitabschnittes nicht überschreitet. Nach Ablauf der Frist ist der Vergeiselte im Sinne des Chih-yüan tsa-ling²⁾ selbstverständlich von dem Gläubiger entbunden. Dennoch muß ihn der Schuldner mit der Schuldsumme von dem Gläubiger loskaufen. Wenn der Schuldner, der sich selbst vergeiselt hat, sich nicht gleich loskaufen kann, muß er noch zusätzlich Dienst leisten, bis seine Schulden getilgt sind. Wenn zwei oder mehr Personen vergeiselt sind, und

(1). Yüan-tien-chang, Kap. 19, Hu-pu 5, T'ien-tsai 5, Chia-ts'ai, § T'ung-tsung kuo-ohi nan-tzu yü shu-sheng-tzu chün-fen chia-ts'ai, Absatz Huang-oh'ing yüan-nien, S. 17a - 18b. (GS. Bd. I, S. 290).
 (2). Siehe S. 92 - 93.

wenn eine von ihnen inzwischen stirbt, wird ihr Anteil vom gesamten Betrag der Schuld abgezogen. Es gibt auch einen Fall, wo eine öffentliche Institution beim Loskauf des Vergeiselten Beihilfe geleistet hat. Im Paragraph Tien-oh'i kuan-wei shou-shu (die vergeiselte Frau wird durch die Beihilfe der Behörde losgekauft) im Kapitel 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin-tien-ku des Yüan-tien-chang heißt es: "Am 29. Tag des 11. Monats des 15. Jahres (15. 12. 1278) der Regierungsdevise Chih-yüan (1264 - 1294).....(in der Provinz Chiang-hsi).....P'eng Liu-shih leidet unter Armut. Deswegen hat er seine Frau, genannt A-wu, an P'eng Ta-san schriftlich verdingt. Der Vertrag dauert drei Jahre und er bekommt dafür Geld im Betrag von 5 Kuan (1 Kuan = 1000 Geldmünzen).....Das widerspricht der Vorschrift über die Vergeiselung bzw. Verdingung von freien Menschen.....P'eng Liu-shih hat sich darauf eingelassen, weil er in Schwierigkeit geraten war und sich nicht mehr ernähren konnte. Daher hat er freiwillig seine Frau verdingt. Das ist eine zwangsläufige Folge, hervorgerufen durch sein Elend. Wegen dieses Motives kann er nicht ohne weiteres bestraft werden. Es ist daher angebracht, aus amtlicher Kasse das Geld im Betrag von 5 Kuan an P'eng Ta-san zurückzuerstatten, damit die Frau von ihm losgekauft werden kann. A-wu soll mit ihrem Mann P'eng Liu-shih weiter zusammenleben. Der schriftliche Vertrag muß konfisziert und vernichtet werden. Außerdem muß der Fall bekannt gemacht werden, damit das Verbot, Frauen zu vergeiseln bzw. zu verdingen, aufrecht erhalten werden kann."¹⁾

Es bleibt trotzdem noch eine Frage offen, ob nämlich diese (maximale) Frist unbedingt ein Bestandteil des Vertrages sein mußte. Darauf kommen wir am Ende dieses Abschnittes noch zurück²⁾.

In die Vertragspraxis gewähren uns einige Yuan- bzw. Mingzeitliche Vertragsmuster einen gewissen Einblick. In der zwei bis heute komplett erhaltengebliebenen Enzyklopädie T'ung-shien shih-wen lei-chü (1446) Ch'ing-ch'ien (datiert im ersten Jahr der Regierungsdevise T'ai-ting, 1424) und Hsin-pien shih-wen lei-chü ch'i-cha ch'ing-ch'ien (datiert während der Regierungsdevise Ch'ung-t'ai, 1450 - 1456; sicherlich ist

(1). Yüan-tien-chang, Kap. 57, Hsing-pu 19, Chu-chin 2, Chin-tien-ku, § Tien-oh'i kuan-wei shou-shu, S. 12a. (GS. Bd. II, S. 761)

(2). Siehe S. 107 - 108.

es nach dem yñanzeitlichen Werk entwickelt und geändert worden)¹⁾ finden wir einige entsprechende Vertragsmuster. Aus dem ersten Werk stammen die Vertragsmuster I und II, aus dem zweiten III und IV. Bei den Vertragsmustern I und III handelt es sich um die Vergeiselung von Jungfrauen, bei II und IV um die Vergeiselung von Knaben.

Vertragsmuster I. Ku nü-tzu shu-shih (Vertragsmuster zur Verdingung einer Jungfrau)²⁾

"A, wohnhaft im Stadtviertel P des Distriktes Q.

Der Obengenannte hat mehrere Töchter darunter eine Tochter C. Sie ist jetzt soundsoviel Jahre alt und noch nicht verheiratet. Aus Furcht, daß sie im künftigen Leben zu kurz kommen würde, hat A sich mit seiner Frau B beraten und mit Einverständnis den D als Vermittler gebeten, diese Tochter ohne zeitliche Begrenzung an E, wohnhaft im Stadtviertel R des Distriktes S, als Nebenfrau zu verdingen. Am Tag des Vertragsabschlusses hat A folgendes Heiratsgut erhalten: ein Paar Goldkämme und ein Ko (1 Ko = 1/10 Pinte) bunte Seide.

Oben angegebenes Heiratsgut ist umgerechnet im Wert von soundsoviel Kuan (1 Kuan = 1000 Käschen) des Chung-t'ung-ch'ao (Papiergeld der Regierungsdemise Chung-t'ung, 1260 - 1263) und auch vollständig an A übergeben worden. Etwas anders hat A nicht erhalten. Die Verdingte ist seine soundsovielte Tochter C. Sie ist mit Sicherheit eine Jungfrau und hat noch nie jemanden geheiratet. Es ist sein eigener Wille, daß er durch den Vermittler seine Tochter C als Nebenfrau verdingen läßt. Es besteht keinerlei Widerspruch gegen das Gesetz. Wenn es doch einen Widerspruch geben sollte, ist sich der Vermittler völlig darüber im klaren und verpflichtet sich zu bestätigen, daß er mit dem Dienstherrn (Gläubiger) nichts zu tun hat³⁾. Wenn diese Tochter später im Haus (des Gläubigers) aus irgendeiner nicht beeinflussbaren Ursache sterben sollte, soll es ihr Schicksal sein.

(1). Dazu siehe: Niida Noboru, 'Hsin-pien shih-wen lei-yao ch'i-cha ch'ing-ch'ien' Kaidai, als Anhang zu Koten Kenkyukai (Hrsg.), Hsin-pien shih-wen lei-yao ch'i-cha ch'ing-ch'ien, einen foto-mechanischen Nachdruck vom Verlag Tai-an, Tokyo, 1963.

(2). Text siehe Anhang No. XI.

(3). Dem Gläubiger (Dienstherrn) sollen aus einem etwaigen Rechtsverstoß des D oder des A keine Nachteile erwachsen.

Aus diesem Umstand darf A keinerlei Ansprüche herleiten. Diese Vereinbarungen zwischen den Parteien zu gewährleisten, dient dieser schriftlich abgeschlossene Vertrag als Beweis.

Am x. Tag des Monats y im Jahre z.

Name des Vaters, gezeichnet mit Kreuz oder Unterschrift

Name der Mutter, gezeichnet mit Kreuz

Name des Vermittlers, gezeichnet mit Kreuz."

Vertragsmuster II. Ku hsiao-ssu ch'i-shih (Vertragsmuster zur Verdingung eines jungen Dieners)¹⁾

"A, wohnhaft im Stadtviertel P des Distriktes Q.

Der Obengenannte hat einen von ihm gezeugten Sohn B, soundso alt. Aus dem Grunde, da es heuer Dürren und Mißernte gibt, kann er seinen Sohn nicht mehr ernähren. Daher hat er aus eigenem Entschluß C als Bürgen gebeten, diesen Sohn an das Haus des D, wohnhaft im Stadtviertel R des Distriktes S, als jungen Hausdiener für den Zeitraum von drei Jahren zu verdingen. Von den drei Anwesenden ist folgendes beschlossen worden: Als jährliches Entgelt wird für die Dienstleistungen ein Zinsgeld im Wert von soundsoviel Kuan (1 Kuan = 1000 Kasch) festgelegt. Einer Teil davon in Höhe von soundsoviel Kuan hat bereits A vollständig als Vorauszahlung erhalten. Der Rest wird am Tag des Fristablaufs berechnet und ausbezahlt. Sobald B seinen Dienst antritt, muß er sich mit aller Sorgfalt Mühe geben und sich mit vollem Gehorsam dem Haus des Dienstherrn zur Verfügung stellen. Er darf weder nachlässig noch unanständig sein. Ferner darf er nicht mit den Leuten außerhalb des Hauses gemeinsam die Güter des Hauses stehlen und damit weglaufen. Sollte etwas Derartiges sich ereignen, haftet der Bürge dafür und muß ohne irgendwelche Einwände die Verluste ersetzen. Wenn später B im Haus des D aus irgendeiner nicht beeinflussbaren Ursache sterben sollte, soll es sein Schicksal sein. Aus diesem Umstand kann A keinerlei Ansprüche herleiten. Da mit Menschlichkeit und Vernunft allein ein Beweis nur sehr schwer zu führen ist, wird zu Beweiszwecken diese Vertragsurkunde errichtet.

Am X. Tag des Monats Y im Jahre Z.

Name des Vaters, gezeichnet mit Kreuz oder Unterschrift

Name des Bürgen, gezeichnet mit Kreuz."

(1). Text siehe Anhang No. XII.

Vertragsmuster III. Tien-ku nñ-tzu shu-shih (Vertragsmuster zur Vergeiselung bzw. Verdingung einer Jungfrau)¹⁾

"A, wohnhaft in X, hat eine von ihm gezeugte Tochter B, soundso alt. Sie hat nie von jemandem Heiratsgut entgegengenommen. Infolge des Geldmangels hat A jetzt C als Vermittler gebeten, freiwillig die B an das Haus des D als Nebenfrau zu verdingen. Dafür hat A Geld im Betrag von soundsoviel als Heiratsgut bekommen. Die Verdingte ist von ihm gezeugt und auf keinen Fall von Fremden entführt. Es besteht daher keinerlei Widerspruch gegen das Gesetz. Wenn es doch einen Widerspruch geben sollte, ist sich A bewußt, daß der Dienstherr (Gläubiger) damit nichts zu tun hat. Wenn die Tochter später im Haus von D aus irgendeiner nicht beeinflussbaren Ursache sterben sollte, soll es ihr Schicksal sein. Aus diesem Umstand darf A keinerlei Ansprüche herleiten. Um diese Vereinbarung zwischen den Parteien zu gewährleisten, dient dieser schriftlich abgeschlossene Vertrag als Beweis.

Am X. Tag des Monats Y im Jahre Z.

Name des Vaters, gezeichnet mit Kreuz oder Unterschrift.

Name der Vermittlers, gezeichnet mit Kreuz."

Vertragsmuster IV. Tien-ku nan-tzu shu-shih (Vertragsmuster zur Vergeiselung bzw. Verdingung eines Knaben)²⁾

"A, wohnhaft in P, hat einen von ihm gezeugten Sohn B, soundso alt. Aus dem Grunde, da es heuer Dürren und Mißernte gibt, kann er seinen Sohn nicht mehr ernähren. Daher hat er aus eigenem Entschluß C als Bürgen gebeten, diesen Sohn an das Haus von D im Ort Q als jungen Hausdiener zu vergeiseln oder zu verdingen. In Anwesenheit der drei Personen ist das Geld im Betrag von soundsoviel als Vergütung vollständig an A übergeben worden. Sobald B seinen Dienst antritt, muß er sich mit aller Sorgfalt Mühe geben, und sich mit vollem Gehorsam dem Haus des Dienstherrn (C) zur Verfügung stellen. Er darf nicht nachlässig sein. Ferner darf er nicht eigenwillig das Haus verlassen oder die Güter des Hauses stehlen und damit weglaufen. Sollte etwas Derartiges sich ereignen, wird A bereit sein, auf eigene Kosten die Sache wiederzubeschaffen, oder den Wert zu ersetzen. Falls B im Haus von D aus irgendeiner nicht beeinflussbaren Ursache sterben sollte, soll es sein Schicksal sein. Aus diesem Umstand

(1). Text siehe Anhang No. XXVII.

(2). Text siehe Anhang No. XXVIII.

kann A keinerlei Ansprüche herleiten. Die jetzt errichtete Schrift dient als Beweis.

Am X. Tag des Monats Y im Jahre Z.

Name des Vaters, gezeichnet mit Kreuz oder Unterschrift.

Name des Bürgen, gezeichnet mit Kreuz."

Wenn man die vier angefügten Vertragsmuster genau betrachtet, ist es völlig klar, daß solche Verträge überhaupt dafür gedacht sind, den Gläubiger zu schützen. Denn der Gläubiger ist zwar irgendwo im Vertrag einmal erwähnt, braucht aber nicht den Vertrag zu unterschreiben, als ob ein solcher Vertrag ein Vertrag zu Gunsten einer dritten Person wäre. Neben dem Schuldner haften der Vermittler (im Vertragsmuster I und III) oder der Bürge (im Vertragsmuster II und IV). Die Art und Weise des Loskaufes ist in keinem Vertragsmuster irgendwie erwähnt. Außerdem kommt auch die Dauer des Vertrages nicht in allen Vertragsmustern vor. In zwei älteren Vertragsmustern ist sie zwar erwähnt, aber verschieden. In einem Fall beläuft sie sich auf drei Jahre. In anderem ist der Vertrag unbefristet. In den übrigen zwei anderen wird sie gar nicht festgelegt. Das Werk Hsin-pien shih-wen lei-yao ch'i-cha ch'ing-ch'ien, woraus die Vertragsmuster I und II entnommen sind, ist im ersten Jahr (1324) der Regierungsdevisse T'ai-t'ing (1324 - 1327) als neugedruckte Ausgabe veröffentlicht worden. Das Werk Hsin-pien shih-wen lei-ch'ü ch'i-cha ch'ing-ch'ien, in dem die Vertragsmuster III und IV enthalten sind, ist zwar ein in der Ming-Zeit während der Regierungsdevisse Ching-t'ai, 1450 - 1456) gedrucktes Werk, ist aber eine Wiedergabe eines spätmingzeitlichen Werkes. Solche Enzyklopädien sind in breitem Maße, insbesondere von der unteren und mittleren Schicht, im alltäglichen Leben als Muster und Vorwiser angewendet worden. Diese Vertragsmuster zeigen, daß sich die Gesellschaft seit der Regierungsdevisse Chih-yüan (1364 - 1368), was unser Thema anbetrifft, erheblich geändert hat. Insofern kann man behaupten, daß das Shih-yüan 'tsu-ling (Verschiedene Erlasse aus der Regierungsdevisse Chih-yüan)⁽¹⁾ nicht als allgemein gültig für die Yuan-Zeit betrachtet werden darf. Es kann nur als gültig für den Zeitraum der Regierungsdevisse Chih-yüan, höchstens noch für kurze Zeit danach, angesehen werden. Denn spätestens dreißig Jahre danach ist urkundlich nachweisbar, daß die soziale Lage anders

(1). Siehe S. 92 - 93.

geworden ist. Während der Chih-yüan Periode darf die Frist maximal 5 Jahre betragen, und sie ist zugleich ein Bestandteil des Vertrages. Ein Vertrag, der diese Höchstfrist überschritt, war nichtig. Später ist es anders. Die Entwicklung nach der Chih-yüan Periode sollte aber differenziert betrachtet werden. Bei der Vergeiselung von Jungfrauen geht die Entwicklung von befristeten Rechtsverhältnissen bis zur Vergeiselung ohne Fristbestimmung. Anders ausgedrückt hat sie sich zur 'Eheschließung zweiter Klasse' entwickelt. Die Vergeiselung von Knaben hat sich zwar auch von einem auf 5 oder 3 Jahre befristeten zu einem unbefristeten Rechtsverhältnis entwickelt. Dennoch ist der vergeiselte Knabe nicht zwangsläufig zum Sklaven des Gläubigers degradiert worden. Theoretisch kann der Schuldner ihn jederzeit vom Gläubiger loskaufen. Das ist in der Ming-Zeit (1368 - 1644) auch tatsächlich vorgekommen. Dies darf jedoch wohl nur als sehr seltene Ausnahme betrachtet werden.¹⁾ Der Paragraph Tien-ku oh'i-ch'ieh (Vergeiselung oder Verdingung von Ehefrauen bzw. Nebenfrauen an andere) im Kapitel 6 Fen-yin (über die Eheschließung) des Abschnittes Hu-lü (Gesetze über die Familienangelegenheiten) des Gesetzbuches der Ming-Dynastie lautet: "Wer für Geld seine Ehefrau oder Nebenfrau an andere als Ehefrau oder Nebenfrau vergeiselt oder verdingt, wird mit 80 Stockschlägen bestraft. Der Gläubiger wird mit 60 Stockschlägen bestraft. Die Frauen werden nicht bestraft. Wer seine Frau bzw. seine Nebenfrau betrügerisch als seine Schwester einen anderen heiraten läßt, wird mit 100 Stockschlägen bestraft. Seine Frau bzw. Nebenfrau wird mit 80 Stockschlägen bestraft. Wer mit Kenntnis die Frau heiratet, wird mit Gleichem bestraft. Die Ehe muß geschieden werden. Das Heiratsgut wird konfisziert. Wer ohne Kenntnis das begeht, wird nicht bestraft. Das Heiratsgut muß in diesem Fall nachträglich zurückerstattet werden."²⁾ Einen Paragraphen mit dem gleichen Wortlaut findet man auch in dem Gesetzbuch der Ch'ing-Dynastie (1644 - 1911)³⁾.

-
- (1). Siehe: Fu I-ling, Ming-tai hui-chou chuang-p'u wen-yieh chi-t'shan, in: 'Wen-wu ts'an-k'ao tzu-liao', No. 2, Jahrgang 1960, S. 14 ff.
 - (2). Ming-lü oh'i-ch'ieh fu-li, Bd. II, 3. Teil, Hu-lü, Kap. 6, Fen-yin, § Tien-ku oh'i-ch'ieh, S. 6b. (GS. Bd. II, S. 650).
 - (3). Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsien-ts'uan, Bd. II, Kap. 9, Fen-yin, § Tien-ku oh'i-ch'ieh, S. 1a. (GS. Bd. II, S. 1021). Vgl. auch: Hsing-an hui-lan, Bd. II, Kap. 7, Hu-lü, Fen-yin, § Tien-ku oh'i-ch'ieh, S. 22b ff. (GS. Bd. II, S. 634 ff.)

Das heißt, bestraft wird nur, wer seine Ehefrau oder Nebenfrau vergeißelt. Mit anderen Worten: Es ist erlaubt, sich selbst oder seine Kinder zu vergeißeln oder zu verdingen. Über die Dauer der Vergeißelung ist zwar im Gesetz und sonstigen Vorschriften in der Ming- und Ch'ing-Zeit nichts zu erfahren, dennoch kann man als sicher annehmen, daß die Gebräuche der späteren Yüan-Zeit weiterhin noch existiert haben¹⁾. Parallel zur Vergeißelung von Personen existierte während der Ch'ing-Dynastie noch der Sklavenhandel²⁾.

Seit der Yüan-Zeit (1280 - 1367) mußte man bei jedem abgeschlossenen Vertrag bei der Behörde eine Vertragsteuer bezahlen. Dem schriftlichen Vertrag wurde eine schriftliche Bestätigung mit dem Amtssiegel der Lokalbehörde (durch Ankleben) beigelegt. Diesen Bestätigungsvermerk nannte man 'Chu-ch'i' (rote Schrift)³⁾. In der Ch'ing-Zeit (1644 - 1911) hieß er 'Hung-ch'i' (rote Schrift) oder 'Yin-ch'i' (mit dem Siegel versehene Schrift). Daneben gab es eine 'Pai-ch'i' (weiße Schrift). So nannte man den Vertrag selbst, wenn er nicht bei der Behörde registriert und nach ihm auch keine Steuer bezahlt wurde⁴⁾.

Man kann also abschließend sagen, daß die vergeißelte Person der Gewalt des Gläubigers unterworfen und im Rahmen des Vertrages ihm gegenüber zu Dienst verpflichtet war. Die vergeißelten Frauen wurden zu Nebenfrauen bzw. Konkubinen oder sogar zu Prostituierten. Die vergeißelten oder verdingten Personen männlichen Geschlechtes wurden zu Hausmeistern oder Lakaien.

(1). Siehe S.

(2). Ch'en Wen-shih, 'Ch'ing-shih ch'iu-tu-p'ien' - 1911, a.a.O.

(3). T'ao Tsung-i, Tsou-keng lu, Kap. 17, S. 7b.

(4). 'Pai-ch'i' und 'Hung-ch'i' gab es auch beim Sklavenhandel. Über die unterschiedlichen Rechtsfolgen zwischen 'Pai-ch'i' und 'Hung-ch'i' beim Sklavenhandel siehe auch: Ch'en Wen-shih, a.a.O.

3. Teil: Dingliche Sicherungsrechte

1. Abschnitt: Das Pfandrecht an beweglichen Sachen

§ 7. Von der Han-Zeit bis zum Beginn der T'ang-Zeit

Wie obengezeigt wurde, hat Shuo-wen, das paläographische Lexikon der späteren Han-Zeit (206 v. Chr. bis 220 n. Chr.), das Wort Pfand auf Chinesisch 'Chih' folgendermaßen definiert: 'I-wu hsiang-chui.' Das heißt, eine bewegliche Sache zum gegenseitigen Profit versetzen. Das Wort 'Chui' ist so definiert: 'I-wu chih-ch'ien.' Das bedeutet, eine bewegliche Sache einsetzen, um daraus Geld zu schlagen. Da dieses Lexikon spätestens etwa im 2. Jahrhundert nach Christus von Hsü Shen kompiliert wurde, ist es angebracht, dieses Zeugnis als Beweis anzuführen, daß spätestens seit der Han-Zeit das Pfandrecht an beweglichen Sachen, das Fahrnispfand, üblich war.¹⁾

Ferner haben wir bereits am Anfang des letzten Teils schon erwähnt, daß das Darlehen als solches schon in der Ch'un-ch'iu und Chan-kuo-Zeit (722 - 481 u. 481 - 221 v. Chr.) existierte.²⁾ Daher ist anzunehmen, daß schon während der Chan-kuo-Zeit das Fahrnispfand möglicherweise vorhanden war, obwohl wir dafür noch keinen konkreten Beweis angeben können.

In der Literatur der späteren Han-Zeit und auch der Vor-T'ang-Zeit wurde der Begriff 'verpfänden' beim Fahrnispfand mit dem Zeichen 'Fan-chih' oder 'Chih-ch'ien' ausgedrückt. In der Dynastie-Geschichte sowie in den Annalen der späteren Liu-ch'ao-Zeit (Sechs Dynastien, die hintereinander Chien-yeh/Nanking als ihre Hauptstadt gehabt haben, 222 - 589) finden wir diesbezüglich mehrere Stellen über das Fahrnispfand in dieser Zeit. Im Kapitel 19 Hsiao-i lieh-chuan (Aufzeichnungen in Hinsicht auf Pietät und Menschlichkeit als Vorbild geltender Persönlichkeiten) des Sung-shu (Dynastie-Geschichte vom Haus Liu, 420 - 78) von Shen Yüeh (441 - 513) wird bei der Beschreibung des pietätvollen Verhaltens des Kuo Shih-tao (? - ?) und dessen Sohnes Kuo Yüan-p'ing (? - ?) folgendes gesagt: ".....Vor dem Grab seines Vaters gab es einige zehn Mou (1 Mou = 1 Morgenland = 240 Geviertschritt) Ackerland, das ursprünglich

(1). Siehe auch S. 25 u. 64.

(2). Siehe SS. 63 - 67.

dem Yüan-p'ing nicht gehörte. Jedes Mal pflichtete die Bauern zur Zeit des Anbaus dort, wobei sie ihre Oberkörper nackt ließen. Yüan-p'ing konnte es nicht mehr ertragen, daß man derartig das Grab schändete. Daher verpfändete er seine Sachen (fan-chih chia-tzu) und kaufte zu einem höheren Preis dieses Ackerland. Im dritten Monat der Zeit des Anbaus pflichtete er das Land und schluchzte."¹⁾

Kapitel 70 Chen Fa-ch'ung, sun Pin, chuan (Biographie des Chen Fa-ch'ung und dessen Enkels Pin, ? - ?) des Nan-shih (Dynastie-Geschichte über die Süd-Dynastien, 420 - 589) von Li Yen-shou (? - ? aus der T'ang-Zeit) enthält ein weiteres Beispiel. "Der Enkel des Fa-ch'ung, genannt Pin, ... hat einmal ein Bündel Hanf in einem buddhistischen Tempel in der Stadt Ch'ang-sha (in der heutigen Provinz Hu-nan) verpfändet (ohu Ch'ang-sha shih-k'u chih-ch'ien). Später hat er seine Pfandschulden getilgt und bekam dieses Bündel Hanf zurück. Da fand er in dem Bündel ein Goldstück im Gewicht von 5 Liang (1 Liang = 1 Unze), das in ein Handtuch gewickelt war. Pin gab es dem Pfandhaus des Tempels zurück. Der buddhistische Mönch war erstaunt und sagte: 'In diesem Jahr verpfändet man sogar sein Gold (1 tz'u chin chih-ch'ien).....'"²⁾ Das Pfandleihgeschäft war eine der gesellschaftlichen Funktionen des buddhistischen Tempels zu dieser Zeit. Daher wurde das Pfandhaus 'Shih-k'u' (Schatzkammer des Tempels) genannt. Schon in der Liang-Zeit (502 - 556) war es üblich, daß der buddhistische Tempel an weltlicher Pfandleihgeschäft teilnahm, und ein Pfandhaus, bekannt als 'Shih-k'u' (Schatzkammer des Tempels), einrichtete.³⁾

Der Verpfändungsvertrag mußte wohl wie der Darlehensvertrag in der Han-Kuo-Zeit (475 - 221 v. Chr.)⁴⁾ schriftlich abgeschlossen werden. In der Liu-oh'ao-Zeit (222 - 589) stellte das Pfandhaus den Schuldschein aus.

- (1). Shen Yüeh, Sung-shu, Kap. 91, Hsiao-i lieh-chuan, Kuo Shih-tao tzu Yüan-p'ing chuan, S. 11 (Pona, S. 113).
- (2). Li Yen-shou, Nan-shih, Kap. 70, Chen Fa-ch'ung, sun Pin, chuan, S. 10a-b (Pona, S. 127/6).
- (3). Siehe: Michihata Ryōshū, Shin bukō ō shū u. Shin ō shū, in: Ōtani gakuhō, Vol. 1, No. 1, S. 117 ff. und Shin ō shū in Michisaburo Shitsuya u. Shin ō shū, aufgenommen in dessen Seisaku, Hōseishi ronshū, S. 23 ff. Beides aufgenommen in: Lim Pün-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0360 u. 0369.
- (4). Siehe S. 67.

Er wurde mit dem Wort 'T'ieh-tzu' bezeichnet. So zum Beispiel im Kapitel 42 Hsiao T'an-chih chuan (Biographie des Hsiao T'an-chih, ? - 499 n. Chr.) des Nan-Ch'i shu (Dynastie-Geschichte von Süd-Ch'i, 479 - 501) von Hsiao Tzu-hsien (489 - 537): "...Seine Familie ist nackt und arm, und hat nur einige hundert Schuldscheine (T'ieh-tzu)....."¹⁾ Wie ein solcher 'T'ieh-tzu' abgefaßt war, dafür finden wir bis heute kein überliefertes Muster oder sonstige Stellen aus der damaligen Literatur.

Als Pfandobjekt galten nicht nur die beweglichen Sachen, sondern auch die Sklaven. Die Sklaven gehörten zum Eigentum des Hausherrn. Im Kapitel 39 Lu Ch'eng chuan (Biographie des Lu Ch'eng, 425 - 494) des Nan-ch'i shu wird von Hsiao Tzu-hsien folgendes berichtet: "Der Bruder des (Lu) Ch'eng hieß (Lu) Hsien.....Ku Ts'e (? - ?), der zu dieser Zeit Kanzleidirektor (Chu-pu) bei der Kreisverwaltung Yang-chou (in der heutigen Provinz Hu-pei) war, hatte zwei Sklaven bei Hsien für Geld verpfändet....."²⁾ Die Verpfändung von Sklaven begegnet uns auch im Jen Yen-sheng tsou-t'an Liu Cheng (Gesuch an den Kaiser um eine Anklage gegen Liu Cheng, ? - ?, vorgelegt von Jen Yen-sheng, ? - ?), das im Kapitel 40 des Wen-hsüan (ausgewählte Literatur, herausgegeben von Prinz Hsiao T'ung, 501 - 531, und kommentiert von sechs T'ang-beamten namentlich Li Shan, ? - 689, u. a.) aufgenommen ist: "Der verstorbene Vater des Cheng, genannt Hsing-tsao, war zunächst Beamter im Kreis Ling-ling (in der heutigen Provinz Hu-nan). Dort bekam er vier Sklaven..... Der ältere Bruder von Cheng hieß Yin. Er hatte einen Sklaven, genannt Tang-po, für sieben tausend Geldmünzen verpfändet, damit die anderen Familienangehörigen weiterhin die Äcker bebauen konnten. Als Yin sein Amt im Kreis Hsi-hsiang (in der heutigen Provinz Shan-hsi) niederlegte und in die Heimat zurückkehrte, richtete er keinen eigenen Haushalt ein, Er kaufte auf eigene Kosten den Sklaven Tang-po los....."³⁾

Ob die Verpfändung von Sklaven durch schriftlichen Vertrag erfolgte, kann auf Grund der letzten zwei angeführten Stellen nicht festgestellt

-
- (1). Hsiao Tzu-hsien, Nan-Ch'i shu, Kap. 42, Hsiao T'an-chih chuan, S. 12a. (Pona, S. 7663).
 - (2). Hsiao Tzu-hsien, a.a.O., Kap. 39, Lu Ch'eng chuan, S. 12a - b. (Pona, S. 7632).
 - (3). Liu Ch'eng chu Wen-hsüan, Kap. 40, Artikel Jen Yen-sheng tsou-t'an Liu Cheng, S. 558. (CKHSMC Bd. 371 - 372).

werden. Auch über die Geltungsdauer des Verpfändungsvertrages ist nirgendwo etwas zu erfahren. Es ist allerdings anzunehmen, daß das Pfandrecht in dieser Zeit den Charakter eines Verfallpfandes hatte. Wenn der Verpfänder den Sklaven nicht innerhalb einer bestimmten Zeit auslöste, indem er die ihm geliehene Geldsumme zurückzahlte, zing das Eigentum am Sklaven auf den Gläubiger über. Wenn wir von einer Verpflichtung des Schuldners Zinsen zu entrichten nichts hören, so wird das wohl daran liegen, daß die Dienstleistung des Sklaven für den Gläubiger an die Stelle einer Zinsvereinbarung trat.

§ 8. In der T'ang- und Sung-Zeit

Gegenstände des Fahrnispfandrechts in der T'ang- (618 - 906) und Sung-Zeit (960 - 1279) sind bewegliche Sachen aller Art. wie zum Beispiel Hausgeräte, Seide und Edelmetalle (Gold und Silber), aber auch Haustiere wie Pferde, Rinder, Kamele und Esel u. s. w. sowie die Sklaven¹⁾. In einem T'ao-ling (verschiedene Erlassse) des Kapitels 26 des Sung-hsing-t'ung (Sung-Kodex) heißt es: "Wenn das Familienoberhaupt noch lebt, — gemeint ist, daß das Familienoberhaupt in der gleichen Ortschaft lebt oder nicht unerreichbar ist, — dürfen die Kinder, die Enkel, die jüngeren Brüder oder die Neffen nicht eigenwillig Sklaven, sechs Arten von Haustieren (Pferde, Rinder, Schafe, Hühner, Hunde und Schweine), Grundstücke bzw. Häuser und sonstiges Eigentum verpfänden oder verkaufen. Ein Pfand- bzw. Kaufvertrag kann nur abgeschlossen werden, wenn die Betreffenden eine schriftliche, amtliche Erlaubnis erhalten haben. Wenn ein Rechtsgeschäft gegen diese Vorschrift verstößt, werden die Vertragsobjekte dem Eigentümer zurückgegeben und der (ausgezahlte) Betrag wird eingezogen....."?)

Das Verpfänden einer bewegliche Sache wird in der Literatur dieser Periode häufig mit dem Wort 'Chih-tang' bzw. 'Chih-chü' bezeichnet. Gelegentlich wird es auch mit 'Tien' ausgedrückt, so in den Verbindungen 'Tien-niu' (den Stier bzw. die Kuh verpfänden) oder 'Tien-ch'ien' (für Geld verpfänden). Im Kapitel 4 des Yin-hua-lu (Aufzeichnungen von Gesprächen über die Ursachen der Dinge) von Chao Lin (? - ?), einem Literaten aus der T'ang-Zeit, lesen wir: "Einmal war ich zum Distrikt Lu-shan (in der heutigen Provinz Ssu-ch'uan) gewandert, und kam am Tag zu einem Tempel. Der Abt ließ mich aber nicht ein, da die Pfandleihkasse des Tempels gerade an diesem Tag mit der Verpfändung von Rindern (Tien-niu) beschäftigt

- (1). Besondere Kategorien von beweglichen Sachen wurden beim schweren Diebstahl, (der als Raub behandelt wurde), gebildet. Vgl. Ch'ang-sun Wu-chi, Wang-li shu-i, Kap. 20, T'ao-ling, § (200) Kung-ch'ü ch'ieh-ch'ü ch'ieh-wei-tao, Bd. III, S. 79.
- (2). Sung-hsing-t'ung, Kap. 26, T'ao-ling, VI. Shou-chi ts'ei-wu ts'ei-fei-yung (1), Kung-su ch'ai-fu, § (298) Wu-ch'ei ch'iang ch'ien-ch'ü ch'ien-ch'ien, S. 8h, (Gr. Rd. II, S. 874).

war. (T'ien yü-kuo lu-shan, chu-seng pu-na, jih cheng-shih chih-k'u tien-niu yeh.)"1)

Der Ausdruck 'Tien-ch'ien' findet sich zum Beispiel im Wu-teng hui-yüan (Aufzeichnungen über Ursprünge und Entwicklung der verschiedenen buddhistischen Sekten) von Shih P'u-chi (8 - 9, einem buddhistischen Mönch in der Sung-Zeit): "Eine Handschrift von Shang-shu (Buch der Schriften), aufgeschrieben von Yü Kung-hsing.....wurde vorläufig für Geld verpfändet (Tien-ch'ien)."2)

Kapitel 17, Wen-shu men, erh (Zweite Sektion über die Urkunden), Tsa-ch'i (die verschiedenen Erlasse) des Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei (der nach Sachgattung katalogisierten Verordnungssammlung der Regierungsdevise Ch'ing-yüan, 1195 - 1200, der Süd-Sung) enthält u. a. folgenden Erlaß: "Wer amtlich hergestellte Urkunden — davon ausgenommen sind Gelbmünzen, Papiergeld, sowie allgemeine Beweismittel —für Geld verpfändet oder in Pfand nimmt (chih-tang ts'ai-wu chi chih-tang chih-che), wird mit hundert Stockhieben bestraft. Der durch die Verpfändung erlangte Betrag und das Pfandobjekt werden konfisziert. Wenn sie in Anwesenheit des Dienstvorstehers verpfändet werden (chih-tang), wird nur der Dienstvorsteher bestraft. Der durch die Verpfändung erlangte Betrag und das Pfandobjekt müssen den Eigentümern zurückgegeben werden."3) Man findet in diesem Buch an vielen Stellen den Ausdruck 'Chih-tang'.

Das Pfandleihhaus bzw. die Pfandleihkasse (Chih-k'u) wird sehr häufig Ch'ang-sheng-k'u (das Leben verlängernde Schatzkammer) genannt. Im Kapitel 6 des Lao-hsüeh-an pi-chi (Pinsel-Aufzeichnungen aus der Studienstube eines alten Literaten) von Lu Yu (1125 - 1210, Lao-hsüeh-an ist sein Beinamen) berichtet er uns folgendes: "Heutzutage richten die

-
- (1). Chao Lin, Yin-hua-lu, Kap. 4. Die hier zitierte Stelle ist in den mir zugänglichen Ausgaben dieses Werkes nicht enthalten. Hier ist sie indirekt zitiert aus Niida Noboru, a.a.O., S. 535, Fußnote (2).
 - (2). Shih P'u-chi, Wu-teng hui-yüan, zitiert indirekt aus Niida Noboru, a.a.O. Ein Resümee über dieses Werk siehe: Ch'en Yüan, Chung-kuo fu-chiao shih-chi k'ai-lun, Peking, 1955. SS. 92 - 98.
 - (3). Hsieh Shen-fu, Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei, Kap. 17, Wen-shu men, erh, Tsa-ch'i, S. 150. Über dieses Werk siehe: S. 25, Fußnote (1).

Mönche beim Tempel ein Pfandleihhaus ein, damit sie aus dem Pfandleiher Profit schlagen können. Sie nennen es 'Ch'ang-sheng-k'u' (das Leben verlängernde Schatzkammer). Das ist abstoßend und bösartig. Soweit ich weiß, hat Chen Pin aus der Liang-Zeit (502 - 556) einmal ein Bündel Hanf bei einem Tempel in der Stadt Ch'ung-sha (in der heutigen Provinz Ku-nan) verpfändet. Als er später durch Tilgung seiner Schulden dieses Bündel Hanf zurückbekam, fand er darin ein Stück Gold im Gewicht von 5 Unzen. Er hat es dem Tempel zurückgegeben.¹⁾ Nun, diese Anekdote liegt ja zeitlich sehr weit von uns entfernt. Aber was solche spießigen Mönche tun, ist sowohl in der früheren wie auch in der jetzigen Zeit das Gleiche. Man müßte es durch ein strenges Gesetz verbieten."²⁾ Manchmal wird das Pfandleihhaus auch 'Wu-chin-tsang' (unerschöpfliche Schatzanlage)³⁾ oder 'Chieh-k'u' (die Not löschende Schatzkammer)⁴⁾ genannt.

In der T'ang- (618 - 906) und Sung-Zeit (960 - 1279) konnten nicht nur Grundbesitzer, Kaufleute und Mönche, sondern auch der Adel und die Mandarine sehr leicht ihren Reichtum durch Wucher anschwellen lassen. Selbst die Beamten des Hofes haben am Pfandleihgeschäft teilgenommen. In dem Erlaß Hui-ch'ang wu-nien cheng-yieh san-jih, nan-chiao she-wen (Begnadigungsschrift vom 3. Tag des ersten Monats des 5. Jahres, nämlich 11. 6. 845, der Regierungsdevise Hui-ch'ang, 841 - 846, bekanntgemacht an der Süd-Mauer der Hauptstadt) im Kapitel 429, She-shu shih (10. Abschnitt über die Begnadigungsschriften) des Wen-yüan ying-hua (Auslese schöner Literatur, gesammelt von Li Fang, 925 - 966, u. a.) wird u. a. erwähnt: "Ferner ist es ab sofort ausnahmslos untersagt, daß die bei der Audienz anwesenden Beamten, seien sie noch im Amt oder bereits im Ruhestand, heimlich Pfandhäuser einrichten und damit aus Profitgier den anderen Konkurrenz machen. Der Zensorrat soll beauftragt werden,

-
- (1). Vgl. Li Yen-shou, Nan-shih, Kap. 70, Chen Fa-ch'ung, sun Pin chuan, S. 10a - b. (Pona, S. 12736). Siehe auch S. 110.
 - (2). Lu Yu, Lao-hsüeh-an pi-chi, Kap. 6, S. 52b.
 - (3). Siehe auch: Miyazaki Michisaburo, Shitsuya no hanashi, aufgenommen in dessen Sammelwerk, Hōseiishi ronshū, S. 22.
 - (4). Siehe auch: Kato Shigeshi, Tō-Sō kibō kō, in: Tōyō gakuhō, Vol. 12, No. 4, S. 459 - 460, Fußnote. Der Aufsatz wurde auch aufgenommen in dessen Sammelwerk Shina keizaishi kōsei.

die Lage zu prüfen und dem Hof darüber zu berichten."¹⁾ In dieser Zeit war der Zinssatz sehr hoch, mindestens 20 Prozent²⁾. Daher lohnte es sich, Pfandhäuser zu errichten. Im Kapitel 14 des Su-shui chi-wen (Aufzeichnungen über die Erfahrungen von Su-shui von Ssu-ma Kuang 1019 - 1086, Su-shui ist sein Beiname) wird berichtet: "Nach Shih-i-ssu fa (Gesetz über die Pfandverordnungen) dürfen sowohl der private Mann als auch die Kreisbehörde Ackerland, Häuser, Gold, Silber sowie Seide als Pfand nehmen um Geld zu verleihen.....Der Zinssatz beträgt in allen Fällen 20 %. Wenn die Schulden nach Ablauf der Frist noch nicht getilgt sind, werden neben den Zinsen noch zusätzlich monatlich 2 % Buße auferlegt."³⁾ Im Kapitel 80, Tsa-men (Abteilung über verschiedene Angelegenheiten), Abschnitt Tsa-ch'i (über die verschiedenen Erlasse) des Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei lesen wir: ".....Ein Herr Ku Ching-i hat ein Pfandleihhaus eingerichtet. Was er beim Geschäft an Zinsen genommen hat, ist höher als die Darlehenskosten...."⁴⁾

Ob ein Pfandvertrag über bewegliche Sachen damals schriftlich abgeschlossen werden mußte, ist nicht feststellbar. Die Tendenz geht aber dahin, daß es häufig schriftlich abgefaßt wurde. Ein Schuldschein, datiert aus Regierungsdevise Ta-li (766 - 780) der T'ang-Zeit, den Aurel Stein bei seiner Expedition in Khotan entdeckt hat, ist ein Beispiel hierfür:

"Im (.....) Jahr der Regierungsdevise Ta-li (766 - 780) hat Frau Hsü Shih-ssu aus Geldmangel ein (.....) sowie einem Kamm für Fünfhundert Geldmünzen verpfändet. An jedem Monatsanfang soll Frau Hsü Shih-ssu (.....) Geldmünzen (.....) <bezahlen>, und ab (.....) sollen die Schulden sowie deren Zinsen getilgt und die verpfändeten Gegenstände ausgelöst werden. Wenn sie nach Ablauf der Frist noch nicht ausgelöst worden sind, solle sie (.....)

-
- (1). Li Fang u.a., Wen-yüan ying-hua, Kap. 429, Shu-shu 10, Hui-ch'ang su-pien ch'ang-yüeh san-lih san-chiao shu-wen, S. 7a. (Ed. 6, GS. 2628). Aber dieser Erlass hat sich in der Praxis nicht durchsetzen können. Ferner siehe auch: Wei Su (7 - 757), Liang-ching hsün-chi (Neue Skizzen aus zwei Hauptstädten).
 - (2). Über den allgemeinen Zinssatz in dieser Zeit siehe auch S. 70 ff.
 - (3). Ssu-ma Kuang, Su-shui chi-wen, Kap. 14, S. 160. (CKHSMC Bd. 158).
 - (4). Hsieh Shun-fu, Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei, Kap. 80, Tsa-men, Tsa-ch'i, S. 601.

dem Gläubiger verfallen. Er darf sie dann, wenn er will, verkaufen. Um zu vermeiden, daß jemand daran zweifeln könne, ist diese Vereinbarung hergestellt. Beide Parteien (setzen darauf) gemeinsam (ihre Fingerabdrücke).

Der Gläubiger.

Die Schuldnerin Frau Hsü Shih-ssu im Alter von 26.

Deren Sohn genannt Chin-ohin im Alter von 8.

Der Bürge."¹⁾

Vertragsklauseln, wonach der Gläubiger den etwaigen Überschuß des Erlösses über den Betrag seiner Forderung hätte herausgeben müssen, sind nicht nachweisbar. Es ist anzunehmen, daß eine Verpflichtung zur Herausgabe des Überschusses mit dem Veräußerungsrecht des Gläubigers nicht verbunden war, das Pfandrecht also als V e r f a l l p f a n d ausgestaltet war. Erst die Gesetzgebung hat eine solche Verpflichtung eingeführt und damit die Abkehr vom Prinzip der Sachhaftung eingeleitet. Im Kapitel 26 des Sung-hsing-t'ung (Sung-Kodex) bestimmt ein Erlaß aus dem 25. Jahr (737) der Regierungsdevise K'ai-yüan (713 - 741) u. a. : "Der Pfandgläubiger darf ohne Zustimmung des Pfandschuldners die verpfändeten Gegenstände nicht eigenwillig verkaufen. Wenn die Zinsen zusammengerechnet die Höhe der Schulden erreichen, und die Schulden noch nicht getilgt sind, darf er sie mit Genehmigung des Shih-ssu (Wirtschaftsamt) verkaufen. Das Übrige soll dem Schuldner zurückerstattet werden."²⁾

Eine Regelung der Voraussetzungen für die Ausübung des Veräußerungsrechts findet sich im Kapitel 32, Ts'ai-yung-men, san (die dritte Abteilung über die Wirtschaft) des Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei, nämlich in der Ch'ing-yüan kuan-shih-ling (der Wirtschaftsverordnung der Regierungsdevise Ch'ing-yüan, 1195 - 1200): " Der Pfandgläubiger

-
- (1). Aurel Stein, Ancient Khotan, Oxford 1907, Plat CXVI MSS.
Die mit (.....) gekennzeichneten Stellen sind in dem Dokument nicht vorhanden. Die sonstigen in Klammer gesetzten Wörter sind nach der Verbesserung von Niida Noboru übersetzt. Siehe dessen: Chūgoku hōseiishi kenkyū, tochiō torihikihō, Tokyo 1960, SS. 53A - 53B.
- (2). Sung-hsing-t'ung, Kap. 26, VI, Shou-chi ts'ai-wu ch'e fei-yung, (1). K'ung-ssu ch'ai-fu, 6 (398), Fu-chai ch'iang-ch'ien-chih hsi-ch'an, S. 9a. (GS. 875).

darf nach Vereinbarung über die Pfandobjekte verfügen, vorausgesetzt, daß die Schuld fällig und noch nicht getilgt ist."¹⁾

(1). Hsieh Shen-fu, Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei, Kap. 32, Ts'ai-yung-men, III, Ch'ing-yüan kuan-shih-ling, S. 352.

§ 9. In der Yüan-, Ming- und Ch'ing-Zeit

In der Yüan- (1280 - 1367) und Ming- (1368 - 1644) sowie Ch'ing-Zeit (1644 - 1911) ist der Kreis der Gegenstände, die einer Verpfändung zugänglich sind, der gleiche wie in der T'ang- (618 - 906) und Sung-Zeit (960 - 1279), nämlich bewegliche Sachen aller Art (zum Beispiel Gold, Silber, Edelsteine und Haustiere.) Die Verpfändung einer beweglichen Sache wird mit wie 'Tien', 'Tien-mai', 'Tien-chih', 'Chih-tien', 'Tang', 'Tien-tang', 'Chieh' oder 'Chieh-tien' bezeichnet.

Im 17. Bild des Pi-pa chi (Aufzeichnungen über P'i-pa, einer chinesischen Gitarre, ein Drama aus der Yüan-Zeit, verfaßt von Kao Ming, 1310 - 1380) lesen wir: ".....Vorgestern hat meine Frau einen Rock verpfändet (Tien).und heute hat meine Schwiegertochter eine Hose verpfändet (Tien)."¹⁾

Im 21. Bild desselben Buches heißt an einer Stelle: ".....Die Kleider sind alle verpfändet (i tien chin)."²⁾ Der zusammengesetzte Ausdruck 'Tien-chih' wird zum Beispiel in einem Erlaß aus der Sammlung Chih-yüan tsai-ling (die verschiedenen Erlasse aus der Regierungsdevise Chih-yüan, 1264 - 1294) verwendet, die im Shih-lin kuang-chi (umfassende Aufzeichnung

über allerlei Gegenstände, zusammengefaßt von Ch'ien Yüan-ching, ? - ?, aus der Sung- bzw. Yüan-Zeit) aufgenommen ist: "Wer vor einem anderen Wertgegenstände als Pfandobjekt gegen Zinsen annimmt (Tien-chih)..."³⁾

Die Umkehrung 'Chih-tien' begegnet uns im Abschnitt Chin-ling (Verbotsnormen) im Kapitel 105, Hsing-fa, IV (4. Teil über das Strafrecht), des Yüan-shih (Dynastie-Geschichte der Yüan, 1206 - 1367) von Sung Lien (1310 - 1381): "Die Verpfändung (Chih-tien) einer beweglichen Sache ist verboten, wenn einer der folgenden drei Gründe vorhanden ist: 1, wenn sie nicht bei einem amtlich zugelassenen Pfandleihhaus (Cheng-k'ü) vorgenommen wurde; 2, wenn sie ohne Erstellung eines glaubhaften schriftlichen Vertrages vereinbart wurde; oder 3, wenn ein gesetzwidriges Verlangen von Zinsen vorliegt."⁴⁾ 'Tien-tang' und 'Chih-tien' kommen

(1). Kao Ming, Pi-pa chi, Bild 17, I-ts'ang chen-chi, S. 62.

(2). Kao Ming, a.a.O., Bild 21, Tsao-k'ang tzu-ren, S. 75.

(3). Ch'ien Yüan-ching, Shih-lin kuang-chi, jen-chi, Kap. 1. Das ganze Zitat siehe S. 123.

(4). Sung Lien, Yüan-shih, Kap. 105, Hsing-fa chih, IV, Abschnitt Chin-ling, S. 24b. (Pona, Bd. 35, S. 27983).

vor im Kapitel 27 des T'ung-chih t'iao-ko (allgemeine Bestimmungen in den Gesetzen und Erlassen der Yüan-Dynastie): ".....Es wurde im Pfandleihhaus des Fei Ch'ao-feng für Geld verpfändet (Tien-tang).....Alle Leute kamen, um Gold und Silber zu verpfänden. (Chih-tien)." ¹⁾ Der Ausdruck 'Tang' allein wird benutzt im Kapitel 13 des P'o-an ching-ch'i (Paukenschläge schrecklicher Kuriositäten), eines ringzeitlichen Romans, zusammengestellt von Ling Meng-ch'u (? - 1654): "Er überlegte, welche Sachen ihm noch fehlten. Um solche kaufen zu können, wollte er irgendetwas verpfänden (Tang)....Er wählte zwei Anzüge und einen Goldkamm aus, und verpfändete sie (Tang) um 6 Liang (1 Liang = 1 Unze) Silber." ²⁾ Im Kapitel 15 des gleichen Romans heißt es an einer anderen Stelle: "...Gelegentlich kam man mit Silber, Perlen, Edelsteinen sowie Kopfschmuck, um sie zu verpfänden (Chieh)." ³⁾ Im Paragraph Wei-chin ch'ü-li (Gesetzwidrige Zinseinnahmen) des Kapitels 9, Ch'ien-tsai (Über die Geldschulden) im Ming-Kodex lesen wir: "Wer einem anderen Geld leiht oder Wertgegenstände als Pfand entgegennimmt (Tien-tang ts'ai-wu), darf an Zinsen pro Monat nicht mehr als 3 % einnehmen. Die zusammengerechneten Zinsen aller Monate dürfen nicht die Höhe des Schuldbetrages übertreffen (Tien-tang ts'ai-wu)....." ⁴⁾ Das gleiche findet man auch in dem Ch'ing-Kodex ⁵⁾. Die Zusammensetzung 'Chieh-tien' (neben dem einfachen 'Chieh') finden wir im Kapitel 27 des Yüan-tien-chang (Gerichtsprotokolle der Yüan-Dynastie): Die Dinge waren im Ch'eng-te-k'u (dem Pfandleihhaus der Ehrlichkeit und Tugend) schon verpfändet (Chieh).....Wer nach zwei vollen Jahren die verpfändeten (Chieh-tien) Sachen nicht loskaufen kann,, die verpfändeten (Chieh-tien) Sachen werden,....." ⁶⁾

Die Pfandhäuser werden 'Cheng-k'u' (amtlich zugelassenes Pfandleihhaus), 'Tien-p'u' (Pfandleihladen), 'Tang-p'u' (Pfandleihladen), 'Chieh-p'u'

- (1). T'ung-chih t'iao-ko, Kap. 27, Tien-tang, Abschnitt Chieh-tien, Paragraph Yüan-chen 3 nien 2 yüeh, S. 14b.
- (2). Ling Meng-ch'u, P'o-an ching-ch'i, Kap. 13, Chao Liu-lan ti-tu shang chien-sheng, S. 148. (CKHSMC Bd. 177).
- (3). Ling Meng-ch'u, a.o.O., Kap. 15, Wei Ch'ao-feng lang-hsin p'an kui-ch'ian, S. 264. (CKHSMC Bd. 177).
- (4). Ming-lü chi-chieh fu-li, I. Teil, Hu-lü, Kap. 9, Ch'ien-chai, § Wei-chin ch'ü-li, S. 1a. (Bd. 3, S. 875).
- (5). Siehe: Ta-ch'ing yü-li hui-t'ung hsin-ts'uan, Kap. 13, Hu-lü, Ch'ien-chai, § Wei-chin ch'ü-li, S. 2a. (Bd. 2, S. 1337).
- (6). Yüan-tien-chang, Kap. 27, Hu-pu, I, Ch'ien-chai, III, Chieh-tien, § Chieh-tien chin-chu-wu ping erh-chou-nien hsia-chia, S. 8a - b, (GS. Bd. I, S. 420).

(notlösender Laden). 'Chieh-k'u' (notlösendes Haus), 'Chieh-tien-p'u' (notlösender Pfandleihladen), 'Chieh-tien-k'u' (notlösendes Pfandleihhaus), 'Tien-chieh-k'u' (notlösendes Pfandleihhaus) und 'Hsieh-k'u' (Öffentliche Pfandleihanstalt) genannt. Der Ausdruck 'Cheng-k'u' begegnet uns im Kapitel 105, Hsing-fa, IV. des Yüan-shih von Sung Lien, das bereits oben zitiert wurde¹⁾, 'Tien-p'u' im Kapitel 13 und 20 des P'o-an ching-ch'i von Ling Meng-ch'u (? - 1654)²⁾, 'Tang-p'u' im Kapitel 5³⁾ des Ju-lin wai-shih (Inoffizielle Geschichte der konfuzianischen Gelehrten, eines ch'ing-zeitlichen Romans) von Wu Ching-tzu (1701 - 1754)³⁾, 'Chieh-p'u' im Kapitel 15 des P'o-an ching-ch'i von Ling Meng-ch'u⁴⁾.

'Chieh-k'u' heißt das Pfandhaus im Kapitel 33, Li-pu, VI (die e. Mitteilung über die Riten), Shih-tao (Über die Buddhisten und die Taoisten) des Yüan-tien-chang (Gerichtsprotokolle der Yüan-Dynastie)⁵⁾, im Tung-t'ang lao (der alte Herr in der Ost-Halle, einem yüan-zeitlichen Drama von Ch'in Chien-fu, ? - ?)⁶⁾, im Kapitel 5 und 18 des Chin-ku ch'i-kuan (Über Kuriositäten von der Antike bis zur Gegenwart, eines ming-zeitlichen Romans von Pao-weng lao-jen, ? - ?)⁷⁾, sowie im Kapitel 61 des Shui-hu chuan (Über die Heldentaten am Ufer des Wassers, eines ming-zeitlichen Romans von Shih Nai-an, ? - ?)⁸⁾. Der Ausdruck 'Chieh-tien-p'u' wird zum Beispiel im Ho han-san (die passenden Hemden, einem yüan-zeitlichen Drama von Chang Kuo-pin, ? - ?)⁹⁾, und im Huo-lang tan (der Verkäufer, einem yüan-zeitlichen Drama, dessen Autor unbekannt)¹⁰⁾ verwendet, 'Chieh-tien-k'u' in den Bestimmungen über die Taoisten und die Pai-lien-chi (Geheimgesellschaft der weißen Lotusblume) im Kapitel 33, Li-pu, VI,

(1). Siehe S. 119.

(2). Ling Meng-ch'u, P'o-an ching-ch'i, Kap. 13, S. 231 ff. und Kap. 20, S. 363 ff. (CKHSMC Bd. 177 u. 178).

(3). Wu Ching-tzu, Ju-lin wai-shih, Kap. 52, S. 369 ff.

(4). Ling Meng-ch'u, P'o-an ching-ch'i, Kap. 15, S. 259 ff.

(5). Yüan-tien-chang, Kap. 33, Li-pu, VI, Shih-tao, S. 1 ff. (Bd. I, S. 465 ff.)

(6). Ch'in Chien-fu, Tung-t'ang lao, in: Tsang Chin-shu (Hrsg.), Yüan-ch'ü hsüan, Bd. 1, S. 206 ff.

(7). Pao-weng lao-jen, Chin-ku ch'i-kuan, Kap. 5, S. 41 ff. und Kap. 18, S. 218 ff.

(8). Shih Nai-an, Shui-hu chuan, Kap. 61, S. 414 ff.

(9). Chang Kuo-pin, Ho han-san, in: Yüan-ch'ü hsüan, a.a.O., Bd. 1, S. 118 ff.

(10). Huo-lang tan, in: Yüan-ch'ü hsüan, a.a.O., Bd. 4, S. 1639 ff.

Shih-tao des Yüan-tien-chang¹⁾, im Kapitel 22 und 35 des P'o-an ching-ch'i²⁾, im Tung-t'iang lao³⁾, sowie im K'ian-ch'ien-nu (der Geizhals, einem yüan-zeitlichen Drama von Cheng T'ing-yü, ? - ?)⁴⁾. Der Ausdruck 'Tien-chieh-k'u' finden wir etwa im Jen-tzu chi (Aufzeichnung über die Kunst der Geduld, einem yüan-zeitlichen Drama von Cheng T'ing-yü, ? - ?)⁵⁾, den Ausdruck 'Hsieh-k'u' im Kapitel 20 des P'o-an Ching-ch'i von Ling Meng-ch'u⁶⁾.

Gelegentlich hat man sogar solche kaufmännische Geschäfte moralisch verherrlicht und nannte die Pfandhäuser 'Ch'eng-te-k'u' (das Pfandleihhaus der Ehrlichkeit und Tugend) oder 'Feng-i-k'u' (das Pfandleihhaus voller Gerechtigkeit). Solches findet man sehr oft im Yüan-tien-chang⁷⁾.

Neben den Inhabern von Pfandhäusern waren auch sonstige Privatpersonen am Pfandleihgeschäft beteiligt. Ein auffälliges Phänomen der Yüan-Zeit ist die weite Verbreitung des Pfandleihgeschäfts bei Militär, wobei die Offiziere die Soldaten durch hohe Zinsen ausbeuteten⁸⁾.

In einem Erlaß aus der Sammlung Chih-yüan tsa-ling (die verschiedenen Erlasse der Regierungsdevise Chih-yüan, 1264 - 1294), die im Shih-lin kuang-chi (umfassende Aufzeichnungen über allerlei Gegenstände, zusammengefaßt von Ch'ien Yüan-ching, ? - ?, aus der Sung- bzw. Yüan-Zeit) aufgenommen ist, wurden allgemeine Bestimmungen über das Pfandgeschäft getroffen. Insbesondere wird die Haftung des Pfandgläubigers für den

(1). Yüan-tien-chang, Kap. 33, Li-pu, VI. Shih-tao, S. 1 ff. (Bd. 1, S. 465 ff.)

(2). Ling Meng-ch'u, P'o-an ching-ch'i, Kap. 22, S. 409 ff. und Kap. 35, S. 659 ff.

(3). Tung-t'iang lao, a.a.O., Bd. 1, S. 206 ff.

(4). Cheng T'ing-yü, K'ian-ch'ien-nu, in: Yüan-ch'ü hsüan, a.a.O., Bd. 4 S. 158A.

(5). Cheng T'ing-yü, Jen-tzu chi, in: Yüan-ch'ü hsüan, a.a.O., Bd. 3, S. 1059.

(6). Ling Meng-ch'u, P'o-an ching-ch'i, a.a.O., Kap. 20, S. 363 ff. (CKHSMC Bd. 178).

(7). Siehe: S. 120 u. 132.

(8). Siehe: Paragraph Chün-kuan to-ch'ü chün-ien hai-ch'ien (die Offiziere verlangten häufig zuviel Zinsen von den Soldaten) im Abschnitt Ssu-chai (unerlaubte Verschuldung) der Hu-pu, X., Ch'ien-chai (über die Geldschulden in der 10. Abteilung der Wirtschaft) des Yüan-tien-chang, hsin-chi (Abteilung neuer Sammlung im Yüan-tien-chang), S. 54a - 55b. (GS. Bd. 2, S. 877 - 878). Ferner siehe auch S. 129.

Verlust der Pfandsache geregelt. Er haftet auf das Doppelte des geschuldeten Betrages (nicht des Wertes der verpfändeten Sache) bei verschuldetem, aber auch bei zufälligem Untergang, abgesehen von Naturereignissen. Wir lesen: "Wer von einem anderen Wertgegenstände als Pfandobjekt gegen Zinsen annimmt, muß ihm einen Pfandschein (T'ieh-tzu) aushängen. Er darf monatlich nur einen Zinssatz von höchstens 3 % verlangen. Wenn die Schuld nach Ablauf von drei vollen Jahren noch nicht getilgt ist, darf er die Pfandobjekte verkaufen. Wenn aber innerhalb dieser Frist die Pfandobjekte verloren gegangen sind, muß er das Doppelte des geschuldeten Betrages dem Verpfänder ersetzen. Wenn auch noch Zinsen zu zahlen sein sollten, dürfen sie weder verlangt noch aufgerechnet werden."¹⁾

Wertgegenstände, die als Pfandobjekte in Betracht kamen, waren Gold, Silber, Edelsteine, Perlen, Seide, Kopfschmuck, Kleidung sowie sonstige wertvolle Artikel. Der Pfandvertrag über bewegliche Sachen muß nach den oben zitierten Stellen aus Yüan-shih und Chih-yüan tsa-ling²⁾, schriftlich abgeschlossen werden. Ein solcher Vertrag (und zugleich der Schuldschein) wird in der Yüan- und Ming-Zeit als 'T'ieh-tzu', 'Chieh-t'ieh', oder 'Hsin-t'ieh' bezeichnet, und in der Ch'ing-Zeit als 'Tang-p'iao' oder 'Tang-n'iao-tzu'. Wie ein Pfandvertrag über bewegliche Sachen ausgestaltet war, dafür können wir leider kein Muster anführen. Wir benutzen lediglich drei Muster für Darlehensverträge, in denen zugleich eine Bürgschaft für die Darlehensschuld übernommen wird.

Vertragsmuster I. Chieh-ch'ien p'i-shih (Vertragsmuster für Gelddarlehen) im Hsin-pien shih-wen lei-chü oh'i-cha oh'ing-oh'ien³⁾.

"A, wohnhaft im Stadtviertel P des Distriktes Q, hat B gebeten, für ihn zu bürgen, womit dieser auch einverstanden ist, damit er von C, wohnhaft in R, Geld (T'ung-oh'ien. Kupfermünze) in Höhe von soundsoviel Kuan (1 Kuan = 1000 Stück Kupfermünzen) als Darlehen erhält, um es für dringende Fälle zu verwenden. Jeden Monat soll er den Vorschriften

(1). Ch'en Yüan-ch'ing, Shih-lin kuang-chi. a.a.O., Jen-chi, Kap. 1.

(2). Siehe S. 119.

(3). Den chinesischen Text siehe: Anhang No. XXIII. Ferner über die Bedeutung dieser Enzyklopädie Hsin-pien shih-wen lei-chü oh'i-cha oh'ing-oh'ien siehe S. 27.

entsprechend die Zinsen zahlen. Es wurde außerdem noch vereinbart, daß innerhalb soundsovieler Monate sowohl die Darlehenssumme als auch die Zinsen zusammen zurückgezahlt werden müssen. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, muß der Bürge die Verantwortung für die Rückzahlung auf sich nehmen. Um einen Mangel an Beweismitteln zu vermeiden, ist dieser Vertrag errichtet worden

am X. Tag des Monats Y im Jahre Z.

Name des Darlehensnehmers, gezeichnet mit Kreuz oder Unterschrift.

Name des Bürgen, gezeichnet mit Kreuz."

Vertragsmuster II. Sheng-oh'ao p'i-shih (Vertragsmuster für Gelddarlehen) im Hsin-pien shih-wen lei-yao ch'i-cha oh'ing-oh'ien.¹⁾

"A, wohnhaft in P, hat heute B gebeten, für ihn zu bürgen, womit dieser auch einverstanden ist, und zusammen diese Schrift auszufertigen, wonach er von C, wohnhaft in Q, Geld (Chung-t'ung ch'ao = das Papiergeld aus der Regierungse devise Chung-t'ung, 1860 - 1863) in Höhe von soundsoviel als Darlehen erhält, um es für seine Geschäfte verwenden zu können. Jeden Monat soll er den Vorschriften entsprechend Zinsen in Höhe von drei Prozent zahlen. Es wurde vereinbart, daß innerhalb soundsovieler Monate sowohl die Darlehenssumme als auch die Zinsen zusammen und unverzüglich zurückgezahlt werden müssen. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, muß der Bürge bereit sein, ohne irgendeinen Einwand die Rückzahlung auf sich zu nehmen. Vereinbart am X. Tag des Monats Y im Jahre Z.

Name des Darlehensnehmers, gezeichnet mit Kreuz oder Unterschrift.

Name des Bürgen, gezeichnet mit Kreuz."

Vertragsmuster III. Sheng-ku p'i-shih (Vertragsmuster für Korndarlehen) im Hsin-pien shih-wen lei-yao ch'i-cha oh'ing-oh'ien.²⁾

"A, wohnhaft in P, hat heute B gebeten, für ihn zu bürgen, womit dieser

(1). Den chinesischen Text siehe: Anhang No. VII. Ferner über die Bedeutung dieser Enzyklopädie Hsin-pien shih-wen lei-yao ch'i-cha oh'ing-oh'ien siehe S. 27.

(2). Den chinesischen Text siehe: Anhang No. VIII.

auch einverstanden ist und zusammen diesen Vertrag schriftlich auszufertigen, wonach er von C, wohnhaft in Q, als zinsloses Darlehen Korn in Höhe von soundsoviel Tan (1 Tan = 1 Pikul = 60,5 Kg.) erhält, womit er sowohl seine Äcker bebauen als auch sich ernähren kann. Es wurde ferner vereinbart, daß er bis zum Winter, nämlich bis zum 10. Monat (des Mondkalenders) Korn gleicher Qualität voll zurückerstatten muß. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, oder die Frist der Rückerstattung nicht eingehalten werden sollte, muß der Bürge bereit sein, ohne irgendwelche Einwände die Rückerstattung auf sich zu nehmen. Vereinbart

am X. Tag des Monats Y im Jahre Z.

Name des Darlehensnehmers, gezeichnet mit Kreuz oder Unterschrift.

Name des Bürgen, gezeichnet mit Kreuz."

Der Zinssatz beträgt in der Yuan- und Ming-Zeit amtlich höchstens 3 % pro Monat. Es ist zugleich ein allgemeiner Zinssatz. Außerdem dürfen die gesamten Zinsen den Wert der Kapitelforderung nicht übersteigen. Das nennt man 'I-pen i-li' (eine Schuld, ein Zins). Dieser allgemeine Zinssatz gilt nicht nur für Pfandschulden, sondern auch für jede Darlehensschuld. Zinseszinsen sind unzulässig. Die Beschränkung des Zinses auf monatlich 3 % wurde in einem Erlaß über das Darlehen aus den Shih-yüan tea-ling (aufgenommen im Shih-lin kuang-chi) festgelegt: "Wer Geld oder andere vertretbare Sachen als Darlehen einem anderen gegen Zinsen gibt, darf monatlich nicht mehr als 3 % Zinsen verlangen. Selbst wenn die Rückzahlungsfrist verlängert wird, dürfen die gesamten Zinsen die Höhe des Darlehens nicht übersteigen. Ferner ist es nicht gestattet, die (noch nicht bezahlten) Zinsen als Darlehen gelten zu lassen oder einen schriftlichen Vertrag zu errichten, wonach das ursprüngliche Darlehen sowie die gesamten Zinsen als neuer Darlehensbetrag weiter zu verzinsen sind. Wenn alle Schuldner weggelaufen sein sollten, muß der Bürge auf eigene Kosten das Darlehen zurückerstatten."¹⁾

Gegen zu hohe Zinsen wendet sich auch der Paragraph Fang-chai oh'ü-li sa'-fan (Beschränkung des Zinssatzes auf 3 %) im Kapitel 27, Hu-pu, 13,

(1). Ch'en Yuan-ch'ing, Shih-lin kuang-chi, a.a.O., Jen-chi, Kap. 1.

Ch'ien-chai, 2, Ssu-chai, 2, (im 13. Abschnitt der Abteilung Wirtschaft, über die Geldschulden II, die unerlaubte Verschuldung) des Yüan-tien-chang: "Am 27. Tag des 4. Monats des 19. Jahres (5. 6. 1282) der Regierungsdevise Chih-yüan (1264 - 1294) ist folgendes dem Chung-shu-sheng (Staatssekretariat) berichtet worden. 'Die Reichen und die Mächtigen in den Provinzen leihen zwar den Leuten Geld, müssen aber ihre Notlage aus und verlangen von ihnen zu hohe Zinsen. Häufig werden von einem Liang (1 Liang = 100 Geldmünzen) 5 %, manchmal sogar 10 % Zins verlangt. Wenn die Zinsen nicht getilgt werden können, dann werden sie, abgesehen von den schon bezahlten, zur Hauptschuld hinzugerechnet und weiter verzinst. Es wird auch ein neuer schriftlicher Vertrag hergestellt und gegen den alten umgetauscht. Infolge solcher mehrfacher Verzinsung muß der Schuldner auf seine Familienangehörigen, seine Haustiere sowie seine Geschäfte und sein Eigentum zurückgreifen, damit er seine Schulden tilgen kann. Das bringt dem Volk nur Schwierigkeiten. Wir sind der Auffassung, daß es richtig wäre, wenn ab heute für jeden Liang (= 100 Geldmünzen) Geldschulden nur 3 % Zinsen verlangt werden dürften.' Der Kaiser ist mit dem Vorschlag durchaus einverstanden und befiehlt zugleich, daß derjenige, der einem anderen Geld leiht, für jeden Kuan (1 Kuan = 1000 Käsch) im Monat nur 3 % Zinsen verlangen darf, bis 'I-pen i-li' (eine Schuld, ein Zins) erreicht wird. Darüber gibt es bereits entsprechende Vorschriften. Schriftliche Vereinbarungen, wonach nicht bezahlte Zinsen zur Hauptschuld hinzugerechnet werden, so daß die Zinsen immer höher werden, müssen genau ermittelt und die Beteiligten bestraft werden."¹⁾ Die Chin-ling (Verbotsnormen) im Kapitel 105, Hsing-fa IV (vierter Abschnitt über das Strafrecht) des Yüan-shih (Dynastie-Geschichte der Yüan, 1280 - 1367) von Sung Lien (1310 - 1381) bestimmen: "Bei allen Geld- und Getreide-Darlehen darf, selbst wenn die Geltungsdauer des Vertrages verlängert wird, der Grundsatz 'eine Schuld, ein Zins' (I-pen i-li) nicht verletzt werden."²⁾ Den Grundsatz 'I-pen i-li' stellt auch der Paragraph

-
- (1). Yüan-tien-chang, Kap. 27, Hu-pu 13, Ch'ien-chai II, Ssu-chai, § Fang-chai ch'ü-li san-fen, S. 5b - 6a. (GE. Bd. 1, S. 419).
Siehe auch: T'ung-chih t'iao-ko, Kap. 28, Tsa-ling, Wei-li ch'ü-hai, § Chih-yüan 19 nien 4 miah, S. 17b - 18a.
- (2). Sung Lien, Yüan-shih, Kap. 105, Hsing-fa IV, Abschnitt Chin-ling, S. 24b. (Ponn., Bd. 35, S. 27983).

Ch'ien-chai chih-huan i-pen i-li (die Tilgung der Geldschulden streng nach dem Prinzip 'eine Schuld, ein Zins') im Kapitel 27, Hu-pu 13, Ch'ien-chai 2, Ssu-chai (der 13. Abschnitt der Abteilung Wirtschaft, über die Geldschulden II, die unerlaubte Verschuldung) des Yüan-tien-chang in den Vordergrund: "Im 8. Monat des 2. Jahres (Sept./Okt. 1261) der Regierungsdevise Chung-t'ung (1260 - 1263).....Was die privaten Schulden angeht, so werden nach der Sitte die Schulden zunächst anhand des Schuldscheins geprüft, und dann nach dem Prinzip 'eine Schuld, ein Zins' (I-pen i-li) getilgt. Wenn inzwischen irgendeine schriftliche Vereinbarung erfolgt sein sollte, wonach Zinsen als Teil der Hauptschuld weiter zu verzinsen sind, wird sie vom Amt wegen eingezogen und darf nicht verwirklicht werden."¹⁾ Paragraph Wei-chin ch'ü-li (Verbotene Zinseinnahmen) im Abschnitt Ch'ien-chai (Geldschulden) des Kapitel 9, Hu-lü (über die Wirtschaft) des Ming-Gesetzbuches macht sogar die Verletzung des Grundsatzes 'I-pen i-li' zu einer Straftat: "Bei privaten Darlehen sowie Verpfändungen von Wertgegenständen dürfen im Monat nicht mehr als 3 % Zinsen verlangt werden. Wenn sich der Vertrag verlängert, darf der Grundsatz 'eine Schuld, ein Zins' (I-pen i-li) nicht außer Acht gelassen werden. Wer das mißachtet, wird mit 40 Stockhieben bestraft. Wenn der Betrag der verbotswidrig verlangten Zinsen ausserordentlich hoch ist, wird er als gestohlenes Gut betrachtet und der Täter wird dementsprechend mit bis zu 100 Stockhieben bestraft."²⁾ Das gleiche findet man auch im Ch'ing-Kodex.³⁾

Die Praxis sah anders aus. So war der Zinssatz z. B. in der Yüan-Zeit im allgemeinen viel höher, manchmal erreichte er sogar 100 %. Im Paragraphen Tien-hu pu-kei t'ien-chu chieh-tai (Tilgungsverweigerung des Pächters gegenüber dem Grundbesitzer) im Kapitel 19, Hu-pu, 5, T'ien-chai (5. Abschnitt der Abteilung Wirtschaft, die Äcker und Häuser), 7 Chung-tien (7. Teil, über die Pachtung) des Yüan-tien-chang lesen wir: "Die Pachtbauern im Chiang-nan (Süd-China).....haben bei den Verpächtern

(1). Yüan-tien-chang, Kap. 27, Hu-pu, 13, Ch'ien-chai II, Ssu-chai, § Ch'ien-chai chih-huan i-pen i-li, S. 4a - b. (GS. Bd. I, S. 418).

(2). Ming-lü chi-chieh fu-li, 3. Teil, Hu-lü, Kap. 9, Ch'ien-chai, § Wei-chin ch'ü-li, S. 1a. (GS. Bd. 3, S. 875).

(3). Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsin-ts'uan, Kap. 12, Hu-lü, Ch'ien-chai, § Wei-chin ch'ü-li, S. 2a. (GS. Bd. 2, S. 1337).

Gold und Getreide geliehen in der Erwartung, daß sie es nach der Ernte zurückzahlen könnten.....Bis zum Herbst als das Getreide reif geworden war, sind alle ihre Erträge, abg. gleich der für die Verbächter bestimmten Anteile, ausschließlich zur Rückzahlung ihrer Schulden sowie ihrer Zinsen verwendet worden. Wenn es noch nicht ausreicht, mußten die Pachtbauern ihre Familienangehörigen verdingen."¹⁾ Über zu hohe Zinsen beim Getreidedarlehen berichtet auch der Paragraph Fang-li i-hsiang yian-li (Die Regelung von Getreidedarlehen nach der örtlichen Gewohnheiten) im Kapitel 27, Hu-pu 11, Ch'ien-chai 2 (der 11. Abschnitt der Abteilung Wirtschaft, 2. Teil über die Geldschulden), Ssu-chai (die unerlaubte Verschuldung) des Yian-tien-chang: "Die Bauernfamilien, die unter Mangel an Lebensmitteln leiden, müssen von den reichen und mächtigen Häusern Nahrungsmittel leihen, unter der Bedingung, vom Frühling bis zum Herbst für je einen Tan (1 Tan = 1 Pikul = 60,5 Kg.) Nahrungsmittel Zinsen von 5 Tou (1 Tou = 1 Scheffel; 1 Tan = 10 Tou) bis zu 1 Tan zu zahlen."²⁾ Das heißt, der Zinssatz betrug für ein 3/4 Jahr 50 % bis 100 %.

Die Überschreitung des gesetzlichen Zinssatzes war bei Darlehen, die die Offiziere den einfachen Soldaten gewährten, besonders häufig. Das zeigt etwa der Paragraph Chün-kuan to-ch'ü chün-jen hsi-ch'ien (die Offiziere verlangten zu hohe Zinsen von den Soldaten) im Abschnitt Ssu-chai (die unerlaubte Verschuldung) des Hu-pu 10, Ch'ien-chai (Abteilung Wirtschaft, 10. Teil: Geldschulden) des Yian-tien-chang hsin-chi (Die neue Sammlung des Yian-tien-chang): "Der Zehntausendschaftler Ch'ih-kan hat im 6. Monat des 6. Jahres (Juli/Aug. 1307) der Regierungsdynastie Ta-ta (1297 - 1307) Papiergeld im Betrag von 4 Ting (1 Ting = 1000 Kufermünze) an sechs Soldaten Tsa-yeh-mo-wian u. a., wohnhaft in Ch'ian-chou (in der heutigen Provinz Ho-nan) als Darlehen versprochen. In Wirklichkeit hat er aber jedem nur 33 Liang und 2 Ch'ien (= 33 Kufermünzen) gegeben....Er hat auch dem Soldaten Ch'ien Kuang-tu 10 Ting geliehen, hat aber auf dem Schuldschein genau 15 Ting geschrieben. Er verlangte doppelten Zins...."³⁾

- (1). Yian-tien-chang, Kap. 19, Hu-pu 5, T'ien-chai 7, Chung-tien, § T'ien-hu pu-koi t'ien-chu chieh-tai, S. 33. (GS. Bd. 1, S. 298).
- (2). Yian-tien-chang, Kap. 27, Hu-pu 11, Ch'ien-chai 2, Ssu-chai, § Fang-li i-hsiang yian-li, S. 7a - b. Siehe auch: T'ung-chih t'ian-ko, Kap. 28, Tao-ling, Abschnitt Wei-li ch'ü-hsi, § Chih-yian 29 nter 10 yieh, S. 18b.
- (3). Yian-tien-chang, hsin-chi, Hu-pu 10, Ch'ien-chai, Ssu-chai, Chün-kuan to-ch'ü chün-jen hsi-ch'ien, S. 54a - 55b. (GS. Bd. 2, S. 877-8).

Paragraph Chih-yüan 29 nien 10 yüeh (Bestimmung vom 10. Monat des 29. Jahres, Nov./Dez. 1292, der Regierungsdevise Chih-yüan, 1264 - 1294) im Abschnitt Wei-li oh'ü-hsi (gesetzwidrige Zinseinnahmen) des Kapitel 28, Tsa-ling (verschiedene Erlasse), des T'ung-chih t'iao-ko stellt fest: "Im 10. Monat des 29. Jahres (Nov./Dez. 1292) der Regierungsdevise Chih-yüan.....Seit einigen Jahren folgten Überschwemmung und Dürre hintereinander. Deswegen waren die Erträge sehr spärlich. Die unter Nahrungsmittelmangel leidenden Bauernfamilien mußten von den reichen und mächtigen Häusern trockene Nahrungsmittel ausleihen unter der Bedingung, vom Frühling bis zum Herbst für je einen Tan (= 1 Pikul = 60,5 Kg. = 10 Tou) Nahrungsmittel Zinsen von 5 Tou (1 Tou = 1 Scheffel = 6,05 Kg.) bis zu 1 Tan zu zahlen. Wenn man im gleichen Jahr die Zinsen nicht zahlen konnte, dann wurden alle Zinsen als Hauptschuld bewertet und weiter verzinst. Dazu kam noch ein neuer schriftlicher Vertrag, um das alles zu regeln. Das gleiche wiederholte sich, wenn man im nächsten Jahr weiter die Zinsen nicht bezahlen konnte. Daher mußten für ein Tan Getreide mehrfach Zinsen bezahlt werden. Das darf aber nicht ohne weiteres geduldet werden. Denn häufig sind die armen Bauern gezwungen, ihre Häuser zu verpfänden, sogar ihre Kinder zu verpfänden. Das ist äußerst bedauerlich. Daher hat das Wirtschaftsministerium darüber beraten und folgendes beschlossen: 'Das Darlehen von Getreide soll zwar nach Lokalgebräuchen geregelt werden, dennoch darf der Grundsatz 'eine Schuld, ein Zins' (I-pen i-li) nicht beeinträchtigt werden, wenn sich auch die Dauer des Vertrages verlängern sollte.'....."¹⁾ Als höherrangig gegenüber den Lokalgebräuchen erscheint der Grundsatz 'I-pen i-li' auch im Paragraphen Fang-li i-hsiang yüan-li (die Regelung von Getreidedarlehen nach der örtlichen Gewohnheiten) im Kapitel 27, Hu-pu 13, Ch'ien-chai 2, Ssu-chai (der 13. Abschnitt der Abteilung Wirtschaft, Geldschulden, 2. Teil: die unerlaubte Verschuldung) des Yüan-tien-chang²⁾ und im Paragraphen Tien-hu pu-kei t'ien-chu chieh-tai (Tilgungsverweigerung des Pächters gegenüber dem Grundbesitzer) im Kapitel 19, Hu-pu 5, T'ien-chai 7, Chung-tien (der 5. Abschnitt der Abteilung Wirtschaft, die Acker und Häuser, 7. Teil: über die Pachtung) des Yüan-tien-chang³⁾.

(1). T'ung-chih t'iao-ko, Kap. 28, Tsa-ling, Abschnitt Wei-li oh'ü-hsi, Paragraph Chih-yüan 29 nien 10 yüeh, S. 18b - 19a.

(2). Yüan-tien-chang, Kap. 27, Hu-pu 13, Ch'ien-chai 2, Ssu-chai, § Fang-li i-hsiang yüan-li, S. 7a - b. (GS. Bd. 1, S. 420).

(3). a.a.O., Kap. 19, Hu-pu 5, T'ien-chai 7, Chung-tien, § Tien-hu pu-kei t'ien-chu chieh-tai, S. 32a - b. (GS. Bd. 1, S. 298).

Der Grundsatz 'I-pen i-li' (eine Schuld, ein Zins) ist nicht nur in den Yüan-tien-chang (Gerichtsprotokollen der Yüan-Dynastie) sondern auch in den Kommentaren zum Ming- und Ch'ing-Kodex mehrfach interpretiert worden. Im Paragraphen Chieh-tien chin-yin chu-wu ping erh-chou-nien hsia-chia (Pfandobjekte wie Gold, Silber sowie sonstige Wertgegenstände verfallen nach Ablauf von zwei vollen Jahren) im Kapitel 27, Hu-pu 13, Ch'ien-chai (der 13. Abschnitt der Abteilung Wirtschaft: Geldschulden), 3. Chieh-tien (3. Teil: Verpfändung) des Yüan-tien-chang heißt es an einer Stelle: "Wenn von einem Liang (1 Liang = 1 Unze = 1000 Geldmünzen) 2 % Zinsen verlangt werden, wird es volle 50 Monate dauern, bis der gesamte Zins die Höhe der Schuld erreichen kann."¹⁾

Im Kommentar zum Paragraphen Wei-chin ch'ü-li (gesetzwidrige Zinseinnahmen) im Kapitel 9, Hu-pu 5, Ch'ien-chai (5. Abschnitt der Abteilung Wirtschaft: Geldschulden) des Ta-Ming-lü chi-chieh fu-li (Kommentar zum Ming-Kodex) heißt es u. a.: "Der Zinssatz 3 % pro Monat bedeutet, daß man zum Beispiel die Zinsen von 100 Kuan (1 Kuan = 1000 Kupfermünzen) 3 Kuan im Monat betragen. Dennoch darf der Grundsatz 'eine Schuld, ein Zins' (I-pen i-li) nicht verletzt werden. Wenn die Hauptschuld angenommen 100 Kuan beträgt, dürfen die gesamten Zinsen nicht mehr als 100 Kuan betragen."²⁾ Die gleiche Regelung findet man auch in einem Kommentar zum Paragraphen Wei-chin ch'ü-li im Ch'ing-Kodex, nämlich Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsien-ts'uan³⁾.

Im Ta-Ming-lü chi-shuo fu-li (Kommentar zum Ming-Kodex) heißt es u. a. : "Dennoch darf der Zinssatz im Monat nicht mehr als 3 % sein. Wenn zum Beispiel die Hauptschuld 1000 Geldmünzen beträgt, darf nur ein monatlicher Zinsbetrag bis zur Höhe von 30 Geldmünzen gestattet werden. Wenn sich aber die Vertragsdauer verlängert, darf dennoch nicht gegen der Grundsatz 'eine Schuld, ein Zins' (I-pen i-li) verstoßen werden. Wenn die Hauptschuld 1000 Geldmünzen beträgt, werden die (gesamten) Zinsen nach

- (1). Yüan-tien-chang, Kap. 27, Hu-pu 13, Ch'ien-chai 3, Chieh-tien, § Chieh-tien chin-yin chu-wu ping erh-chou-nien hsia-chia, S. 8a - b. (GS. Bd. 1, S. 420).
- (2). Ta-Ming-lü chi-chieh fu-li, Kap. 9, Hu-pu 5, Ch'ien-chai, § Wei-chin ch'ü-li, S. 2a. (GS. Bd. 2, S. 877).
- (3). Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsien-ts'uan, Kap. 13, Hu-lü, Ch'ien-chai, § Wei-chin ch'ü-li, S. 3a - b. (GS. Bd. 2, S. 1339 - 1340).

33 Monaten und 9 Tagen die Höhe von 1000 Münzen erreichen. Von diesem Zeitpunkt an darf kein Zins mehr verlangt werden. Das ist ein amtliches Verbot."¹⁾

Im Ta-Ming lü-li lin-min pao-ching ("dem Volk nahe stehender Kommentar zum Ming-Kodex") wird hervorgehoben: "Der Grundsatz 'eine Schuld, ein Zins' (I-pen i-li) bedeutet nicht einen Zinssatz von 3 % schlechthin. Wenn die Hauptschuld die Höhe von 1 Liang (1000 Geldmünzen) hat, und der Zinssatz im Monat 3 % ist, werden nach 33 Monaten und 10 Tagen die gesamten Zinsen die Höhe der Hauptschuld, d. h. auch 1 Liang (1000 Geldmünzen) erreichen. Die Verzinsung hört in diesem Moment auf. Und das heißt 'eine Schuld, ein Zins' (I-pen i-li)."²⁾

Im Ming-lü chien-shih (kurzer Kommentar zum Ming-Kodex) wird schließlich ausgeführt: "Nehmen wir folgendes Beispiel: die Hauptschuld beträgt 1 Liang (1000 Geldmünzen) und der Zinssatz ist 3 % im Monat. Wenn die Vertragsdauer verlängert wird, darf der Grundsatz 'eine Schuld, ein Zins' (I-pen i-li) nicht verletzt werden.....Daher werden nach 33 Monaten und 10 Tagen die gesamten Zinsen die Höhe von 1 Liang (1000 Geldmünzen) erreichen. Von diesem Zeitpunkt an hört die Verzinsung auf. Niemand darf den Zinssatz von 3 % weiterhin in Anspruch nehmen, um zusätzliche Zinsen zu verlangen."³⁾

Beim yünzeitlichen Fahnispfand steht — dies ist ein Rückschritt gegenüber der Sung-Zeit⁴⁾ — das Verfallpfand im Vordergrund. Wenn nach Ablauf von drei Jahren der Schuldner seine Schulden nicht tilgen kann, ist das Pfandobjekt verfallen. Der Pfandgläubiger darf dann sofort nach Belieben darüber verfügen, zum Beispiel es verkaufen. Die drei Jahre sind die maximale Frist. An anderen Stellen ist die Frist etwas kürzer. Eine Zweijahresfrist findet sich im Paragraphen Chieh-tien chin-yin chu-wu ping erh-chou-nien hsin-chia (Pfandobjekte wie Gold, Silber

-
- (1). Ta-Ming-lü chi-shuo fu-li. Zitiert indirekt von Niida Noboru. Chugoku hōseishi kenkyū, Tochiyo toribikiho, S. 588, Fußnote (1d).
 - (2). Ta-Ming lü-li lin-min pao-ching. Zitiert indirekt von Niida Noboru, a.a.O.
 - (3). Ming-lü chien-shih. Zitiert indirekt von Niida Noboru. a.a.O.
 - (4). Vgl. S. 117.

sowie sonstige Wertgegenstände verfallen alle nach Ablauf von zwei vollen Jahren) Kapitel 27, Hu-mu 12. Ch'ien-chai 2, Chieh-tien (der 12. Abschnitt der Abteilung Wirtschaft: Geldschulden, 2. Teil: Verpfändung) des Yüan-tien-chang: "Im 7. Monat des 8. Jahres (Aug. Sept. 1304) der Regierungsdevise Ta-te (1297 - 1307).....Name des Klägers: Hsiung Jui. Am 3. Tag des 8. Monats des 6. Jahres (26.8.1302) der Regierungsdevise Ta-te hat er 1200 Perlen und 6 Stücke rollenförmige Behälter aus Schildkröterschalen im Pfandleihhaus Ch'eng-te-k'u ("Schatzkammer voller Ehrlichkeit und Tugend") um 125 Liang (1 Liang = 1000 Geldmünzen) in Chung-t'ung-ch'ao (das Papiergeld von der Regierungsdevise Chung-t'ung, 1260 - 1263) verpfändet. Am 16. Tag des 8. Monats und am 27. Tag des 9. Monats des 7. Jahres (26.9.1303 und 7.11.1303) der Regierungsdevise Ta-te hat er zweimal vergeblich versucht, mit dem Geld sowie den geforderten Zinsen im Pfandleihhaus die verpfändeten Sachen einzulösen. Das hat das Pfandleihhaus nicht akzeptiert. Nach Befragung behauptete der Sohn des Pfandleihers Chang I, daß die Sachen bereits verfallen seien, weil schon ein volles Jahr vorbei sei. Wie berichtet hat jedoch das Staatssekretariat am 2. Monat des 2. Jahres (März/April 1296) der Regierungsdevise Yüan-chen (1295 - 1296) beschlossen, daß ab sofort alle verpfändeten Sachen erst nach zwei vollen Jahren verfallen. Nach einer Umfrage hat Chang Kui, der Sohn des Besitzers des Pfandleihhauses Feng-i-k'u ("Schatzkammer voller Gerechtigkeit"), behauptet, in seinem Haus würden Gold, Silber und Perlen nach zwei vollen Jahren, sonstige Gegenstände wie Kleidungsstücke und Stoffe nach 18 Monaten verfallen.....Perlen sowie Gold und Silber sind ja Wertgegenstände.....Es war also berechtigt, Hsiung Jui zu gestatten, für das geschuldete Geld und dessen Zinsen seine verpfändeten Sachen einzulösen.....Die verpfändeten Sachen sind eben von der Art, daß man aus ihnen Gewinn ziehen möchte. Da bis zu diesem Zeitpunkt keine feste Bestimmung geschaffen worden ist, gab es deswegen immer Streit. Bekanntlich gibt es in der Hauptstadt auch Pfandhäuser, in denen für je 1 Liang (1000 Geldmünzen) Hauptschuld nur 2 % Zinsen verlangt werden. Es wird dann 50 Monate dauern, bis die gesamten Zinsen die Höhe des Schuldbetrages erreichen. Wenn im Fall des Klägers die verpfändeten Sachen schon nach einem vollen Jahre, d. h. nach 12 Monaten verfallen würden, wäre der Zinsgewinn übermäßig schnell. Derartige Zinseinnahmen bei der Verpfändung von Sachen schaden nur dem Volk. Deswegen möchten wir beantragen, festzusetzen, daß Gold sowie Silber erst nach zwei vollen Jahren verfallen, damit dies dem Volk zugute kommen kann. Falls dieser

Antrag genehmigt wird, soll er auch überall gleich in Kraft treten, damit er zugleich als feste Regel angesehen wird."¹⁾

Eine zweijährige Verfallszeit bestimmt auch Paragraph Yüan-chen 3 nien 2 yieh (Bestimmung vom 2. Monat des 3. Jahres, März/April 1296, der Regierungsdevise Yüan-chen, 1295 - 1296) Kapitel 27, Tsa-ling (verschiedene Erlasse) Abschnitt Chieh-tien (Verpfändung) des T'ung-chih t'iao-ko. "Im 2. Monat des 3. Jahres der Regierungsdevise Yüan-chen.....klagte Yao Ch'i, er habe Perlen, Edelsteine, Silbergeräte und Kleidungsstücke im Haus von Fei Ch'ao-fung für Geld verpfändet. Nach zwei vollen Jahren wurde ihm die Auslösung der Sachen verwehrt. Das Staatssekretariat hat darüber beraten und ist zu folgendem Beschluß gekommen: Ab sofort verfallen alle verpfändeten Sachen nach zwei vollen Jahren, wenn sie bis dahin noch nicht eingelöst sein sollten."²⁾

Wenn das Pfandobjekt vor Ablauf der Frist aus Fahrlässigkeit des Gläubigers verlorengegangen ist, wurde in der Yüan-Zeit (1280 - 1367) der Pfandschuldner dem Wert des Pfandobjekts entsprechend entschädigt. Gewöhnlich wurde eine Sache in einer Höhe von 50 % des realen Wertes verpfändet. Daher wurden bei der Entschädigung dem Verpfänder auch nur 50 % des realen Wertes zurückerstattet. Diese allgemeine Regel ist im großen und ganzen bis zum Anfang dieses Jahrhunderts erhalten geblieben. So heißt es zum Beispiel im Paragraphen Ta-te 6 nien 10 yieh (Erlaß vom 10. Monat des 6. Jahres, Nov./Dez. 1302, der Regierungsdevise Ta-te, 1297 - 1307) im Abschnitt Chieh-tien (Verpfändung) des Kapitels 27, Tsa-ling (verschiedene Erlasse) im T'ung-chih t'iao-ko: "Im 10. Monat des 6. Jahres (Nov./Dez. 1302) der Regierungsdevise Ta-te.....klagte Chu Chung-jui mit der Behauptung, K'ung Sheng wehre es ihm, die bei ihm verpfändeten Kleidungsstücke einzulösen, mit dem Vorwand, daß sie gestohlen worden seien. Sicher standen die Kleidungsstücke auf der Liste der gestohlenen Sachen. Aber K'ung Sheng besaß kein amtlich zugelassenes Pfandleihhaus. Das ist schon gesetzwidrig. Außerdem verlangte er 10 % mehr Zinsen als üblich. Ferner verkaufte er zum eigenen

- (1). Yüan-tien-chang, Kan. 27, Hu-nu 13, Ch'ien-chai 3, Chieh-tien, § Chieh-tien chin-wu ping erh-chou-nien hsia-chia. S. 8a - b. (GS. Bd. 1, S. 420).
 (2). T'ung-chih t'iao-ko, Kan. 27, Tsa-ling, Abschnitt Chieh-tien, § Yüan-chen 3 nien 2 yieh, S. 14b.

Nutzen heimlich die Kleidungsstücke, die man bei ihm verpfändet hatte, und behauptete betrügerisch, sie seien gestohlen worden. Selbstverständlich ist es schwer zu beweisen, wie die Sache vor sich gegangen ist. Aber es wäre viel richtiger gewesen, wenn K'ung Sheng zunächst auf eigene Kosten den Besitzer für die gestohlenen Sachen entschädigt hätte, bis der Dieb gefangengenommen worden wäre, und dann die ganze Angelegenheit an das Li-pu (Ministerium für Sozialordnung) und das Justizministerium weiter geleitet hätte. Ganz abgesehen davon hat K'ung Sheng keinen dem Gesetz entsprechenden Pfandschein ausgestellt, dennoch verlangte er heimlich 10 % mehr Zinsen als üblich. Das alles ist gesetzwidrig. Wenn die Sachen gestohlen sein sollten, war dies auch darauf zurückzuführen, daß seine Schutzmaßnahmen nicht ausreichend gewesen waren. Es lag auf keinen Fall daran, daß mit menschlicher Kraft die ganze Angelegenheit nicht zu verhindern gewesen wäre. Wenn man seinen Behauptungen glauben würde, wäre dadurch dem Gauner Tür und Tor geöffnet....
 ...¹⁾ Voraussetzung für die Haftung des Pfandgläubigers für den Verlust der verpfändeten Sache war demnach, daß der Verlust auf der Verletzung seiner Verpflichtung zur sorgfältigen Aufbewahrung beruhte. Für durch höhere Gewalt eingetretenen Verlust haftete er nicht. Im Rahmen des Beweises der Sorgfaltspflichtverletzung benutzte man zumindest als Indiz die nicht ordnungsmäßige Führung des Pfandleihgeschäfts durch den Pfandgläubiger im allgemeinen.

Ein weiteres Beispiel zeigt ein Erlaß im Kommentar zum Paragraphen Fei-yung shou-chi ts'ai-ch'an (Über die Gebühr bei der Verwahrung von Wertgegenständen) im Abschnitt Ch'ien-chai (Geldschulden) des Kapitels 13, Hu-lü (Vorschriften über die Wirtschaft) des Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsing-ts'uan (Kommentar zum Ch'ing-Kodex von Yao Yü-haiang. ? - 2, und Hu Yang-shan, ? - ?): "Wenn der Pfandleiher fahrlässig ein Feuer verursacht hat und dadurch die verpfändeten Sachen verbrannt sind, soll er die Schuldner zu 50 % des Betrages entschädigen, mit dem die Sache bei der Verpfändung ursprünglich bewertet worden ist....."²⁾ Die gleiche Regelung findet man auch im Kuang-hai hui-t'ien shih-li (Sammlung der

(1). T'ung-chih t'iao-ko, Kap. 17, Tai-ling, Abschnitt Chieh-tien, § Ta-te 6 nien 10 yieh, S. 14b - 15a.

(2). Yao Yü-haiang u. Hu Yang-shan, Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsing-ts'uan, Kap. 13, Hu-lü, Abschnitt Ch'ien-chai, § Fei-yung shou-chi ts'ai-ch'an, S. 7:2a. (CS. Bd. 2, S. 1349).

Verwaltungsvorschriften der Regierungsdevisen Kuang-hsü, 1875 - 1907)¹⁾.

Hier ist noch zu erwähnen, daß eine ähnliche Vorschrift im Ming-Kodex nicht vorkommt. In der Ming-Zeit haftet der Pfandleiher nur, wenn er vorsätzlich einen Brand herbeiführt und dadurch die verpfändeten Sachen vernichtet werden²⁾.

Weitergehende Entschädigungspflichten des Pfandgläubigers bestanden gewohnheitsrechtlich am Ende des 19. Jahrhunderts in Taiwan. Im Kapitel 3-a des Taiwan shihō (Privatrecht in Taiwan) wird berichtet: "Wenn ein Feuer aus Fahrlässigkeit des Pfandleihhauses verursacht wird, soll der Verpfänder mit dem Wert der verpfändeten Sache entschädigt werden. Wenn das Feuer aber von anderer Seite gelegt worden ist, soll der Verpfänder mit der Hälfte des Wertes der verpfändeten Sache entschädigt werden, (wobei die Zinsen davon abgezogen werden sollen.) Der Verpfänder wird dadurch von der Tilgung der Pfandschuld, der Pfandgläubiger von der Pflicht zur Rückgabe des Pfandobjektes befreit. Das alles wurde von der Sitte als rechtmäßig bewertet."³⁾

Nach Pekinger Gewohnheitsrecht um die Jahrhundertswende durften die Pfandleihhäuser die Zinsen nicht abziehen. "Wenn das Pfandobjekt durch Fahrlässigkeit des Pfandleihhauses verlorengegangen ist, soll es nach dem Wert entschädigt werden, welchen man beim Vertragsabschluß festgelegt hat. Wenn der Sachwert 100 % ist, pflegt die Sache zu 50 % beliehen zu werden. Das Pfandleihhaus ist daher verpflichtet, 50 % zu entschädigen, wobei die Zinsen nicht abgezogen werden dürfen."⁴⁾

In der Ch'ing-Zeit (1644 - 1911) wurde die Entschädigung je nach den Ursachen, die den Verlust der verpfändeten Sachen beim Pfandgläubiger herbeiführten, aber auch nach der Art der verpfändeten Gegenstände weiter

-
- (1). Kuang-hsü hui-tien shih-li, Kap. 764, Hsing-ou, Hu-lü, Ch'ien-chai, § Fei-yung shou-chi ts'ai-ch'an.
 - (2). Ming-lü chi-chieh fu-li, Kap. 9, Hu-lü, Abschnitt Ch'ien-chai, § Fei-yung shou-chi ts'ai-wu, S. 6a - 7a. (GS. Bd. 3. S. 885 - 887).
 - (3). Taiwan shihō, Kap. 3-a, S. 81.
 - (4). Das bedeutet, daß hinsichtlich des die Darlehenssumme übersteigenden Teils des Sachwertes der Verpfänder den Schaden trägt. Mi Kun-kar, Tien-tang lun, (in: She-hui ching-chi tiaō-ts'a so ts'ung-shu) S. 174 ff., zitiert indirekt von Niida Noboru. a.a.O., S. 587 - 588, Fußnote (24).

differenziert. Für den Fall, daß der Schaden durch Diebstahl bzw. Raub-
überfall eintritt, bestimmt Paragraph Fei-yung shou-ohi ts'ai-ch'an
(über die Gebühr bei der Verwahrung von Wertgegenständen) im Abschnitt
Ch'ien-chai (Geldschulden) des Kapitels 13, Hu-lü (Vorschriften über
Wirtschaft) des Ch'ing-Kodex: "Wenn das Pfandleihhaus bestohlen wurde,
.....sollen (die gestohlenen Pfandobjekte) ihrem Wert entsprechend
(100 %) in Geld ersetzt werden. Wenn sie geraubt worden sind, sollen
sie nur zu 50 % ihres Wertes ersetzt werden. In beiden Fällen sollen
die Zinsen, die vor dem Überfall entstanden sind, abgezogen werden."¹⁾
Bei Untergang der verpfändeten Sache durch Naturkatastrophen oder Ver-
lust durch Raubüberfälle schloß Paragraph 14 des T'ai-nan t'ing kuan-nei
tang-p'u kuei-yüeh (Vorschriften für das Pfandleihhaus innerhalb der
Verwaltungszugehörigkeit des Distrikts T'ai-nan), aufgenommen im Kapitel
3-a des Taiwan shiho furoku sanko sho (Anhang: Bibliographie zum Privat-
recht Taiwans), Schadenersatzansprüche des Verpfänders aus: "Wenn die
Pfandobjekte durch Naturkatastrophen oder Raubüberfälle verlorengegangen
sind, darf der Verpfänder vom Pfandleiher die Rückgabe der in Verwahrung
gegebenen Sachen nicht verlangen. Umgekehrt darf der Pfandleiher in die-
sem Fall vom Verpfänder die Tilgung der Schulden nicht verlangen."²⁾
Diese Bestimmung galt allerdings nur in Tainan bzw. Taiwan um die Jahr-
hundertwende.

Den Untergang der verpfändeten Sache durch Feuer behandelt eine Stelle
aus dem Kapitel 2 des Shinkoku gyoseiho (Verwaltungsrecht der Ch'ing-
Dynastie): "Wenn das Pfandleihhaus fahrlässig ein Feuer verursacht, soll
es die verbrannten Sachen zu 50 % ihres bei der Verpfändung festgestellten
Wertes entschädigen. Wenn das Feuer vom Nachbarn verursacht worden ist,
sollen die verbrannten Sachen unter Abzug von weiteren 20 % vom ihren
Wert entschädigt werden, wobei die seit der Verpfändung zustehenden
Zinsen davon abgezogen werden sollen. Aber wenn das Feuer aus eigener
Fahrlässigkeit entstanden ist, und es sich bei den verbrannten Sachen
um Reis, Haferflocken, Bohnen, Baumwolle sowie ähnliche Dinge handelt,
die nur für ein Jahr verpfändet wurden, sollen diese zu 30 % ihres
Wertes ersetzt werden."³⁾

-
- (1). Ta-Ch'ing Lü-li hui-t'ung hsin-ta'uan, Kap. 13, Hu-lü, Abschnitt
Ch'ien-chai, § Fei-yung shou-ohi ts'ai-ch'an, S. 7:3a. (GS. Bd. 2,
S. 1351).
- (2). Taiwan shiho furoku sanko sho, Kap. 3-a, S. 27.
- (3). Shinkoku gyoseiho, Kap. 2, S. 498.

Sonderregeln galten für kostbare Wertgegenstände wie Jade, Gold, Porzellan und dergleichen. Paragraph 12 des Tien-veh hang-kuei (Vorschriften für das Pfandleihgeschäft) in der Provinz Kuang-tung, das im 8. Jahr (1858) der Regierungsdevise Hsien-fung (1851 - 1861) in Kraft trat, legt fest: "Ferner sollen zerbrechliche Sachen, wie zum Beispiel Jade, Porzellan u. dgl., gemäß der Verkehrsanschauung nach dem Wert, zu dem sie ursprünglich verpfändet worden sind, entschädigt werden, wenn sie nicht schon bei der Verpfändung beschädigt waren. Die Entschädigung beträgt 100 % des Sachwertes. Zinsen dürfen nicht abgezogen werden."¹⁾ Das P'ei-shang pan-fa (Entschädigungsgesetz) der National-Regierung, das 1932 revidiert wurde, sieht folgende Regelung vor: "Gegenstände aus reinem Gold müssen zu 70 % ihres realen Wertes beliehen werden. Daneben stehen die restlichen 30 % dem Verpfänder (bei Verlust durch Diebstahl) als Entschädigung zu"²⁾. Sonstige Gegenstände aus Gold, z. B. aus Edelsteinen und Jade hergestellter Goldschmuck, goldene Uhren und anderer Goldschmuck, müssen zu 50 % ihres realen Wertes beliehen werden. Daneben stehen die restlichen 50 % dem Verpfänder als Entschädigung zu. In jedem Fall dürfen die Zinsen abgezogen werden."³⁾

-
- (1). Mi Kung-kan, Tien-tang lun, a.a.O., S. 144, zitiert indirekt von Niida Noboru, a.a.O., S. 587, Fußnote (24).
 (2). Das heißt, der Verpfänder braucht das Darlehen nicht zurückzahlen und bekommt darüber hinaus den restlichen Teil des vollen Wertes der Pfandsache ersetzt.
 (3). Mi Kung-kan, a.a.O.

2. Abschnitt: Das Besitzpfandrecht an Grundstücken

§ 10. Vor der T'ang-Zeit

Über das Besitzpfandrecht an Grundstücken vor der T'ang-Zeit (618 - 906) sind nur wenige Quellen vorhanden. Vermutlich hat es in China frühestens seit der späteren Han-Zeit (25 - 220 C.) das Pfandrecht an Grundstücken gegeben. Die früheste Nachricht über das Besitzpfandrecht an Grundstücken findet sich im Sung-Hsiao-wang kuan-tung feng-shu chuan (Aufzeichnung über die Sitten und Gebräuche in Kuan-tung, den heutigen Provinzen Honan und Shan-tung, vom Prinzen Hsiao aus dem Lehnstaat Sung in der Hou-Wei-Zeit, 386 - 533), einem Werk, das leider schon längst verlorengegangen ist¹⁾, aber dessen Ausführungen zum Besitzpfandrecht an Grundstücken im Kapitel 2, Shih-huo 2, T'ien-chih (2. Kapitel über die Wirtschaft und Währung, die Vorschriften über Grundstücke und Ackerland) des T'ung-tien ('umfassende Statuten', verfaßt von dem Konfuzianer Tu Yu, 735 - 812) zitiert sind. Bereits in diesem ersten Zeugnis kommt die Rechtsnatur des chinesischen Besitzpfandrechts an Grundstücken deutlich zum Ausdruck. Das 'T'ieh-mai', von dem unsere Quelle spricht, ist seiner wörtlichen Bedeutung nach ein Verkauf auf Lösung. Der Gläubiger wird **Eigentümer** des Grundstücks. Der Schuldner kann jedoch, indem er die Schuld rechtzeitig tilgt, das Grundstück lösen; das Eigentum fällt damit an den Schuldner zurück. Wenn wir daher in folgendem in bezug auf die chinesischen Quellen von Verpfänder, Pfandrecht, Pfandgläubiger sprechen, so geschieht es nur als Breviloquenz. "T'ieh-mai heißt, ein Huang-t'ien (nicht kultiviertes Feld) für sieben Jahre oder ein Shu-t'ien (schon kultiviertes Ackerfeld) für fünf Jahre verpfänden. Wenn der Schuldbetrag zurückerstattet ist, muß auch das Land zurückgegeben werden. Gemäß der Verordnung ist dies alles gestattet. Ein Lu-t'ien (staatliches, einem Privaten auf Zeit überlassenes Ackerland) darf an sich nicht verkauft werden (mai-mai). In Wirklichkeit wird man aber nicht getadelt, wenn man es verkauft hat (mai-mai). Die armen Leute,

(1). Es gibt ein Fragment darüber mit dem Titel Kuan-tung feng-shu chuan, 1 chüan, das von Wang Mu (1669 - 1754) kompiliert und in Ch'ung-ting Han-T'ang ti-li shu-ch'iao (über die Landkunden in der Han- und T'ang-Zeit, eine verbesserte Ausgabe) aufgenommen ist.

die mit ihren geringen Einkünften die Steuer des Kaisers nicht abtragen können, verpfänden häufig ihr Landgut (huo-mai). Wenn sie im Frühjahr in Schwierigkeiten geraten sind, laufen sie einfach weg und verstecken sich. Es gibt auch faule Leute, die zwar Äcker besitzen, aber nicht arbeiten wollen. Sie wollen sich lieber vergnügen und herumreisen. Sie verpfänden ihre Äcker für drei Jahre, damit die Steuer des Kaisers abgetragen werden kann. Seit kurzer Zeit gibt es zwar einen Erlass, der versuchen soll, die Leute zurückzugewinnen, auch solche, die geflohen und verschwunden sind. Aber das hat zur Folge, daß nur solche Leute schnell zurückkommen, die ihr Landgut verkaufen können. Wenn sie ihr Landgut verpfändet haben, verschwinden sie ebenso schnell wieder. Obwohl sie augenscheinlich zurückgekommen sind, wollen sie doch nicht sesshaft werden. Deswegen ist die Angelegenheit jetzt von der Kreisbehörde anders geregelt worden. Es ist gestattet, Äcker und Gärten zu verpfänden (mai-t'ieh)."¹⁾

Das Rechtsgeschäft des T'ieh-mai, wie es uns in dieser konfuzianischen Schrift entgegentritt, weist eine auffällige Parallelität mit einem Rechtsinstitut des altgriechischen Rechts auf. Wie bei der Praxis epilysei²⁾ wird der Gläubiger nicht nur Inhaber eines beschränkten dinglichen Rechts, sondern erlangt mit dem Besitz auch das Eigentum. Die Übertragung des Eigentums erfolgt durch einen Verkauf auf Wiederkauf, bei dem der Kaufpreis funktionell einem Darlehen gleichkommt, das der Gläubiger gegen die Sicherheit des vorläufigen Eigentums am Grundstück gewährt. Der Schuldner kann nach Rückzahlung des Darlehns das Grundstück herausverlangen. Im Kapitel 78, Wei Ting chuan (Biographie über Wei Ting, ? - ?) des Sui-shu (Dynastiegeschichte der Sui. 589 - 618, verfaßt von Wei Cheng, 580 - 643, u. a.) wird berichtet: "Am Anfang der Regierungsdevise Chih-te (583 - 586, der Dynastie Ch'en, 557 - 589) hat (Wei) Ting alle seine Landgüter und Häuser verpfändet und wohnte provisorisch in einem buddhistischen Tempel (chin chih-huo t'ien-chai t'ü-chü sang-shih). Sein Freund Mao Piao (? - ?), Minister für das Hand-

1) Tu Yu, T'ung-tien, Kap. 2. Shih-huo, T'ien-chih, hsia, S. 2b. (Sung Hsiao-wang kuan-tung feng-shu-chuan).

(2) Vgl. dazu Berneker, RE, Suppl. X, Sp. 652 ff.
Der Hinweis auf das altgriechische Recht verdanke ich Herrn Prof. Kunkel.

werkwesen (Te-chiang-ch'ing), fragte ihn nach seinen Gründen. Er antwortete: 'Die Austrahlungskraft des Kaisers reicht vom Oster des Flusses bis hierher, dann geht sie zu Ende. Du und ich werden in der Stadt Ch'iang an heerdigt sein. Die Schicksalsstunde kommt. Deswegen habe ich bankrott gemacht!' Als Ting früher ein Amt in der Dynastie Chou (gemeint die nördliche Chou-Dynastie, 557 - 580) bekleidete, traf er sich sehr oft mit Kao-tsu (gemeint ist der Kaiser Wen der Sui-Dynastie, 589 - 618, Yang Chien, 541 - 604, seine Amtszeit 581 - 604). Einmal hat Ting zu Kao-tsu gesagt: 'Wenn ich Eure Gesichtszüge genau betrachte, erscheint Ihr mir als außerordentlicher Mensch. In erdem ist der Blick Eurer Augen so eindringend, daß kein Weiser hier im Lande sich traut, sich mit Euch zu vergleichen. Bald werdet Ihr zu höchsten Würden kommen..... Daher bitte ich Euch, Euch selbst zu lieben und zu schätzen.' Als die Dynastie Ch'en (557 - 589) abgelöst wurde, holte der Kaiser ihn erlöst zu sich, und ernannte ihn zum Shang-i t'ung san ssu (Ehrenamtlicher Minister der Finanzen). Er wurde sehr mit Ehre überhäuft."¹⁾

In dieser Geschichte wird für die Verpfändung der Grundstücke der Ausdruck "Chih" (Verpfänden) benutzt, dem wir bereits bei der Verpfändung beweglicher Sachen begegnet sind. Wir können hierin einen Beweis dafür sehen, daß in den chinesischen Quellen der Verkauf auf Lösung mit einem Besitzzufandrecht als funktional äquivalent betrachtet wurde.

(1). Wei Cheng, u. a., Sui-shu, Kan. 78, Wei Ting chuan, S. 9a - b. (Pona, S. 11956).

§ 11. In der T'ang- und Sung-Zeit

In der Literatur der T'ang- und Sung-Zeit werden für das Besitzpfandrecht an Grundstücken verschiedenen Ausdrücke benutzt, in denen sowohl der Gedanke eines Verkaufs auf Lösung als auch der pfandrechtsähnliche Charakter des vom Gläubiger erlangten Eigentums zum Vorschein tritt. Es sind dies die Worte 'T'ieh', 'T'ieh-mai', 'T'ieh-jen', 'T'ieh-tien', oder 'Chih', 'Chih-tang', 'Chih-ohü', 'Chih-mai', 'I-chih', oder 'Tien', 'Tien-mai', 'Tien-chih'. 'Tien-t'ieh', 'Tien-tang', 'Ti-tang', 'I-tang'. Die K'ai-yüan erh-shih-wu nien t'ien-ling (eine Verordnung über die Äcker vom 25. Jahre der Regierungsdevise K'ai-yüan, 713 - 741, in der Tang-Zeit), die im Kapitel 2, T'ien-chih (der Vorschriften über die Äcker) der Abteilung Shih-huo (über Essen und Währung) des T'ung-tien ('umfassende Statuten', verfasst von Tu Yu, 735 - 812) beschrieben ist, ist hierfür ein gutes Beispiel: "Kein Acker darf mit Wiederkaufsvorbehalt verkauft bzw. verpfändet werden (Chu-t'ien pu-te t'ieh-jen chi chih). Bei einer Gesetzeswidrigkeit wird die Geldsumme konfisziert, und der Acker dem früheren Eigentümer (Schuldner) zurückgegeben. Es wird nur dann gestattet, mit Wiederkaufsvorbehalt zu verkaufen (t'ieh-jen) bzw. zu verpfänden (chih), wenn der Eigentümer dem Staat Dienste in entfernten Landesteilen zu leisten hat, und es zugleich in seiner Familie niemanden mehr gibt, der sich um den Acker weiter kümmern könnte. Ferner ist es nicht verboten, die 'Kuan-jen Sung-yeh-t'ien' (die Äcker der Beamten, die vererblich sind) und 'Tz'u-t'ien' (die Äcker, die vom Kaiser verschenkt worden sind) einfach (mai) oder mit Wiederkaufsvorbehalt zu verkaufen bzw. zu verpfänden (t'ieh-jen)."¹⁾ Das Wort 'T'ieh' ist in einem Wörterbuch "Sammlung von Jaden", Yü-p'ien, des Ku Yeh-wang (519 - 581, aus der Hsu-Liang-Dynastie, 502 - 556) folgendermaßen definiert: "Gegen Geld Gegenstände verpfänden." (I-wu chih-oh'ien).²⁾

Aus dem Kapitel 173, Shih-huo chih (Aufzeichnung über Essen und Währung) des Sung-shih (der Dynastie-Geschichte der Sung, 960 - 1279), verfasst

- (1). Tu Yu, T'ung-tien, Kap. 2, Shih-huo, T'ien-chih, hsia, T'ang K'ai-yüan erh-shih-wu nien t'ien-ling, S. 6b.
- (2). Ku Yeh-wang, Yü-p'ien, hsia, Kap. 25, Hof III. S. 39b.

von dem Mongolen Tocto. mit chinesischem Namen T'ao-k'o-t'ao, 1313 - 1355) ist folgendes zitiert: "Im ersten Jahre der Regierungsdevise K'ai-hsi (1206 - 1207) hat Fan Sun (? - ?), der Oberaufseher der Finanzen in der Provinz K'uei (K'uei-lu ohuan-yün n'ian-kuan, K'uei-lu liegt zwischen den heutigen Provinzen Seu-ch'uan und Hu-nai), berichtet.....Wer seine Äcker oder Häuser verpfändet, verliert das Eigentum. (Fan tien-mai t'ien-chai, t'ing-ch'i li-meh)....." ⁽¹⁾ Das wir das Wort 'Yeh' wörtlich im Sinne von Eigentum nehmen dürfen, zeigt sich daran, daß wie wir noch sehen werden, die Steuern nach dem verpfändeten Grundstück vom Gläubiger bezahlt werden mußten.

Eine weitere Bezeichnung für das Pfandrecht an Grundstücken ist 'Chih-chü'. Dieser Terminus bringt im Gegensatz zu 'T'ieh-mai' den pfandrechtlichen Aspekt des vom Gläubiger erlangten Sicherungsrechts zum Ausdruck. Er kommt z. B. in den T'ang K'ai-fian erh-shih-wu nien tsa-ling (Erlasse über verschiedene Gegenstände vom 25. Jahre der Regierungsdevise K'ai-yüan, 713 - 779, der T'ang-Dynastie) vor, die im Kapitel 26 des Sung Hsing-t'ung (Strafgesetzbuch der Sung-Dynastie) aufgenommen sind: "Wenn die Eltern noch leben.....dürfen die Kinder, die Enkel, die jüngeren Brüder, oder die Neffen nicht gegenwärtig die Hausrechte, sechs Arten von Haustieren (lin-hsü, nämlich Schweine, Hühner, Enten, Schafe, Rinder und Pferde), Äcker, Häuser oder die sonstigen Wertgegenstände verpfänden (chih-chü) oder verkaufen (mai). Die Äcker und die Häuserdürfen nur mit amtlicher schriftlicher Erlaubnis verpfändet oder verkauft werden. Wenn keine amtliche Billigung vorliegt, werden die verpfändeten oder verkauften Gegenstände dem Eigentümer zurückgegeben und der Lösungs- bzw. Kaufpreis darf dabei nicht gefordert bzw. zurückverlangt werden." ⁽²⁾

Noch stärkeres Gewicht besitzt der pfandrechtliche Aspekt in der Verknüpfung 'T'ien-chih', wie sie im Kapitel 140. Lu Ch'ün chuan. (Biographie über Lu Ch'ün, 2 - 800), des Chou T'ang-shu (Der Dynastie-Geschichte der

(1). Tocto (T'ao-k'o-t'ao), Yueh-chih, Kap. 173, Shih-huo chih, S. 24a.

(2). Sung Hsing-t'ung, Kap. 26, Teil 3, 17. Shou-chi t'ien-chi ch'i fa-yung, (1), Kung-kuo ch'ien-shu, S. 148, Fu-chai ch'ien-ch'ien-chih hui-ch'ian, S. 8b, (23. Kap.), T'ang K'ai-fian erh-shih-wu nien tsa-ling.)

T'ang der älteren Auffassung, verfasst von Liu Hsü, 887 - 946) enthalten ist: "Im 4. Monat des 16. Jahres (April/Mai, 800) der Regierungsdevise Chen-wan (785 - 803).....wohnte er anfangs in der Stadt Cheng-chou (in der heutigen Provinz Ho-nan). Damals verpfändete man bei ihm ein paar Hektar gute Äcker (tien-chih). Später wurde er zum Chieh-tu-shih (Kommandant der Grenzgarison) ernannt. Als er dorthin gegangen war und sein Amt übernahm, beauftragte er seine Offiziere, sowohl die Pfandurkunden (oh'i-shu) als auch die Äcker den Schuldnern zurückzugeben. Diese Wohltat wurde von seinen Zeitgenossen sehr gelobt."¹⁾

Auch in der Verbindung 'I-chih' überwiegt die Vorstellung eines Pfandrechts. Im Kapitel 106 des Hsü Tzu-chih t'ung-chien ch'ang-p'ien (Fortsetzung zum durchgehenden Spiegel zur Hilfe bei der Regierung) von dem Sung-Konfuzianer Li T'ao (1115 - 1184) wird folgendes berichtet: "Im 6. Jahre der Regierungsdevise T'ien-sheng (1023 - 1031)..... im 9. Monat.....am Tag Chia-shen (1. Sept., 1028) wurde folgende Regelung getroffen. Diejenigen Einwohner der Provinz Ho-bei, die von Naturkatastrophen heimgesucht worden waren, und ihre Baumwolläcker an die Reichen verpfändet hatten (i-chih), können ihre Äcker zurückverlangen. Erst wenn die Jahreseinkünfte wieder reichlich sind, sollten sie die geliehenen Geldsummen zurückzahlen."²⁾

Die Lösung des dem Gläubiger verhafteten Grundstücks wird in der Regel mit 'Shou-shu' (Loskaufen) bezeichnet. So zum Beispiel in einer Petition des berühmten T'ang-zeitlichen Dichters Po Chü-i (772 - 846): "Da seine Kinder und seine Enkel (des toten Wei Cheng, 580 - 643) in Armut leben, und da seine alten Häuser an Fremde verpfändet sind (chüu-chai tien-mai yü-jen), bittet Shih-tao (gemeint Li Shih-tao, ? - 819) um Erlaubnis, mit privaten Geldmitteln sein Eigentum loskaufen (shou-shu) zu dürfen, damit es den Nachkommen (des toten Wei Cheng) zurückgegeben werden kann.Ich bitte daher Eure Majestät, der zuständigen Behörde durch einen außerordentlichen Erlass bewilligen zu wollen, mit staatlichen Geldmitteln sein Eigentum loszukaufen, damit es seinen Nachkommen zu-

(1). Liu Hsü. Chiu T'ang-shu, Kap. 140, Lu Ch'ün chuan, S. 9a. (Pona, S. 15332.)

(2). Li T'ao, Hsü Tzu-chih t'ung-chien ch'ang-p'ien, Kap. 106, Bd. 4, (gesamt Bd. Nr. 314), S. 18b.

rückgegeben werden kann."¹⁾

Neben 'Shou-shu' wird als Bezeichnung für die Ausübung des Lösungsrechts auch 'Shu' allein benutzt; außerdem begegnen mitunter auch andere Verbindungen mit 'Shu'. So zum Beispiel 'Shu-huan'. 'Shu' und 'Shu-huan' werden in der bereits erwähnten Fortsetzung zum durchgehenden Spiegel zur Hilfe bei der Regierung von Li T'ao verwendet: "Im 2. Jahre der Regierungsdevise Ta-chung hsiang-fu (1003 - 1016).....im 4. Monat..... am Tag I-hai (7. Mai, 1011) hat die Regierung mit 5 Millionen Geldmünzen aus der Sonderkasse des Hofamtes (Nei-k'u) die Häuser des verstorbenen Kanzlers Li Tuan (933 - 998) von den Fremden losgekauft (Shu) und seinem Sohn Fan geschenkt. Der Kaiser (gemeint Chen-tsung, mit bürgerlichem Namen Chao Heng, 968 - 1022) hat dem (Minister) Wang Tan (957 - 1017) u. a. gesagt: 'Die Kinder von Tuan sind alle noch minderjährig, der älteste Sohn Fan ist an den Beinen krank. Er kann sich nicht um die Familienangelegenheiten kümmern. Seine alten Häuser sind bereits an Fremde verpfändet (chiu-ti i ohih-yü-jen). Die Brüder haben seit langem nicht mehr zusammenleben können. Es wäre deshalb richtig mit den Geldmitteln aus der Sonderkasse des Hofamtes die Häuser loszukaufen (Shu-huan) um sie an seine Kindern zu schenken, damit sie alle wieder zusammenleben können.'"²⁾

Der Loskauf von Grundstücken mit staatlichen Mitteln kam in der T'ang-Zeit auch sonst als außerordentliche Maßnahme des Kaisers zugunsten der Abkömmlinge verdienstvoller Verstorbener vor, wie uns die Lokalchronik des Sung Min-ch'iu (1019 - 1079) zeigt, die der Geschichte der T'ang-zeitlichen Hauptstadt Ch'ang-an gewidmet ist. "(Die Häuser von Tuan Hsiu-shih, 719 - 782, waren) ein Geschenk des Kaisers Te-tsung (des 11. Kaisers der T'ang-Dynastie, Li K'uo, 742 - 805). Im 10. Jahre der Regierungsdevise Ta-chung (847 - 859) erging folgender Erlaß des Kaisers Hsüan-tsung (des 18. Kaisers der T'ang-Dynastie, Li Shen, 810 - 859): Alle Häuser von (Tuan) Hsiu-shih, die zum Ahnentempel gehören sollten, sind an Fremde verpfändet worden (tien-tsai-jen).....Sie sollen mit Geldmitteln aus der Kasse des kaiserlichen Hofes, die der Kaiser

(1). Po Chü-i, Po shih ch'ang-ch'ing-chi, Kap. 41, Aufsatz Lun Wei Cheng ohü-chai chuang (Erörterung über die alten Häuser von Wei Cheng), S. 17a - 18a. Vgl. a. Wang P'u, T'ang-hui-yao, Kap. 45, Kung-ch'eng, Bd. 2, S. 810.

(2). Li T'ao, a.a.O., Kap. 73, S. 16a. (Heft 3, Gesamt Band Nr. 313).

schenkt, losgekauft werden (shou-shu)."¹⁾

Wenn auch in der Terminologie der Quellen der Gedanke eines Verkaufs auf Lösung mit pfandrechtlichen Aspekten gemischt auftritt, so läßt doch die Tatsache, daß die Steuerpflicht bis zur Lösung des Grundstücks den Gläubiger traf, einen sicheren Schluß darauf zu, daß der Gläubiger während des Bestehens der Forderung als (vorläufiger) Eigentümer des Grundstücks betrachtet worden ist. Die Steuerzahlungspflicht ist hierbei ein besserer Anhaltspunkt für die Rechtsposition des Gläubigers als seine Bezeichnung mit dem Ausdruck 'Pen-chu', der sowohl Eigentümer als auch Besitzer bedeuten kann. Einen T'angzeitlichen Beleg für die Steuerzahlungspflicht des Gläubigers finden wir im Pao-li yüan-nien ssu-yieh erh-shih-jih ts'e-tsun-hao she-wen (Bekanntmachung einer Begnadigung aus Anlaß der Verleihungen der Ehrentitel am 20. Tag des 4. Monats des 1. Jahres, 11. 5. 825, der Regierungsdevise Pao-li, 825 - 826), die im Kapitel 423, She-shu, ssu (dem 4. Abschnitt über die Begnadigungsschriften) des Wen-yüan ying-hua (den auserlesenen Blumen vom Garten der Literatur, kompiliert von Li Fang, 925 - 996) enthalten ist. Dort heißt es: "Es muß innerhalb des Reiches bekanntgemacht werden, daß derjenige, der von anderen die Häuser, Äcker, Gärten oder Läden als Pfandobjekte angenommen hat (tien-t'ieh te-jen chuang t'ien yüan tien), zugleich verpflichtet ist, die Steuerpflicht zu erfüllen. Am Tag des Verkaufes vom ursprünglichen Eigentümer (pen-chu shou-shu shih-jih) darf der Pfandgläubiger Erlasse, Verordnungen oder private Vereinbarungen nicht gegen den Schuldner einwenden, um damit den Schuldner zu überlisten."²⁾

Die Erfüllung der Steuerzahlungspflicht stieß in der einflußreichen Schicht, der die Gläubiger angehörten, zum Teil auf Widerstand. Im Kapitel 14 des Ssu-shui chi-wen (Aufzeichnungen aus den Erfahrungen von Ssu-shui, dem Pseudonym des Autors) vom Ssu-mo Kuang (1010 - 1086) schreibt der Autor folgendes: "Als Li Nan-kung (? - ?) das Amt des

-
- (1). Sung Min-ch'iu, Ch'ang-an chih, Kap. 7, Ch'ung-i fang (Abnenteapel), Abschnitt Tseng T'ai-wei Tuan Hsiu-shih ch'ei (Geschenk des Kaisers an den Generaloberst Tuan Hsiu-shih, 714 - 783).
 - (2). Li Fang, Wen-yüan ying-hua, Kap. 423, She-shu ssu, Pao-li yüan-nien ssu-yieh erh-shih-jih, ts'e-tsun-hao she-wen, S. 2b. (Ed. K. S. 2591).

Kreisvorstehers in Ch'ang-sha (in der heutigen Provinz Hu-nan) übernahm,gab es dort mehr als einen Zoll Aufzeichnungen über Steuerforderungen, die man einfach nicht durchsetzen konnte. Alle Vorsteher der Stadtviertel, die beauftragt wurden, ergriffen die Flucht. Dazu sagte Nan-kung: 'Diese Stadtviertel brauchen keine Vorsteher mehr. Der Kreisvorsteher selbst will sich um die Angelegenheit kümmern.' Darauf pinselte er die Namen der Stadtviertel auf eine Säule. Die Mächtigen in diesen Viertel fürchteten ihn alle. Noch vor Ablauf der Frist in diesem Jahre waren die Steuern in diesen Stadtvierteln am schnellsten gesammelt worden. Außerdem kam es in mehreren Stadtvierteln vor, daß die Familien zwar als Steuerpflichtige in den Registern standen, in Wirklichkeit aber gar keine Steuern zahlten. Jedes Jahr mußten die Vorsteher selbst auf eigene Kosten die Steuern für die betreffenden Grundstücke zahlen. Nan-kung versammelte daraufhin sämtliche Mächtigen in den Stadtvierteln um sich und sagte ihnen folgendes: 'Die hiesigen Ackerfelder sind in Wirklichkeit von Euch in Pfand genommen worden. Ich gebe Euch einen Monat Zeit, die ganze Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Wenn Ihr sie innerhalb dieser Zeit nicht selbst erledigen könnt, dann müsst Ihr zwangsweise besteuert werden!' Bis zum Ablauf der Frist wurden die Pfandgläubiger ermittelt. Jeder hatte die Steuer bezahlen müssen.¹⁾

Der Übergang der Steuerzahlungspflicht auf den Gläubiger machte das Besitzpfandrecht an Grundstücken in bestimmtem Umfang dazu geeignet, die Steuerzahlungspflicht zu umgehen, nämlich dann, wenn der (Schein-) Gläubiger auf Grund besonderer Privilegien für die ihm gehörenden Grundstücke keine Steuern zahlen brauchte. Die höheren Beamten hatten wegen ihres Beamtenstatus Steuerfreiheit. Im Kapitel 490,

(1). Ssu-ma Kuang, Ssu-shui chi-wen, Kap. 14, S. 161. (JKHSMC Bd. 158).

(2). Selbst für die von Beamten verpfändeten Grundstücke entfiel jede Steuerzahlungspflicht. Im Kapitel 15, Wai-en-tung chi, hsia (Aufzeichnung über den Kaiser Hsien-tsung, in Chun. 778 - 800, zweiter Teil) des Shu-P'ing-shu (Dinastie-Geschichte der T'ang, der älteren Ausgabe) von Liu Hsi (1887 - 1946) u. a. lesen wir: "Am Tag Hsin-chi....des 12. Monats....des 8. Jahres (28.12.812)der Regierungsdynastie Yü-wei (806 - 820)....wurde ein Erlass erteilt. Es wurde den Grafen, den Gräfinnen, sowie den Beamten gestattet, die ihnen vom Kaiser geschenkten Häuser, Mühlesteine, Geschäftshäuser, Wagenwerkstätten, Gärten oder Wälder zu verpfänden. Die darauf entstandenen Steuer- und Dienstverpflichtungen sollten den Präfekturen zwecks Abzuges gemeldet werden." Siehe dessen S. 5a. (GZ. 1920).

Shih-huo (Essen und Währung), IV:1, Hsien-t'ien (Beschränkung des Grundbesitzes) des Sung-hui-yao (Abriß der Verwaltungsvorschriften der Sung-Dynastie) von Hsü Sung (1781 - 1848) heißt es: "Am 15. Tag des ersten Monats des 17. Jahres (16. 2. 1147) der Regierungsdevise Shao-hsing (1131 - 1162) sagten die Minister und die Beamten folgendes: Nach den Verordnungen sowie Erlassen der Regierungsdevise Cheng-ho (1111 - 1117) sind die Landgüter der Beamten, die eine Rangstufe innehaben (p'in-kuan), in folgender Weise von der Steuerpflicht befreit. Die Beamten vom 1. Rang dürfen 100 Ch'ing (1 Ch'ing = 100 Mou Land; 1 Mou = 240 Geviertschritt = 6,97 Ar. = 1 Morgen Land) steuerfrei besitzen, die vom 2. Rang 90 Ch'ing, die vom 3. bis zum 8. Rang 20 Ch'ing, die vom 9. Rang 10 Ch'ing. Über diese Grenzen hinaus werden sie, wie sie (von den lokalen Behörden) erfasst worden sind, versteuert."¹⁾

Die Bauern haben vielfach mit von der Steuer befreiten Personen Scheinverträge abgeschlossen in der Hoffnung sich der Steuer- und Dienstpflicht entziehen zu können. Wie wir aus Kapitel 4751 Shih-huo (Über Essen und Währung), I:20, Nung-t'ien (Über die Ackerfelder), Tsa-lu (sonstige Vorschriften), des Sung-hui-yao von Hsü Sung ersehen können, mußte sich die kaiserliche Kanzlei schon zu Beginn der Sung-Zeit mit diesem Problem befassen: "Im 12. Monat des 1. Jahres (Jan./Feb. 1023) der Regierungsdevise Ch'ien-hsing (1022 - 1023) bestieg der Kaiser Jentsung (Chao Chen, 1010 - 1063) den Thron...und der Erlaß vom 4. Jahre (1020) der Regierungsdevise T'ien-hsi (1017 - 1021) wurde seinem Inhalt nach folgendermaßen genehmigt: Diejenigen, die einen Scheinvertrag abgeschlossen haben, durch den sie ihre Steuer- sowie Dienstpflichten zu entziehen, müssen dies innerhalb von hundert Tagen den Behörden melden. damit das Verzeichnis der Steuerpflichtigen berichtigt werden kann. Nach dem Ablauf dieser Frist darf jeder sie anzeigen. Die (angezeigten) Beamten sowie die Gesandten werden sofort ihres Amtes enthoben und von der Beamtenliste gestrichen. Die sonstigen Personen im öffentlichen Dienst sowie die Zivilbevölkerung werden gerichtlich belangt und dann verbannt."²⁾

(1). Hsü Sung, Sung-hui-yao, Kap. 4750, Shih-huo, VI:1, Hsien-t'ien, S. 14b. (Bd. 5, S. 4879).

(2). Hsü Sung, a.a.O., Kap. 4751, Shih-huo, I:20, Nung-t'ien, Tsa-lu, S. 19b - 20a. (Bd. 5, S. 4811).

Die Befreiung von der Steuerpflicht schuf auch einen wichtigen Anreiz dafür, fremde Grundstücke, wenn notwendig, sogar mit Gewalt sich anzueignen. Die Kaiserliche Kammer hatte sich mit diesem Fall schon aus steuerlichen Gründen auseinandergesetzt. Im Erlaß T'ien-pao shih-tai shih-i yeh hiao (Bd. 6 vom 11. Monat des 11. Jahres, des T'ien-tan, 781, der Regierungsdevise T'ien-pao, 742 - 755, der in Kapitel 49, Pang-chi pu 'Aufteilung ihrer nationalen Finanz, T'ien-chih 'über das Acker-System') des Ts'e-fu yüan-kuei (Musterbeispiele in der Folge der Schriften, einer Enzyklopädie) von Wang Ch'in-jo (962 - 1025) u. a. aufgenommen ist, heißt es: "Wie bekannt ist, haben sowohl die Würsten, die höheren Beamten, als auch die Reichen und die Privilegierten sich ungeachtet der Vorschriften miteinander weiterfernd Ackerfelder angeeignet.....Sie haben (eigenmächtig) Steuerregister verfaßelt oder behauptet, daß sie die Häuser bzw. Ackerfelder in Pfand genommen hätten. Dadurch können die Bauern sich nirgendwo in Frieden niederlassen. Sie sind sogar gezwungen, ihren Status als K'o-ho 'die von fremden Ortschaften eingesiedelten aber selbständigen Bauern' aufzugeben und weiterhin als Pächter zu leben."¹⁾

Die religiösen Tempel, sowohl die buddhistischen, taoistischen, als auch die konfuzianischen, konnten auf Grund ihrer außerordentlichen Position als Steueroasen Geschäfte treiben. Im Kapitel 40, Shih-huo (Über Essen und Währung), XIV:15, Mien-i, hsiu (Über die Befreiung von Dienstpflichten, zweiter Abschnitt), des Sung-hui-yao von Hsü Sung findet sich dazu folgendes: "Am 14. Tag des 5. Monats des 4. Jahres (2. 6. 1110) der Regierungsdevise Ta-kuan (1107 - 1110) sagten die Minister und die Beamten folgendes. Nach Yüan-feng-ling (dem Erlaß von der Regierungsdevise Yüan-feng, 1078 - 1085) dürfen an sich nur die Tempel von drei heiligen Ahnen des Konfuzianismus, die Ahnentempel, die Tempel von Lokalgottheiten sowie die buddhistischen und die taoistischen Tempel von den öffentlichen Dienst- und Steuerpflichten befreit werden. Seit einiger Zeit haben die Beamten häufig darum ersucht, sie hinsichtlich der auf Grund ihrer Verdienste erbauten Ahnentempel von den öffentlichen Dienst- und Steuerpflichten zu befreien. Die Zentralregierung hat kaum je von ihnen vorgetragene Begründung nachgeprüft, sondern

(1). Wang Ch'in-jo u. a., Ts'e-fu yüan-kuei, Kap. 495, Pang-chi pu, T'ien-chih, S. 24a - b. (Bd. 6, S. 5928).

ihre Anträge ohne weiteres gebilligt. Daher hat die Stellung solcher Anträge Schule gemacht. Die Beispiele sind gang und gäbe. Es gibt auch Fälle, wo Grundstücke kurz nach dem Erwerb an buddhistische Tempel verschenkt wurden, um den Antrag auf Steuervergünstigung zu stellen. Sogar die Grabverwalter beantragen, wenn sie oberen oder mittleren Schichten angehören, sie von den Dienstpflichten und Steuerabgaben zu befreien. Was dabei an Vergünstigungen gewährt wird, müssen die Leute der unteren Schichten tragen. Das schadet der Glaubwürdigkeit des Gesetzes. Daher möchten wir vorschlagen, solche Anträge von Beamten folgendermaßen zu behandeln. Die Ahnentempel dürfen nicht von Dienstpflichten oder Steuerabgaben befreit werden. Das Gleiche gilt auch für die Grabverwalter. Die buddhistischen sowie die taoistischen Tempel sollten auch ihre Dienstpflichten leisten und die Steuern zahlen. Wir bitten einen entsprechenden Erlaß zu erteilen."¹⁾

Die Nutzungen, die der Pfandgläubiger aus dem Grundstück zieht, werden in der Regel als Verzinsung seiner Forderung betrachtet. In der T'ang- und Sung-Zeit war der Zinssatz gesetzlich festgelegt. Bei der Tilgung der Forderung darf der Pfandgläubiger keine zusätzlichen Zinsen verlangen, andererseits kann der Verpfänder (Pfandschuldner) mit der Rückgabe der ursprünglich festgesetzten Geldschuld die Forderung tilgen und damit das Pfandobjekt loskaufen. Der Zinssatz beim Pfandvertrag betrug 4 % bei den privaten und 5 % bei den öffentlichen Institutionen: "Der Erlaß vom 16. Tage des 2. Monats des 16. Jahres (30. 3. 728) der Regierungsdevise K'ai-yüan (713 - 741) lautet: Seit einiger Zeit sind die Zinssätze sowohl beim privaten Pfandvertrag als auch beim Pfandvertrag der öffentlichen Institution sehr hoch. Das wird nur den armen Leuten zu schaden gereichen. Daher soll die ganze Angelegenheit erneut geprüft werden. Ab heute dürfen innerhalb des Reiches in allen Pfandverträgen bei Privaten nur 4 % Zinsen und bei öffentlichen Institutionen nur 5 % Zinsen verlangt werden."²⁾ Im Kommentar zum Paragraphen Fu-chai

-
- (1). Hsü Sung, Sung-hui-yao, Kap. 4686, Shih-huo, XIV: 15, Mien-i, hsia, S. 21a - b. (Bd. 6, S. 5045). Speziell über dieses Problem in der T'ang- und Sung-Zeit siehe auch die Abhandlungen von Michihata Ryōshū und Mishima Hazime, aufgenommen in: LIM Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0360 und 0361.
 - (2). Wang P'u, T'ang-hui-yao (Abriß der Verwaltungsvorschriften der T'ang-Dynastie), Kap. 88, Abschnitt Tsa-lu (Sammlung verschiedener Verordnungen), Band 3, S. 1618.

ch'iang-ch'ien-chih hsi-ch'an (Aneignung eines Tiers oder sonstigen Eigentums des Schuldners durch Gewalt), im Abschnitt Shou-chi ts'ai-wu ch'e fei-yung (Über die Lagerkosten bei der Aufbewahrung von Wertgegenständen), des Kapitels 26, Tsa-li (die sonstigen Gesetze), 1. Teil, vom Sung-hsing-t'ung (Strafgesetzbuch der Sung) sind diese Tinesätze ebenfalls festgehalten: "Nach einem Brief vom Hu-chi (Wirtschaftsministerium) dürfen im Reich beim privaten Pfandvertrag 3 % Zinsen verlangt werden, beim amtlichen 5 %."¹⁾

Der Zweck des Pfandrechts an Grundstücken lag darin, die vorhandene Forderung zu sichern²⁾. Daher war es gestattet, den Pfandgegenstand loszukaufen. Der Loskauf von Grundstücken mit staatlichen Mitteln, der uns bereits in der T'ang-Zeit begegnet ist³⁾, ist auch in der Sung-Zeit eine bekannte Erscheinung: "Im 4. Jahre (937) (der Regierungsdevise Yung-hsi, 984 - 987) wurde er (gemeint Li Yung-cheng) zum Huang-men t'ung-shih she-jen (Sekretär der kaiserlichen Kanzlei) befördert. Damals wurde seine junge Schwester von einem Mann aus der Familie Wang angeheiratet. Deswegen hat er sein Haus an Sung Wu (923 - 986) verpfändet. Diesbezüglich hat der Kaiser T'ai-tsung (Chao Kuei, 939 - 997) ihm folgendes gesagt. 'Dein Vater hatte mehr als zwanzig Jahre an der Staatsgrenze Dienst geleistet. Im Leben hatte er nur dieses Haus. Weshalb hast Du es verpfändet?' Yung-cheng hat infolgedessen dem Kaiser alles ausführlich berichtet. Der Kaiser hat ihm dann gesattet, mit

-
- (1). Sung-hsing-t'ung, Kap. 26, Tsa-li, I, Abschnitt Shou-chi ts'ai-wu ch'e fei-yung, Paragraph Hu-chai ch'ing-ch'ien-chih hsi-ch'an, Kommentar, S. 9b. (GS. 876).
 - (2). Wenn sich der Gläubiger zusätzlich zu den ihm bereits verpfändeten Grundstücken mit Gewalt weitere Grundstücke des Schuldners verschaffte, wurde er strafrechtlich verfolgt. Im Kapitel 95 des Hsi Tzu-chih t'ung-chien ch'ang-pien (Fortsetzung zum durchgehenden Spiegel zur Hilfe bei der Regierung) von Li T'ao (einem Sung-Konfuzianer, 1115 - 1184) wird uns berichtet: "Im vierten Jahre der Regierungsdevise T'ien-hei (1017 - 1021).....im vierten Monatam Tag Ping-shen (4. 5. 1020), war der vormalige Kommandant (Hsien-wei) der Präfektur Ting-t'ao-hsien (in der heutigen Provinz Shan-tung), Ma Shih-yao, in der Provinz Ch'ing-chou (in den heutigen Provinzen Shan-tung und Ho-nan) gemäß dem Urteil mit dicken Holzschlägern bis zum Tode geschlagen worden.....Seine Äcker und seine Häuser, die ursprünglich von ihm auf den Vorwand der Befriedigung der Schulden hin von den Pfandschuldnern mit Gewalt angeeignet worden waren, durften von ihren ursprünglichen Eigentümern losgekauft werden." Siehe dessen, S. 9b - 10a. (CKHSMC No. 313.)
 - (3). Siehe: S. 144.

Geldmitteln aus der Kasse des Hofes sein Haus loszukaufen."¹⁾ Wenn das verpfändete Grundstück in den erblosen Nachlaß des Gläubigers fällt, muß der Schuldner das Grundstück vom Staat loskaufen, dem das Vermögen eines solchen Gläubigers zusteht. Im T'ien-tien-hsing-wieh-sau sheng-ch'i fa shou-chih ohing-chih-ch'ien-wu chang (Protokoll über Einnahmen und Ausgaben der Provinzbehörde für "strafrechtlichen" Angelegenheiten), das im Kapitel 20, Ts'ai-yung-men (Abteilung über die Finanzausgaben), ersten Teil, Ch'ing-wan oh'ang-wu shih (Verwaltungsprotokolle der Regierungsdevise Ch'ing-wan, 1195 - 1200) des Ch'ing-wan t'iao-fa shih-lei (der nach Sachgattung katalogisierten Verordnungssammlung der Regierungsdevise Ch'ing-wan, 1195 - 1200, der Süd-Sung) von Hsieh Sheng-fu u. a. aufgenommen ist, lesen wir: "Es wird gestattet, die verpfändeten Ackerfelder oder Häuser (vom Staat) loszukaufen, und an andere weiterzuverkaufen, wenn der Schuldner noch lebt, der Pfandgläubiger aber längst verstorben ist und keinerlei Familienangehörige mehr hat.In diesem Vierteljahr hat die Behörde unter diesem Titel Geld im Betrag von soundsoviel erhalten.....Der Schuldner X hat mit einem um soundsoviel weit über seine Schulden liegenden Betrag seine verpfändeten Ackerfelder und Häuser losgekauft....."²⁾

Das Lösungsrecht des Schuldners war zeitlich begrenzt. In der Regel waren es 30 Jahre, in einigen Fällen sogar 20 bzw. 10 Jahre. Die Frist begann mit dem im Pfandvertrag festgelegten Zeitpunkt zu laufen, von dem an der Schuldner zur Lösung des verpfändeten Gegenstands berechtigt war. Mit dem Ablauf der Frist erlischt das Lösungsrecht³⁾. Im Chien-lung san-nien ch'ih-chieh-wen (Erlass vom 3. Jahre der Regierungsdevise Chien-lung, 960 - 962), der im Kapitel 13, Hu-fen-lü (Gesetze über den Haushalt und die Abschließung) II Abschnitt Tien-mai ohitang lun-ching wu-yeh (über die Verpfändungen sowie die Wettbewerbe) des Sung-hsing-t'ung aufgenommen ist, ist von einer 30jährigen Frist

(1). T'ung-tsu (Ch'ien-t'iao). Sung-shih (Dynastie-Geschichte der Sung), Kap. 273, Li Ch'ien-nü, tsu Yung-cheng chuan (Biographien über Li Ch'ien-nü, ? - ?, und seinen Sohn Yung-cheng, ? - ?), S. 16b. (GS. 22449).

(2). Hsieh Sheng-fu u. a., Ch'ing-wan t'iao-fa shih-lei, Kap. 20, Ts'ai-yung-men, I. Ch'ing-wan oh'ang-wu shih, Abschnitt T'ien-tien hsing-wieh-sau sheng-ch'i fa shou-chih ohing-chih ch'ien-wu chang, S. 201 - 205.

(3). A. M. Wada Mohon. a.o.O., S. 522.

die Kaiser: "Der Erlaß vom 5. Tage des 12. Monats des 4. Jahres (3. 1. 1963) der Regierungsdevise Chien-lung (1960 - 1966) enthält folgende Regelung: Ab heute dürfen alle verpfändeten Häuser und Grundstücke von den direkten Nachkommen sowie von den indirekten, soweit sie erbrechtlich berechtigt sind, ohne Beschränkung durch die Zahl der vergangenen Jahre losgekauft werden, mag auch die Vertragsfrist seit Jahren überschritten sein, und selbst wenn der Pfandschuldner schon verstorben sein sollte, solange der ursprüngliche schriftliche Vertrag noch erhalten geblieben ist, und sich auch als authentisch erwiesen hat. Wenn aber die Frist um mehr als 30 Jahre überschritten ist, und der ursprüngliche schriftliche Vertrag nicht mehr erhalten ist, oder er zwar noch vorhanden ist, aber seine Richtigkeit kaum mehr zu beweisen ist, wird der Loskauf nicht gestattet. Der gegenwärtige Inhaber darf die Grundstücke und Häuser nach seinem Gutdünken weiter verpfänden oder verkaufen."¹⁾

Auch ein Erlaß vom 6. Monate des 7. Jahres (Juli/Aug. 1914) der Regierungsdevise Ta-chung-hsiang-fu (1908 - 1916) knüpft die Ausübung des Lösungsrechts an eine 30-jährige Frist: "Alle Ackerfelder und Häuser sollen, wenn der Pfandgläubiger verstorben ist, und keinerlei Nachkommenschaft mehr lebt, amtlich genau registriert werden. Dem Schuldner und seinen Nachkommen wird erlaubt, sie innerhalb eines halben Jahres nach dem Ablauf der Vertragsfrist mit dem Betrag der Forderung loszukaufen. Wenn aber die Frist von 30 Jahren schon überschritten ist, und ausserdem auch kein schriftlicher Vertrag mehr existiert, oder es zwar noch den schriftlichen Vertrag gibt, aber seine Richtigkeit kaum zu beweisen ist, darf keinerlei Loskauf gestattet werden. Mangels einschlägiger Vorschriften hatte die Finanzbehörde den Antrag gestellt, dem Justizministerium eine entsprechende Anordnung zu erteilen. In diesem Sinne ist dieser Erlaß ergangen."²⁾

- (1). Sung-hsiang-t'ung, Kap. 11, Hu-fu-lü, II, Abschnitt Tien-mai chih-tang lun-ching wu-shih, Chien-lung san-nien ch'ih-chieh-wen, S. 5a - b. (GS. Bd. 1, S. 431 - 432).
- (2). Hsi Sung, Sung-hui-wu, Kap. 4750, Shih-hao (über Essen und Währung), I, 18, Nung-tien (über die Ackerfelder), Taa-lu (die verschiedenen Erlöse), Ta-chung-hsiang-fu ch'i-nien liu-shih shao (Erlaß vom 6. Monate des 7. Jahres der Regierungsdevise Ta-chung-hsiang-fu), Bd. 5, S. 4810.

Im Kommentar zum Abschnitt T'ien-mai chih-tang lun-ching wu-yeh im Kapitel 13, Hu-fen-lü, II, von Sung-hsing-t'ung begegnet uns eine 20jährige Frist: "Wir (die Minister und die Beamten) haben ausführlich beraten. Seit dem 6. Jahre (811) der Regierungsdevise Yüan-ho (806 - 820) der T'ang-Dynastie sind die Erlasse über die Abwicklung der Pfandverträge uneinheitlich gewesen. Heute haben wir die bisherigen Bestimmungen sachgemäß wie folgt geordnet. Der Grenzverlauf zwischen (benachbarten) Häusern und Ackerfeldern ist vielfach ursprünglich nicht streitig gewesen. Nachdem die Familienoberhäupter und die Bürger gestorben sind, sind häufig die Kinder und Enkel noch sehr jung und schwach. Daher erschwert sich (wenn es nunmehr zu einem Streit kommt), der Nachweis der Glaubwürdigkeit des Vertrages und der Urkunden. Die Justiz wird dadurch belastet. Die Schwierigkeit liegt letzten Endes im Beweis der Richtigkeit (der Urkunden). Deswegen beantragen wir, den Erlaß vom 15. Tag des 8. Monats des 2. Jahres (4. 9. 822) der Regierungsdevise Ch'ang-ch'ing (821 - 824) von der T'ang-Dynastie mit folgendem Inhalt zu bekräftigen. Der Anspruch auf Rückgabe des Grundstücks oder des Hauses kann nicht berücksichtigt werden, wenn er mehr als 20 Jahre nicht geltend gemacht worden ist. Wenn der Inhaber des Anspruchs aus berechtigten Gründen während dieser Frist sich außerhalb seines Wohnsitzes aufhielt, werden die Jahre seiner Abwesenheit abgezogen. Wir beantragen, denjenigen der diese Bestimmung verletzt, nach der Vorschrift über unerlaubte Handlungen auf das Schwerste zu bestrafen."¹⁾

Die kürzeste Frist (10 Jahre) findet sich in dem Erlaß vom 7. Tage des 1. Monats des 1. Jahres (29. 1. 825) der Regierungsdevise Pao-li (825 - 826) des Kaisers Ching-tsung (Li Chan, 810 - 859) im Kapitel 83, Tsa-lu (Sammlungen von Verschiedenen) des T'ang-hui-yao von Wang P'u: "...die lokale Verwaltung soll die Ansprüche nicht berücksichtigen, wenn die privaten Schulden mehr als 10 Jahre zurückliegen....."²⁾

Die Verwandten des Schuldners und die Nachbarn, die durch die Bestellung eines Besitzpfandrechts zugunsten eines Dritten in ihren Interessen

-
- (1). Sung-hsing-t'ung, Kap. 13, Hu-fen-lü, II, Abschnitt T'ien-mai chih-tang lun-ching wu-yeh, Kommentar, S. 5b - 6a. (GS. Bd. 1, S. 432 - 433.)
 (2). Wang P'u, T'ang-hui-yao, Kap. 88, Abschnitt Tsa-lu, Bd. 3, S. 1618.

berührt sind, haben ein Vorkaufsrecht. Im Paragraph Chou Kuang-shun erh-nien shih-erh-yüeh (Paragraph vom 12. Monat des 2. Jares, Jan./Feb. 953, der Regierungsdevise Kuang-shun, 951 - 953, von der Hou-Chou-Dynastie, 951 - 959) im Kapitel 26, Abschnitt Shih (über die Wirtschaft) des Wu-tai hui-yao (Abriß der Verordnungen von den fünf Dynastien, 907 - 960) von Wang P'u (922 - 982) heißt es: "Im Fall der Bestellung eines Pfandrechts an Häusern haben die Verwandten und die Nachbarn kraft Gesetzes ein Vorkaufsrecht. Erst wenn die Verwandten (und die Nachbarn) sie nicht als Pfand nehmen wollen, oder ihre Preisangebote niedrig oder nicht annehmbar sind, dürfen sie an Dritte verpfändet werden."¹⁾

Die Umgehung dieses Vorkaufsrechts durch Vereinbarung eines überhöhten Scheinkaufpreises zwischen dem Schuldner und dem Dritten bildete in der Sung-Zeit einen Straftatbestand, wie wir aus dem Sung-hsing-t'ung wissen: "Bei der Bestellung eines Pfandrechts sollen zunächst die Verwandten befragt werden. Wenn die Verwandten keinen Wunsch geäußert haben, sollen die Nachbarn befragt werden. Wenn auch die Nachbarn keinen Wunsch geäußert haben, dürfen dann dritten Personen Angebote gemacht werden. Wenn die Angebote der Verwandten (sowie der Nachbarn) nicht ausreichend sind, darf ein Rechtsgeschäft zu dem höheren Angebot dritter Personen abgeschlossen werden. Aber wenn der Eigentümer oder der Bürge die Verwandten oder die Nachbarn betrügt und im Vertrag zum Schein einen höheren Preis angibt, oder wenn solche Scheinangebot von den Verwandten oder den Nachbarn gemacht werden, werden sie alle entsprechend der Höhe der genannten Geldsummen jeder nach seiner Tat verurteilt und bestraft."²⁾

Auf Einschränkungen des Vorkaufsrechts der Nachbarn stoßen wir im Kapitel 5, T'ien-fu k'ao (über die Ackerfeldersteuer), im fünften Abschnitt Li-tai t'ien-fu ohih ohih (die Systeme der Ackerfeldersteuern in den bisherigen Dynastien), des Wen-hsien t'ung-k'ao (allgemeinen Studien über die amtlichen Dokumenten) von Ma Tuan-lin (? - ?, 13. Jh.): "Im

(1). Wang P'u, Wu-tai hui-yao, Kap. 26, Abschnitt Shih, S. 318.

(2). Sung-hsing-t'ung, Kap. 13, Hu-fen-lü, II, Abschnitt Tien-mai ohih-tang lun-ohing wu-yeh, Paragraph Chien-lung san-nien ch'ih-chieh-wen, Kommentar, S. 6a - b. (GS. Bd. 1, S. 433 - 434), siehe auch S. 152.

1. Jahr der Regierungsdevise Shao-sheng (1094 - 1097) haben die Minister und die Beamten folgendes geäußert. Bei der Bestellung eines Pfandrechts an Ackerfeldern oder Häusern sollen an sich nach dem Yüan-yu-ch'ih dem Erlaß von der Regierungsdevise Yüan-yu, 1086 - 1093) alle Nachbarn befragt werden. Aber von dieser Bestimmung werden nur die Armen benachteiligt, wenn sie in Not und Eile sind, sie zu verpfänden. Deswegen bitten wir, die Bestimmungen von der Regierungsdevise Hsi-ning (1068 - 1077) sowie von der Yüan-feng (1078 - 1085) in Kraft zu setzen, so daß die Anfragen an die Nachbarn in diesem Fall zu Gunsten der Schuldner entfallen. Wenn solche Anfragen nötig sein sollten, wird der Kreis der Nachbarn beschränkt werden müssen auf jene, die zugleich zur Trauer berechnigte Verwandte sind, ferner auf die Nachbarn bis zu hundert Nachbarschaften vom Grabhügel weg gerechnet, wobei sie hintereinander liegen müssen. Außerdem muß die Anhörung auf einige Tage beschränkt werden, damit jegliche Verzögerung von vornherein vermieden wird. Wie uns bekannt ist, gab es auch am Anfang der Sung-Dynastie Bestimmungen über die Befragung der Nachbarn."¹⁾

Großes Kopfzerbrechen bereitete dem sung-zeitlichen Gesetzgeber die Frage, wer unter mehreren zum Verkauf berechtigten und daran auch interessierten Nachbarn den Vorrang hatte: "Im 9. Monat des 2. Jahres (Okt./Nov. 969) der Regierungsdevise K'ai-pao (968 - 975) sagte Sun Yü, der Protokollführer der militärischen Behörde (Ssu-lu ts'an-chün) von der (Haupt-) Stadt K'ai-feng, ... Häufig wurde die Frage... gestellt, welcher Nachbar bei der Verpfändung von Grundeigentum das Vorrecht hat, es als Pfand zu nehmen, wenn die Nachbarn der vier Himmelsrichtungen sich um den Erwerb eines Pfandrechts streiten? Wenn ferner in einer Himmelsrichtung mehrere Nachbarfamilien leben, welche hat dann Vorrang? Weil es in den Erlassen bis jetzt keinen Präzedenzfall gegeben hat, haben Rechtsstreitigkeiten hierüber die militärischen Behörden, das Amt für Ahrentempelangelegenheiten und die Bürger veranlaßt, den Sachverhalt ausführlich zu erörtern. Sie sind zu folgender Auffassung gekommen: Bei der Verpfändung von Grundeigentum muß das Angebot zunächst den Verwandten mitgeteilt werden. Nach ihrer Ablehnung sollen die Nachbarn in den vier Himmelsrichtungen und zwar zu-

(1). Ma Tuan-lin, Wen-hsien t'ung-k'ao, Kap. 5, T'ien-fu k'ao, 5. Abschnitt Li-tai t'ien-fu chih chih, 3. 61, ober.

nächst die im Osten, dann die im Süden, danach die im Westen und schließlich die im Norden verständigt werden. Erst nach der Ablehnung durch alle Nachbarn darf der Eigentümer dann das Grundstück an Dritte als Pfand anbieten. Wenn in ein und derselben Himmelsrichtung zwei oder mehr benachbarte Familien leben, wird folgende Regelung getroffen: Bei den östlichen und westlichen Nachbarn hat die Familie, deren Haustür nach Süden schaut, Vorrecht; bei den südlichen und nördlichen Nachbarn hat die Familie, deren Haustür nach Osten schaut, Vorrecht..... Diese Rechtsauffassung ist gebilligt und mit einem Erlaß in Kraft gesetzt worden."¹⁾

Der Ausgestaltung des Besitzpfandrechts an Grundstücken als eines Verkaufs auf Lösung entspricht es, daß im chinesischen traditionellen Privatrecht die Figur einer rechtmäßigen mehrfachen Verpfändung desselben Grundstücks nicht vorkommt. Damit tritt auch die Frage des Ranges unter mehreren Pfandgläubigern nicht auf. Die doppelte oder mehrfache Verpfändung eines Grundstücks ist im Sung-hsing-t'ung mit derselben Strafe wie Raub bedroht: "Bei mehrfacher Verpfändung werden der ursprüngliche Eigentümer, die Bürgen, die Nachbarn, sowie sonstige Unterzeichner des Vertrages je nach den betrügerisch erhaltenen Geldsummen den Strafvorschriften über Raub entsprechend verurteilt. Die angenommenen Geldsummen müssen beigetrieben und dem Betrogenen zurückgegeben werden. Wenn der Verpfänder allein diese Pflicht nicht erfüllen kann, haften alle anderen unterzeichneten Bürgen und Nachbarn insgesamt. Das verpfändete Grundstück muß dem ersten Pfandgläubiger übergeben werden."²⁾

Bestätigt wird die Ungültigkeit jeder weiteren Verpfändung durch Kapitel 7533, Shih-huo (über Essen und Währung), VI, Abschnitt 43, Ching-chieh (über die Kennzeichen der Grenzen von Ackerfeldern) des Sung-hui-yao von Hsü Sung: ".....am 10. Tag des 2. Monats des 15. Jahres (5. 3. 1145) der Regierungsdevise Shao-hsing (1131 - 1162) sagte Wang T'ieh (? - ?).....bei mehrfacher Verpfändung eines Ackerfeldes steht das Grundstück den Vorschriften entsprechend dem ersten Pfandgläubiger vor allen anderen Pfandgläubigern zu und er muß zugleich in das Steuerregister bei der Kreisbehörde eingetragen werden."³⁾

(1). Hsü Sung, Sung-hui-yao, Kap. 27553, Shih-huo, Abschnitt 37, Shih-i (über den Handel), S. 1a - b. (Bd. 5, S. 5448).

-
- (2). Sung-hsing-t'ung, Kap. 13, Hu-feu-lü, II, Abschnitt Tien-mai chih-tang lun-ching wu-yeh, Paragraph Chien-lung san-nien ch'ih-chieh-wen, Kommentar, S. 6b. (GS. Bd. 1, S. 434). Ferner siehe auch: S. 152 und S. 154.
- (3). Hsü Sung, Sung-hui-yao, Kap. 7533, Shih-huo, VI, Abschnitt 43, Ching-chieh, S. 39b. (Bd. 5, S. 4900).

§ 12. In der Yüan-, Ming- und Ch'ing-Zeit

In den yüan-, ming- sowie ch'ingzeitlichen Bezeichnungen für das Besitzpfandrecht an Grundstücken blieb die für die T'ang- und Sung-Zeit beobachtete Verknüpfung des Gedankens eines Verkaufs auf Lösung mit pfandrechtlichen Aspekten erhalten. Es kommen die Ausdrücke 'Chih', 'Chih-tang', 'Chih-mai', Tien-chih', 'Tien', 'Tien-mai' vor. Häufig begegnet uns insbesondere die Verbindung von 'Chih' oder 'Tien' mit 'Mai' (Verkaufen). Andererseits finden wir im Ta-Ming-lü chi-shuo fu-li (einem Kommentar zum Ming-Gesetzbuch) immerhin eine klare Abgrenzung des Verkaufs auf Lösung vom Kauf; im Paragraph Tien-mai t'ien-chai (Verpfändung von Ackerfeldern und Häusern) im Kapitel 3, Hu-lü (die Gesetze über die Wirtschaft), Abschnitt T'ien-chai (Über die Ackerfelder und Häuser), heißt es: "Die Verpfändung an andere (chih-jen) gegen Geld ist 'Tien'. Gibt aber jemand Ackerfelder oder Häuser an einen anderen (endgültig) ab (yü-jen) und nimmt er dafür Geld vom anderen an, so handelt es sich um 'Mai' (Verkauf). Bei 'Tien' ist Loskauf (Shu) möglich, bei 'Mai' dagegen unmöglich."¹⁾

Die Bestellung eines Besitzpfandrechts an Grundstücken durften nur das Familienoberhaupt oder der Familienangehörige, der dessen Funktion ausüben durfte, vornehmen²⁾. Im Paragraphen Pei-yu chiao-i (Über die Handelsgeschäfte der erwachsenen und der minderjährigen Abkömmlinge) im Kapitel 1, Chih-yüan tsa-ling (Sammlung verschiedener Erlasse aus der Regierungsdevisen Chih-yüan, 1264 - 1294) des Shih-lin kuang-chi, jen-chi (Umfassende Aufzeichnung über allerlei Gegenstände, neunter Abschnitt, zusammengestellt von Ch'en Yüan-ching, ? - ?, aus der Sung- bzw. Yüan-Zeit) heißt es: "Wenn das Familienoberhaupt noch lebt, ist es den erwachsenen oder minderjährigen Abkömmlingen nicht erlaubt, die Ackerfelder, die Häuser oder die Sklaven an andere zu verpfänden (tien-mai t'ien-chai jen-k'ou). Wenn das Familienoberhaupt abwesend und die Familie zufällig in Geldnot ist, und sie daher etwas verpfänden muß, (z. B. wegen Krankheit oder öffentlicher Schulden), sollte sie sich an die

-
- (1). Ta-Ming-lü chi-shuo fu-li, Kap. 3, Hu-lü, Abschnitt T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 588.
 - (2). Über die väterliche Gewalt im allgemeinen vgl. Niida Noboru, aufgenommen in Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0412, 0413, 0416, 0505, 0512, 0521 u. 0587.

zuständige Behörde wenden. Nach Erhalt einer schriftlichen Genehmigung der Behörde darf sie das Geschäft vornehmen. Bei Verstoß gegen diese Vorschrift müssen die (verpfändeten) Ackerfelder, Häuser, oder Sklaven dem Verpfänder zurückgegeben werden. Die (dabei entstandene) Schuld darf nicht geltend gemacht werden."¹⁾

Über den Verlust der Forderung gegen den unter väterlicher Gewalt stehenden Abkömmling hinaus drohte dem Kreditgeber bei Vorsatz die Konfiskation des Geldes. Paragraph Pei-yu pu-te ssu-chieh-chai (Erwachsene oder minderjährige Abkömmlinge dürfen nicht eigenmächtig Darlehen aufnehmen) im Kapitel 27, hu-pu (Abteilung über die Wirtschaft), 13. Abschnitt Ch'ien-chai (über die Geldschulden), 2. Teil, Ssu-chai (über die eigenmächtige Verschuldung) des Yüan-tien-chang bestimmt: "Solange das Familieneroberhaupt noch lebt, dürfen die erwachsenen oder minderjährigen Abkömmlinge weder Geld leihen noch sonst Schulden machen, noch die Ackerfelder, die Häuser oder die Sklaven an andere verpfänden (tien-rai t'ien-chai jen-k'ou). Der Gläubiger darf auch nicht durch eine heimliche Vereinbarung mit einem anderen Geldgeber ihnen vorsätzlich ein Darlehen verschaffen. Bei Übertretung dieses Verbots werden der Schuldner, der Gläubiger, sowie der Bürge alle zur gleichen Strafe verurteilt. Das ausgeliehene Geld wird eingezogen."²⁾

Die Bestellung eines Besitzpfandrechts an Grundstücken in der Yüan-, Ming- und Ch'ing-Zeit mußte wie vermutlich auch schon in früherer Zeit schriftlich erfolgen. Die Pfandgegenstände waren wie in der T'ang- und Sung-Zeit Ackerfelder, Häuser, Gärten oder Mühlen. Schon der erste aus der Regierungsdevise Chih-yüan stammende yüanzeitliche Beleg läßt deutlich erkennen, daß das Erfordernis der Schriftform mindestens in erster Linie auf steuerlichen Gründen beruhte. Im Absatz Chih-yüan ou'i-nien shih-yüeh (Absatz vom 11. Monate des 7. Jahres, Dez./Jan. 1287,

-
- (1). Ch'ien Yüan-ch'ing, Shih-lin kuang-chi, jen-chi, Kap. 1, Chih-yüan tsa-ling, Paragraph Pei-yu ohiao-i, zitiert von Miida Noboru, a.a.O., S. 598 und S. 610.
 - (2). Yüan-tien-chang, Kap. 27, Hu-pu, 13, Ch'ien-chai, 2, Ssu-chai, Paragraph Pei-yu pu-te ssu-chieh-chai, 3. 4, (GS. Bd. 1, S. 418). Vgl. auch Paragraph Chung-t'ung ssu-nien liu-yüeh (Erlaß vom 6. Monat des 4. Jahres der Regierungsdevise Chung-t'ung, 1260 - 1263) im Kapitel 27, Tsa-ling (Sammlung verschiedener Erlasse), Abschnitt Pei-yu ssu-hai (die eigenmächtige Verschuldung erwachsener oder minderjähriger Abkömmlinge) des T'ung-chih t'iao-ko (allgemeine Bestimmungen in den Gesetzen und Erlassen der Yüan-Dynastie), (S. 15a - b.)

der Regierungsdevise Chih-yüan, 1264 - 1294) des Paragraphen Chih-ya t'ien-chai i-li li-ch'i (die Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern muß gemäß der Vorschriften schriftlich vereinbart werden) im Kapitel 19, Hu-pu (Abteilung über die Wirtschaft), fünfter Teil, T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser), sechster Abschnitt, Tien-mai (über die Verpfändung) des Yüan-tien-chang heißt es: "Die Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern muß gemäß den Vorschriften von den Verwandten, oder den Nachbarn¹⁾, und den Bürgen schriftlich vereinbart, unterzeichnet und die Geldsumme und das Pfandobjekt sogleich übergeben werden. Die Verpfändung muß der zuständigen Behörde gemeldet werden, damit der Steuerpflichtige festgestellt werden kann."²⁾ Der Absatz Ta-te san-nien san-yüeh (Absatz vom 3. Monat des 3. Jahres, April/Mai 1299, der Regierungsdevise Ta-te, 1297 - 1307) des Paragraphen Tien-mai p'i-wen ch'eng-hsien (über die Form und die Frist beim Pfandvertrag) im Kapitel Hu-pu (über die Wirtschaft), 8. Teil, T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser), 1. Abschnitt Chiao-i (über den Handel) des Yüan-tien-chang hsin-chi (die neue Sammlung zu den Yüan-tien-chang) bestätigt die frühere Regelung: ".....Ab heute müssen alle Verträge über Verpfändung von Ackerfeldern und Häusern.....gemäß den Vorschriften schriftlich vereinbart und die Geldbeträge sowie Pfandgegenstände sogleich übergeben werden."³⁾ Wie wir aus den Erläuterungen zum Paragraphen Tien-mai t'ien-chai (Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern), Kapitel 3, Hu-lü (Gesetze über die Wirtschaft), Abschnitt T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser) im Ta-Ming-lü chi-shuo fu-li (einem Kommentar zum Ming-Gesetzbuch) ersehen können, lag die Meldepflicht dem Schuldner ob: "Wer Ackerfelder oder Häuser verpfändet, muß auch den Übergang der Steuerpflicht im Steuerregister eintragen lassen."⁴⁾ Neben den fiskalischen

-
- (1). Gedacht ist an den typischen Fall, daß Verwandte oder Nachbarn Geldgeber sind. Sinngemäß galt die Regelung aber auch bei Verpfändung an Dritte.
 - (2). Yüan-tien-chang, Kap. 19, Hu-pu, 5. Teil, T'ien-chai, sechster Abschnitt Tien-mai, Paragraph Chih-ya t'ien-chai i-li li-ch'i, Absatz Chih-yüan ch'i-nien chih-i-yüeh, 3. 13a. (CS. Bd. 1, S. 293).
 - (3). Yüan-tien-chang, hsin-chi, Hu-pu, 8. Teil, T'ien-chai, 1. Abschnitt Chiao-i, Paragraph Tien-mai p'i-wen ch'eng-hsien, Absatz Ta-te san-nien san-yüeh, 3. 41a - 42b. (CS. Bd. 2, S. 871).
 - (4). Ta-Ming-lü chi-shuo fu-li, Kap. 3, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Kommentar, zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 591. Vgl. auch Ming-lü chi-chieh fu-li, Kap. 5, Hu-lü, 2. Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Kommentar, S. 13a. (Bd. 3, S. 617) und Ta-Ch'ing li-li hui-t'ing hsien-ch'uan, Kap. 8, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Kommentar, S. 25b. (Bd. 2, S. 980).

Interessen diene die Schriftlichkeit zum Schutz des Verpfänders. Das zeigen die Ausführungen zum Paragraphen T'ien-mai t'ien-chai (Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern) im Kapitel 2, Hu-lü (Gesetze über die Wirtschaft), Abschnitt T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser) im Ta-Ming-lü-li lin-min pao-ching (dem Volk nahe stehender Kommentar zum Ming-Gesetzbuch): "Wie auch der Erlaß deutlich gemacht hat, ist es ein Gebot des Vertragsrechts, daß die Verträge über die Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern klar formuliert und schriftlich abgeschlossen werden müssen, da die Ackerfelder sowie die Häuser die Grundlage des Lebensunterhalts überhaupt sind."¹⁾

Die über die Verpfändung errichtete Urkunde nannte man "Ho-t'ung-ch'i" (wörtlich: "schriftlicher Vertrag"). Es mußten gleichzeitig zwei Ausfertigungen mit dem gleichen Inhalt hergestellt werden. Man legte sie nebeneinander, und versah sie an der Nahtstelle mit dem Zeichen für "Ho-t'ung" ('Vereinbarung'), um die Autentizität bei der Ausfertigung zu dokumentieren. Das für den Pfandgläubiger bestimmte Exemplar hieß "Cheng-ch'i" (Erstschrift), die Ausfertigung für den Pfandschuldner "Ho-t'ung" (Zweitschrift). Der Paragraph Ta-te shih-nien wu-yüan (Erlaß vom 5. Monat des 10. Jahres der Regierungsdevise Ta-te, 1297 - 1307) im Abschnitt T'ien-mai t'ien-ch'an shih-li (über die Verpfändung von Ackerfeldern) im Kapitel 16, T'ien-ling (Erlasse über die Ackerfelder) des T'ung-chih t'iao-ko beschreibt es deutlich wie folgt: "Im 5. Monat des 10. Jahres (Juni/Juli, 1306) der Regierungsdevise Ta-te (1297 - 1307).....Seit einigen Jahren kommt es zu Rechtsstreitigkeiten über die Verpfändung von Ackerfeldern, — an denen auch die Bürgen beteiligt sind, — immer aus den selben Grund, nämlich daß die ursprünglich schriftlichen Verpfändungsverträge in Kaufverträge umgefälscht worden seien; die Verwandten, die Nachbarn sowie die Bürgen werden in den Rechtsstreit mit einbezogen. Die Abwicklung der Prozesse ist deswegen sehr belastet. Das Ritenministerium (Li-pu) hat sich darüber beraten und folgendes beschlossen: Die Verpfändung von Ackerfeldern ist ein zulässiges Geschäft. V · · · über ein schon festgelegter schriftlicher Vertrag nach Ablauf einer längeren Zeitspanne in einen Kaufvertrag

(1). Ta-Ming lü-li lin-min pao-ching, Kap. 2, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph T'ien-mai t'ien-chai, Kommentar, zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 591.

umgefälscht wird, oder die geographischen Angaben zu den verpfändeten Ackerfeldern verändert werden, führt dies zu Rechtsstreitigkeiten. Deshalb ist folgendes beschlossen worden. Ab heute müssen bei Verpfändungsgeschäften (der Ackerfelder), damit ein Vertrag nach den gesetzlichen Vorschriften zustande kommt, gleichzeitig zwei Ausfertigungen des Vertrages mit dem gleichen Inhalt hergestellt unterzeichnet werden; der Vertrag muß von der Behörde versteuert werden. Der Pfandgläubiger erhält die Urschrift (Cheng-oh'i), der Pfandschuldner die Zweitschrift (Ho-t'ung). Wenn auch inzwischen lange Jahre vergangen sein sollten, kann unnötige Streiterei von vorneherein vermieden werden, da der Loskauf des Pfandobjektes nur mit Vorlage der Vertragsurkunde gestattet ist. Dieser Beschluß ist von der kaiserlichen Kanzlei genehmigt worden."¹⁾

Das Verbot mehrfacher Verpfändung als Folge des Ausgestaltung der Verpfändung als eines Verkaufs auf Lösung bestand fort und wurde in der Ming-Zeit erneut eingeschärft: "Wer ein bereits verpfändetes Ackerfeld oder Haus betrügerisch weiter an einen Dritten verpfändet, wird je nach der Höhe des dadurch erlangten Geldbetrags gemäß den Vorschriften über Diebstahl bzw. Raub ohne die Anwendung der Enthauptung bestraft. Das erlangte Geld muß dem Geldgeber (d. h. dem Dritten) zurückgegeben werden. Das Ackerfeld oder das Haus werden dem ursprünglichen Pfandgläubiger zur Verwaltung zurückgegeben. Wer vorsätzlich ein schon verpfändetes Grundstück als Pfand nimmt oder wer sich (hierbei) in Kenntnis der wahren Sachlage verbürgt, wird in der selben Weise bestraft. Das erlangte Geld wird (in diesem Fall) konfisziert. Derjenige, der von der betrügerischen Absicht keine Kenntnis hatte, wird nicht bestraft."²⁾

(1). T'ung-ohih t'iao-ko, Kap. 16, T'ien-ling, Abschnitt Tien-mai t'ien-oh'an shih-li, Paragraph Ta-te shih-nien wu-yieh, S. 15a - b.

(2). Paragraph Tien-mai t'ien-chai (die Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern), Absatz 1, Kapitel 5, Hu-lü (Gesetze über die Wirtschaft), 2. Teil, T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser) des Ming-lü oh-ohieh fu-li (Kommentar zum Ming-Gesetzbuch), (S. 12b - 12c. Bd. 2, S. 616 - 617.)

Vgl. Paragraph Tien-mai t'ien-chai (die Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern), Absatz 1, Kapitel Hu-lü (Gesetze über die Wirtschaft), Teil T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser) des Ta-ch'ing li-li hui-t'ung hsün-oh'uan (Kommentar zum Gesetzbuch der Ch'ing-Dynastie), (S. 25a. Bd. 2, S. 979.)

Das Rechtsinstitut des Vorkaufsrechts der Verwandten des Grundbesitzers und der Nachbarn wurde in der Yüan-Zeit weiter ausgebaut. Im Paragraphen Tien-mai t'ien-chai hsü-wen ch'in-lin (bei der Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern müssen die Verwandten sowie die Nachbarn angefragt werden) im Kapitel 19, Hu-pu (über die Wirtschaft), 5. Teil T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser), 6. Abschnitt Tien-mai (über die Verpfändung) des Yüan-tien-chang finden sich folgende Bestimmungen: "Im 7. Monat des 6. Jahres (Aug./Sept. 1340) der Regierungsdevise Chih-yüan (1335 - 1340).....Bei Verpfändung von Ackerfeldern und Häusern sowie beim Verkauf von bereits verpfändeten Ackerfeldern und Häusern muß der Reihe nach zunächst eine befristete Anfrage an die zur Trauer berechtigten Verwandten, dann an die Nachbarn und schließlich an den jetzigen Pfandgläubiger gerichtet werden. Die Absage gegenüber dem Angebot muß innerhalb von drei Tagen geäußert werden¹⁾. Innerhalb fünf Tagen nach Annahme des Angebotes muß der zur Verhandlung gestellte Lösungspreis mitgeteilt werden. Wenn der mitgeteilte Preis unangemessen niedrig ist, oder die Frist nicht eingehalten wird, ist es gestattet, das Geschäft nach Belieben abzuschließen. Wenn die Frist zwar abgelaufen ist, dabei aber gewisse Eigenschaften der Sache vorätzlich verheimlicht worden sind, ist die Verpfändung unzulässig. Der Eigentümer darf nicht betrügerisch einen höheren Preis verlangen oder irgendeine Anfrage gesetzwidrig das Geschäft abschließen. Widrigenfalls dürfen die Verwandten, die Nachbarn sowie der Pfandgläubiger mit dem ursprünglichen Preis das Pfandobjekt innerhalb von hundert Tagen loskaufen. Nach Ablauf der Frist wird kein Rechtsanspruch zugelassen. Wenn der Eigentümer in betrügerischer Absicht mit den Verwandten, den Nachbarn oder dem Pfandgläubiger kein Geschäft abschließen wollte, dürfen sie auch nach 100 Tagen das Pfandobjekt mit dem ursprünglichen Preis loskaufen. Wenn ein Verwandter, ein Nachbar oder der Pfandgläubiger in diesem Fall abwesend sind, darf die in der Reihenfolge hinter ihnen in Frage kommende Person die Sache loskaufen. Wenn niemand in Frage kommt, und die 100 Tage sowie der normale Zeitaufwand des Kuriers zu den Abwesenden weit überschritten sind, darf kein Rechtsanspruch mehr zugelassen werden. Wenn die Verpfändung infolge Hungersnot, Teuer, Trauer, Streitigkeiten oder gewaltsamen Auseinandersetzungen dringender notwendig sein sollte, muß man sich an

(1). Der Vorkaufsberechtigte durfte nicht schweigen; äußerte er sich nicht, drohte ihm eine Strafe.

die zuständige Behörde werden. Nach Erteilung einer schriftlichen Genehmigung ist die Verpfändung zulässig, wie das auch nach den bisherigen Vorschriften der Fall gewesen ist..."¹⁾ Im Paragraphen Tien-mai p'i-wen ch'eng-hsien (Über die Form und die Frist des Pfandvertrages) im Kapitel Hu-pu (Über die Wirtschaft), 2. Teil T'ien-chai (Über die Ackerfelder und Häuser), 1. Abschnitt Chiao-i (Über die Varietät des Yian-tien-chang hsin-chi (neue Sammlung zu den Yian-tien-chang)) lesen wir: "Im 9. Monat des 2. Jahres (Okt./Nov. 1315) der Regierungsdevisen Yen-yu (1314 - 1320)im 27. Jahre (1290) der Regierungsdevisen Chih-yian (1264 - 1294) wurde in einer Beratung der kaiserlichen Kanzlei folgendes beschlossen. 'Ab heute muß bei jeder Verpfändung eines Ackerfeldes oder Hauses das Familienoberhaupt eine schriftliche Erklärung mit Fristsetzung abfassen und unterzeichnen, damit der Reihe nach eine Anfrage zunächst an die zur Trauer berechtigten Verwandten, dann an die Nachbarn, und schließlich an den jetzigen Pfandgläubiger erfolgen kann. Die Ablehnung des Angebotes muß geäußert werden. Nach Annahme des Angebotes (durch den Verkaufsberechtigten) muß innerhalb von fünf Tagen der zur Verhandlung gestellte Lösungspreis bekanntgemacht werden. Der vereinbarte Preis und das Pfandobjekt müssen Zug um Zug ausgehändigt werden. Wenn der Preis unangemessen niedrig, oder die Frist abgelaufen ist, ist es gestattet, das Geschäft nach Belieben abzuschließen, ohne daß die Verwandten, die Nachbarn oder der Pfandgläubiger störend eingreifen, das Pfandobjekt besetzen bzw. den Vertragsabschluß verhindern dürften. Wenn der Eigentümer betrügerisch einen höheren Preis verlangt oder ohne irgendeine Anfrage gesetzwidrig das Geschäft abgeschlossen hat, dürfen die Verwandten, die Nachbarn oder der Pfandgläubiger innerhalb von 100 Tagen das Pfandobjekt loskaufen. Nach Ablauf der Frist wird kein Rechtsanspruch zugelassen. Wenn der Eigentümer in betrügerischer Absicht mit den Verwandten, den Nachbarn oder dem Pfandgläubiger keinen Vertrag abzuschließen wollte, dürfen sie auch nach den 100 Tagen das Pfandobjekt mit dem ursprünglichen Preis loskaufen. Wenn ein Verwandter, ein Nachbar oder der Pfandgläubiger etc. in einer Entfernung von mindestens 100 Li in Abwesenheit befindet, braucht er bei der Anfrage nicht berücksichtigt zu werden....' In Hinblick auf diese Vorschrift

(1). Yian-tien-chang, Kap. 10, Hu-pu, 2. Teil, T'ien-chai, 6. Abschnitt T'ien-mai, Paragraph T'ien-mai T'ien-chai hs'wen ch'in-lin, S. 21a - b. (GS. Bd. 1, S. 291 - 292.)

ist folgendes festgelegt worden: Ab heute müssen bei der Verpfändung vor Ackerfeldern oder Häusern die Militärangehörigen, die Bürger, sowie die Privilegierten zunächst von ihrem Familienoberhaupt eine schriftliche Zustimmung einholen und dann der Reihe nach die Verwandten, die Nachbarn und den Pfandgläubiger befragen. Die Ablehnung des Angebotes muß innerhalb von 10 Tagen klar zum Ausdruck gebracht werden. Wer diese Frist nicht beachtet und keine Absage zuteilt, wird mit 17 Stockschlägen bestraft. Nach der Annahme des Angebots muß innerhalb von 15 Tagen der zur Verhandlung gestellte Lösungspreis bekanntgemacht und dann ein Vertrag nach den Vorschriften schriftlich abgeschlossen werden. Wer diese Frist nicht beachtet und sich nicht an dem vereinbarten Preis hält, wird mit 27 Stockschlägen bestraft. In solchen Fällen ist gestattet, das Geschäft nach Belieben abzuschließen. Wenn die Verwandten, die Nachbarn oder der Pfandgläubiger den Abschluß des Vertrages beeinträchtigen oder verhindern wollten und dies bei ihrer Vernehmung bewiesen ist, werden sie mit 27 Stockschlägen bestraft. Wenn der Eigentümer betrügerisch einen höheren Preis verlangt, oder ohne irgendeine Anfrage eigenwillig das Geschäft abgeschlossen hat, wird er mit 27 Stockschlägen bestraft. In diesem Fall dürfen die Verwandten, die Nachbarn oder der Pfandgläubiger innerhalb von 100 Tagen das Pfandobjekt loskaufen. Nach Ablauf dieser Frist wird kein Rechtsanspruch zugelassen. Wenn der Eigentümer in betrügerischer Absicht mit den Verwandten, den Nachbarn oder dem Pfandgläubiger keinen Vertrag abschließen wollte, wird er mit 47 Stockschlägen bestraft. Selbst wenn die 100 Tage schon überschritten sein sollten, sind die Verwandten, die Nachbarn oder der Pfandgläubiger trotzdem berechtigt, mit dem ursprünglichen Preis das Pfandobjekt loszukaufen. Sie brauchen aber bei der Anfrage nicht berücksichtigt zu werden, wenn sie zu dem Zeitpunkt 100 Li entfernt in Abwesenheit sind. Eine Klage ist in einem solchen Fall nicht zulässig. Es muß den Vorschriften nach gehandelt werden."¹⁾

-
- (1). Yüan-tien-chang, hsin-chi, Kap. Hu-pu, 8. Teil, T'ien-chai, 1. Abschnitt, Chiao-i, Paragraph Tien-mai p'i-wer ch'eng-hsien, S. 41a - b. (GS. Bd. 1, S. 871). Vgl. auch den Paragraph Tien-mai shui-wer ch'eng-hsien (über die Form und die Frist bei der Versteuerung des Pfandvertrags) im Kapitel 1, Hu-pu (über die Wirtschaft), 5. Teil T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser), 6. Abschnitt Tien-mai (über die Verpfändung) des Yüan-tien-chang, (S. 21b - 23a. GS. Bd. 1, S. 291 - 292).

Eine yüanzeitliche Besonderheit war die Einführung einer Genehmigungspflicht für die Verpfändung eines Grundstücks durch die Angehörigen des beim Militär dienenden Eigentümers. Die Genehmigung mußte von der für ihn zuständigen Militärbehörde erteilt werden: "Im 10. Monat des 1. Jahres (Nov./Dez. 1308) der Regierungsdevise Chih-ta (1308 - 1311) stellte die Abteilung für Militärwesen bei der kaiserlichen Kanzlei folgenden Antrag.....Ab heute müssen die Familien der Militärangehörigen bei der Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern zunächst die Genehmigung der Behörde beantragen.....Alle zur Trauer berechtigten Verwandten sowie die Familien der Hauptarmee müssen zuvor verständigt werden. Nachdem sie abgelehnt haben, oder nach Ablauf der dafür bestimmten Frist sollten die Nachbarn verständigt werden."¹⁾ Die Verpfändung von Grundstücken an buddhistische bzw. taoistische Tempel war in der Yüan-Zeit verboten: "Nach den Vorschriften über die Ackerfelder dürfen weder die Beamten noch die Pürger ihre Sklaven, ihre Ackerfelder oder ihre Häuser an buddhistische oder taoistische Tempel verpfänden, wenn es auch im Sinne eines Opfers sein sollte. Bei Zuwiderhandeln wird das Geld konfisziert; die Ackerfelder oder die Häuser werden dem Eigentümer zurückgegeben."²⁾

Die Verpfändung von Grundstücken — oder, wie es in den Quellen weiterhin heißt, von Ackerfeldern oder Häusern — mußte im Interesse der steuerlichen Erfassung des Geschäfts seit der Yüan-Zeit unter Benutzung behördlich hergestellter Vertragsformulare erfolgen: "Das Vertragsformular muß amtlich von der Behörde hergestellt werden. Wer Ackerfelder, Häuser, Sklaven oder Schiffe durch schriftlichen Vertrag verpfändet, muß nach Prüfung der vertraglich festgelegten Geldsummen besteuert werden. Außerdem kostet jedes verwendete Vertragsformular ein Geldstück.

-
- (1). Abschnitt T'ien-mai t'ien-chih chih-li (Die Vorschriften über die Verpfändung von Ackerfeldern oder sonstiges Grundeigentum), Kapitel 16, T'ien-ling (Erlasse über die Ackerfelder) des T'ung-chih t'iao-ko, (S. 28b - 29a). Die Regelung diente offensichtlich dem Zweck eine zu große wirtschaftliche Abhängigkeit der herrschenden Schicht der mongolischen Militärs von der chinesischen Geldaristokratie zu verhindern.
- (2). Paragraph Mai-tsch chih-gung pu-wei-lin (bei der Verpfändung ist weder der buddhistische noch der taoistische Tempel das nachbarliche Vorkaufsrecht) im Kapitel 12, Hu-pu (über die Wirtschaft), 5. Teil, T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser), 6. Abschnitt T'ien-mai (über die Verpfändung) des Yüan-tien-chang, (3. 23b. GS. Bd. 1, S. 293).

Wer kein amtlich hergestelltes Vertragsformular verwendet, wird als Steuerbetrüger bestraft. Hierüber hat sich im 5. Monat des 22.

Jahres (Juni/Juli, 1285) der Regierungsdevise Chih-yüan (1264 - 1294) die kaiserliche Kanzlei beraten und folgenden Beschluß gefaßt: Wer ab heute Ackerfelder, Häuser oder Sklaven verpfändet, muß den Vertrag schriftlich abschließen und bei der Behörde Steuer zahlen und dann den Vertrag, auf dem die Steuermarken festgeklebt sind, dem Pfandgläubiger übergeben. Jedes verwendete Vertragsformular wird nunmehr mit drei Geldstücken versteuert....."1)

Zur Sicherung der Kontinuitätlichkeit der Reisabgaben führte der yüan-zeitliche Gesetzgeber sogar eine allgemeine Genehmigungspflicht für den Verkauf und die Verpfändung von Ackerfeldern ein, die indes die Yüan-Dynastie nicht überlebt hat: "Im 3. Monat des 1. Jahres (April/Mai, 1295) der Regierungsdevise Yüan-chen (1295 - 1296).....Häufig verpfänden die Bürger eigenmächtig ihre Ackerfelder oder Häuser, ohne vorher bei der zuständigen Behörde eine Genehmigung zu beantragen. Es gibt auch Mächtige, die ohne zu fragen, ob eine Genehmigung vorhanden ist oder nicht, durch Nötigung die Ackerfelder oder die Häuser anderen abgekauft haben. In solchen Fällen erstatten die Verkäufer der zuständigen Behörde auch keine Meldung über den Übergang des Eigentums und der Steuerpflicht (Kuo-ko). Es soll eine Frist gesetzt werden, innerhalb deren der Pfandschuldner, der Verkäufer, oder der Käufer eines Grundstücks bei der Behörde eine Meldung über den früher nicht gemeldeten Übergang des Eigentums und der Steuerpflicht (Kuo-ko) erstatten kann, damit die lokalen Behörden weiter versteuern können. Wer nach Ablauf dieser Frist keine Meldung erstattet hat, darf von anderen angezeigt werden. Wenn die Behörde davon überzeugt ist, daß die Anzeige der Wahrheit entspricht, wird der Täter verhaftet und mit Kerker bestraft. Von der in Reiskörnern geschuldeten Steuerabgabe wird die Hälfte konfisziert, die andere Hälfte erhält der Anzeigende als Belohnung. Ab jetzt können die Verpfändung oder der Verkauf eines Ackerfeldes gültig nur abgeschlossen werden, wenn den Beteiligten eine amtliche Erlaubnis

(1). Paragraph Kuan-fang shui-yung ch'i-pen (Vertragsformular mit amtlichen Siegelzeichen zum Steuerbedarf), Kapitel 22, Hu-pu (über die Wirtschaft), 8. Teil, K'o-ch'eng (über die Besteuerung), 6. Abschnitt, Ch'i-pen (über das Vertragsformular) des Yüan-tien-chang, (S. 85b - 86a. GS. Bd. 1, S. 374).

erteilt ist. Die Kreisbehörde muß zur Wahrnehmung der hiermit verbundenen Aufgaben ein Registeramt einrichten, das dem Kanzlei-chef des Kreisvorstehers untergeordnet ist. Der Übergang des Eigentums sowie der Steuerpflicht muß stets sofort eingetragen werden, daneben muß auch jährlich ein Gesamtregister über die Steuerabgaben an Reiskörnern angefertigt werden. Sämtliche Register sollen vom Polizeikommissariat (Su-cheng lien-fang ssu) gemäß den Vorschriften überprüft werden, damit die für die Regierung bestimmten Reiskörner nicht betrügerisch verschwinden und der Fehler vermieden werden kann, daß der bisherige Eigentümer auch nach dem Übergang des Eigentums unter Umständen die Steuerpflicht noch zu tragen hat....."1)

Eine allgemeine Bestimmung über die steuerliche Erfassung in der Ming-Zeit enthält Kapitel 77, Shih-huo (Über Essen und Währung), erster Teil, des Ming-shih (Dynastie-Geschichte der Ming, 1368 - 1644) von Chang T'ing-yü (1672 - 1755): "Bei der Verpfändung von Ackerfeldern muß der Übergang der Steuerpflicht im Register eingetragen werden."2) Einen Eindruck von dem mit der Besteuerung der Gläubiger verbundenen Verwaltungsaufwand vermittelt die Ta-Ming ling (Sammlung Erlasse von der Ming-Dynastie). Sie läßt zugleich erkennen, daß die Behörden mit der Eintragung des Übergangs der Steuerpflicht nicht immer nachkamen: "Bei der Verpfändung von Ackerfeldern müssen der Übergang des Eigentums und der Steuerpflicht von allen zuständigen Kreisbehörden im Register eingetragen werden. Das zuständige Referat muß in der Lage sein, diese Aufgabe stets sofort zu erfüllen und die Steuereinnahmen zu gewährleisten. Am Ende des Jahres muß es sämtliche eingegangenen Akten heften und der Provinzialregierung übersenden, damit es von vornherein vermieden werden kann, daß man nach Übergang des Eigentums weiterhin noch die Steuerpflicht tragen, und das Volk darunter leiden muß."3) Mit der Vertragsteuer befaßt sich Kapitel 35, Hu-pu (Über die

(1). Paragraph T'ien-chai pu te ssu-hsia ch'eng-chiao (Heimliche Geschäfte über Ackerfelder oder Häuser sind untersagt), Kapitel 19, Hu-pu (Über die Wirtschaft), 5. Teil, T'ien-chai (Über die Ackerfelder und Häuser), 6. Abschnitt, T'ien-mai (Über die Verpfändung) des Yüan-tien-chang, (S. 24a - b. GS. Bd. 1, S. 293).

(2). Chang T'ing-yü, Ming-shih, Kap. 77, Shih-huo, erster Teil, S. 6a. (Pona, S. 29748).

(3). Zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 602. Vgl. auch Chang T'ing-yü, a.a.O., Kap. 81, Shih-huo, 5. Teil, 3. Abschnitt Shang-shui, S. 15b c., (Pona, S. 29741 ff.).

Wirtschaft), 22. Teil, K'o-ch'eng (über die Besteuerung), 4. Abschnitt, Absatz 2, Shang-shui (über die Handelssteuer) des Ta-Ming hui-tien (Verwaltungshandbuch der Ming-Dynastie): "Wer Ackerfelder, Häuser oder Sklaven verpfändet, muß bei der Behörde Steuer zahlen. Außerhalb der normalen Steuer müssen noch für jedes verwendete Vertragsformular Unkosten in Höhe von 40 Kupfermünzen bezahlt werden. Mehr darf nicht verlangt werden."¹⁾ Die Umgehung der Vertragsteuer war in der Ming-Zeit mit 50 Stockschlägen und der Einziehung der Hälfte des vom melderpflichtigen Verpfänder erlangten Geldes bedroht: "Wer bei der Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern die Steuer nicht zahlt, wird mit 50 Stockschlägen bestraft. Die Hälfte des erlangten Geldes wird nachträglich konfisziert."²⁾ Über die in Form von Steuermarken erteilten Steuerquittungen der Behörde gibt uns der Kommentar zum Paragraphen Tien-mai t'ien-chai (über die Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern) im Kapitel 5, Hu-lü (Gesetze über die Wirtschaft), Teil T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser) des Ming-lü chi-chieh fu-li Aufschluß: "Bei der Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern wird je nach der Höhe der vereinbarten Geldsumme versteuert, die im Vertrag festgelegt sind. Dafür klebt die Behörde eine mit dem amtlichen Siegel versehene Marke auf den Vertrag. Diese nennt man die Steuermarke (Shui-ch'i)."³⁾ Die auf den Vertrag geklebte Steuerquittung diente zugleich zum Nachweis

-
- (1). Ta-Ming hui-tien, Kap. 25, Hu-pu, 22. Teil, K'o-ch'eng, 4. Abschnitt Absatz 2, Shang-shui, S. 37a - b. (Bd. 2, S. 659.)
 - (2). Paragraph Tien-mai t'ien-chai (über die Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern) im Kapitel 5, Hu-lü (Gesetze über die Wirtschaft), 2. Teil, T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser) des Ming-lü chi-chieh fu-li, (S. 12b. Bd. 2, S. 616). Ähnlich für die Ch'ing-Zeit der Paragraph Tien-mai t'ien-chai im Kapitel 8, Hu-lü, Teil T'ien-chai des Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsin-ch'uan, (S. 25b. Bd. 2, S. 979).
 - (3). Ming-lü chi-chieh fu-li, Kap. 5, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Kommentar, S. 13a. (Bd. 2, S. 617). Vgl. auch: Ta-Ming-lü chi-chieh fu-li, Kap. 2, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Kommentar, zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 601 und S. 611, Fußnote (35); Ming-lü chi-chieh fu-li, Kap. 5, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Kommentar, zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 601 und S. 611, Fußnote (35); Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsin-ch'uan, Kap. 8, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Kommentar, S. 25b. (Bd. 2, S. 980).

der Authentizität des Vertrages: "Wer Ackerfelder oder Häuser verpfändet oder verkauft, muß bei der Behörde Vertragsteuer zahlen. Durch die Zahlung wird (in Gestalt der Steuermarke) zugleich ein Beweismittel für die Echtheit der Vertragsurkunde geschaffen. Wenn die Steuer nicht bezahlt wird, werden nicht nur die staatlichen Einnahmen dadurch geschmälert, sondern es fehlt auch ein Beweismittel für die Echtheit des Vertrages. Dadurch entsteht Streit oder er weitet sich aus."¹⁾

Wenn der Schuldner es unterließ, den Übergang der Steuerpflicht im Steuerregister eintragen zu lassen, drohte ihm neben der Prügelstrafe die Konfiskation des Grundstücks; der Pfandnehmer durfte das Geld behalten: "Wer bei der Verpfändung von Ackerfeldern den Übergang der Steuerpflicht nicht eintragen läßt, wird mit 40 Stockschlägen bestraft, wenn die Größe der Ackerfelder zwischen ein Mou (1 Mou = ein Morgen Land = 240 Geviertschritt = 6,97 Ar.) und fünf Mou liegt. Bei größeren Flächen wird der Täter alle weiteren fünf Mou eine Stufe höher, insgesamt mit bis zu 100 Stockschlägen bestraft. Die Ackerfelder werden konfisziert."²⁾ Daß die Meldepflicht über die Verpfändung dem Pfandschuldner obliegt, ersehen wir aus dem Kommentar zum Paragraphen Tien-mai t'ien-chai (über die Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern) im Kapitel 5, Hu-lü (Gesetze über die Wirtschaft), Teil T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser) des Ming-lü ch'ien-shih (Kommentar zum Ming-Gesetzbuch): "Die Pflicht, den Übergang des Eigentums anzumelden, obliegt dem Pfandschuldner (oder dem Verkäufer), der sonst einen Fehler im Steuerregister veranlassen könnte. Bei Zuwiderhandlung wird er je nach der Größe des Ackerfeldes bestraft, jedoch über 35 Mou (1 Mou = ein Morgen Land = 240 Geviertschritt = 6,97 Ar.) nur mit höchstens 100 Stockschlägen, wobei die nicht angemeldeten Ackerfelder konfisziert werden. Ausgenommen ist das Haus als Pfandobjekt, weil es keine Reiskörnerabgaben zu tragen hat. Die Strafe für die Nichtanmeldung des

(1). Im Kommentar zum Paragraphen Tien-mai t'ien-chai (über die Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern) Kapitel Hu-lü (Gesetze über die Wirtschaft), Teil T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser) des Ta-Ming-lü ch'ien-shih fa-li, zitiert von Mida Noboru, a.a.O., S. 601 und S. 612, Fußnote 2.

(2). Ming-lü ch'ien-shih, Kap. 5, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, S. 12b. (Bl. 2, S. 616). In der Ch'ing-Zeit ist die Strafe die gleiche, vgl. Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsin-ch'uang, Kap. 5, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, S. 25a. (Bl. 2, S. 979).

Übergangs des Eigentums ist deshalb wesentlich schwerer als die Strafe für die Nichtbezahlung der Vertragsteuer, weil ein das ganze Volk erfassende Steuerregister im Grunde genommen nur sehr schwer aufrechtzuerhalten ist. Die staatliche Steuererhebung wird außerdem sehr erschwert, wenn der Schuldner die Änderung nicht klar und deutlich anmeldet. Die Nichtanmeldung der Änderung ist sehr häufig vom Pfandschuldner hinterlistig veranlaßt, der Pfandgläubiger wird deswegen in diesem Fall nicht bestraft. Jedoch werden die Ackerfelder konfisziert, insofern ist die Strafe in der Tat gar nicht leicht."¹⁾

Das Lösungsrecht des Schuldners war seit der Yuan-Zeit (im Gegensatz zur Sung-Zeit) keiner festen zeitlichen Begrenzung unterworfen. Eine Grenze für die Ausübung des Lösungsrechts bildete jedoch letzten Endes die Verpflichtung des Schuldners, bei Ausübung des Loskaufsrechts die Vertragsurkunde vorzulegen. War er hierzu nicht mehr in der Lage, schied der Loskauf des Grundstücks aus, wie wir aus dem Paragraphen Ta-te shih-nien wu-yüeh (Erlaß vom 5. Monat des 10. Jahres, Juni/Juli, 1306, der Regierungseidive Ta-te, 1297 - 1307), Kapitel 16, T'ien-liang (Erlasse über die Ackerfelder), Abschnitt T'ien-mai t'ien-ch'ian shih-li (Die Vorschriften über die Verpfändung von Ackerfeldern) des T'ung-chih t'iao-ko ersehen können: "...Bei jedem Vertrag müssen zwei Schriften mit dem gleichen Inhalt hergestellt werden, auf welchen alle Parteien unterzeichnen müssen, und anschließend müssen sie damit bei der zuständigen Behörde die Steuer zahlen. Eine Ausfertigung, die man Cheng-ch'i (Erstschrift) nennt, erhält der Pfandgläubiger; die andere, die man Ho-t'ung (Zweitschrift) nennt, der Eigentümer. Auch nach langer Zeit kann der Loskauf gestattet werden, sofern man der schriftlichen Vertrag aufbewahrt hat. So können Streitigkeiten von vornherein vermieden

(1). Ming-lü chien-shih, Kap. 5, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph T'ien-mai t'ien-chai, Kommentar, zitiert von Niida Notomi, a.a.O., S. 603 und S. 612, Fußnote (35) und (41). Zur Beschränkung der Änderung des Steuerregister auf die Ackerfelder vgl. auch die Erläuterung zur Paragraphen T'ien-mai t'ien-chai, Kapitel 5, Hu-lü, Teil T'ien-chai des Ming-lü chi-chieh fu-li, (S. 13a - b. Bd. 2, S. 617 - 18.) Ferner vgl. auch Ta-Ming-lü chi-chieh fu-li, Kap. 3, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph T'ien-mai t'ien-chai, Kommentar, zitiert von Niida Notomi, a.a.O., S. 603 und S. 612, Fußnote (35) und (41). Für die Ch'ing-Zeit gilt dasselbe. Vgl. Ts'ing-lü-lü hui-t'ung hsien-ch'uan, Kap. 8, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph T'ien-mai t'ien-chai, Kommentar, S. 25b. (Bd. 2, S. 276).

werden."¹⁾

Lag die Verpfändung längere Zeit zurück, oder kam es vor Ausübung des Loskaufsrechts zum Sturz der Dynastie, war es für den Schuldner, selbst wenn er die Urkunde vorlegte, nicht einfach, sein Lösungsrecht zu realisieren. Paragraph Ko-po wang-sung (Kapitel 19, Hu-pu (Über die Wirtschaft), 5. Teil, T'ien-chai (Über die Ackerfelder und Häuser), 6. Abschnitt, T'ien-mai (Über die Verpfändung) des Yüan-t'ien-chang führt hierzu aus: "...Hinsichtlich der Gegenstände wie Ackerfelder, Häuser, oder sonstige Grundstücke, die während der Sung-Zeit verpfändet wurden, führt der schriftliche Pfandvertrag zu Streitigkeiten, ob der Schuldner den Pfandgegenstand wieder bekommen soll. Die Schwierigkeit liegt darin, die Glaubwürdigkeit des Vertrages festzustellen, wenn die Verpfändung mehrere Generationen zurückliegt. Außerdem wurden bei solchen Pfandverträgen die Pfandpreise in damaliger Währung bezahlt. Daher ist es äußerst schwierig, den Loskauf zu dem im Vertrag festgesetzten Preis zu gestatten. Dennoch sollte die Rückforderung der Pfandobjekte aus weit früherer Zeit gestattet werden. Wenn man auch heute noch keine Maßnahmen trifft, die der Lage entsprechen, muß man fürchten, daß die Streitigkeiten nicht aufhören."²⁾ Da bei Übergang von einer Dynastie zur anderen grundsätzlich keine Rechtskontinuität angenommen wurde, war es auch nicht selbstverständlich, daß die vor der Begründung einer neuen Dynastie errichteten Verträge weiterhin rechtsverbindlich waren. Im Paragraphen T'ien-t'ien chih-ch'i kuei-chao (Über den Loskauf von den verpfändeten Ackerfeldern unter Vorlage der schriftlichen Verträge) in Kapitel 19, Hu-pu (Über die Wirtschaft), 5. Teil, T'ien-chai (Über die Ackerfelder und Häuser), 6. Abschnitt, T'ien-mai (Über die Verpfändung) des Yüan-t'ien-chang heißt es: "Im 10. Monat des 23. Jahres (Nov./Dez. 1286) der Regierungsepoche Chih-yüan (1274 - 1294)...über den Fall des Chao Hu-tzu aus Jui-chou-lu (Provinz Ho-nan), der einen schriftlichen Pfandvertrag besitzt, in welchem deutlich geschrieben steht, daß er

-
- (1). T'ung-chih t'iao-ko, Kap. 16, T'ien-ling, Abschnitt T'ien-mai t'ien-chai shih-li, Paragraph Ta-te shih-nien wu-yüeh, S. 15a - b.
 (2). Yüan-t'ien-chang, Kap. 19, Hu-pu, 5. Teil, T'ien-chai, 6. Abschnitt T'ien-mai, Paragraph Ko-po wang-sung, Ch'ien-t'ien-mai t'ien-t'u, S. 30b - 31a. (GB. Ed. 1, S. 297 - 297).

während der Sung-Zeit die Ackerfelder an Chao Kuei-ch'uan verpfändet hat, hat sich die kaiserliche Kanzlei ausführlich beraten. Da ein schriftlich abgeschlossener Pfandvertrag vorhanden ist, ist er weiterhin gültig.Die originale Urkunde über den abgeschlossenen Vertrag ist als korrekt und wahr bewiesen worden. Es gibt keinerlei Betrug oder Verfälschung dabei. Daher soll gemäß den Vorschriften zugelassen werden, das Pfandobjekt loszukaufen."¹⁾

Wenn der Gläubiger das Grundstück nicht zurückgab, obwohl der Schuldner ihm den Lösungspreis fristgerecht anbot, mußte er die von diesem Zeitpunkt an gezogenen Nutzungen dem Schuldner herausgeben. Außerdem drohte ihm die Prügelstrafe. Das Ming-Gesetzbuch bestimmt: "Wenn die Vertragsfrist bereits abgelaufen ist, darf der Pfandschuldner (Yeh-chu) zu dem (festgelegten) Preis die verpfändeten Ackerfelder, Häuser, Gärten oder Mühlen loskaufen. Wenn der Pfandgläubiger unter irgendeinem Vorwand ihm nicht loskaufen läßt, wird er mit 40 Stockschlägen bestraft. Die nach dem Ablauf der Frist erzielten Gewinne müssen nachträglich dem Schuldner herausgeben. Der Eigentümer kann noch zu dem früher festgelegten Preis das Pfandobjekt loskaufen. Wenn die Frist bereits abgelaufen ist, und der Schuldner finanziell nicht in der Lage ist, die

-
- (1). Vgl. auch Paragraph Ko-po wang-sung i-ch'ien tien-mai t'ien-t'u (zur neuen Behandlung der während der früheren Sung-Zeit erfolgten Verpfändung von Ackerfeldern oder Häusern) im Kapitel 19, Hu-u, 5. Teil, T'ien-chai, 6. Abschnitt, Tien-mai des Yüan-tien-chang: "Im 3. Monat des 3. Jahres (April/Mai 1297) der Regierungsdevises Ta-te (1297 - 1307).....Die Behörde von Juei-chou-lu (Provinz Ho-pei) hatte berichtet: Chao Hu-tzu hatte vor 16 Jahren während der Sung-Zeit seine Ackerfelder an Chao Kuei-ch'uan verpfändet. Eben hatte die Behörde in Chiang-chou-lu (Provinz Chiang-hsi) berichtet: Wie Pu Wen-jui vorträgt, hat Ch'ien Ying-lin während der Sung-Zeit Reisfelder in der Größe von 2,2 Mou (1 Mou = ein Morgen Land = 240 Geviertschritt = 0,97 Ar.) von ihm als Pfand genommen. Später war der Kläger auch als Ma-hu (Kurierbegleiter) eingezogen worden. Während dieser Zeit hatte der Gläubiger die Reisfelder. In beiden Fällen sind zwar die Verträge während der Sung-Zeit abgeschlossen worden.....Dennoch haben die Kläger die ursprünglichen schriftlichen abgeschlossenen Verträge im Besitz. Daher sind die Verträge weiterhin gültig. Die kaiserliche Kanzlei hat die Berichte sorgfältig geprüft und ist auch der Meinung, daß solange noch der schriftliche Pfandvertrag in seiner Korrektheit vorhanden ist, er weiterhin gültig ist." (S. 24a und S. 30a - 31b. Bd. 1, S. 293 und SS. 296 - 297.)

verpfändeten Gegenstände loszukaufen, kann diese Vorschrift nicht angewendet werden."¹⁾

Wenn der Schuldner nicht rechtzeitig zahlen konnte, verlängerte sich in der Ming-Zeit der Pfandvertrag um weitere zwei Jahre. Erst nach Ablauf dieser Frist konnte der Schuldner sein Lösungsrecht wieder ausüben, wie der im Ming-lü chi-chieh fu-li enthaltene Kommentar zu der eben zitierten Vorschrift des Ming-Gesetzbuches erkennen läßt: "Wenn die Vertragsfrist bereits abgelaufen ist, darf der Pfandschuldner (Yeh-ohu) zu dem (festgelegten) Preis die verpfändeten Ackerfelder, Häuser, Gärten, oder Mühlen loskaufen. Wenn der Pfandgläubiger unter irgendeinem Vorwand ihn nicht loskaufen läßt, zeigt er, daß er die Gegenstände böswillig besitzen will. Deswegen muß er mit 40 Stockschlägen bestraft werden. Die nach dem Ablauf der Frist erzielten Gewinne müssen nachträglich dem Schuldner herausgegeben werden. Wenn aber der Eigentümer nicht in der Lage ist, die verpfändeten Gegenstände zum (festgelegten) Preis loszukaufen, ist der Pfandgläubiger nicht schuldig. Insofern darf er das Pfandobjekt weiterhin wie bis jetzt nutzen. In diesem Fall wird er nicht dieser Vorschrift unterstellt. Gemäß gegenwärtigen Regeln darf der Pfandgläubiger weiterhin noch zwei Jahre die Ackerfelder bebauen, wenn der Pfandschuldner nach dem Ablauf der Vertragsfrist finanziell nicht in der Lage ist, sie loszukaufen."²⁾

- (1). Ming-lü chi-chieh fu-li, Kap. 5, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Absatz 2, S. 13a. (Bd. 2, S. 117). Das Ch'ing-Gesetzbuch hat diese Vorschrift übernommen. Vgl. Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsin-ch'uan, Kap. 2, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Absatz 2, S. 26a - b. (Bd. 2, S. 979 - 980).
- (2). Ming-lü chi-chieh fu-li, Kap. 5, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Absatz 2, Kommentar, S. 14b. (Bd. 2, S. 120). Die anderen Kommentare zu derselben Vorschrift des Ming-Gesetzbuches erwähnen die automatische Verlängerung des Pfandvertrages um zwei Jahre nicht, sondern sprechen nur vom Fortbestand des Nutzungsrechts des Gläubigers bei nicht rechtzeitiger Zahlung durch den Schuldner, vgl. Ming-lü chieh-shih, Kap. 5, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Absatz 2, Kommentar, zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 605; Ta-Ming-lü li-shuo fu-li, Kap. 2, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Absatz 2, Kommentar, zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 605; Ta-Ming lü-li lin-mia pao-ching, Kap. 2, Hu-lü, Teil T'ien-chai, Paragraph Tien-mai t'ien-chai, Absatz 2, Kommentar, zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 605. Für die Ch'ing-Zeit vgl. Ta-Ch'ing lü-li hui-t'ung hsin-ch'uan, a.a.O., S. 26a - b. (Bd. 2, S. 981 - 982).

Über die Vertragspraxis bei Bestellung eines Besitzpfandrechts an Grundstücken geben die Vertragsmuster Aufschluß, von denen einige in die Yüan-Zeit zurückgehen, während die übrigen aus der Ming- und Ch'ing-Zeit stammen. Als verpfändete Gegenstände kommen Ackerfelder und Häuser vor, für deren Verpfändung es besondere Muster gab. An der Errichtung des Vertrages sind außer dem Verpfänder verwandte oder nicht verwandte Zeugen, ferner der mit der Verpfändung beauftragte Gutachter, oder Bürge beteiligt. Nicht beteiligt ist der Pfandgläubiger, der die Erstschrift erhält. Der Lösungspreis ist in den yüanzeitlichen Mustern in Papiergeld, sonst in Geldmünzen oder Silber festgelegt. Von den einzelnen typischen in den Mustern vorkommenden Klauseln ist zunächst auf die Klausel einzugehen, daß die Verpfändung nicht unter Zwang oder in Anrechnung auf Schulden erfolgt. Die Versicherung der Abwesenheit von Zwang dient dem Schutz nicht des Verpfänders, sondern dem des Gläubigers, der bei nachweislicher Anwendung von Gewalt oder Drohung bestraft würde. Die Feststellung, daß keine Anrechnung auf Schulden vorliege, schützt demgegenüber den Verpfänder. Bei Ausübung des Lösungsrechts vor der dafür bestimmten Frist ist in einzelnen Mustern eine Vertragsstrafe vorgesehen. Auffällig ist, daß bei Rechtsmängeln, insbesondere bei doppelter Verpfändung die Muster lediglich einen allgemeinen Hinweis auf die Verantwortlichkeit des Verpfänders enthalten. Das erklärt sich daraus, daß in diesen Fällen der Verpfänder strafrechtlichen Sanktionen unterlag. Als zivilrechtliche Folge kam lediglich die Rückstattung des Geldes in Betracht, die als selbstverständlich empfunden wurde, und deshalb in den Mustern nicht ausdrücklich erwähnt wird.

Vertragsmuster I. Tien-mai t'ien-ti ch'i-shih (Vertragsmuster zur Verpfändung oder zum Verkauf eines Ackerfeldes).¹⁾

A wohnhaft soundso.

Der auf der rechten Seite erwähnte A hat ein ererbtes, auch für eine spätere (d. h. zweite) Reisernte geeignetes Ackerfeld (Wan-t'ien), geteilt in soundsoviel Stücke mit einer Gesamtfläche von soundsoviel

(1). Dieses Muster ist den yüanzeitlichen Enzyklopädie Hsin-pien shih-wen lei-yao ch'i-cha ch'ing-ch'ien, Kap. 11, Wai-chi, Kung-szu pi-yung, Tien-mai t'ien-ti ch'i-shih, entnommen. Zum chinesischen Originaltext vgl. den Anhang, No. 7.

Mou (1 Mou = ein Morgen Land = 240 Geviertschritt = 6,97 Ar.), im Wert von soundsoviel Kuan (1 Kuan = 1000 Stücke) Kupfermünzen, gelegen im Distrikt soundso, östlich bis.....westlich bis.....südlich bis.....nördlich bis..... Es ist verpachtet an X mit einer Jahresabgabe von Reiskörnern in Höhe von soundsoviel Tan (1 Tan = 1 Pikul = 60 1/2 Kilogramm). Da A zur Zeit die Dienst- und Steuerpflichten nur schwer erfüllen kann, und mehrfach in Geldnot ist, hat er aus eigenem Entschluß den C als Bürgen beauftragt, das oben mit seinen vier Grenzen umschriebene Ackerfeld ohne sonstigen Vorbehalt an Y, wohnhaft soundso, zu verpfänden oder zu verkaufen. In Anwesenheit von drei Personen ist ein Lösungs bzw. Kaufpreis von soundsoviel Kuan (1 Kuan = 1000 Stücke) Kupfermünzen umgerechnet zum jetzigen Kurs des Chung-t'ung-ch'iao (Papiergeld, der Währung der Regierungseise Chung-t'ung, 1260 - 1263) vereinbart worden. Die Geldnoten sind alle in der gleichen Farbe der gegenwärtigen Währung. Das Geschäft erfolgt nicht unter Zwang oder zwecks Anrechnung auf Schulden. Das Geld ist gleichzeitig mit der Übergabe des schriftlichen Vertrages voll gezahlt worden. Darüber hinausgehend ist kein sonstiges Geld gezahlt worden. Das verkaufte (oder verpfändete) Ackerfeld ist rechtmäßiges, ererbtes Eigentum des A. Es liegt nicht die geringste Unredlichkeit seinen älteren oder jüngeren Familienangehörigen gegenüber vor. Außerdem widerspricht das Geschäft nicht den Gesetzen oder sonstigen Vorschriften. Wenn das dennoch der Fall sein sollte, ist A bereit, sämtliche Folgen zu tragen, und den verursachten Schaden wiedergutzumachen. Der Käufer (oder Pfandgläubiger) soll damit nichts zu tun haben. Mit dem Abschluß des Vertrages kann der Käufer das Ackerfeld verpachten oder selbst nutzen.

— Bei Verpfändung: Der Pfandschuldner kann 3 Jahre nach dem Abschluß des Vertrages die Sache zu dem im Vertrag festgelegten Preis in Papiergeld loskaufen. Wenn er kein Geld hat, um sie loszukaufen, bleibt das bisherige Nutzungs- oder Pachtverhältnis¹⁾ weiter bestehen. Die Sache gehört nunmehr endgültig dem Gläubiger. Die Abkömmlinge des A können auf Rückgabe oder Loskauf keinerlei Anspruch erheben. Alle früheren Steuerquittungen (Chu-ch'i) sind zugleich mit dem Vertrag ausgehändigt und mit dem Siegel der zuständigen Behörde versehen worden.

(1). Im Fall daß der Gläubiger das Grundstück an einen Dritten verpachtet hat.

Die auf dem Ackerfeld lastende Steuerpflicht muß im Register umgeschrieben werden. Die oben angeführten Vereinbarungen sind zum Zwecke des Beweises schriftlich festgelegt

am.....Tag.....Monat.....Jahr von

Verkäufer (oder Pfandschuldner,

Ch'u-yeh-jen), A gezeichnet mit Kreuz und Unterschrift

dem über den Vertrag unter-

richteten (Chih-ch'i) B gezeichnet mit Kreuz

dem Bürgen (Ya-jen) C gezeichnet mit Kreuz

Dem Zeugen (Shih-chien-jen) D gezeichnet mit Kreuz

Vertragsmuster II. Tien-mai t'ien-ti ch'i-shih (Vertragsmuster zur Verpfändung oder zum Verkauf eines Ackerfeldes).¹⁾

A, wohnhaft im Stadtviertel soundso im Distrikt soundso, hat sein ererbtes auch für eine spätere (d. h. zweite) Reisernte geeignetes Ackerfeld (Wan-tao), geteilt in soundsoviel Stücke, mit einer Gesamtfläche von soundsoviel Mou (1 Mou = ein Morgen Land = 240 Geviertschritt = 6,97 Ar.), gelegen im Distrikt soundso, östlich bis.....westlich bis.....südlich bis.....nördlich bis.....Alle vier Grenzen sind ganz klar und deutlich bezeichnet. Es ist verpachtet an X mit einer Jahreseinnahme an Reiskörnern in Höhe von soundsoviel Tan (1 Tan = 1 Pikul = 60 1/2 Kilogramm). Da A zur Zeit Geld benötigt, will er die oben bezeichnete Fläche des Ackerfeldes ganz verkaufen(oder verpfänden). Hierzu hat er einen schriftlichen Antrag bei der zuständigen Behörde gestellt, und die Billigung der Kreisbehörde gefunden. In der vorgeschriebenen Reihenfolge sind die zur Trauer berechtigten Verwandten und die Nachbarn unterrichtet und befragt worden. Sie haben es alle abgelehnt, mit ihm ein entsprechendes Geschäft abzuschließen. Über ihre Entscheidung haben sie ihm schriftlich Mitteilung gemacht. Daher hat er die Erlaubnis erhalten, das Ackerfeld an eine dritte Person zu verkaufen (oder zu verpfänden). Daher hat er den sachverständigen C beauftragt, die oben erwähnte und durch ihre vier Grenzen bezeichnete Fläche dieses Ackerfeldes gänzlich und ohne irgendeinen Vorbehalt an

(1). Hsin-pien shih-wen lei-chü ch'i-cha ch'ing-ch'ien, Kap. 10, Tsa-t'i-men; Chiao-i, Ch'i-shu chu-shih, Tien-mai t'ien-ti ch'i-shih. Text siehe Anhang, No. XVII.

Y, wohnhaft soundso, zu verkaufen (oder zu verpfänden). In Anwesenheit von drei Personen ist ein Preis von soundsoviel Kuan (1 Kuan = 1000 Stücke) Kupfermünzen gezahlt worden. Das Geld ist am Tag des Vertragsabschlusses voll erhalten worden. Darüber hinaus ist nichts gezahlt worden. Das verkaufte (oder verpfändete) Ackerfeld ist rechtmäßiges Eigentum des Verkäufers (oder Pfandschuldners). Seine Verwandten haben keinerlei Ansprüche darauf. Es ist auch nicht die geringste Unredlichkeit seinen Älteren oder jüngeren Familienangehörigen gegenüber gegeben. Ferner liegt weder doppelter Verkauf (oder doppelte Verpfändung) vor, noch irgendeine Anrechnung auf Schulden oder dergleichen. Wenn das dennoch der Fall sein sollte, ist A bereit, sämtliche Folgen zu tragen. Der Käufer (oder der Pfandgläubiger) soll damit nichts zu tun haben. Nach dem Abschluß des Vertrages kann der Käufer das Ackerfeld verpachten oder selbst nutzen — Bei Verpfändung: Der Pfandschuldner kann 3 Jahre nach dem Abschluß des Vertrages die Sache zu dem im Vertrag festgelegten Preis loskaufen. Wenn er, sie bis zum Ablauf der Frist nicht loskaufen kann, bleibt das bisherige Pachtverhältnis weiter bestehen. Der Pfandschuldner darf das Ackerfeld nicht mit Gewalt in Besitz nehmen. Das (vom Käufer oder Pfandgläubiger bezahlte) Geld in Höhe von soundsoviel Kupfermünzen ist von ihm selbst verdient, oder wurde ihm von einer bestimmten Familie zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig mit der Übergabe dieses Vertrages sind auch sämtliche früheren Steuerquittungen (Chu-oh'i) ausgehändigt worden. Um von vornherein einen Mangel an Beweismitteln zu vermeiden, ist dieser schriftliche Vertrag hergestellt worden. Der Käufer (oder der Pfandgläubiger) erhält ihn als Beweismittel. Dies wurde festgelegt

am.....Tag.....Monat.....Jahr von

A, der Vertrag errichtet hat

(Li-oh'i-jen)

gezeichnet mit Kreuz und Unterschrift

dem über den Vertrag unter-
richteten Verwandten (Chih-oh'i

oh'in-fang) B

gezeichnet mit Kreuz

dem Gutachter (P'ing-i-jen) C gezeichnet mit Kreuz

Vertragsmuster III. Tien-oh'i-chih (Vertragsmuster zur Verpfändung eines Ackerfeldes).¹⁾

(1). Wan-shu ts'ui-pao, Kap. 12, Wen-ch'i t'i-shih, Tien-ch'i-shih,

A, wohnhaft im Stadtviertel soundso im Distrikt soundso, hat ein Stück von der Behörde ihm gegebenes Ackerfeld (Kuan-min-t'ien) mit einer Gesamtfläche von soundsoviel Mou (1 Mou = ein Morgen Land = 240 Geviertschritt = 6,97 Ar.), das in soundso (Stadt) liegt. Der Ertrag an Reiskörnern beläuft sich auf soundsoviel Tan (1 Tan = 1 Pikul = 60 1/2 Kilogramm). Seine vier Grenzen sind im Anhang angegeben. Wegen Geldmangels hat A den Makler X beauftragt, es der Familie Y zu verpfänden. In Anwesenheit von drei Personen ist ein Lösungspreis von soundsoviel Liang (1 Liang = 1000 Geldmünze) in Silber vereinbart worden. Diese Summe ist am Tag des Vertragsabschlusses voll übergeben worden. Das Ackerfeld nutzt der Pfandgläubiger. Er darf es verpachten. Vereinbart ist auch folgendes: Von der Kaufsumme erhält der Gläubiger keine Zinsen, dafür braucht er für das Ackerfeld keinen Pachtzins zu zahlen. Der Vertrag dauert nur soundsoviel Jahre. Danach soll der Pfandschuldner das Ackerfeld zu dem im Vertrag festgelegten Lösungspreis in Silber loskaufen. Wenn er aber kein Geld hat, darf es der Pfandgläubiger weiter verpachten und den Pachtzins vereinnahmen. Wenn der Pfandschuldner das Ackerfeld vor dem Ablauf der Frist loskauft, muß er eine Vertragsstrafe von soundsoviel Liang Silber entrichten. Alle Vereinbarungen sind von den beiden Parteien gebilligt. Keiner hat Einwände. Die Last der Reiskörnerabgabe, je Zeiteabschnitt soundsoviel Silber entsprechend, obliegt dem Pfandgläubiger. Er darf die Leistung der Steuer nicht verweigern. Zum Zweck des Beweises für den Abschluß dieses Geschäfts ist dieser Pfandvertrag als Beweismittel errichtet worden."

Vertragsmuster IV. Tang-t'ien-ch'i (Vertragsmuster zur Verpfändung eines Ackerfeldes).¹⁾

A, der diesen Vertrag über die Verpfändung eines Ackerfeldes abschließt, wohnhaft im Stadtviertel soundso in dem Distrikt soundso, will ein Stück Ackerfeld, das er von seinem Großvater geerbt und dann selbst kanalisiert hat, verpfänden, weil er zur Zeit wegen Geldmangels nicht

sowie Wan-shu yüan-hai, Kap. 9, Wen-ch'i t'i-shih, Tien-ch'i-shih. Beides zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 594 und S. 609, Fußnote (13). Text siehe Anhang, No. XXXIII.

(1). Ch'ih-tu shuang-yü, Kap. 4, Ch'i-t'ieh lei, Tang-t'ien-ch'i. sowie Yen-yü chin-chieh, Kap. 7, Ch'i-t'ien lei, Tang-t'ien-ch'i. Beides zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 595 und S. 609, Fußnote (14). Text siehe Anhang, No. XXXV.

mehr in der Lage ist, die Kosten seines Haushalts zu tragen. Das Ackerfeld befindet sich in dem Distrikt soundso, hat eine Fläche von soundsoviel Mou (1 Mou = ein Morgen Land = 240 Geviertschritt = 6,97 Ar.) und trägt soundsoviel Steuer. Seine vier Grenzen sind im Anhang angegeben. Zunächst sind seine Verwandten, dann die Anlieger des Ackerfeldes befragt worden. Niemand von ihnen war bereit, ein entsprechendes Geschäft mit ihm abzuschließen. Demzufolge ist das Ackerfeld dann über die Vermittlung eines Verwandten an den X verpfändet worden. In Anwesenheit von drei Personen ist ein Lösungspreis in Höhe von soundsoviel Liang (1 Liang = 1000 Geldmünze) feinen Silbers verpfändet worden. Diese Summe ist gleich an dem Tag (des Vertragsabschlusses) voll übergeben worden. Der Pfandgläubiger darf das Ackerfeld nach seinem Belieben verwalten. Jährlich muß er noch Silber in Höhe von soundsoviel Liang bezahlen. Von dem Silber erhält der Gläubiger keine Zinsen, dafür braucht er für das Ackerfeld keinen Pachtsins zu zahlen. Der Vertrag ist nicht befristet. Wenn die (festgelegte Summe in) Silber zurückgezahlt wird, wird das Ackerfeld auch zurückgegeben. Wenn aber das Ackerfeld vor der Ernte losgekauft wird, muß eine Vertragsstrafe von soundsoviel Liang Silber entrichtet werden. Das Alles ist von den Parteien gebilligt. Keiner hat Vorbehalte. Zum Zwecke des Beweises für dieses Geschäft ist dieser Pfandvertrag eines Ackerfeldes als Beweismittel errichtet worden.

Vertragsmuster V. Tien-mai fang-wu oh'i-chih (Vertragsmuster zur Verpfändung oder zum Verkauf eines Hauses).¹⁾

A, wohnhaft im Stadtviertel soundso in dem Distrikt soundso.

Der auf der rechten Seite erwähnte A hat ein ererbtes Haus mit soundsoviel Zimmer, gelegen im Distrikt soundso, östlich bis.....westlich bis.....südlich bis.....und nördlich bis..... Das Haus ist bewohnt von X. Da A zur Zeit wegen Armut und Not nicht mehr auskommen kann, hat er aus eigenem Entschluß C als Bürgen beauftragt, das oben erwähnte, durch seine vier Grenzen genau bezeichnete Haus ohne irgendeinen Vorbehalt bezüglich des Grundstücks, der Bäume oder sonstiger Gegenstände ganz an Y, wohnhaft soundso, zu verkaufen (oder zu verpfänden). In Anwesenheit von drei Personen ist ein Lösungs- bzw. Kaufpreis von soundsoviel

(1). Hsin-pien shih-wen lei-yao ch'i-cha oh'ing-oh'ien, a.a.O.
Tien-mai fang-wu oh'i-shih. Text siehe Anhang, No. III.

Kuan (1 Kuan = 1000 Kupfermünzen) im Chung-t'ung-ch'ac zum jetzigen Kurs vereinbart worden. Alle Geldnoten sind in der gleichen Farbe der gegenwärtigen Währung. Das Geschäft erfolgt nicht unter Zwang oder zwecks Anrechnung auf Schulden. Das Geld ist gleichzeitig mit der Übergabe des schriftlichen Vertrages voll gezahlt worden. Darüber hinaus ist nichts gezahlt worden. Das verkaufte (oder verpfändete) Haus ist rechtmäßiges, ererbtes Eigentum des A. Es liegt auch keine heimliche Vereinbarung mit Betrugsabsicht gegenüber seinen älteren oder jüngeren Familienangehörigen vor. Außerdem steht das Geschäft auch nicht in Widerspruch zu den Gesetzen oder zu sonstigen Vorschriften. Wenn das dennoch der Fall sein sollte, ist A bereit, sämtliche Folgen zu tragen. Der Käufer (oder Pfandgläubiger) soll damit nichts zu tun haben. Mit dem Abschluß des Vertrages kann der Käufer das Haus selbst in Besitz nehmen oder vermieten. Es ist rechtmäßiges Eigentum des Käufers. — Bei Verpfändung: Es ist vereinbart, daß der Pfandschuldner nach soundsoviel Jahren das Haus mit der im Vertrag festgelegten Geldsumme loskaufen kann. Wenn er aber kein Geld hat, um es loszukaufen, darf es weiter wie bis jetzt vermietet werden. — Die Abkömmlinge des Verkäufers (oder des Verpfänders) können auf Rückgabe oder Loskauf keinerlei Ansprüche erheben. Alle bisherigen Steuermarken sind zugleich mit dem Vertrag ausgehändigt und mit dem Siegel der zuständigen Behörde versehen worden. Alle genannten Vereinbarungen sind zum Zwecke des Beweises schriftlich festgelegt.

am.....Tag.....Monat.....Jahr von

dem Verkäufer (oder Pfandschuldner)

Ch'u-yeh-jen) A

gezeichnet mit Kreuz und Unterschrift

dem über den Vertrag unter-

richteten (Chih-ch'i) B

gezeichnet mit Kreuz

dem Bürgen (Ya-jen) C

gezeichnet mit Kreuz

dem Zeugen (Shih-chien-jen) D

gezeichnet mit Kreuz

Vertragsmuster VI. Tien-mai fang-wu ch'i-shih (Vertragsmuster zur Verpfändung oder zum Verkauf eines Hauses).¹⁾

A, wohnhaft im Stadtviertel soundso, Distrikt soundso, hat ein

(1). Hsin-jien shih-wen lei-ch'ü ch'i-cha ch'ing-ch'ien, a.a.O., Tien-mai fang-wu ch'i-shih. Text siehe Anhang, No. XIX.

ererbtes Haus mit soundsoviel Zimmern, gelegen in dem Distrikt soundso, begrenzt östlich bis westlich bis südlich bis nördlich bis Alle vier Grenzen sind klar angegeben. Das Haus ist bewohnt von X. Da A zur Zeit Geld benötigt, hat er aus eigenem Entschluß den sachverständigen C beauftragt, das oben in seinen vier Grenzen genau bezeichnete Haus mit den dazu gehörigen Grundstück sowie den Bäumen¹⁾ ohne irgendeinen Vorbehalt vollständig an Y, wohnhaft soundso, zu verkaufen (oder zu verpfänden). In Anwesenheit von drei Personen ist ein Lösungs- bzw. Kaufpreis von soundsoviel Kuan (1 Kuan = 1000 Kupfermünzen) vereinbart worden. Das Geld ist zugleich mit dem Abschluß des Vertrages voll gezahlt worden. Darüber hinaus ist nichts gezahlt worden. Das verkaufte (oder verpfändete) Haus ist rechtmäßiges Eigentum des A. Das Haus hat gar nichts mit seinen Verwandten zu tun. Es liegt auch kein doppelter Verkauf (bzw. Verpfändung) oder dergleichen vor. Wenn das dennoch der Fall sein sollte, ist A bereit, sämtliche Folgen zu tragen. Der Käufer (oder Pfandgläubiger) soll damit nichts zu tun haben. Nach dem Abschluß des Vertrages kann der Käufer das Haus in Besitz nehmen. — Bei Verpfändung: Drei Jahre nach dem Abschluß des Vertrages soll der Pfandschuldner mit der im Vertrag festgelegten Geldsumme das Haus loskaufen. Sollte er bis dahin noch kein Geld haben, um es loszukaufen, darf der Pfandgläubiger das Haus weiterhin behalten. A darf es nicht mit Gewalt in Besitz nehmen. Zugleich sind alle bisherigen Steuermarken (Chu-oh'i) ausgehändigt worden. Um einen Mangel an Beweismitteln zu vermeiden, ist dieser schriftliche Vertrag zum Zwecke des Beweis festgelegt und in die Verwahrung des Käufers (oder des Pfandgläubigers) gegeben worden

am.....Tag.....Monat.....Jahr von

A, der den Vertrag errichtet hat

(Li-oh'i-jen)	gezeichnet mit Kreuz und Unterschrift
dem über den Vertrag unter-	
richteten (Chih-oh'i-jen) B	gezeichnet mit Kreuz
dem Gutachter (P'ing-i-jen) C	gezeichnet mit Kreuz

Vertragsmuster VII. Tien-fang-ch'i (Vertragsmuster zur Verpfändung)

(1). Die besondere Erwähnung der Bäume erklärt sich aus der Knappheit des Holzes, was einen Anreiz für den Verkäufer geschaffen hätte, die Bäume vor der Übergabe des Grundstücks zu fällen.

eines Hauses).¹⁾

A, wohnhaft im Distrikt soundso, hat wegen Geldnot den Makler X beauftragt, sein von seinen Vorfahren ererbtes Haus, mit insgesamt soundsoviel Zimmern, dessen vier Grenzen im Anhang angegeben sind, an die Familie Y für soundsoviel Liang (1 Liang = 1000 Geldmünze) feinen Silbers zu verpfänden. Das Silber ist an dem Tag (des Vertragsabschlusses) gleich vollständig übergeben worden. Der Pfandgläubiger darf in das Haus an einem beliebigen Tag einziehen. Vereinbarung ist auch folgendes: Für das Haus erhält der Schuldner keine Miete, dafür braucht er für das Silber keine Zinsen zu zahlen. Der Vertrag ist auf soundsoviel Jahre befristet. Danach soll der Pfandschuldner das Haus mit den im Vertrag festgelegten Liang Silber loskaufen. Wenn er aber bei Ablauf der Frist kein Geld hat, darf der Pfandgläubiger weiter in dem Haus wohnen. Wenn der Schuldner es vor dem Ablauf der Frist loskaufen will, muß er eine Vertragsstrafe von soundsoviel Liang Silber entrichten. Das Haus ist rechtmäßiges Eigentum des A. Es war nie an eine dritte Person verpfändet und ist auch nicht streitbefangen. Wenn das dennoch der Fall sein sollte, ist A bereit, sämtliche Folgen zu tragen. Der Pfandgläubiger soll damit nichts zu tun haben. Zum Zwecke des Beweises ist dieser Vertrag festgelegt worden.

Vertragsmuster VIII. Tang-wu-ch'i (Vertragsmuster zur Verpfändung eines Hauses).²⁾

A, der diesen Vertrag über die Verpfändung eines Hauses errichtet hat, will sein von ihm selbst erworbenes Haus, das insgesamt soundsoviel Zimmer hat und dessen vier Grenzen klar und deutlich sind, nämlich östlich bis.....westlich bis.....südlich bis.....und nördlich bis..... über den Makler X an B verpfänden. Er hat das Geld in Silber genau in Höhe von soundsoviel Liang (1 Liang = 1000 Geldmünze) erhalten. Der

-
- (1). Wan-shu ts'ui-pao, a.a.O., Tien-fang-ch'i, und Yen-yü ch'ing-chien, a.a.O., Tien-fang-ch'i, beiden zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 595 und S. 609, Fußnote (13). Text siehe Anhang, No. XXXIV.
 (2). Ch'ih-tu shuang-yü, a.a.O., Tang-wu-ch'i, und Yen-yü ch'ing-chien, a.a.O., Tang-wu-ch'i, beiden zitiert von Niida Noboru, a.a.O., S. 596 und S. 609, Fußnote (14). Text siehe Anhang, No. XXXVI.

Pfandgläubiger darf an einem beliebigen Tag in das Haus einziehen. Vereinbarung ist auch folgendes: Für das Silber braucht der Schuldner keine Zinsen zu zahlen, er erhält aber auch keine Miete für das Haus. Der Vertrag ist auf ~~so~~soviel Jahre befristet. Bei Ablauf der Frist soll der Pfandschuldner das Haus mit der im Vertrag festgelegten Geldsumme loskaufen. Wenn er bis dahin kein Geld hat, um es loszukaufen, darf der Pfandgläubiger weiter in dem Haus wohnen. Wenn er aber vor dem Ablauf der Frist es loskaufen will, muß er eine Vertragsstrafe von ~~so~~soviel Liang Silber entrichten. Das Haus ist nicht doppelt verpfändet und ist auch nicht streitbefangen oder vergleichbar. Wenn das dennoch der Fall sein sollte, ist der Pfandgläubiger bereit, die Folgen zu tragen. Der Pfandgläubiger soll damit nichts zu tun haben. Zum Zwecke des Beweises ist dieser Vertrag errichtet worden.

3. Abschnitt: Das besitzlose Pfandrecht an Grundstücken

§ 13. Vor der T'ang-Zeit

Das älteste Zeugnis über das besitzlose Pfandrecht an Grundstücken in der Rechtsgeschichte Chinas finden wir in der Dynastie-Geschichte der Nan-pei-ch'ao (386 - 589).

Im Kapitel 51, Lin-oh'uan Ching-hui-wang Hung ohuan (Biographie über den Fürsten Ching-hui des Lehenstaats Lin-oh'uan, bürgerlich genannt Hsiao Hung, ? - ?, den jüngeren Bruder des Kaisers Wu, bürgerlich genannt Hsiao Yen, 464 - 549, Dynastie Liang, 502 - 556) des Nan-shih (Geschichte der Süd-Dynastien, nämlich Sung, 420 - 478; Ch'i, 479 - 501; Liang, 502 - 556; Ch'en, 557 - 589) von Li Yen-shou (? - ? aus der T'ang-Zeit) wird berichtet: "In der Stadt, wo (Hsiao) Hung sein Hauptquartier hatte, gab es einige zehn Familien, die aus Geldnot von ihm Geld geliehen hatten. Sie waren ihm mit einer schriftlichen Erklärung verpflichtet, daß sie ihm ihre Landgüter, Häuser oder Läden als die vereinbarten Sicherheiten (bei nicht rechtzeitiger Zahlung) zur Verfügung zu stellen hatten. Nach dem Ablauf der Frist vertrieb er sofort die Schuldner und nahm sich mit Gewalt ihre Häuser. Daher gab es dort mehrere Leute, die deswegen besitzlos und arbeitslos wurden. Als der Kaiser später darüber informiert wurde, hob er sofort derartige schriftliche Vereinbarungen auf und verbot ihm (Hsiao Hung), weiter die Schuldner zu vertreiben und ihre Häuser mit Gewalt zu besetzen. Seitdem gab es keine armen Leute mehr, die ihre Häuser oder ihren Beruf verlieren müssen."¹⁾

Das Eingreifen des Kaisers hatte wohl den Zweck, dem eigenmächtigen Vorgehen des Lehenherrn gegen seine Untertanen Einhalt zu gebieten. Von der konfuzianischen Ethik mißbilligt werden mußte die Art und Weise der Durchsetzung des Pfandrechts; die Zulässigkeit der Bestellung eines besitzlosen Pfandrechts an sich stand nicht zu Diskussion.

(1). Li Yen-shou, Nan-shih, Kap. 51, Lin-oh'uan Ching-hui-wang Hung ohuan, S. 18a. (Pona, S. 12555.)

§ 14. In der T'ang- und Sung-Zeit

Das besitzlose Pfandrecht an Grundstücken wird in der T'ang- und Sung-zeitlichen Literatur mit 'Chih-ming ohih-ohü', 'Chih-tang', 'Chih-ohü' oder 'Chih-chuang-pian' bezeichnet. Die Pfandgegenstände sind Häuser, Ackerfelder oder Gärten.

Das besitzlose Pfandrecht an Grundstücken durfte wie das Besitzpfandrecht an Grundstücken nur vom Familienoberhaupt durch schriftlichen Vertrag mit dem Geldverleiher begründet werden. Im Kommentar zum Paragraphen Tsa-ling (über weitere verschiedene Erlasse) im Kapitel 12, Hu-fen-lü (Gesetze über die Wirtschaft und die Eheschließung), 2. Teil, Tien-mai ohih-tang lun-ohing wu-yeh (über die Verpfändung und den Wettbewerb) des Sung-hsing-t'ung (Strafgesetzbuch der Sung-Dynastie) heißt es: ".....Wir (die Minister und die Beamten) haben darüber ausführlich beraten (und sind zu folgender Ergebnisse gekommen). Alle Verträge über die Bestellung von Pfandrechten — sei es vor Besitzpfandrechten, sei es von besitzlosen Pfandrechten (Chih-ming ohih-ohü) — müssen von dem Familienoberhaupt oder dem Ältesten der Familienmitglieder einerseits und dem Geldverleiher oder seinem Engstvertrauten (Bevollmächtigter) andererseits in beider Anwesenheit schriftlich vereinbart und unterzeichnet werden....."1)

Neben der Mitwirkung des Familienoberhauptes und des Darlehensgebers muß der Pfandbestellungsvertrag von einer bestimmten Anzahl von Bürgen unterschrieben werden. Im Kapitel 11 des Ssu-shui ohü-wen (Aufzeichnungen aus den Erfahrungen von Ssu-shui, des Künstlernamens des Autors Sau-ma Kuang, 1019 - 1086) wird berichtet: "Nach dem Shih-i-szu-fa (Gesetz über Wirtschaft und Handel) ist es Zivilisten gestattet, Geld zu verleihen. Das Verleihen wird von der Präfektur erst gestattet, wenn die Ackerfelder, die Häuser, die Goldstücke oder die Seiden als Belastungsgegenstände sichergestellt (i t'ien-chai huo chin-po wei ti-tang), und zugleich drei Bürgen vorhanden sind. Der Zinssatz ist dabei 10 %. Nach dem Ablauf der Rückzahlungsfrist wird außer den Zinsen zusätzlich noch pro Monat 1 %

(1). Sung-hsing-t'ung. Kap. 12, Hu-fen-lü, 2. Teil, Tien-mai ohih-tang lun-ohing wu-yeh, Paragraph Tsa-ling, Kommentar, S. Ab. 108. Bd. 1, S. 420.)

Bußgeld hinzugerechnet, wenn die Schulden bis dahin nicht getilgt werden.'¹⁾

Die Vollstreckung des besitzlosen Pfandrechts erfolgte durch ein amtliches Beschlagnahmeverfahren. Im Erlaß T'ang Ch'ang-oh'ing erh-nien pa-yüeh shih-wu-jih oh'ih-wen (Erlaß vom 15. Tage des 2. Jahres, 4. Sept. 800, der Regierungsdevise Ch'ang-oh'ing. 821 - 824, in der T'ang-Dynastie), der im Kommentar zum Paragraphen Fu-chai oh'iang-oh'ien-oh'e hsi'oh'an (Aneignung der Tiere oder sonstigen Eigentum des Schuldners mit Gewalt) im Kapitel 26, Tsa-lü (sonstige Gesetze). 1. Teil, Shou-chi ta'ai-wu oh'e fei-yung (Über die Lagerkosten bei der Aufbewahrung von Wertgegenständen) des Sung-hsing-t'ung zitiert worden ist, lesen wir: "Es gibt auch Fälle wie die folgenden: Die Erbschaft des Großvaters ist längst an seine Nachkommenschaft verteilt. Die Ackerfelder, die Gärten, und das sonstige Eigentum sind von seinen Söhnen und Prüdern geerbt worden. Doch haben sie sich unredlich verhalten. Sie haben von der öffentlichen Behörde durch Belastung ihres Anteils Geld geliehen (wang-ohü kuan-oh'ien) mit der Begründung, daß die Sachen ihr Eigentum seien. Als zur Befriedigung wegen der Forderungen die Übergabe der verpfändeten Gegenstände verlangt wurde, übergaben sie nichts, womit die Forderungen hätten erfüllt werden können. Als die entsprechenden Beschlagnahmeverfahren eingeleitet wurden, behaupteten sie nunmehr, daß die Erbschaft noch nicht verteilt sei. Angesichts dieser Tatsachen beantragen wir, der Präfektur folgendes mitzuteilen: Wenn die Erbschaft längst verteilt ist, und dennoch als Belastungsgegenstand beim Geldleihen benutzt wird, müssen gegeberenfalls die Bürgen die Forderung miterfüllen. Die Schuldner oder die Bürgen, die über die Häuser oder die Gärten falsche Aussagen gemacht haben, werden jeder mit 20 kräftigen Stockhieben bestraft. Wenn sie höhere Militärs oder Gesandte sein sollten, müssen sie trotzdem nach den Vorschriften für Zivilisten in der gleichen Weise verurteilt werden. Die Häuser oder Gärten, die der Schuldner als seinen Anteil geerbt hat, können ohne weiteres zur Befriedigung der Forderung beansprucht werden."²⁾

(1). Ssu-ma Kuang. Ssu-shui chi-wen. Kap. 14, S. 160.

(2). Sung-hsing-t'ung, Kap. 26. Tsa-lü, 1. Teil. Abschnitt Shou-chi ta'ai-wu oh'e fei-yung, Paragraph Fu-chai oh'iang-oh'ien-oh'e hsi'oh'an, Kommentar, Erlaß T'ang Ch'ang-oh'ing erh-nien pa-yüeh shih-wu-jih oh'ih-wen, S. 10b - 11a. (Ed. 2, S. 878 - 879.)

Die notwendige Zuziehung von Bürgen diente dem Schutz der Gläubiger bei fehlender Rechtskraft Herrschaft des Verpfänders oder bei mehrfacher Belastung desselben Grundstücks mit besitzloser Pfandrechten. Die Grenzen eines solchen Gläubigerschutzes zeigten sich freilich alsbald in Fällen betrügerischen Zusammenwirkens der Bürgen mit dem Verpfänder. Im Kapitel 613, Hsing-fa-pu (die Unterteilung über das Strafrecht), Abschnitt Ting-lü-ling (über die Festlegung der Gesetze und Erlasse), 5. Teil, des Ts'ie-fu wien-kuei (Musterbeispiele aus der Halle der Schriften, einer Enzyklopädie) von Wang Ch'in-jo (962 - 1025), Yang I (973 - 1020) u. a. sind die aus der mangelnden Publizität des besitzlosen Pfandrechts resultierenden Mißstände deutlich angesprochen: "Im 12. Monat des 2. Jahres (Jan./Feb. 951) der Regierungsdevise Kuang-shun (951 - 959/3) der Hou-ohou-Dynastie (951 - 959) hat der Präfekt der Hauptstadt K'ai-feng-fu (in der Provinz Ho-nan) einen Thronbericht abgegeben.....(Darin heißt es: u. a.).....Häufig haben sich die Bürgen mit den Eigentümern eingelassen, denselben Gegenstand (Ackerfeld oder Haus) mehrfach schriftlich zu verpfänden, oder betrügerisch Darlehen aufzunehmen durch Belastung des Grundstücks eines dritten oder zum Schein Häuser anzugeben, als seien diese vom Großvater längst erbaut....." Den gleichen Thronbericht findet man auch im Kapitel 26, Abschnitt Shih (über die Wirtschaft) des Wu-tai hui-yao (Abriß der Verordnungen der fünf Dynastien, 907 - 960) von Wang P'u (922 - 982)¹⁾.

Wenn der Pfandschuldner beim besitzlosen Pfandrecht an Grundstücken nach dem Ablauf der Vertragsfrist die Forderung nicht erfüllen kann, muß er das verpfändete Grundstück dem Pfandgläubiger übergeben. Der Pfandgläubiger hat dann den unmittelbaren Besitz über den Gegenstand und kann aus ihm Nutzungen ziehen. Darüber hinaus wird man annehmen müssen, daß der Pfandgläubiger mit der Übergabe auch das Recht erlangte, das Grundstück an Dritten zu veräußern. Seine Rechtsstellung unterschied sich nach der Übergabe daher kaum von der eines vollen Eigentümers. Wenn wir auch in den Quellen nichts davon hören, daß er mit der Übergabe des verpfändeten Grundstücks Eigentümer wird. Die Forderung des Pfandgläubigers galt mit der Übergabe als erloschen.

- (1). Wang Ch'in-jo, Yang I u. a., Ts'ie-fu wien-kuei, Kap. 613, Hsing-fa-pu, Abschnitt Ting-lü-ling, 5. Teil, S. 22a. (Ed. 8, S. 736d.)
 (2). Wang P'u, Wu-tai hui-yao, Kap. 26, Abschnitt Shih, S. 218.

§ 15. In der Yüan-, Ming zbd Ch'ing-Zeit

In der Yüan-, Ming- und Ch'ing-Zeit wird das besitzlose Pfandrecht an Grundstücken mit 'Chih-tang', 'Chih-ti', 'Chih-fang', 'Chih-ch'an' oder 'Ti-ya' zum Ausdruck gebracht. Die Pfandgegenstände sind Häuser und Ackerfelder.

Die Bestellung eines besitzlosen Pfandrechts an Grundstücken fordert nicht einen unmittelbaren Besitz des Pfandobjektes. Sie fordert nur die Übergabe der Vertrauensurkunde über die Verpfändung des Pfandobjektes, das entweder ein Grundstück oder ein Haus ist. Im Paragraphen She-shih shih-kuan t'ien-t'u yü-ssu kei-chü (Die Erforderlichkeit einer schriftlichen Erlaubnis der Behörde bei der Verschenkung von Ackerfeldern an buddhistische oder taoistische Tempel) im Kapitel 19, Hu-pu (Abteilung über die Wirtschaft), 5. Teil T'ien-chai (über die Ackerfelder und Häuser), 2. Abschnitt Min-t'ien (über die privaten Ackerfelder) des Yüan-tien-chang heißt es: "Im 8. Monat des 3. Jahres (Sept./Okt. 1310) der Regierungsdevise Chih-ta (1308 - 1311).....Während des Krieges hatten die Leute im Gebiet zwischen Ch'ang-chiang und Huai-ho (in der heutigen Provinz Chiang-su nördlich von Ch'ang-ching) bei der Flucht ihre Ackerfelder und ihre Häuser verlassen müssen. Diese wurden von den Fremden besetzt oder unter ihren Nachbarn, andere Dorfbewohnern oder Verwandten sowie Freunden und Bekannten aufgeteilt. Als im Land wieder Ruhe und Ordnung einkehrte, konnten sie ihr Eigentum nicht wieder erhalten. Es gab sogar böswillige Leute, die mit Hilfe von Vertrauensurkunden aus der Sung-Dynastie behaupteten, daß die Familie X. Y. die Kinder oder die Enkel, oder ihre Verwandten das Grundstück als Besitzpfand (Tien) oder als besitzloses Pfand (Tang) bei ihnen verpfändet hätten. Es ist sehr schwer, die Glaubwürdigkeit solcher Papiere (aus der Sung-Zeit) zu beurteilen....."¹⁾

Material zum besitzlosen Pfandrecht an Grundstücken in der Ming-Zeit und danach findet man gelegentlich in den zeitgenössischen Romanen. Zum Beispiel im Kapitel 17, Chang Hsiao-chi Ch'ien-liu jen-chiu (Herr

(1). Yüan-tien-chang, Kap. 19, Hu-pu, 5. Teil T'ien-chai, 2. Abschnitt Min-t'ien. Paragraph She-shih shih-kuan t'ien-t'u yü-ssu kei-chü, S. 5a - 6a. (Ed. 1, S. 284).

Chang Hsiao-chi erkannte seinen Onkel in H'ien-liu, in der heutigen Provinz Ho-nan) des Hsiao-shih hsiang-er (Erzählungen, die die Welt aufwecken, ein Roman aus der Ming-Zeit, 1368 - 1644) von Feng Hsiao-lung (17. Jahrhundert): ".....Kuo-ch'ien (Sohn des Kuo Shan, eines Reichen in der Stadt Hsiao-ch'ang, in der heutigen Provinz Ho-nan) versteckte sich jeder Tag in seinem Zimmer. Er wagte es nicht, das Haus zu verlassen. Er traute sich auch nicht, seinen Vater zu sehen. Ein Sprichwort sagt, wenn eine Katze ständig draußen ihr Fresser stiehlt, kann sie sich nicht ändern (t'ou-shih mao-erh hsiang-pu-kai). Es war seine Angewohnheit, draußen ausschweifend zu leben. Er betrachtete daher das Haus (die Familie) wie ein Gefängnis. Er konnte es darinnen nicht aushalten. Nach einem Monat betrog er schon seinen Vater und verließ das Haus. Alle Familienangehörigen hatten ihn gewarnt. Leider vergeblich. Man wollte zunächst Kuo Shan darüber informieren, wagte aber letztlich nichts zu äußern, weil man fürchtete, daß er ihn (seinen Sohn, Kuo Ch'ien) bestimmt mit schweren Schlägen bestrafen würde. Schließlich konnte man die ganze Sache nur noch vor ihm verheimlichen. Zu dieser Zeit hatte Kuo Ch'ien kaum Geld bei sich. Nach ein paar Tagen einsamer Bummelerei langweilte er sich. Es wurde ihm bewußt, daß er vom Geld seines Vaters nichts mehr durchbringen konnte. Heimlich hat er daher die Leute, die Ackerfelder und Grundstücke seiner Familie gegen Geld als Pfand zu nehmen. Des Tags und des Nachts verliebte er sich in den Straßen der Freudenmädchen, in den Weinkellern und Spielbanken. Er dachte gar nicht daran, nach Hause zu gehen. Um so schlimmer hatte es Kuo Shan verärgert. Dieser hatte eine Anklage gegen seinen Sohn verfasst und bei der Kreisregierung erhoben. Es gab aber Leute, die Kuo Ch'ien für sich gewinnen konnte. Sie bestachen die oberen und die unteren Stellen der Kreisregierung. Daher hatte die Regierung auch keine Eile, den Angeklagten festzunehmen. Wie ein Sprichwort sagt, wenn das Wasser ruhig steht, fließt es nicht aus; wenn die Menschen zufrieden sind, gibt es auch keinen Ärger (shui-p'ing shu-liu, jen-p'ing shu-ven). Diejenigen, die wegen Kuo Ch'ien die Regierung bestochen hatten, taten das um ihres Vorteils willen. Wenn das Geld unter ihnen gleichmäßig verteilt worden wäre, hätte jeder seinen Glanz wie auch seinen Staub gehabt. Unter ihnen gab es aber solche, die nicht schnell genug zugreifen konnten und verärgert waren, als sie sahen, wie die anderen (leicht) Geld kassierten. Deswegen gingen sie zu dem alten Herrn Kuo und schwatzten: 'Ihr Sohn pflegt Bekanntschaften mit dem X und dem Y. Mit diesen läßt er sich in einer dummen und maßlosen Weise auf Glückspiel ein. Er hat Ihre Ackerfelder und Grundstücke bei Herrn soundso um soundsoviel Silber-

Geld verpfündet.' Wenn man alles zusammenzählte, waren es um 3000 Liang Silber, die er von anderen geliehen hatte. Der Alte erschrak darüber. Sein Gesicht war totenblaß. Er überlegte, 'Dieser blöde Hund verzehrt rücksichtslos und maßlos meine Habe. Wenn es so weiter geht, braucht es bloß ein oder zwei Jahre, dann muß ich sogar mich selbst bei einem anderen verdingen.'.....¹⁾ ".....Kuo Ch'ien hatte schon vor einem halben Jahr seine Heimat verlassen. Nichts hatte man von ihm gehört. In seinem Stadtviertel war ein Gerücht in Umlauf, daß er schon gestorben sei. Da wollten die Leute, die sich für ihn verwendet hatten, nichts mehr mit seinen Geschäften zu tun haben. Daher stifteten sie die Gläubiger an, sich selbst an die Familie Kuo zu wenden, um ihre Forderungen erfüllen zu lassen. Die Gläubiger drohten, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden sollten, würden sie die Ackerfelder und die Grundstücke mit Gewalt in Besitz nehmen. Alle diese Gläubiger waren mächtige Leute. Kuo Shan konnte es sich daher nicht leisten, mit ihnen in direkten Konflikt zu geraten. Er konnte sich nur Mühe geben, sich zu entschuldigen, und versuchen, dadurch die Gläubiger hinzuhalten. Doch kaum war ein Gläubiger weggegangen, klopfte sogleich ein anderer Gläubiger an seine Tür. Unaufhörlich hatte er Besuch. Es waren ausschließlich die Gläubiger. Kuo Shan konnte es nicht länger ertragen und beschloß, keinen Besucher zu empfangen. Die Gläubiger sahen, daß sie nichts von ihm erwalten konnten. Deswegen klagten sie ihn gemeinsam bei der Kreisregierung an. Er wurde von der Polizei festgenommen und zur Verhandlung gebracht....²⁾ "Als der Kreisvorsteher die Verträge gelesen hatte, sagte er zu Kuo Shan: 'Das alles hat dein Sohn geliehen. Du kannst es nicht leugnen.' Da antwortete Kuo Shan: 'Meine Mißgeburt von einem Sohn hat meine Ermahnungen in den Wind geschlagen. Er ist von gemeinen Personen verführt worden und hat Untaten begangen. Er hat infolgedessen das Familienvermögen verschwendet. Deswegen habe ich gegen ihn bei Ihnen Anklage erhoben. Er ist entflohen. Der Prozess ist außerdem noch nicht abgeschlossen. Was ich aber noch besitze, ist so wenig, daß es gerade meine Beerdigung decken könnte. Wie kann ich unter diesen Umständen noch zusätzlich die Schulden meines mißratenen Sohnes abtragen? Es gibt außerdem überhaupt keinen Grund, daß der Vater die Schulden des Sohnes tilgen muß!'

-
- (1). Feng Meng-lung, Hsing-shih heng-yen, Kap. 17, Chang Hsiao-chi Ch'en-liu jen-chiu, Bd. 1, S. 337 - 338.
 (2). Feng Meng-lung, a.a.O., S. 339.

Da lächelte der Kreisvorsteher: 'Wenn du sogar die Schulden deines Sohnes nicht abtragen willst, wer wird dann deinem Sohn Geld zu verschwenden geben? Außerdem sind diejenigen, die deinem Sohn verführt haben und die, die ihm Geld geliehen haben, nicht dieselben. Wie kannst du also die Zahlung verweigern? Du kannst niemand anderen anschwärzen, wenn dein Sohn nichts taugt! Allerdings kann der Sohn nicht selbstständig handeln, solange der Vater noch lebt. Alle Gläubiger haben sich wie Wucherer verhalten. Sie haben heimlich mit deinem Sohn die Verträge schriftlich abgeschlossen. Daher sind ihre Herzen ersichtlich böschaft. Du sollst nur die Forderungen dem schriftlichen Vertrag entsprechend erfüllen. Die Zinsen brauchst du nicht zu zahlen. Sobald die Forderungen erfüllt sind, müssen die schriftlichen Verträge in dieser Halle vernichtet werden. Diejenigen, die sich einer Bestechung schuldig gemacht haben, werden schwer bestraft.' Kuo Shan war vom Kreisvorsteher so eingeschüchtert, daß er nicht wagte, gegen das Urteil vorzugehen. Er mußte die Forderungen eine nach der anderen erfüllen, bis alles abgetragen war. Je mehr er dadurch verärgert war, desto stärker war er von Schmerz und Haß beladen."¹⁾

Sowohl die Stelle aus dem Yüan-tien-chang als auch die Geschichte aus dem Ming-Roman Hsing-shih heng-yen haben gezeigt, daß die Bestellung eines besitzlosen Pfandrechts an Grundstücken durch schriftlichen Vertrag erfolgen mußte. In der Regel wird der Vertrag zwar vom Familienoberhaupt abgeschlossen. Aber wenn die anderen Familienangehörigen, z. B. die Söhne, ohne Genehmigung des Familienoberhauptes oder sogar gegen dessen Willen mit einer dritten Person den Vertrag abgeschlossen haben, wird dieser in der Praxis trotzdem als gültig anerkannt.

Ein weiterer Fall des besitzlosen Pfandrechts an Grundstücken ist in einem anderen Ming-Roman, nämlich im Kapitel 25, Kuei Yüan-wai t'u-k'uei ts'an-hui (Der außerplanmäßige Beamte Kuei erkennt unterwegs die Dinge und bereut sehr) des Ching-shih t'ung-yen (Erzählungen, die die Welt ermahnen) von Feng Meng-lung (17. Jahrhundert) überliefert: ".... 'Was für ein Zufall ist es, daß ich heute Dich gesehen habe! Wir haben seit über zehn Jahren nichts mehr voneinander gehört!' Erstaunt fragte Herr Shih ihn (gemeint: Kuei Fu-wu), wie es ihm gehe. Herr Kuei seufzte

(1). Feng Meng-lung, a.a.O., Bd. 1, S. 339.

aber nur und konnte kaum ein Wort herausbringen. Herr Shih empfand Mitleid mit ihm, nahm seine Hand und ging mit ihm zusammen in die Kuan-yin-tien (die Halle, wo die Gottheit Kuan-yin, die Gottheit der Barmherzigkeit, verehrt wird) und fragte ihn, 'Bruder Kuei, welche Wunden und Schmerzen hast Du? Wenn Du mir etwas davon erzählst, kann ich vielleicht Deine Sorgen mit Dir teilen.' Zunächst wollte Kuei Fu-wu nicht darüber reden. Auf wiederholtes Fragen hin fing er dann an, die Sache zu erzählen. 'Von meinen Vorfahren wurden mir ein Haus und ein Stück Acker von hundert Mou (1 Mou = ein Morgen Land = 240 Geviertschritt = 6,97 Ar.) hinterlassen, das ich pflüge und davon ich lebe. Ich kann mich gerade damit über Wasser halten. Unglücklicherweise habe ich der Behauptung Glauben geschenkt, wonach 'Der Gewinn der Bauern geringfügig, der von Kaufleuten dagegen aber reichlich ist.' Daher habe ich mein winziges Eigentum Herrn Li P'ing-chang für 300 Liang (1 Liang = 1000 Geldmünzen) Silber verpfändet, damit ich eine Seidenhandlung in Yen-ching (Peking) betreiben konnte. Leider ist mein Glück verstimmt und sind die Zeitläufe verkehrt. Das hat sich mehrfach wiederholt. Dadurch bin ich bankrott geworden. Der Gläubiger verlangt seine Forderung so gierig wie Wolf und Tiger, und von den Zinsen verlangt er weitere Zinsen. Mein Haus und mein Acker hat er abgeschätzt und er hat alles in Besitz genommen. Meine Frau und meine zwei Kinder sind auch ihm zugehörig. Damit sind aber die Forderungen noch nicht erfüllt. Immer mehr werde ich bedrängt, meine Verwandten zu ermorden, damit ich weitere Forderungen erfüllen kann. Die Lage ist verhängnisvoll. In der Nacht bin ich geflohen. Da ich dachte, daß ich nun nirgendwo Unterkunft finden könnte, wollte ich lieber in den Fluß springen, um mich selbst umzubringen. Deswegen habe ich geweint!'"¹⁾

Wenn der Pfandschuldner die Forderung nicht erfüllen kann, muß das Pfandobjekt dem Pfandgläubiger übergeben werden. Nach den oben zitierten Geschichten aus den Romanen Hsing-shih heng-yen und Ching-shih t'ung-yen wird anzunehmen sein, daß der Pfandgläubiger mit der Übergabe des Pfandobjektes zugleich die Möglichkeit erhält, es zur Befriedigung seiner Forderung zu verwerten.

(1). Feng Meng-lung, Ching-shih t'ung-yen, Kap. 25, Kuei Y'ian-wai t'u-k'uei ts'an-hui, SS. 378 - 379.

4. Teil: Das Nachleben der Sicherungsrechte des traditionellen chinesischen Privatrechts im heutigen chinesischen Recht

Als das chinesische Bürgerliche Gesetzbuch zwischen 1929 und 1931 Teil für Teil verabschiedet wurde, und in Kraft trat¹⁾, hat man trotz kontinental-europäischer, vor allem vom Vorbild des deutschen BGB bestimmter Orientierung in dem dritten Buch des chinesischen BGB, das das Sachenrecht behandelt, ein Institut des traditionellen Gewohnheitsrechts, nämlich "Tien-ch'üan" (Besitzpfandrecht an Grundstücken) in den § 911 und § 927 berücksichtigt und geregelt²⁾.

Das Pfandrecht nach dem chinesischen BGB ist bis in die fünfziger Jahre in westlichen Sprachen bereits mehrfach, davon teilweise in Dissertationen, behandelt worden. Zu nennen sind etwa die Arbeiten von Horst Boehling, Karl Büniger, H. McAleavy, A. Gérardin und Hoai A. Song Kia, Siu Siang-fang, Woo Soo, und Yu Tchen-p'ong³⁾.

Die Vergeiselung von Personen wurde vom chinesischen BGB nicht anerkannt. Sie wurde sogar als Sittlichkeitsdelikt nach §§ 227, 228, 232, 233 bzw. 239 des chinesischen Strafgesetzbuches, das am 1. 1. 1935 verabschiedet wurde und am 1. 7. 1935 in Kraft trat, unter Strafe gestellt. Die Strafverfolgung wurde allerdings von einem Strafantrag abhängig gemacht. Der traditionelle Brauch bestand daher trotz dieser Gesetzgebung fort⁴⁾.

-
- (1). Das erste Buch, allgemeiner Teil, des chinesischen BGB, wurde am 23. 5. 1929 verabschiedet und trat am 10. 10. 1929 in Kraft. Das zweite Buch, das Schuldrecht, des chin. BGB jeweils am 22. 11. 1929 und am 5. 5. 1930. Das dritte Buch, das Sachenrecht, des chin. BGB jeweils am 30. 11. 1929 und am 5. 5. 1930. Das vierte Buch, das Familienrecht, und das Fünfte Buch, das Erbrecht, des chin. BGB wurden beide am 26. 12. 1930 verabschiedet und traten gleichzeitig am 5. 5. 1931 in Kraft.
 - (2). Die Hypothek wurde in §§ 860 - 883, das Fahrnispfand in §§ 884 - 899 und das Pfandrecht an Rechten in §§ 900 - 910 des chin. BGB geregelt. Jedoch sind alle drei Normen überwiegend nach dem Vorbild des deutschen BGB zusammengestellt worden.
 - (3). Lim Pun-Tiam, Bibliographie, a.a.O., Nos. 0974, 0975, 1013, 1173, 1296, 1740, 1786, 1796.
 - (4). Es hat sich sogar eine Abart entwickelt, nämlich den Brauch "T'ung-yang-hsi" (minderjähriges Mädchen zu adoptieren, zwecks Verwendung als künftige Schwiegertochter). Darüber siehe eine Abhandlung von Frau Shih Ch'i-yün, Wo-kuo chin-tai t'ung-yang-hsi chih fa-li-hsieh te yen-chiu (Über den Brauch T'ung-yang-hsi in der Neuzeit Chinas,

Erst nach der Machtübernahme durch die kommunistische Partei Chinas und der Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949 ist er verboten und durch die Staatsgewalt beseitigt worden.

Die Gesellschaft in China nach 1949 wurde von Staat und Partei (KPCh) offiziell als eine Übergangsgesellschaft gekennzeichnet. Staat und Partei erkennen zwar die Kontinuität des Rechtslebens an. Es ist jedoch eine offene Frage, inwiefern die nachenrechtliche Gesetzgebung der Kuo-min-tang Periode in der volksrepublikanischen Gesellschaft noch von Bedeutung ist. Gerade diesbezüglich gibt es kaum Arbeiten in China selbst. Da die entsprechenden Materialien für den Westen kaum zugänglich sind, gibt es naturgemäß auch kaum Arbeiten in westlichen Sprachen, die diese spezielle Frage behandeln. Wenn auch in dem im Jahre 1954 veröffentlichten vom Seminar für das Zivilrecht an der chinesischen Volksuniversität in Peking herausgegebenen zweibändigen Werk Chung-hua ier-min kung-ho-kue min-fa tzu-liac hui-pien (Sammlung zivilrechtlicher Materialien der Volksrepublik China) der traditionelle Brauch "Tien" (Besitzpfandrecht an Grundstücken), das Fahrnispfand und die Hypothek erwähnt sind¹⁾, ist doch die praktische Bedeutung dieser Institute infolge der durch die zentrale Planwirtschaft bedingten Einschränkung des Kreditwesens schon damals nicht sehr groß gewesen. Welche Bedeutung sie nach der Hundertblumen-Kampagne (1957), nach der Errichtung der Volkskommune (ab 1959 "Großer Sprung vorwärts") und insbesondere nach der großen Kulturrevolution (1966 - 1969) noch haben, ist ungeklärt.

eine rechtswissenschaftliche Untersuchung), in: Kuo-li t'ai-wan ta-hsüeh fa-hsüeh-hui shih-hui k'o-hsüeh lun-ts'ung (Beiträge zu Sozialwissenschaften, herausgegeben von der juristischen Fakultät der National Taiwan University), No. 6, Mai 1955, SS. 91 - 137. Siehe auch: Lim Pun-Tiam. Bibliographie, a.a.O., No. 0202.

- (1). Darüber siehe: Hsia Tan-tai, Chinese Legal Publications: an Appraisal, in: Osteuropa-Recht, No. 3, 1969, SS. 234 - 281, insbesondere SS. 244 - 245.

Anhang

I. Zeittafel der chinesischen Geschichte

		Vor Christi Geburt
Shang-Dynastie	商	16. - 11. Jh.
Chou-Dynastie	周	
Hsie-Chou (Westliche Chou)	西周	11. Jh. - 771
Tung-Chou (Östliche Chou)	東周	770 - 221
Ch'un-ch'iu-Periode (Die Frühlings- und Herbstperiode)	春秋	770 - 475
Chan-kuo-Periode (Die kämpfenden Reiche)	戰國	475 - 221
Ch'in-Dynastie	秦	221 - 206
Han-Dynastie	漢	
Hsi-Han (Westliche Han)	西漢	206 v. Chr. bis 8 n. Chr.
Tung-Han (Östliche Han)	東漢	Nach Christi Geburt
San-kuo (Drei Reiche)	三國	25 - 220
Wei	魏	220 - 265
Shu	蜀	221 - 263
Wu	吳	222 - 280
Chin-Dynastie	晉	
Hsi-Chin (Westliche Chin)	西晉	265 - 316
Tung-Chin (Östliche Chin)	東晉	317 - 420
Nan-pei-ch'ao (Südliche und Nördliche Dynastien)	南北朝	
Nan-ch'ao (Südliche Dynastien)	南朝	
Sung	宋	420 - 479
Ch'i	齊	479 - 502
Liang	梁	502 - 557
Ch'en	陳	557 - 589
Pei-ch'ao (Nördliche Dynastien)	北朝	
Pei-Wei (Nördliche Wei)	北魏	386 - 534
Tung-Wei (Östliche Wei)	東魏	534 - 550
Hsi-Wei (Westliche Wei)	西魏	535 - 557
Pei-Chin (Nördliche Chin)	北齊	550 - 577
Pei-Chou (Nördliche Chou)	北周	557 - 581
Sui-Dynastie	隋	589 - 618
T'ang-Dynastie	唐	618 - 906

Wu-tai (Periode der Fünf Dynastien)	五代	907 - 960
Hou-Liang (Spätere Liang)	後梁	907 - 923
Hou-T'ang (Spätere T'ang)	後唐	923 - 936
Hou-Chin (Spätere Chin)	後晉	936 - 947
Hou-Han (Spätere Han)	後漢	947 - 950
Hou-Chou (Spätere Chou)	後周	951 - 960
Sung-Dynastie	宋	
Pei-Sung (Nördliche Sung)	北宋	960 - 1126
Nan-Sung (Südliche Sung)	南宋	1127 - 1279
Liao-Dynastie (Kitan)	遼	937 - 1125
Chin-Dynastie (Dschurdschen)	金	1115 - 1234
Yüan-Dynastie (Mongolen)	元	1280 - 1367
Ming-Dynastie	明	1368 - 1644
Ch'ing-Dynastie (Mandschu)	清	1644 - 1911
Min-kuo (Die Republik)	民國	1912 - 1949
Jen-min kung-ho-kuo (Die Volksrepublik)	人民共和國	Seit 1949

II. Chinesische Texte von Vertragsmustern

- (a). Aus dem Werk Hsin-pien shih-wen lei-yao ch'i-cha ch'ing-ch'ien 新
編事文類要啟劄青錢
- (b). Aus dem Werk Hsin-pien shih-wen lei-chü ch'i-cha ch'ing-ch'ien 新
編事文類聚啟劄青錢
- (c). Aus den Werken Wan-shu ts'ui-pao 萬書萃寶 und Wan-shu yüan-hai
萬書淵海
- (d). Aus den Werken Ch'ih-tu shuang-yü 尺牘雙魚 und Yen-yü chin-chien
雁魚錦箋

新編事類

彙編卷之十



新編事類彙編卷之十一



下

公私必用

典貢田地契式

典貢田地契式

I

△里△都姓△

古△有悖已承分曉田若干段總計堪畝受我姓產不
 古于貫文一段坐落△都土名△處
 係△人耕作每冬交米若干石今為不濟差役重難
 情願召到△人為牙將上項四至內田段立契交底出
 賣或云與△田△人字當三面言議斷得時立契中
 就鈔若干貫文奈是一色現銀即非扣勒難折債負其
 係悖已承△物業即非瞞昧長幼私下成交於諸將制
 並無違礙等事如有此色且△自用知當合備別業

還才步買
 給佃管業
 有之手未契
 下改寄併輸應由去發并約如前憑此為用謹契

年 月 日出業人姓 〇 号 契

知契人姓 〇 号

牙人姓 〇 号

時見人姓 〇 号

當何田地約式

〇里〇都姓 〇

右〇今得〇人保委就〇處

〇人先當何得田若干畝總計幾畝

土名〇處

了每備一色乾爭國米共 〇石送至〇人便倉所交

不敢冒稱水旱以執作希故行坐父如有此色且保人
 自用知當甘伏代還不詞謹約

年 月 日佃人姓 〇 号 約

保人姓 〇 号

與買契字樣式

〇里〇都姓 〇

右〇今得〇人保委就〇處

土名〇處

了每備一色乾爭國米共 〇石送至〇人便倉所交

〇人先當何得田若干畝總計幾畝

〇人便倉所交

〇人便倉所交

〇人便倉所交

〇人便倉所交

〇人便倉所交

前交官田價銀

依元管水馬已物向後子孫更无執占收贖之理所

有上手一代 必集証信印押共約如前憑此為用謹啟

年 日出業人姓 之 号 契

知契姓名及号

牙人姓 公 号

時見人姓 乙 号

田何休州記

么里么都娃么

右△今得△人保乘就△处

2、人必當何得及屋一所計幾間幾架門幾方扇並已

齊全坐落公都土名公處

坐每年訟斷費銀若干費又不乏拖欠自往坐役口償

係修不敢毀折及開鑿遺失信者乃人場實非真文生

事端連累鄰佑如有此色 某保人並官知當不涉本主

IV

之書現後無處立此為用靈藥

年 月 日 仙人姓 某 号 約

保人姓名 号

刊 山來稿

五、新土治法

此世第... 分實未山一片... 露人... 都士名其... 又

見其其人多有與劍相宜月度

生類名列其入爲牙將上項四至內除杉木茂密外雜

木火底判實為其用其入變當三而宜議新得此旨而具

中統錢若干冊其錢數已隨手交領足記數此別領

所判本山舊木的係榜已及分物業即非歸張長幼等

一、判責負祖家墳所生瘡瘡木火諸條制並恤寧疏如有

此色已赤白用紅墨不步判主之事從其月爲記仰本

入一任則妻父無所伐限在某月終不用所旬趙

本却不許^以帝^所伐^如或有^違其^建策^以

751

年 月 山主姓 某 号 批
牙人姓 某 号

占墓山

县立其宅宅

本宅有祖墓山一片坐支其部土名某处四至廣闊即
目林木茂盛近被一哥不懼公法之人帶領三五為群
自擅入山公然盜取係為狼藉風水不便除去人暗
緝捕外仍立賞鈔店下賈文許諸邑人查報仰堂而情
仰審地前來報賞鈔店支創無地帶其犯人口紅
所屬官司陳生昌懷施行的不虛可投

年 月 日

批

生鈔批式

某鄉某里姓某今投托得某人保委掛領立批就其重
某人位揭借得中統鈔若干錠用去監官用度每月兌

何納息三分約限幾月備本息一併歸還不敢拖欠如
有東西且保人甘伏代還不詞謹

年 月 日 姓 某 号 批

保人姓 某 号

生鈔批式

十鄉某里人今与某人互相保委南親立批就其重
人宅借得眾息銀幾石前去耕田食用約限到冬
十月已事滿一色淨數赴倉分納不主少欠如不納
且保人甘當壓納不詞謹

年 月 日 姓 某 号 批

保人姓 某 号

生鈔批式

某鄉某里姓 某

右某里人到司為妻相事奉宗正與子息以奉
與人保借送司某人為保人立某里人第幾兩為

其見年幾幾... 嗣續... 承... 承... 承...
 後且其如同... 承... 承... 承...
 手藝... 承... 承... 承...
 心別立內外親... 承... 承... 承...
 其到... 承... 承... 承...

年 月 日 姓 某 号 書

妻 氏 号

媒人姓 某 号

旁長姓 某 号

無子書式

某鄉某里姓 某
 右某昨娶阿氏... 承... 承... 承...
 此... 承... 承... 承...
 承... 承... 承... 承...
 承... 承... 承... 承...

X

助... 承... 承... 承...
 承... 承... 承... 承...
 承... 承... 承... 承...

年 月 日 父 姓 某 号 書

母 阿 氏 号

媒人姓 某 号

旁長姓 某 号

產及子書式

某鄉某里姓 某
 右某有親生女名幾... 承... 承... 承...
 承... 承... 承... 承...
 承... 承... 承... 承...
 承... 承... 承... 承...

金釵一對 永段一合

已上共折中... 承... 承... 承...
 承... 承... 承... 承...
 承... 承... 承... 承...

XI

人死安要其心情願於條無疑如有此色且媒人並
自知當面不步在之事或女子錢銀在宅向後恐有一
別不產並是天之命也且其更无他說公恐先憑立此
為用謹書

年 月 日 父 姓 某 号 書

母 阿 氏 号
媒人 姓 某 号

產小斷契式

公鄉某里姓某

右某有親生男子名某年幾歲今因時年荒歉不能耕
贍情願換得其人陳安將本男產與公里人姓某元
小斷三年當三面言議斷每年得工賃銀若干月日又其
利當已預先借該幾貫所有該銀係在年月某日結清
請領自男某計工之後須用小心伏事所收使令不
違慢仇對无礼及与外人通商贈送不宅財貨什物

XII

身則大等事如有此色且保人並自知當面不步還不
詞或男某在宅向後恐有一切不產並是天之命也且
其利先能說恐仁理難憑故立此為用謹契

年 月 日 父 姓 人 号 契

保人 姓 某 号

產小斷契式

其前某縣某里某子姓某

方某子公投得公鄉公里行老姓人保委當何得公
身年幾歲今至某處文印印銀三面言議工賃火
銀若干月日又其利當已預先借該幾貫所有該銀係在年月某日結清
請領自男某計工之後須用小心伏事所收使令不
違慢仇對无礼及与外人通商贈送不宅財貨什物
用謹契

XIII

XIV

年 月 日 船戶姓 某 號 契
行老姓 某 號

產船修式

人 州人縣人處船戶姓 某
右其父托得某鄉某里船牙姓某係承攬載得其父
某官行李纜接前到某父卸當由三面言議斷得工產
才脚鈔若工母封文當已借託錢貨為定餘鈔候載到彼
岸交卸了當於繳請須自裁裁後須用小心手看管不取
上漏下濕如有損壞升伏一一償還不詞謹契

年 月 日 船戶姓 某 號 契
船牙姓 某 號

買馬契式

某鄉某里姓 人

右此有某色杜馬一匹鞍轡齊全現年幾歲今因清之
不得某父為牙骨上項馬匹出賣為某父生當三面圖意

XV

據斷得時價中統鈔若干員文其銀當已隨契交領其
某父為牙骨上項馬匹出賣為某父生當三面圖意
人成承登公曉即非空賣實價豐及單中物色知前此
日某村口知當不涉買主之事今恐仁理難憑欲立此
為用謹契

年 月 日 姓 某 號 契
牙人姓 某 號

買牛契式

某鄉某里姓 人

右某有某角某色牛一頭現年幾歲今因某父到
某父為牙骨上項牛特出賣為某父生當三面圖意所領
鈔若干員文當已隨契交領足充市元別無後言其牛
係是欄下所養牛一頭即非空賣實價豐及頭口布衣有此已
某自用知當不涉買主之事今恐向後元惡欲立此為
用謹契

XVI

年 月 日 姓 某 号 契
牙人姓 号

漢文類纂卷二十一

德山毛氏家藏 新編事文類要附刻青錢

卷二十一 長安觀也

卷二十一 長安觀也



○ 典買田地契式

某甲某都住人姓某有楊已承分晚田若干段總計幾畝要幾步一段坐落某都土
 客某外東至某西至某南至某北至某已上具出即日四至分明係佃人姓某耕作
 年收白米若干石今來要得錢兩月度欲將前田及數召賣為此除已具狀經所
 陳告蒙下里助當立帳會問親臨有服旁親隣佑某人等俱各不慮成交回申給據
 付某召賣情愿託得某人評議將前田四至內田段寸一不留底出賣則云與
 与某里某人選為業當三面言議折得時直價銀若干貫文其銀隨日交領
 十分足訖更另別領所賣其田的係某物業与內外親房人等各無交加即非
 補昧並年及无重複交易准折等事如有此色且某自用知當不涉今買主之事從
 立契後仰買主一任前去給佃營業典云云約一更係契面破取贖至期無取贖
 仰典主依元管佃且某不敢執占所有產錢若干文係某身役仰就某戶下割出供
 輸應當差發今將給到文憑并上手朱契隨契繳進今恐無憑故立契字還買主為
 照謹契

年 月 日

立契人姓某 押
 立契人姓某 押
 評議人姓某 押

○ 佃田文字式

某里某都住人姓某今托得某人作保就某里某人宅承佃得晚田若干段坐
 落某外東至某西至某南至某北至某已上具出即日四至分明係佃人姓某耕作
 年收白米若干石今來要得錢兩月度欲將前田及數召賣為此除已具狀經所
 陳告蒙下里助當立帳會問親臨有服旁親隣佑某人等俱各不慮成交回申給據
 付某召賣情愿託得某人評議將前田四至內田段寸一不留底出賣則云與
 与某里某人選為業當三面言議折得時直價銀若干貫文其銀隨日交領
 十分足訖更另別領所賣其田的係某物業与內外親房人等各無交加即非
 補昧並年及无重複交易准折等事如有此色且某自用知當不涉今買主之事從
 立契後仰買主一任前去給佃營業典云云約一更係契面破取贖至期無取贖
 仰典主依元管佃且某不敢執占所有產錢若干文係某身役仰就某戶下割出供
 輸應當差發今將給到文憑并上手朱契隨契繳進今恐無憑故立契字還買主為
 照謹契

年 月

立契人姓某 押
 立契人姓某 押
 評議人姓某 押

典買房屋契式

某里某都住人姓某有梯已承分一屋一所總計總開坐落
 至某西至某南至某北至某已上具出即日四至分明係某入住坐
 用度情愿託得某入為評議將上項四至房屋寸土寸木不計其價
 與某里某入遊為業當面言議斷得時直價銀若干貫其銀兩立契日交
 分足該更牙別領所賣某屋的係某梯已物業與內外親屬人等無涉
 復等事如有此色且某自用知當不涉買主之事從立契後倘買主一
 典云約限三冬備元契面外取贖如無取贖依元契其更不敢抗占所有
 手朱契一併繳還今恐無憑故立契字與買主為照首評契

年 月 日

立契人姓 某押
 知契人姓 某押
 評議人姓 某押

賃屋文字式

某里某都住人姓某今托得某入作保就某里某入牢租賃得房屋一所坐落某處
 計幾間幾架門窗六扇五蓋齊全前去住坐自入日後只得添修不敢毀折議定每
 年賃銀若干貫不致少欠如有此色且保人甘當代還牙詞今立賃契為用者

年 月 日

賃屋人姓 某押
 保人姓 某押



撰買山木榜式

某里某都住人姓某有梯已承分竹木山片坐落某都土名其處東至某西至某南
 至某北至某已上具出即日四至分明今來要得錢兩用度情愿託得某入為評議

將上項四至內就留杉木幾根外其餘杉木不底換賣與某都某人等三而青海
 得時古價銅錢若干貫又其錢當立文字日交領足訖更牙別領所換賣其杉木
 的係某梯已物業與內外親屬各无交涉亦非瞞昧長幼私下換賣和宗所賦
 林木如有此色且某自用知當不涉換賣主之事付立文字後仰本人一任前去
 伐山其不敢抗占所有就留杉木却不計現時影帶倘有不忍無憑立此為用者

年 月 日

山主 姓 某押
 評議人 姓 某押

榜

○上登山榜式

某里某都某人宅有祖墳山一片坐落某都上各某處四至廣闊林木茂盛近收一
 等不憚公法之人三五為群自擅入山公然砍斫所有樹木水不便除使人暗行
 外乃立有錢其貫文許諸色人擊捉如帶面捕前來通報賞錢即支的既
 粘帶其犯人自經所屬官司陳告懲治施行的不慮示故榜

年 月 日

某人宅 押 榜

○借錢批式

某里某都住人姓某今托得某人作保就某都某人宅揭借得銅錢若干貫文歸家
 應急用度每月依例供還約在某月內備本息一併歸還不敢少欠如有東西且保
 人甘伏代還無訛今恐既憑位所為限者

年 月 日

借錢人 姓 某押
 保人 姓 某押

○借穀批式

某里某都住人姓某今為開倉上

然石前去耕田食用約在冬
且同借人甘尚代還元詞今恐

年 月

小字

同借人姓

人口

過房子書式

某里住人姓某娶某氏為妻已經年久並无息誠恐老來絕嗣為此遂與妻某氏
商議托得某人為媒過房得某如某人第幾男名某見年歲為嗣承續祖宗香火
倘到時勞恩養財礼若干所有螟蛉之後兩无返悔其過房男須管小心侍奉聽從
訓導毋得停逆擅自拋離今立礼書為用者

年 月 日

姓 某押
媒人姓 某押

過房子回書式

某如某人娶某氏為妻生下男子幾人有第幾男名某見年幾歲卜筮命与父母相
克難以完聚今恐某人為媒過房与某如某人為男嗣侍奉本人年老承繼祖宗香
火倘到時勞恩養財礼若干自過房之後任從改姓換名訓導慈養侍奉養老不得抵
拒停逆及不敢擅自拋離回家兩下更无返悔如有此色甘罰錢若干入官公用无
詞今立過房文字為照者

年 月 日

父親姓 某押
母親姓 某押
過房子姓 某押
媒人姓 某押

書

○典雇女子書式

某處某人自親生女官某姐見年幾歲不曾受人定聘今為日食生受托某人為
情愿將某姐與某人宅為妾得財禮若干所雇其女的係親生即非誘拐他人女
子於九時如有此色日某自用如當不涉雇主之事如或女子在宅恐有一切不
清皆天之命也日某更无它論今恐无憑故立典雇文字為用者

年 月 日

父親姓

某押

文官

○典雇男子書式

某處某人有親生男名某見 幾歲今因荒歉不能耕贍托得某人為保情愿將男
某與雇主其某宅為小厮當三面得與雇主若干交領足訖自工在後須
小心伏事不得有怠慢亦不敢擅自拋棄其財物在內如有此色日某
當根尋前來依數陪還无訖男某在宅向後倘有不意皆天祐也且某即无
立文字為用者

年 月 日

保人姓

某押

文官

○雇脚夫契式

某處脚夫某甲頭姓某今得與某行主人保委承辦
交卸議定每踏工雇人食夕錢價若干先借 餘分在路
頭口給等請足自上路後須用 物 除 大浴如有 名色
其 錢另雇人夫挑到此頭 地頭
立契為用者

年 月 日

保人姓

某押

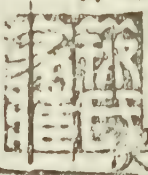
文官

○有船如某
 某戶姓其今得某入保去船戶與口
 計其船載至某河下交卸請其勿將水脚分都戶先借工期分若十
 倘候載到地頭結算請足所載貨物須管小心搭蓋不致上漏下漏
 船戶自當如有疎虞自船主甘當照依地頭賣價及數還
 契為用者
 年 月 日
 保人 某押

○買馬契
 某處某人有馬已年一匹見年幾歲今來要得外兩用度托得某人為牙將
 上項馬匹賣與某人其時直價銅錢若干其心隨此契人與馬好方買主自見
 如有來處不
 年 月 日
 牙人姓 某押

○買牛契
 某處某人有牛一頭見年幾歲今來要得外兩用度托得某人為牙將
 前項牛賣與某人其時直價銅錢若干其錢當立契日交足所賣其牛的係
 某家關所養牛隻即非水歷不明如有此色且其自用知當不涉今買主之事今立
 牛契為用者
 年 月 日
 牙人姓 某押

新編事文類聚啓劄青錢卷之十



典契式

某（某、萬書淵海作）里某境某人、有已分官民田一段、該若

干畝、坐落么處、載米若干、四至明開在後、為因无銀用

度、托中引就么宅、三面商議、實典價銀若干兩正、其銀

即日交足、其田任從銀主掌管、召（召、同）佃收租、言約

銀無利息、因无租稅、至某年為卒、備銀照契贖回、如是無

銀、任听（聽）銀主收租、倘未及其（期）取贖、約罰銀若干、此

係兩願、各无反悔、其粮米、約應期理納銀若干、不得留

難、今恐無（無、同）憑、立典契為照

出處、明萬曆丙申刊本萬書草實卷十二文契體式、

間接錄自、明刊本萬書淵海卷九文契體式、

土地法、取引法、東京、一九六〇、頁五九四五

典房契

么里某（某，萬書淵海作
么，以下同之）境某人，為因無銀用度，願（願，上作愿）將
 祖遺房若干間，四至另開于後，托中引就某宅，典出細絲
 銀若干兩，其銀即日交足，其房听（聽）從銀主擇日搬住，言
 約房無租稅，銀无利息，至某年為期，備銀照契取贖，至
 期無銀，本房任舊居住，如未及期取贖，約罰價銀若干，
 其房的係應分之業，並不曾重疊外人交加不明等事，如有
 此色，出自么人支當，不涉銀主之事，今欲有憑，立契為
 照。

出處：萬書萃寶，前揭；
 萬書淵海，前揭。
 問接錄自：仁井田 墜著，前揭，
 頁五九五

計
幾

幾下
百幾十之二字

音

程

組上
上
該
中

卷下

計堡告

-F
ME
25

明開

在後

或有處止

開脚踏
明日

先百親房後問田鄰

無人承當

特選戶族中

出當

富同
與

某名下承當爲業。寔典紋銀若干。即日交完無缺。其田聽從當

主營業
每年議納糧銀若干
或有處止云每年燬除契
內銀若干作算各項糧差
銀無起利
田不起租

不^拘（^拘同）^{（拘俱）}年限
銀到田還
住立未水扣和
遠無再贖
約罰銀若

干此係商願各無返悔今恐無憑立此清單
本日定當銀若干一應完足

出處：尺牘雙魚、喜回、契、印、類、間接錄、雁、魚、錦箋、卷七、契、印、類、一、五、九、五、六

當屋契

立當房屋文契人某。今因家下無銀使用，情愿將自己續置房屋幾間，東至某西至某南至某北至某，已上四至明白。憑中典與某名下，寔得紋銀若干。其房聽從當主擇日搬住，議定銀無利息。房無租稅，至某年為期。借（借雁魚錦箋作備）銀照契取贖，至期無銀。當主仍舊居住，如未及期取贖，約罰銀若干。此房並無重疊不明等事。如有不明，出典人承當，不干當主之事。今欲有憑，立契為照。

出處：尺牘雙魚，前揭。
 雁魚錦箋，前揭。
 間接錄自：仁井田，坐著，前揭，頁五九六。

III. Schrifttumsverzeichnis

1. Nachschlagewerke

- Cheng Ching-i 鄭競毅編著, Fa-lü ta-ts'u-shu 法律大辭書, 3 Bde. Shanghai, 1936.
- Sa Men-wu u.a. 薩孟武等編, Fa-lü ts'u-tien 法律辭典, Taipei, 1963.
- Wang Yü-wu (Hrsg.) 王雲五主編, Yün-wu she-hue k'o-hsieh ta-ts'u-tien 雲五社會科學大辭典. Taipei, 1944.
- Higashigawa Tokuji 東川德治編撰 Den-kai 典海. Tokyo, 1930.
- Shimonaka Kunihiko (Hrsg.) 下中邦彦編, Ajia rekishi jiten アジア歴史事典, 11 Bde. Verlag Heibonsa 平凡社, Tokyo, 1959.
- Lim Pun-Tiam (Lin Pen-Pien) 林本添, Bibliographie zur Rechtsgeschichte Chinas.
- Tung Shih-hen 董世亨編, Chung-kuo li-tai shang-yü hsing-shih t'u 中國歷代疆域形勢圖, Hong Kong, 1966.
- Hermann, A. Historical and Commercial Atlas of China. Cambridge, Mass., 1955.

2. Materialien

- Chu Hsi (Komm.) 朱熹撰, Shih-ching chi-chuan 詩經集傳, in: Yang Chia-lo (Hrsg.) 楊家駱主編, Tseng-ting chung-kuo hsüeh-shu ming-chu (TTCKHSMC) 增訂中國學術名著, Band 13, Taipei, 1962.
- Cheng Hsüan (Komm.) 鄭玄注, Chou-li chu-shu 周禮注疏, TTCKHSMC Band 655.
- Li-chi 禮記, in: Ssu-ou pei-yao (SPPY). 四部備要
- Chu Hsi (Komm.) 朱熹注, Lun-yü chi-chu 論語集註, TTCKHSMC Band 11.
- Meng-tzu chi-chu 孟子集註, TTCKHSMC Band 11.
- Ssu-ma Ch'ien 司馬遷撰, Shih-chi 史記, in: Po-na-pen erh-shih-sssu shih (PNP) 百衲本二十四史, Taipei, 1967.
- Pan Ku 班固撰, Han-shu 漢書, PNP.
- Fan Yeh 范曄撰, Hou-Han-shu 後漢書, PNP.
- Liu An 劉安撰, Huai-nan-tzu 淮南子, TTCKHSMC Band 70.
- Lieh Yü-k'ou 列禦寇撰, Lieh-tzu 列子, TTCKHSMC Band 11.
- Huang-fu Mi 皇甫謐撰, Ti-wang shih-chi 帝王世紀, in: Pai-ou ts'ung-shu chi-ch'eng (PPTSJC) 百部叢書集成, No. 54, Chih-hai 指海, Band 23.
- Kan Pao 干寶撰, Sou-shen chi 搜神記, in: PPTSJC, No. 46, Hsüeh-chin t'ao-yüan 學津討原, Band 83.
- Shen Yüeh 沈約撰, Sung-shu 宋書, PNP.
- Fang Hsüan-ling 房玄齡撰, Chin-shu 晉書, PNP.
- Hsiao Tzu-hsien 蕭子顯撰, Nan-Ch'i-shu 南齊書, PNP.
- Li Yen-shou 李延壽撰, Nan-shih 南史, PNP.
- Wei Cheng 魏徵撰, Sui-shu 隋書, PNP.
- T'ang liu-ch'eng chu 唐六臣註, Wen-hsüan 文選, TTCKHSMC Bde. 471-372.
- Liu Hsi 劉昫撰, Chiu T'ang-shu 舊唐書, PNP.
- T'ang Hsüan-tsung 唐玄宗撰, Ta-T'ang liu-tien 大唐六典. Reprint von Wen-hai ch'u-pan-she 文海出版社, Taipei, 1962.
- Fu Yu 杜佑撰, T'ung-tien 通典, in: Ssu-k'u shan-pen ts'ung-shu 四庫書本叢書.
- Wang P'u 王彥撰, T'ang-hui-yao 唐會要, TTCKHSMC Bde. 217-219.
- Ch'ang-an Wu-chi 長孫無忌撰, T'ang-li shu-i 唐律疏議, 4 Bde., in: Wan-yu wen-k'u chi-yao 萬有文庫薈要, Taipei, 1965.
- Han Yu 韓愈撰, Han Yu ch'uan-i 韓愈全集, 3 Bde. Hrsg.

- v. Hsin-hsing shu-chū 新興書局, Taipei, 1963.
- Chao Lin 趙璘撰, Yin-hua-lu 因話錄, TTCKHSMC, Band 155.
- Po Chū-i 白居易撰 Po-shih ch'ang-ch'ing-chi 白氏長慶集, in: Ssu-pu ts'ung-k'an 四部叢刊.
- Ku Yeh-wang 顧野王撰, Yü-pien 玉篇, SPPY, No. 48.
- Toqto (T'o-k'o-t'o) u.a. 托克托等撰, Sung-shih 宋史, PNP.
- Sung Hsing-t'ung 宋刑統. Reprint der Ausgabe von 1918 von Wen-hai ch'u-pan-she 文海出版社, Taipei, 1964.
- Lu Yu 陸游撰, Lao-hsüeh-an pi-chi 老學庵筆記, in: Ts'ung-shu chi-ch'eng ch'u-pien (TSCCJP) 叢書集成初編, No. 2766.
- Ssu-ma Kuang 司馬光撰, Su-shui chi-wen 涑水記聞, TTCKHSMC, Band 158.
- Su Shih (Verf.) 蘇軾撰 u. Lang Yeh (Komm.) 郎暉註, Ching-chin tung-p'o wen-chi shih-lüeh 經進東坡文集事略, TTCKHSMC, Bde. 244-245.
- Sung Min-ch'iu 宋敏求撰, Ch'ang-an chih 長安志, in: Shou-fu 說郛.
- Wei Shu 韋述撰, Liang-ching hsin-chi 兩京新記, in: Yüeh-ya-t'ang ts'ung-shu 粵雅堂叢書.
- Li T'ao 李燾撰, Hsü tzu-chih t'ung-chien ch'ang-pien 續資治通鑑長編, TTCKHSMC, Bde. 311-325.
- Wang Ch'in-jo u.a. 王欽若等撰, Ts'e-fa yüan-kuei 冊府元龜, 12 Bde. Chung-hua shu-chū 中華書局, Peking, 1960.
- Li Fang u.a. 李昉等撰, Wen-yüan ying-hua 文苑英華, 13 Bde. Hui-wen shu-chū 華文書局, Taipei, 1967.
- Hsü Sung 徐松輯, Sung hui-yao 宋會要, 8 Bde. Chung-hua shu-chū 中華書局, Peking, 1957.
- Hsieh Shen-fu u.a. 謝深甫等撰, Ch'ing-yüan t'iao-fa shih-lei 慶元條法事類, Reprint vom Verlag Tai-an 大安, hrsg. v. Kōten kenkyūkai 古典研究會, Tokyo, 1963.
- Wang P'u 王溥撰, Wu-tai hui-yao 五代會要, TTCKHSMC, Band 200.
- Ma Tuan-lin 馬端臨撰, Wen-hsien t'ung-k'ao 文獻通考, 8 Bde. Hsin-hsing shu-chū 新興書局, Taipei, 1959.
- Ta Yüan sheng-cheng kuo-ch'ao tien-chang (Yüan-tien-chang) 大元聖政國朝典章 (元典章), 2 Bde. Reprint v. Wen-hai ch'u-pan-she 文海出版社, Taipei, 1964.
- T'ung-chih t'iao-ko 通制條格. Min-kuo shih-chiu nien kuo-li pei-p'ing t'u-shu-kuan yung nei-ko ta-k'u ming-ch'u mo-ko hsieh-pen ching-yin 民國十九年國立北平圖書館用內閣大庫明初墨格寫本影印.

Sung Lien 宋廉撰, Yüan-shih 元史, PNP.

Hsin-pien shih-wen lei-pao ch'i-cha ch'ing-ch'ien 新編事文類要啟
剞青錢, Reprint v. Verlag Tai-an 大安, hrsg.v. Koten kenkyū-
kai 古典研究會, Tokyo, 1962.

Hsin-pien shih-wen lei-ch'ü ch'i-cha ch'ing-ch'ien 新編事文類聚啟
剞青錢, in: Peking rare books (Microfilm), No. 1536-1537.

Li-hsüeh chih-nan 吏學指南, in: Peking rare books, a.a.o., No. 136.

T'ao Tsung-i 陶宗儀撰, Tsou-keng lu 輟耕錄, TSCCCP, No. 218 - 220.

Tsang Mou-hsün (Komp.) 臧懋循編, Yüan-ch'ü hsüan 元曲選, 4 Bde.
Chung-hua shu-ch'ü 中華書局, Peking, 1958.

Chang T'ing-yü u.a. 張廷玉等撰, Ming-shih 明史, PNP.

Shen Chia-pen u.a. 沈家本等編纂, Ming-lü chi-chieh fu-li 明律集
解附例, 5 Bde. Reprint der Ausgabe von 1898 von Ch'eng-wen ch'u-
pan-she 成文出版社, Taipei.

Li Tung-yang u.a. 李東陽等奉敕撰, Ta Ming hui-tien 大明會典,
5 Bde. Hua-wen shu-ch'ü 華文書局, Taipei, 1964².

Pao-weng lao-jen 抱壘老人撰, Chin-ku ch'i-kuan 今古奇觀,
TTCKHSMC, Band 181.

Feng Meng-lung 馮夢龍撰, Ching-shih t'ung-yen 警世通言. Chung-
hua shu-ch'ü 中華書局, Hong Kong, 1958.

Ku Hsüeh-ch'ing 顧學頊校注, Hsing-shih heng-yen 醒世恆言,
2 Bde. Tso-chia ch'u-pan-she 作家出版社, Peking, 1956.

Kao Ming 高明撰, P'i-p'a chi 琵琶記, Hsin-lu shu-ch'ü 新陸書局,
Taipei, 1965.

Ling Mung-ch'u 凌濛初編, P'ai-an ching-ch'i 拍案驚奇, TTCKHSMC,
Bde. 177-178.

Wu Ching-tzu 吳敬梓撰, Ju-lin wai-shih 儒林外史, TTCKHSMC, Band
183.

Yao Yü-hsiang 姚雨蓀原纂 u. Hu Yang-shan 胡仰山增輯, Ta-
Ch'ing lü-li hui-t'ung hsün-ch'uan 大清律例會通新纂, 5
Bde. Reprint v. Wen-hai ch'u-pan-she 文海出版社, Taipei, 1964.

Ch'in-ting Kuang hui-tien shih-li 欽定光緒會典事例.

Pao Shu-i 鮑書芸參定 u. Chu Ch'ing-ch'i 祝慶祺編次, Hsing-an
hui-lan 刑案匯覽. P'u-shu chi-ch'eng ch'ü 圖書集成局,
Shanghai, 1886. Reprint v. Ch'eng-wen shu-ch'ü 成文書局, Taipei,
1958.

Rinji Taiwan kyūkan chōsakai 臨時台灣舊慣調查會, Shinkoku seiji-
seiho 清國行政法, rin 1 Taiwan kyūkan chōsakai daiichibu hō-
sōshi 臨時台灣舊慣調查會第一部報告, Tokyo & Kobe,

1910 - 1914. Reprint Tai-an 大安, Tokyo, 1966.

Tai-an shihō 台灣私法 - Rinsen Taiwan kyūkan chōsakai daiichibu
chōsa, daisankai hōkokusho 臨時台灣舊慣調査會第一部調
査第三回報告書, Tokyo & Kobe, 1910 - 1911.

Stein, Sir Aurel. Ancient Khotan, Oxford, 1907.

Folgende Werke sind indirekt zitiert von Niida Noboru.

Ta-Ming-lü chi-shuo fu-li 大明律集說附例.

Ta-Ming-lü lin-min pao-ching 大明律例臨民寶鏡.

Ming-lü ch'en-shih 明律箋釋.

Wan-shu ts'ui-pao 萬書萃寶.

Wan-shu yüan-hai 萬書淵海.

Ch'ih-tu shuang-yü 尺牘雙魚.

Yen-yü chin-chien 雁魚錦箋.

Ch'en Yüan-ching 陳元靚撰, Shih-lin kuang-chi 事林廣記.

Shih P'u-chi 釋晉濟撰, Wu-teng hui-yüan 五燈會元.

3. Monographien und Aufsätze

An dieser Stelle angeführt sind nur diejenigen Titel, die in meiner Bibliographie zur Rechtsgeschichte Chinas nicht enthalten sind.

- Bai-in-shi 梅陰子 (Pseudonym von Inō Kanori 伊能嘉矩) 著, Taiwan kyūkan ohōsa jigyō enkaku shiryō (1) 台灣旧慣調查事業沿革資料, in: Taiwan kanshū kiji 台灣慣習記事, Vol. 4, No. 1, SS. 53 - 54.
- Balaze, E., Le droit chinois, in: Aspects de la Chine, Bd. 1, Paris 1959.
- Biot, Edourd, Le Tschéou-Li, Paris 1851.
- Bünger, Karl, Die Rezeption des europäischen Rechts in China, in: Beiträge zur Rechtsforschung (Hrsg. v. Ernst Wolf. Sonderveröffentlichung der Zeitschrift für Ausländisches und Internationales Privatrecht), Berlin, 1950. (Vgl. a. Lim Pun-Tiam, a.a.O., No. 1001.)
- Burns, Ian R., Private Law in traditional China -- Southern-Sung, Oxford University (in Vorbereitung).
- Chavannes, Edouard, Les Documents Chinois de la troisième Expédition de Sir Aurel Stein en Asie Centrale, London 1953.
- Ch'en Wen-shih 陳文石 著, Ch'ing-ch'u te nu-p'u mai-mai 清初的奴僕買賣, in: Shih-huo yüeh-k'an 食貨月刊, Vol. 1, No. 1, April 1971, SS. 29 - 38.
- Ch'en Yüan 陳垣 著, Chung-kuo fu-chiao shih-chi k'ai-lun 中國佛教史籍概論, Peking 1955.
- Chūgoku nōson kankō ohōsa kankōkai (Hrsg.) 中國農村慣行調查刊行會, Chūgoku nōson kankō chōsa 中國農村慣行調查, 6 Bände, Tokyo, 1953 - 1959.
- Conrady, August, Die chinesischen Handschriften und sonstigen Kleinfunde Sven Hedins in Lou-lan, Stockholm 1920.
- Debon, Günther und Werner Speiser, Chinesische Geisteswelt, Baden-Baden 1957.
- Dubs, Homer H., The History of the Former Han Dynasty by Pan Ku, Baltimore 1955.
- The Cictory of Han Confucianism, in: JAOS, LVIII (1936).
- Faber, Ernst, Der Naturalismus bei den alten Chinesen, Elberfeld 1877.
- Feng Yu-lan 馮友蘭, A History of Chinese Philosophy, Peking 1937.
- Forke, A., Gedankenwelt des chinesischen Kulturkreises, Berlin 1927.

- Franke, Herbert und Rolf Trauzettel, Das Chinesische Kaiserreich, Fischer Weltgeschichte Band 19, Frankfurt/M. 1968.
- Franke, Otto, Das Tse Tschü T'ung Kien (Tzu-chih t'ung-chien 資治通鑑) und das T'ung Kien Kang Mu (T'ung-chien kang-mu 通鑑綱目), ihr Wesen, ihr Verhältnis, zueinander und ihr Quellenwert, in: Sitzungsberichte der preußischen Akademie der Wissenschaft, Berlin 1930. Geschichte des chinesischen Reiches, 5 Bände, Berlin 1930 - 1948.
- Fukushima Masao 福島正夫著, Okamatsu Santarō hakase no Taiwan kyūkan chōsa to kahoku nōson kankō chōsa ni okeru Suehiro Itsutarō hakase 岡松参太郎博士の台湾旧慣調査と華北農村慣行調査にかける末弘嚴太郎博士, in: Tōyō bunka 東洋文化 No. 25, 20. März, 1958.
- Granet, M., La pensée chinoise. Paris 1950. (deutsch: Das chinesische Denken. München 1963.)
- Haenisch, E., Das Ethos der chinesischen Geschichtsschreibung, in: SAECULUM Band 1, 1950. SS. 111 - 123.
- Hall, John Whitney, Das Japanische Kaiserreich, Fischer Weltgeschichte Band 20. Frankfurt/M. 1968.
- Hegel, G. W. F., Geschichte der Philosophie (Hrsg. Alfred Baunler). München 1923.
- Henderson, dan Venno, Chinese Influences in 18th Century Tokugawa Codes. (mimeo.) Aug., 1969.
- Higashigawa Tokuji 東川徳治著, Shina hōseishi ron 支那法制史論. Tokyo 1915.
- Hsia, Tao-tai, Chinese Legal Publication: An Appraisal. Osteuropa-Recht, 15. Jg., Hf. 3, Sept. 1969. SS. 234 - 281.
- Hsieh Cheng-min 謝振民著, Chung-hua min-kuo li-fa-shih 中華民國立法史, Shanghai 1937.
- Hsü Ch'ien 徐謙著, Min-fa tsung-lun 民法總論. Shanghai 1949.
- Imabori Seiji 今堀誠二著, Tōyō keizaishi josetsu 東洋經濟史序説. Tokyo 1963.
Beitrag in: MS 1961.
Beitrag in: MS 1964.
- Jäger, Fritz, Beitrag in: ZDMG, 100. 1950.
- Jin-min jih-pao (Ren-Min Ri-Bao 人民日報), Peking, 1. 9. 1951, und 6. 12. 1951.
- Katō Shigeshi 加藤 繁著, Ko Asai Torao kun no ryōseki 故浅井虎次君の業績, in: Shigaku zasshi 史學雜誌, Vol. 40, No. 5, Mai 1929.

- Shina keizaiishi kōsei 支那經濟史考証 . Tokyo 1952 & 1965².
- Katayama Hidetaro 片山秀太郎著 , Okumatsu hakase to Taiwan no rippo 岡松博士と台湾の立法 , in: Taiwan jihō 台灣時報 Februar, 1922.
- Kojima Toshio 古島敏雄著 , Chūgoku nōson kankō chōsa daiikken o yonde 中國農村慣行調査第一巻を讀んで , in: Rekishi-gaku kenkyū 歴史學研究 , No. 166.
- Ku Chieh-kang 顧頡剛著 , Tang-tai chung-kuo shih-hsüeh 當代中國史學 . Nanking 1947; Hong Kong 1964.
- Kyōto daigaku jinbun kagaku kenkyūjo kanseki bunrui mokuroku 京都大學人文科學研究所漢籍分類目錄 . Kyoto 1963.
- Iadyny, L. S. L., Beitrag in: MS Vol XXII, 1947.
- Lai Yung-hsiang 賴永祥編 , "Taiwan kanshū kiji" (in Chinesisch: Tai-wan kuan-shu chi-shih) lei-mu 台灣慣習記事類目 , in: Tai-wan feng-wu 台灣風物 , Taipei, Vol. 12, Nos. 3, 4, und 5, Juni, Sept., und Okt., 1962.
- Legge, J., The Chinese Classics. Hong Kong & London 1861 - 1872. Reprint Hong Kong 1960.
- Li Chien-nung 李劍農著 , hsien-ch'in liang-han chung-chi-shih zao 先秦兩漢經濟史稿 , Peking 1962.
- Lin Fu-shun 林福順 , Chinese Law, Past and Present. New York 1966.
- Lü Sau-mien 呂思勉 , Hsien-ch'in shih 先秦史 . Hong Kong 1962.
- Matsumoto Yoshiumi 松本喜海著 , Kinki Taiwan kyūkan chōsakai 臨時台灣旧慣調査會 , in: Ajia rekishi jiten, a.a.O.
- Mei Chung-hsieh 梅仲協著 Lin-fa yao-i 民法要義 . Taipei 1954.
- Moriya Mitsuo 守屋美都雄著 , Kinnen ni okeru Kan-Tō hōseishi kenkyū no ayumi 近年における漢唐法制史研究の歩み in: Hōseishi kenkyū 法制史研究 , No. 11 (1960), SS. 202 - 227.
- Nakatani Hideo 中谷英雄編 , Tai Tō riantei shokukan sakuin 大唐六典職官索引 , in: Chūgen 中原, (1), 1957.
- Tō kōrō mokuji sakuin 唐會要目次索引 , in: Chūgen, a.a.O.
- Okuyama Hachiro 中山八郎著 , Shinkoku jōseihō 清國行政法 , in: Ajia rekishi jiten, a.a.O.
- Yoda Kōheirō 仁井田塾著 , Taiwan no hō 台灣私法 , in: Ajia rekishi jiten, a.a.O.
- Ota Yōzō 織田 万著 , Shinkoku jōseihō chōan ni tsuite no kushin 清國行政法調査に關するの苦心 , in: Hō to hito 法と人, 20. April, 1943.

- Oda Yorozu 織田 万 u. Katō Shigeshi 加藤 繁著, Shinkoku
gyōseihō hengutsu ni kansuru kōwa 清國行政法編述に関する
講話 . 3. Juni, 1940 (Mimeo.)
- Olbricht, P., Die Biographie in China, in: SAECULUM, Band 8, 1957. SS.
224 - 235.
- Rinji Taiwan kyūkan chōsakai 臨時台灣旧慣調査會編, Banzoku
kanshū chōsa hōkokusho 蕃族慣習調査報告書, 8 Hefte. 1915.
Banzoku chōsa hōkokusho 蕃族調査報告書, 8 Hefte. 1916.
Rinji Taiwan kyūkan chōsakai dainibu chōsa: keizai shiryō hōkoku
臨時台灣旧慣調査會第二部調査: 經濟資料報告,
2 Bände. März u. Mai, 1905.
Taiwan tōgyō kyūkan ippan 台灣糖業旧慣一斑. November,
1910.
- Sa Feng-wu 薩孟武著, Chung-kuo she-hui cheng-chih shih 中國社會
政治史. Taipei, 1966.
- Sakano Masataka 坂野正高著, Nihonjin no chūgokukan -- Oda Yorozu
hakase no "Shingoku gyōseihō" o megutte 日本人の中國觀—織
田万博士の「清國行政法」をめぐって, in: Shisō 思想,
No. 452 (Feb. 1962) und No. 456 (Juni 1962).
- Schnitzer, Adolf F., Vergleichende Rechtslehre. Basel 1961.
(South Manchurian Railway Company), Kanshū kyūkan chōsa hōkoku 滿洲旧
慣調査報告, 9 Bände. 1913 - 1915.
- Tai Kuo-hui 戴國輝著, Nihonjin ni yoru Taiwan kenkyū -- Taiwan kyūkan
chōsa ni tsuite 日本人による台湾研究—台湾旧慣調査
について, in: Kikan tōa 季刊東亞, Sept. 1968. SS. 67 - 80.
- Taiwan kanshū kenkyūkai (Hrsg.) 台灣慣習研究會編, Taiwan kanshū
kiji 台灣慣習記事. Jan. 1901 -- Aug. 1907.
- Takigawa Masajirō 瀧川政次郎, Kobayashi Hiroshi 小林 宏,
Rikō Mitsuo 利光三津夫共著, Ritsurō kenkyūshi 律令研究
史, in: Hōseishi kenkyū, No. 15, 1965. SS. 144 - 195.
- Thery, Francois, Les coutumes Chinoises relatives au mariage, in: Bulletin
de l'université de L'Aurore, No. 36.
- Tōa kenkyūjo (Hrsg.) 東亞研究所, Shina nōson kankō chōsa hōkoku 支
那農村慣行調査報告, Tokyo 1943.
- Tun-huang i-shu tsung-mu so-yin 敦煌遺書總目索引, Peking 1963.
- Valk, Marius Hendrikus van der, Le statut des étrangers en Chine, in:
L'étranger, recueils de la société Jean Bodin, IX, première partie,
Bruxelles 1958. (Vgl. a. Lim Pun-Tiam, a.a.O., No. 1486).
- Voltaire, Francois Marie, Dictionnaire philosophique. Paris 1764.

- Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft (Studienausgabe, hrsg. v. Johannes Winkelmann). Köln - Berlin 1964.
- Wieacker, F., Privatrechtsgeschichte der Neuzeit. Göttingen 1952.
- Wilhelm, Hellmut, Gesellschaft und Staat in China. Peiping 1944; und Rowohlt's Deutscher Enzyklopädie No. 102, Hamburg 1960.
- Wilhelm, Richard, Liä Dsi (Lieh-tzu 列子), Das Wahre Buch vom Quellen-
den Urgrund. Düsseldorf - Köln 1968.
- Wittfogel, Karl A., Chinese Society. A Historical Survey, in: JOAS, XVI,
No. 3, Mai 1957.
Die Chinesische Gesellschaft, eine historische Übersicht. in:
Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das
Parlament", B XIX 1958. SS. 230 - 239.
- Young, John. The Research Activities of the South Manchurian Railway
Company, 1907 - 1945. A History and Bibliography. New York 1966.

Ergänzung:

- Mac Murray, J. V. A., Treaties and agreements with and concerning China
1894 - 1919. New York 1921.
- Larenz, Karl. Lehrbuch zum Allgemeinen Teil des deutschen Bürgerliches
Rechts. 3 Aufl. Verlag C.H. Beck, München 1975.

LEBENS LAUF

Als zweiter Sohn und viertes Kind des Kaufmanns L i n Yü-chen und seiner Ehefrau L i Yin, die elf Kinder hatten, wurde ich, L i n Pen-Tien am 18. Juli 1936 in Taipei, Taiwan (Formosa) geboren. Von 1943-1945 habe ich die japanische Volksschule in Taipei besucht, da Japan Taiwan damals noch kolonisierte. Nachdem Japan am Ende des Zweiten Weltkrieges bedingungslos kapitulierte hatte, setzte ich meine Volksschulbildung während weiterer vier Pflichtjahre an der chinesischer Volksschule, auch in Taipei, fort.

Meine Gymnasialzeit verbrachte ich von 1949-1955 an der "Taiwan Provincial Taipei Cheng-kung High School".

Im Herbst 1955 begann ich mein juristisches Studium an der "National Taiwan University" in Taipei. Im Juni 1959 erreichte ich mit dem Bachelor of Arts in Law einen ersten akademischen Abschluß.

Nach bestandener Aufnahmeprüfung am "Research Institute of Law" meiner Universität setzte ich von September 1959 bis Juni 1962 meine Studien dort fort.

Von Juli 1962 bis Oktober 1963 war ich als Assistant Officer, Dienstgrad Leutnant, an der militärischen Rechtsakademie in Taipei tätig.

Im November 1963 kehrte ich an das rechtswissenschaftliche Forschungsinstitut zurück. Danach schrieb ich meine Magisterarbeit mit dem Titel "Tsui-hsing fa-ting chu-i chih yen-chiu" (Studien über das Prinzip der Legalität), wofür ich im Januar 1964 den Master of Arts in Law erhielt.

Seit 1. Juli 1964 begann ich meinen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. Zunächst absolvierte ich einen viermonatigen Deutschkurs am Goethe-Institut Arolsen, um dann in November 1964 meine Studien an der Universität Heidelberg fortzusetzen, mit den Schwerpunkten Staatslehre und Internationale Beziehungen. Im WS 65/66 und SS 66 war ich als wissenschaftliche Hilfskraft im Institut für Internationale Vergleichende Agrarpolitik und Agrarsoziologie am Südasien-Institut der Universität Heidelberg tätig.

Am 26. Oktober 1967 bin ich nach München gekommen und habe hier seither u.a. bei Prof. Dr. H. Franke, Prof. Dr. W. Kunkel und Prof. Dr. S. Gagnér studiert, mit den Schwerpunkten chinesische Rechtsgeschichte, Staatslehre und Sinologie. Von Mai bis Dezember 1968 war ich als wissenschaftliche Hilfskraft im Seminar für Ostasiatische Kultur- und Sprachwissenschaft der Universität München tätig.

Von Juni 1969 bis August 1973 war ich als Bibliotheks-Angestellter in der Bayerischen Staatsbibliothek in München tätig. Meine Aufgabe war die Herstellung eines Kataloges über "Peking rare books". Während dieser Zeit habe ich auch außerhalb des Dienstvertrages chinesische Bücher, vor allem die Literatur zur Taiwan-Forschung für die Staatsbibliothek erworben.

Im März 1973 habe ich den ersten Band "Hsin Tai-wan" (Neues Taiwan, Zeitschrift für Taiwanesen. Beiträge zur Taiwan-Forschung) herausgegeben. Im Dezember 1973 habe ich das Werk "Bibliographie zur Rechtsgeschichte Chinas" fertiggestellt.

München, den 14. 1. 1976

